

Beschluss (vorläufig) 1. Gutes Klima – Saubere Energie

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum: 06.12.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Kapitel 1 Klimaschutz - Energiewende

Text

1 Das Wissen um die planetaren Grenzen ist die Leitlinie unserer Politik. Wir
2 überschreiten derzeit global und national die planetaren Belastungsgrenzen in
3 sieben von neun Bereichen, z.B. der Artenvielfalt, Klimakrise, Phosphat- und
4 Nitrateintrag sowie Landnutzung. Damit gefährden wir die Stabilität unserer
5 Ökosysteme und unsere Lebensgrundlage. Dem entschieden zu begegnen, ist die
6 politische Aufgabe unserer Zeit.

7 Wir sind die letzte Generation, die die Weichen für den Erhalt unserer
8 Lebensgrundlagen und für echten Klimaschutz stellen kann. Wir müssen jetzt
9 handeln, damit es in wenigen Jahren nicht zu spät ist. Wir sehen die
10 Auswirkungen der Klimakrise auch hier in Rheinland-Pfalz: Das Artensterben
11 beschleunigt sich, wir verlieren vielfältige Biotope und die Wälder sterben.
12 Immer häufiger erleben wir Unwetter, Starkwindereignisse, Starkregen, Hochwasser
13 und Dürren. Unsere Wasservorräte gehen zurück, die Landwirtschaft, Tiere und
14 Forst, der Weinbau sowie die Menschen leiden unter der zunehmenden Zahl an
15 Hitzetagen und Extremwetterereignissen.

16 Anstatt mutig und konsequent den Klimaschutz anzugehen, verspielt die
17 Bundesregierung gerade unsere Zukunft. Das Kohleausstiegsgesetz der Großen
18 Koalition wird viel zu spät Wirkung entfalten und ist viel zu teuer. Die
19 fossilen Energiekonzerne vergolden dabei ihre dreckigen Kohlekraftwerke. So wird
20 Deutschland die internationalen Klimaziele nicht erreichen. Wir brauchen
21 sauberen Strom aus Erneuerbaren Energien, doch statt den Ausbau wirksam
22 voranzubringen bremst die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise das
23 Wachstum der Windenergie und der Photovoltaik.

24 Wir GRÜNE geben ein anderes Tempo vor. Entschieden setzen wir uns ein für mehr
25 Klimaschutz und streben das Ziel einer sozial-gerechten und klimaneutralen
26 Gesellschaft bis 2035 an. Zentrale Grundlage für dieses Ziel ist das
27 Klimaabkommen von Paris und der Bericht des Weltklimarates zum 1,5 Grad-Limit.
28 Dafür werden wir ein Treibhausgasbudget für Rheinland-Pfalz als zentrales
29 Steuerungselement entwickeln und fortlaufend überprüfen. Mit diesem Fahrplan für
30 die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen definieren wir konkrete Meilensteine
31 für Land und Kommunen auf dem Weg zur Klimaneutralität. Wir sind uns bewusst,
32 dass unser Bundesland nur mit erheblichen Anstrengungen auf den 1,5 Grad-Pfad
33 kommen wird. Außerdem schaffen wir dieses Ziel nur mit Rückenwind von der
34 Bundesebene für die Mobilitäts- und Wärmewende, den Ausbau der Erneuerbaren
35 Energien, die Landwirtschaft und die Gebäudesanierung.

36 Wir wollen in Rheinland-Pfalz noch mehr erneuerbar erzeugten Strom produzieren
37 und die Mobilitätswende weiter umsetzen. Im Dialog mit unserer Wirtschaft
38 treiben wir die ökologische wie ökonomische Transformation voran, um unseren
39 Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Klimaschonendes
40 Bauen mit Holz, die Wärmewende bei Gebäuden und die klimaschonende, ökologische

41 Landwirtschaft werden wir weiter stärken. Außerdem brauchen wir Klimaschutz vor
42 Ort und unterstützen dafür unsere Kommunen und den Bezirksverband Pfalz. Auf
43 grüne Initiative hat die Landesregierung eine Divestment-Strategie des Landes
44 für nachhaltige Finanzen verabschiedet. Damit entziehen wir umwelt- und
45 klimaschädlichen Unternehmen öffentliche Gelder. Wir wollen diese Strategie
46 erneut überprüfen und dabei das Kriterium "global coal exit list" anwenden.
47 Damit werden bei den Finanzen des Landes für den Ausbau der Kohleindustrie
48 verantwortliche Unternehmen konsequent ausgeschlossen.

49 Die Treibhausgasreduktion werden wir konsequent weiter vorantreiben und dafür in
50 den Klimaschutz investieren. Das Landesklimaschutzgesetz wollen wir
51 weiterentwickeln, um gemäß den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens ein
52 klimaneutrales Rheinland-Pfalz zu erreichen. Wir möchten, dass der Staat, die
53 Gemeinden und die Gemeindeverbände bei ihrem Handeln Klimaschutz und das
54 Nachhaltigkeitsprinzip berücksichtigen, um die Interessen zukünftiger
55 Generationen zu wahren. Daher wollen wir den Klimaschutz und den
56 Nachhaltigkeitsgrundsatz als Staatsziel in der Verfassung verankern. Kommunen
57 müssen sich heute immer wieder für Investitionen rechtfertigen. Wir werden
58 Klimaschutz als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung verankern, damit
59 die Kommunen in unsere Zukunft investieren können. Bei Entscheidungen der
60 Landesregierung und des Landtags soll eine Klimafolgenabschätzung erstellt
61 werden. Dabei soll der bestehende Klimabeirat zu einem Klimarat weiterentwickelt
62 werden, in dem Akteur*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft stärker in
63 Entscheidungen eingebunden werden.

64 Energiewende und nachhaltiges Wirtschaften sind Herzstück des Klimaschutzes

65 Die Energiewende und nachhaltiges Wirtschaften sind Voraussetzung für
66 konsequenten Klimaschutz und damit den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie
67 Grundlage für den Wohlstand in unserem Land. Der Ausbau der Erneuerbaren
68 Energien ist zu einem Standortfaktor geworden. Um unsere Klimaschutzziele zu
69 erreichen, müssen wir auch künftig einen dynamischen Ausbau Erneuerbarer
70 Energien sicherstellen. Um unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar zu erzeugen,
71 wollen wir die installierte Leistung zur Gewinnung von Windenergie mindestens
72 verdoppeln und die Photovoltaik-Leistung bis 2030 mindestens verdreifachen.
73 Damit unterstützen wir die Auftragslage im Handwerk ebenso wie die industrielle
74 Produktion im Bereich der benötigten Klimaschutztechnologien und schaffen neue,
75 grüne Arbeitsplätze vor Ort. Erneuerbare sind heute bereits günstiger als
76 fossile Energieträger. Dieses Potenzial gilt es für den Standort Rheinland-Pfalz
77 und den Klimaschutz konsequent zu nutzen.

78 Mit einem neuen Energiewende-Plan wollen wir die Sektorenkopplung voranbringen.
79 Darin überprüfen wir außerdem engmaschig die notwendigen Zubaumenge an Wind- und
80 Photovoltaik-Leistung, um unseren Strombedarf durch die Transformation bei der
81 Wärme und Verkehrswende sowie in der Wirtschaft zu berechnen und unser Ziel der
82 Klimaneutralität zu erreichen. Denn damit Erneuerbare Energien jederzeit
83 effizient genutzt werden können, müssen verschiedene Sektoren miteinander
84 intelligent vernetzt werden. So kann beispielsweise überschüssige Energie zur
85 Erzeugung von Wasserstoff eingesetzt werden, wenn an sonnen- oder windreichen
86 Tagen mehr Strom produziert als verbraucht wird. Deshalb wollen wir Power-to-X
87 und die Erzeugung von Grünem Wasserstoff fördern. Digitale Lösungen, wie
88 künstliche neuronale Netze bieten zudem die Möglichkeit erneuerbaren Strom
89 intelligent zu lenken und ressourcenschonend einzusetzen. So können Erneuerbare

90 Energien als Basis genutzt werden, um alle Sektoren, Industrie, Mobilität oder
91 auch Wärme, miteinander zu verbinden und zu dekarbonisieren. Auch im Bereich
92 Energieeffizienz wollen wir weiter vorankommen, denn jede eingesparte Kilowatt-
93 Stunde ist die beste Kilowatt-Stunde.

94 Sonnenland Rheinland-Pfalz

95 Unser sonniges Bundesland bietet die besten Voraussetzungen, um Solarenergie zu
96 nutzen. Wir GRÜNE wollen dieses Potenzial ausschöpfen und die Energieerzeugung
97 aus der Sonne deutlich ausbauen. Investitionen in die Solarenergie stärken den
98 Klimaschutz und schonen den Geldbeutel.

99 Bei Neubauten, Dachsanierungen und neuen Parkplätzen setzen wir daher auf eine
100 Pflicht für Photovoltaik-Anlagen. Ebenso soll bei umfangreichen Modernisierungen
101 von Gebäuden der Einsatz von Solarenergie vorgeschrieben werden, wenn keine
102 dringenden Gründe dagegen sprechen. Wir wollen den Einzelhandel, die Kommunen
103 und Unternehmen darin unterstützen, dass sie ihre Parkplätze mit Solarcarports
104 als Schattenspender, Stromlieferant und Ladestelle für Elektroautos überdachen.
105 Mit dem neuen landesweiten Solarkataster sorgen wir dafür, dass das Potenzial
106 für die Nutzung der Solarenergie aufgezeigt wird. Die Bürgerenergie wollen wir
107 weiter stärken. Dazu drängen wir auf Bundesebene auf die Umsetzung der
108 europarechtlichen Vorgaben. Außerdem prüfen wir, wie
109 Bürgerenergiegenossenschaften in Planungs- und Ausschreibungsverfahren
110 angemessen berücksichtigt werden können. Denn die Teilhabe an der
111 Energieversorgung erhöht die Akzeptanz und die lokale Wertschöpfung.

112 Auch auf artenarmen Grünland und ertragsarmen Ackerland wollen wir den Bau von
113 Solaranlagen naturschutzgerecht erweitern. Bei der Ausweisung geeigneter Flächen
114 sowie der Entwicklung entsprechender Flächennutzungspläne sollen die Kommunen
115 beraten und unterstützt werden. Mit zusätzlicher Agro-Photovoltaik lässt sich
116 die Energiewende sinnvoll mit der Landwirtschaft verbinden: Auf Agro-PV-Flächen
117 wird einerseits Solarstrom erzeugt und andererseits können sie weiterhin
118 landwirtschaftlich genutzt werden. Die Agro-PV-Anlagen schützen zudem die
119 darunter angebauten Kulturen vor Witterungsschäden. Wir setzen uns dafür ein,
120 dass die rechtlichen Hemmnisse zur Nutzung der Agro-Photovoltaik auf Bundesebene
121 aufgehoben werden.

122 Auf Bundesebene setzen wir uns weiter dafür ein, das Erneuerbare-Energien-Gesetz
123 zu überarbeiten und es freundlicher für die Erzeuger*innen von Erneuerbaren
124 Energien gestalten. Solaranlagen unter 1 Megawatt installierter Leistung müssen
125 ohne Ausschreibung errichtet werden dürfen, um somit Planungssicherheit vor
126 allem für Bürgergesellschaften, Genossenschaften und Kommunen wieder zu
127 gewährleisten. Das Bundes-Mieterstromgesetz muss nachgebessert werden, um die
128 Installation von Solaranlagen auf Mietshäusern unbürokratischer zu machen. Wie
129 im europäischen Recht vorgeschrieben, müssen Abgaben und Umlagen auf selbst
130 genutzten erneuerbaren Strom gestrichen werden. Auch brauchen wir einen
131 deutlichen Abbau von Bürokratie bei der Nutzung von Photovoltaik-Anlagen im
132 privaten wie gewerblichen Bereich. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen,
133 dass EEG-Anlagen, die nach 20 Jahren aus der Förderung fallen, ohne übermäßigen
134 finanziellen und bürokratischen Aufwand auskömmlich weiterbetrieben werden
135 können. Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass das Energiewirtschaftsgesetz
136 grundlegend überarbeitet wird. Dezentrale Speicherung und Netzausregelung sollen

137 rechtlich ermöglicht und Bürgergenossenschaften und kleine Akteur*innen wie
138 europarechtlich geboten gestärkt werden.

139 Frischer Wind für mehr Klimaschutz

140 Einen großen Anteil an den Erneuerbaren Energien macht die Windenergie aus. Sie
141 ist das Rückgrat der Energiewende. Wir werden alles daransetzen, auch weiterhin
142 beim Ausbau der Windenergie mit vorne zu bleiben. Die Beteiligung von Kommunen
143 und Genossenschaften wollen wir stärken, sodass Anwohner*innen direkt von den
144 Windkraftanlagen profitieren. Betroffene Kommunen, d.h. nicht nur die jeweilige
145 Standortkommune, sollen langfristig einen wirtschaftlichen Nutzen haben und
146 damit neue Gestaltungsspielräume erhalten.

147 Windenergie geht nur mit Artenschutz. Wir wollen die Genehmigungsverfahren
148 landesweit vereinheitlichen und so naturverträglich beschleunigen. Dabei sollen
149 Naturschutzverbände und Bürger*innen früh mitsprechen können. Dafür muss der
150 naturschutzfachliche Leitfaden zum Ausbau der Windenergie fortgeschrieben
151 werden. Bei Genehmigungsverfahren brauchen die Kommunen mehr Unterstützung und
152 die Genehmigungsbehörden entsprechend qualifiziertes Personal für eine zügigere
153 Antragsbearbeitung.

154 Um die Leistung der Windenergie erheblich zu steigern, müssen wir mehr Flächen
155 nutzen und Altanlagen systematisch durch neue leistungsfähigere Maschinen
156 ersetzen (Repowering). Wir überarbeiten das Landesentwicklungsprogramm im
157 Einklang mit dem Emissions-, Natur- und Klimaschutz, um den notwendigen
158 Flächenbedarf von zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie tatsächlich
159 bereithalten zu können – ebenso wie Sonderflächen, zum Beispiel entlang von
160 Autobahnen und Bahntrassen.

161 Unsere von der Klimakrise gebeutelten Wälder werden ohne den Ausbau der
162 Erneuerbaren ihre Schutz-, Biodiversitäts-, Wirtschafts- und Erholungs-
163 Funktionen nicht mehr leisten können. Wir wollen daher die Nutzung der
164 Windenergie vor allem auf geschädigten Waldflächen in Wirtschaftswäldern
165 naturverträglich ausbauen.

166 Die Möglichkeit, alte Windkraftanlagen am selben Standort mit neueren
167 leistungsfähigeren Maschinen (Repowering) mit bestehender Infrastruktur zu
168 ersetzen, werden wir erleichtern. Allein mit dem Austausch eines Windrades kann
169 schnell das Dreifache an Leistung erzielt werden. Für dieses Repowering bereits
170 bestehender und in der Bevölkerung akzeptierter Windenergie-Standorte wollen wir
171 die starren Abstandsregeln standortgerecht aufheben. Bestehende Windparks sollen
172 in den bisherigen Grenzen ohne Ausschreibung durch leistungsfähigere Maschinen
173 ersetzt werden.

174 Auf Bundesebene treten wir dafür ein, dass der Ausbaudeckel für die Windenergie
175 gestrichen wird. Rheinland-Pfalz muss bei den Ausschreibungsverfahren durch eine
176 Regionalisierungskomponente faire Chancen bekommen und Windparks ohne
177 Ausschreibungsverfahren errichten dürfen. Für alle Erneuerbaren Anlagen werden
178 wir uns dafür einsetzen, dass die Eigen- und Direktstromnutzung der nicht EEG-
179 geförderten Anlagen von der EEG-Umlage befreit werden.

180 Digitalisierung für die Energiewende nutzen

181 Immer mehr dezentrale Erzeugungsanlagen bedeuten, dass wir die Verteilung und
182 Steuerung des Stroms neu organisieren müssen. Dazu müssen wir die dezentralen

183 Verteilnetze stärken und intelligente Verteilnetz-Regulations-Instrumente
184 etablieren, wie im Projekt Smart Country.

185 Um wetterbedingte Schwankungen bei der Erzeugung von erneuerbarem Strom
186 auszugleichen und das Stromnetz stabil zu halten, setzen wir auf die Entwicklung
187 von intelligenten Speichern. Damit wird überproduzierter Strom für Zeiten, zu
188 denen mehr Strom benötigt wird, gespeichert und flexibel eingesetzt werden. Wir
189 wollen auch die Nutzung von Bioenergie mithilfe digitaler Anwendungen flexibler
190 gestalten. Wichtig ist uns dabei auch die Unterstützung landwirtschaftlicher
191 Biogasanlagen und kommunaler Klärschlammaufbereitung, die das wesentlich
192 schädlichere Klimagas Methan aus Wirtschaftsdüngern beziehungsweise
193 Faulschlüssen auffangen und bedarfsgerecht sowie flexibel zu Strom und Wärme
194 veredeln. Dafür bedarf es anderer bundesgesetzlicher Regelungen. Smart Grids und
195 intelligente Stromnetze, müssen gefördert werden, denn damit lassen sich
196 Erneuerbare Energien umfassend in unsere Energieversorgung integrieren. Zudem
197 werden wir mit den Netzbetreibern ein integriertes Konzept mit dezentralen
198 Speichern für Rheinland-Pfalz entwickeln. Smartmeter, Smartoperator, und die
199 digitale Abstimmung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch aufeinander helfen
200 dabei, die Stromversorgung zu sichern. Hier werden wir gezielt Forschungs- und
201 Entwicklungsprojekte unterstützen.

202 Grüner Wasserstoff

203 Grüner Wasserstoff (Power-to-X, PtX = Nutzung von Stromüberschüssen durch die
204 Umwandlung in andere Energieträger) bietet enorme Möglichkeiten, Treibhausgase
205 einzusparen und unser Land klimaneutral zu gestalten. Grüner Wasserstoff kann
206 wesentlich zu Klimaschutz, Wohlstand und neuen Arbeitsplätzen in unserem Land
207 beitragen und als Speichermedium die Versorgungssicherheit bei Erneuerbaren
208 Energien steigern. Wir wollen die technologische Entwicklung fördern und eine
209 landeseigene Wasserstoffstrategie entwickeln. Alle vorhandenen Möglichkeiten
210 müssen ausgeschöpft werden, um den Grünen Wasserstoff vor Ort zu erzeugen, im
211 Sinne der Wertschöpfung wie der Versorgungssicherheit – statt, wie die
212 Bundesregierung, nur auf Importe zu setzen. So kann zum Beispiel überschüssiger
213 Strom aus Klärschlammverbrennungsanlagen zu grünem Wasserstoff umgewandelt
214 werden. Aus dem gewonnenen Sauerstoff kann Ozon für die vierte Reinigungsstufe des
215 Abwassers beispielsweise zur Entfernung von Medikamentenresten eingesetzt
216 werden. Grüner Wasserstoff schafft neue Möglichkeiten im Schwerlast- oder
217 öffentlichen Nahverkehr. Erhebliches Potential sehen wir aber insbesondere, um
218 industrielle Produktionsprozesse auf den Weg in Richtung Klimaneutralität zu
219 bringen.

220 Als großer Chemiestandort setzen wir auf die Chancen von PtX in der chemischen
221 Industrie, um fossile Grundstoffe zu ersetzen. Wir wollen Forschungs- und
222 Entwicklungsstandort für PtChem und Treiber für eine nachhaltige Chemieindustrie
223 und für Nutzfahrzeuge werden. Auch brauchen wir Innovation bei der Infrastruktur
224 in der Wasserstoffgewinnung und bei der Wasserstofflogistik. Dazu müssen wir
225 nicht nur Landesmittel bereitstellen und Bundesmittel nutzen, sondern auch
226 gezielt EU-Fördermittel nach Rheinland-Pfalz lenken und
227 Entwicklungspartnerschaften vorantreiben.

228 Klimaschutz vor Ort

229 Klimaschutz gelingt nur, wenn die Kommunen auch mit anpacken. Vor Ort werden oft
230 im Kleinen die Weichen gestellt, die in der Summe große Auswirkungen haben. Und

231 Klimaschutz rechnet sich – beispielsweise beim Energiemanagement in Gebäuden,
232 wenn wir in Turnhallen auf energiesparende LED-Beleuchtung umstellen. Wir werden
233 die Kommunen auch weiterhin beim Klimaschutz unterstützen.

234 Die Energieagentur berät Kommunen und mittelständische Unternehmen unter
235 anderem, wenn es darum geht, Klimaschutzkonzepte zu erstellen, Fördermittel zu
236 beantragen, E-Mobilität zu fördern oder Nahwärmenetze zu errichten. Sie
237 unterstützt die Kommunen auch bei der Bauleitplanung, z.B. bei der Entwicklung
238 energetischer Quartierskonzepte oder der Flächennutzungsplanung für Erneuerbare
239 Energien. Die Energieagentur vernetzt und koordiniert die einzelnen Aktionen,
240 Aktivitäten und Projekte im Land und hilft den Kommunen bei der Bewertung ihrer
241 Klimaschutzerfolge. Diese Stärken wollen wir weiter nutzen und die
242 Energieagentur und ihre acht Regionalbüros ausbauen.

243 Digital basiertes kommunales Energie-Management und energiesparende und
244 insektenschützende LED werden wir zum Standard machen. Dazu setzen wir die
245 Förderung für die Kommunen fort. Außerdem wollen wir sie noch stärker darin
246 unterstützen, eigene CO₂-Bilanzen und Divestment-Strategien umzusetzen.

247 Gemeinsam setzen wir uns auf Bundesebene für eine weitere hohe Förderung der
248 kommunalen Klimaschutzmanager*innen für alle Kommunen ein. Gerade auch
249 finanzschwachen Kommunen muss es möglich sein, durch Klimaschutzmanager*innen in
250 den Verwaltungen aktiv das Klima zu schützen.

251 Im Land werden wir die Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiter*innen für den
252 Klimaschutz unterstützen. Wir unterstützen beratend die Kommunen bei der
253 Ausgestaltung ihrer ordnungsrechtlichen Möglichkeiten für mehr Klimaschutz.
254 Anstatt umwelt- und klimaschädliche mit Gas betriebene Heizpilze bevorzugen wir
255 klimaneutrale Lösungen, wie beispielsweise das Aufstellen von Zelten im
256 öffentlichen Raum für die Gastronomie.

257 Eng verbunden mit der Energiewende ist auch die Rekommunalisierung der
258 öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher unterstützen wir die Netzübernahme durch
259 neue kommunale Energieversorgungsunternehmen. Dies führt dazu, dass die aus dem
260 Netzbetrieb erzielten Gewinne in die Kassen der Eigentümerkommune fließen und
261 regional Arbeitsplätze bei den kommunalen Energieversorgern gesichert werden.
262 Klimaschutzziele der jeweiligen Kommune können so direkt gesteuert und umgesetzt
263 werden.

264 Wir sprechen uns gegen neue Erkundungsbohrungen zur Gewinnung von Erdöl in
265 Rheinland-Pfalz aus. Zum Schutz des Klimas wollen wir Öl und Gas im Boden
266 lassen. Bundespolitisch werden wir uns für eine Reform des Bergrechts einsetzen,
267 die den Klimaschutz und die Mitsprachemöglichkeiten vor Ort stärken soll.

268 Das geplante Pumpspeicherkraftwerkes RIO an der Mosel bei Trier ist ein
269 wichtiges Projekt, um regional erzeugten Strom zu speichern. Gegenüber dem Bund
270 setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei der wirtschaftlichen Bewertung
271 ein. Wir unterstützen die Verwirklichung dieser Infrastrukturmaßnahme und setzen
272 uns für die erforderliche Finanzierung auf verschiedenen Ebenen ein.

273 Wir wollen weiterhin dafür sorgen, dass das Land die Kommunen bei Stadtgrün-
274 Projekten und der Vergabe von Grünpatenschaften fördert, um grüne und blaue
275 Klima- und Erholungssoasen in den Städten zu schaffen. Alle Kläranlagen mit
276 genügend Potenzial wollen wir zur Erzeugung von Biogas und Richtung

277 Energieautarkie umrüsten und dezentrale Wasserstoff-Erzeugung und Nutzung
278 weiterentwickeln.

279 Klimaneutrale Landesverwaltung

280 Unserem Ziel, die Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral zu organisieren sind
281 wir ein großes Stück näher gekommen und werden dies auch konsequent
282 weiterverfolgen. Um diesen Weg zu unterstützen, wollen wir einen CO2-
283 Schattenpreis für die Landesverwaltung einführen zugunsten klimafreundlicher
284 Planungen. Neubauten des Landes wollen wir mindestens als Plusenergiehaus bauen,
285 bei Sanierungen streben wir diesen Standard wo technisch möglich an. Alle
286 landeseigenen Gebäude, auf denen dies sinnvoll ist, werden wir mit Photovoltaik
287 und Solarthermie ausstatten. Für bestehende Gebäude in Besitz des Landes wollen
288 wir einen Sanierungsfahrplan hin zur Klimaneutralität erstellen.

289 Bei der öffentlichen Beschaffung nach sozialen und ökologischen Kriterien, im
290 Bereich der Verkehrswende an Behördenstandorten, aber auch bei der
291 klimafreundlichen Verpflegung in öffentlichen Kantinen leisten wir auch in der
292 Landesverwaltung einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz.

293 Investitionen in Erneuerbare Wärme

294 Gerade bei Wohn- und öffentlichen Gebäuden können wir viel für den Klimaschutz
295 tun. Bei der Wärmewende wird das Potenzial Erneuerbarer Energien deutlich: Sie
296 machen uns unabhängiger von fossilen Importen und erzeugen Wertschöpfung im
297 Land. Obwohl in Berlin gebremst wird, sind wir mit der Wärmewende in Rheinland-
298 Pfalz einen großen Schritt vorangegangen, beispielsweise mit dem Aufbau von
299 Erneuerbaren Nahwärmenetzen. Das wollen wir fortsetzen und die Verwaltung bei
300 der praktischen Umsetzung der energetischen Gebäudemodernisierung mit einer
301 EnEV-Durchführungsverordnung unterstützen. Die Möglichkeiten der Nutzung
302 oberflächennaher Erdwärme bei der Erstellung von Bebauungsplänen stärker
303 berücksichtigen.

304 Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Wärmeversorgung erhöhen.
305 Eine durch das Land finanzierte kommunale Wärme- und Kälteplanung soll die
306 Potenziale der erneuerbaren Wärmequellen und der Abwärme, beispielsweise aus
307 Industrieprozessen, aufzeigen. Zudem braucht es Impulse, um die
308 Wärmebereitstellung auch in bestehenden Gebäuden effizienter und auf Basis
309 Erneuerbarer Energien zu gestalten. Damit wollen wir den Wohnbereich
310 klimaneutral machen, der Industrie eine Absatzmöglichkeit für ihre Abwärme
311 schaffen und Kältesenken, wie zum Beispiel Rechenzentren, mit klimaneutraler
312 Energie versorgen. Wo es auf Landesebene möglich ist, wollen wir ambitionierte
313 Maßnahmen im Gebäudebereich umsetzen. Es kann nicht sein, dass es ein
314 bundeseinheitliches Gebäudeenergiegesetz gibt und die Länder nicht
315 ambitionierter sein dürfen. Es gilt daher, durch eine bundesgesetzliche
316 Länderöffnungsklausel ein wirksames Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Rheinland-Pfalz
317 zu ermöglichen.

318 Atomkraft? Nein, danke!

319 Entgegen aller Widerstände haben wir uns konsequent gegen Atomkraft und für die
320 Abschaltung der gefährlichen grenznahen Pannereaktoren Fessenheim, Cattenom,
321 Tihange und Doel eingesetzt. Unser Engagement lohnt sich: Fessenheim ist im Jahr
322 2020 tatsächlich vom Netz genommen worden. Gegen die verbleibenden
323 Atomkraftwerke werden wir weiterhin mit allen Mitteln kämpfen. Wir setzen uns

324 dafür ein, dass die Bundesregierung mit Frankreich und Belgien bilaterale
325 Verhandlungen zur Abschaltung der grenznahen Pannenreaktoren aufnimmt. Bei
326 grenznahen Atomkraftwerken hat die Bevölkerung gemäß einem internationalen
327 Übereinkommen (Espoo-Konvention) auch jenseits der Grenze ein Mitspracherecht
328 hinsichtlich der Sicherheitsanforderungen. Alle Laufzeitverlängerungen müssen
329 mit einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung einhergehen. Wir
330 werden die Zivilgesellschaft bei anstehenden Verfahren frühzeitig informieren
331 und organisatorisch unterstützen. Außerdem werden uns auf Bundesebene weiterhin
332 für einen Exportstopp von Kernbrennstoffen in grenznahe Risikomeiler einsetzen.

333 Nicht zuletzt der Abriss des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich hat gezeigt, dass
334 sich konsequenter Einsatz gegen Atomkraft lohnt. Denn die Zukunft der Energie
335 liegt in den Erneuerbaren Energien. Sie sind nicht nur sicherer, sondern auch um
336 ein Vielfaches billiger als die Atomenergie. Deshalb setzen wir uns weiterhin
337 für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und konsequent gegen Atomkraft ein.

338 Die Strahlung des Atommülls bleibt nach dem Atomausstieg ein hohes Risiko für
339 zukünftige Generationen, mit unkalkulierbaren finanziellen Belastungen für
340 öffentliche Haushalte und Steuerzahler*innen, die nicht durch die
341 Atomstromproduzenten übernommen werden. Die bundesweit ergebnisoffene Suche nach
342 einem Endlager mit der bestmöglichen Sicherheit muss in einem
343 wissenschaftsbasierten Verfahren ablaufen, transparent und nachvollziehbar sein.
344 Sie muss auch sicherstellen, dass die Öffentlichkeit beteiligt wird und die
345 Sicherheit aller Menschen im Mittelpunkt steht. Das fordert das
346 Standortauswahlgesetz und dass es eingehalten wird, erwarten wir auch von
347 unseren Nachbarländern. Die Standortsuche für ein Atommüllendlager in grenznahen
348 Regionen in Belgien darf nicht dazu führen, dass man sich bereits informell oder
349 stillschweigend auf einen Standort festlegt. Von der belgischen Regierung werden
350 wir transparente Verfahren fordern und erwarten, dass die Bürgerinnen und Bürger
351 in den betroffenen Nachbarländern beteiligt werden.

Beschluss (vorläufig) 2. Verantwortliche Wirtschaft – Nachhaltige Innovation

Gremium:	Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum:	06.12.2020
Tagesordnungspunkt:	2. Kapitel 2 Nachhaltige Transformation der Wirtschaft – Digitale Innovation – Tourismus – Verbraucherschutz

Text

1 Mit der sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft leisten wir GRÜNE
2 einen doppelten Beitrag: Wir stellen uns unserer globalen Verantwortung und
3 schaffen die Grundlagen für den Wohlstand und die sichere Zukunft unseres
4 Landes. Wir müssen die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens einhalten, um die
5 Existenzgrundlagen der Menschheit sichern zu können. Dafür brauchen wir die
6 nachhaltige Transformation. Nur so können wir auf dem Weg durch die Krise
7 Zukunftsfähigkeit gewinnen, statt weiter unsere Lebensgrundlagen aufs Spiel zu
8 setzen.

9 Die Folgen der Corona-Krise für die Wirtschaft sind gravierend. Branchen wie der
10 lokale Einzelhandel, das Gastgewerbe, die Kultur- und Kreativwirtschaft wurden
11 durch die Folgen der Pandemie besonders hart getroffen. Vielen Unternehmen,
12 Betrieben und Soloselbstständigen sind die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen
13 Existenz weggebrochen. Wir GRÜNE bekennen uns zur öffentlichen Verantwortung für
14 die Branchen und Betriebe, die durch die Pandemie und die Folgen ihrer
15 Bekämpfung in eine existenzielle Krise geraten sind. Wir treten dafür ein,
16 notwendige Hilfen zur Stabilisierung mit langfristig wirksamen Impulsen für die
17 wirtschaftliche Erholung zu verbinden. Wo das sinnvoll möglich ist, wollen wir
18 den Wandel hin zu zukunftsfähigen Strukturen und Geschäftsmodellen aktiv fördern
19 und unterstützen.

20 Gerade auf dem Weg durch die Krise und aus der Krise müssen wir von den
21 Technologien der Vergangenheit umsteigen auf die Technologien der Zukunft und
22 das Know-how für die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze von Morgen nutzen. Nur
23 mit dem nachhaltigen Wandel können wir die Grundlagen unseres Wohlstands und
24 unserer Wirtschaftskraft für die Zukunft sichern. Daran haben auch Unternehmen
25 ein Interesse. Für große Teile der Industrie und ihrer Investor*innen ist
26 Nachhaltigkeit bereits heute ein wesentlicher Teil der operativen Strategie. Die
27 industriellen Zulieferer und Dienstleister werden sich zunehmend daran
28 orientieren und darlegen müssen, wie nachhaltig sie produzieren. Die
29 Voraussetzungen einer nachhaltigen Produktion, wie beispielsweise die
30 ausreichende Verfügbarkeit erneuerbarer Energien, beeinflussen
31 Investitionsentscheidungen bereits heute und werden immer mehr zu einem
32 ausschlaggebenden wirtschaftlichen Standortfaktor für Rheinland-Pfalz. Die
33 notwendige ökologische und digitale Transformation der Wirtschaft stellt
34 Betriebe und Arbeitnehmer*innen in Rheinland-Pfalz vor große Herausforderungen.
35 Wir GRÜNE treten für einen sozialverträglichen Wandel ein.

36 Nachhaltiges Wirtschaften orientiert sich nicht in erster Linie an
37 Kosteneffizienz und Wachstum. Es dient dem sozialen Zusammenhalt und stärkt die
38 Region durch innovative Gründer*innen, soziale Geschäftsmodelle, starkes
39 Handwerk und gemeinwohlfördernden Mittelstand.

40 Auch bei dem wichtigen Wirtschaftsfaktor Tourismus, der von den Folgen der
41 Corona-Krise schwer getroffen wurde, wollen wir die Stabilisierung der
42 bestehenden Strukturen mit Impulsen für eine nachhaltige Neuausrichtung
43 verbinden. Unser größtes Kapital sind Natur und Landschaft, deswegen fördern wir
44 GRÜNE einen nachhaltigen und umweltfreundlichen Tourismus.

45 Künstliche Intelligenz (KI), Automatisierung und digitale Technologien können
46 uns bei einer erfolgreichen ökologischen Transformation helfen. Dabei achten wir
47 von Anfang an darauf, dass Energie und Ressourcen geschont werden, denn nur dann
48 ist die Digitalisierung langlebig und effizient. Dazu möchten wir eine
49 landeseigene GREEN KI Strategie entwickeln und bei der Ausstattung der
50 Landesverwaltung hohe Standards für nachhaltige Kriterien wie Stromverbrauch,
51 Langlebigkeit und Nachhaltigkeit in den Lieferketten etablieren.

52 Zu unserem Leitbild einer verantwortlichen Wirtschaft gehört auch ein starker
53 Verbraucherschutz. Grüne Politik schafft die Voraussetzungen dafür, dass die
54 Verbraucher*innen auf Augenhöhe mit Unternehmen selbstbestimmt am Marktgeschehen
55 teilnehmen und frei wählen können, was sie konsumieren wollen.

56 Zukunftssicherung durch die sozial-ökologische Transformation

57 Für eine nachhaltige Transformation bietet unser Land solide Grundlagen und
58 herausragende Möglichkeiten. Dabei stellt sich nicht die Frage, wie wir
59 ökologische Standards gegen wirtschaftliche Interessen durchsetzen können. Ganz
60 im Gegenteil: Wir brauchen eine sozial gerechte und ökologische Transformation,
61 damit wir die Grundlagen unseres Wohlstands und unserer Wirtschaftskraft für die
62 Zukunft sichern können.

63 Um Wirtschaft und Forschung auf dem Weg hin zur Klimaneutralität zu
64 unterstützen, setzen wir auf Beratung, beispielsweise mit Hilfe unseres
65 Effcheck-Programms oder der Energieagentur und Vernetzung sowie das erfolgreiche
66 Umwelttechniknetzwerk Ecoliance. Daneben fördern wir die Innovationskraft in
67 unserem Land, indem wir Stipendien für Gründer*innen vergeben, die nachhaltige
68 Projekte verfolgen. Wir wollen die Investitions- und Strukturbank Rheinland-
69 Pfalz (ISB) so aufstellen, dass sie die Unternehmen im Land bei der sozial-
70 ökologischen Transformation aktiv unterstützt.

71 Wir haben in die Infrastruktur investiert, den Technologietransfer gefördert,
72 wir haben die Fachkräftestrategie fortgeschrieben und Anreize für die Gründung
73 und Förderung von Unternehmen geschaffen. Das alles hat dazu beigetragen, dass
74 Rheinland-Pfalz in vielen Bereichen in der Spitzengruppe aller Bundesländer
75 steht. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat zu über 10.000 zusätzlichen
76 Beschäftigten und Wertschöpfung im Land geführt. Die Umwelttechnik-Branche
77 verfügt über hohe Wachstumsraten, circa zehn Prozent der rheinland-pfälzischen
78 Wirtschaftsleistung wird durch neue Entwicklungen in den Bereichen
79 Abwassersysteme, Kreislaufwirtschaft, Recycling oder dezentrale Energiesysteme
80 von über 17.500 Beschäftigten erwirtschaftet. Das von der Landesregierung
81 geförderte Umwelttechniknetzwerk Ecoliance ist sehr erfolgreich darin, durch
82 Vernetzung und Beratung die Erschließung neuer Exportmärkte zu unterstützen.

83 Unser Ziel ist es, Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Nachhaltigkeit,
84 Vorsorge und Gerechtigkeit zu stärken. Die EU-Kommission hat mit ihrem Green
85 Deal einen Rahmen für den Wandel auf der europäischen Ebene gesetzt. Europa soll
86 bis 2050 der größte klimaneutrale Binnenmarkt der Welt sein. Wir GRÜNE

87 Rheinland-Pfalz, im Herzen Europas, wollen den Green Deal nutzen, um Rheinland-
88 Pfalz zur führenden Region der Transformation zu machen.

89 Mittelstand stärken

90 Der Mittelstand ist die tragende Säule der rheinland-pfälzischen Wirtschaft.
91 99,5 Prozent der Unternehmen gehören dazu und stellen mehr als die Hälfte der
92 Arbeitsplätze. Gerade die vielen Familienunternehmen und inhabergeführten
93 Unternehmen prägen die Wirtschaftslandschaft in Rheinland-Pfalz. Ihre Vielfalt
94 zeichnet sich aus durch zahlreiche Hidden Champions (wenig bekannte
95 Weltmarktführer in kleinen Marktsegmenten), ein erfolgreiches Handwerk,
96 innovative und engagierte Landwirt*innen sowie Winzer*innen, durch die vielen
97 leistungsfähigen Dienstleister und nicht zuletzt durch die Global Player. Gerade
98 im ländlich geprägten Raum ist der Mittelstand enorm wichtig, um gleichwertige
99 Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu sichern. Darüber hinaus haben
100 mittelständische Unternehmen in Rheinland-Pfalz im Ländervergleich mit drei von
101 vier Ausbildungsplätzen den höchsten Anteil an der Fachkräftequalifizierung.

102 Wir wollen den Mittelstand und das Handwerk bei dem Prozess der Digitalisierung
103 und dem sozial-ökologischen Wandel unterstützen. Dafür müssen wir nicht nur
104 investieren, sondern ihnen auch transparente und qualifizierte Zugänge zu
105 Informationen durch Vernetzung und Kooperation ermöglichen. Bürokratische Hürden
106 wollen wir abbauen, beispielsweise durch E-Government. Denn digitale
107 Verwaltungsleistungen können bequem und zeitsparend von zuhause oder vom Betrieb
108 aus genutzt werden. Andererseits hilft E-Government die Anzahl an
109 Behördenschritten zu reduzieren, indem Informationen gebündelt und allen
110 zuständigen Behörden zur Verfügung gestellt werden. Mit dem EffCheck, dem
111 Effizienznetz und der Energieagentur haben wir Beratungs- und
112 Informationsangebote geschaffen, die den Betrieben helfen zu erkennen, in
113 welchen Bereichen sie einsparen und wo sie noch effizienter arbeiten können. Die
114 Betriebe sollen damit auch unterstützt werden, ihre eigene Energie- und
115 Klimabilanz zu erstellen. Wir wollen diese Strukturen stärken, damit noch mehr
116 Unternehmen davon profitieren können.

117 Handwerk hat grünen Boden

118 Durch seine dezentrale Struktur ist das Handwerk in seiner Vielfalt eine starke
119 Basis für regionale Wirtschaftskreisläufe, Ausbildung, Beschäftigung und
120 Wertschöpfung vor Ort. Ob bei der Gebäudedämmung oder beim Einsatz von
121 Energiespartechnologien in Privathaushalten und im Gewerbe, ob bei der
122 energetischen Sanierung oder dem Austausch alter Heizungen gegen neue und
123 effizientere: Die Handwerksbetriebe sind für die Umsetzung der Energiewende
124 unverzichtbar.

125 Wirtschaft im ländlichen Raum stärken

126 Rheinland-Pfalz ist ein von ländlichen Räumen geprägtes Bundesland. Land- und
127 Forstwirtschaft, Weinbau, lebendige Natur- und Kulturlandschaften sowie
128 Tourismus sind die klassischen Stärken der Wirtschaft im ländlichen Raum. Gerade
129 für die ländlichen Räume bringen neue Trends wie Digitalisierung, Energie- und
130 Verkehrswende große Chancen zur wirtschaftlichen Entwicklung und für die
131 Schaffung von nachhaltigem Wohlstand. Die Energiewende hat in den vergangenen
132 Jahren bereits in großem Umfang Wertschöpfung für den ländlichen Raum gebracht.
133 Die Corona-Krise hat gezeigt, welche Möglichkeiten Digitalisierung und mobiles

134 Arbeiten für die Veränderung der Arbeitswelt eröffnen. Dies wollen wir zur
135 Entwicklung von Dorfbüros, Co-Working-Spaces, nachhaltigen Dienstleistungs- und
136 Gewerbeparks und anderen Formen der innovativen Organisation der Arbeitswelt
137 nutzen. Mit flächendeckend schnellem Internet sowie dem Ausbau öffentlicher
138 Verkehrsverbindungen wollen wir die Voraussetzungen für eine neue
139 Entwicklungsdynamik im ländlichen Raum schaffen.

140 Fachkräfte sichern – Die Arbeit der Zukunft fair gestalten

141 Den Nachwuchs an Fachkräften zu sichern ist für den Wirtschaftsstandort
142 Rheinland-Pfalz unerlässlich. Wir wollen jungen Menschen von Anfang an eine gute
143 Ausbildung und Qualifikation ermöglichen. Zusammen mit den Betrieben, die
144 verantwortungsvoll ausbilden, wollen wir die Zahl der Ausbildungsplätze halten
145 und ausbauen. Praktische Orientierungsangebote, Berufsberatungen,
146 Förderwettbewerbe und das MINT-Zertifikat sorgen dafür, dass die handwerklich-
147 technischen Berufe mehr in den Fokus rücken. Durch unsere Landesförderung der
148 379 überbetrieblichen Lehrlingswerkstätten erwerben Auszubildende Wissen, die
149 einzelne kleine Betriebe nicht vermitteln können. Das Aufstiegs-BAföG macht es
150 möglich, dass Fortbildungen finanzierbar werden. Der Aufstiegsbonus I sorgt
151 dafür, dass die bestandene Meisterprüfung mit einer Anerkennungsprämie honoriert
152 wird. Mit dem Aufstiegsbonus 385 II haben wir begonnen, die Gründung eigener
153 Betriebe mit einer Prämie zu unterstützen. Unser Ziel bleibt der gebührenfreie
154 Meisterbrief. Mit der Förderung von Lernwerkstätten 4.0 helfen wir Unternehmen
155 und Beschäftigten, sich frühzeitig auf Entwicklungen in relevanten
156 Technologiefeldern vorzubereiten und sich fit zu machen für die Zukunft. Wir
157 begleiten als Landespolitik Veränderungen aktiv, durch Dialog, mit Beratung und
158 mit Fort- und Weiterbildung, die unter anderem mit der Bundesagentur für Arbeit
159 koordiniert wird.

160 Wir fördern mit unserer Politik gezielt Frauen, damit sie sich gleichberechtigt
161 am Erwerbsleben beteiligen können. Für eine erfolgreiche Fachkräftesicherung
162 wollen wir die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigern. Dafür wollen wir die
163 Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und
164 Benachteiligungen bei Karrierechancen und Bezahlung abbauen. In der Bildung gilt
165 es insbesondere Mädchen stärker im Bereich der MINT-Fächer zu fördern.

166 Benachteiligte Jugendliche wollen wir beim Erwerb eines Schulabschlusses und dem
167 Übergang in Ausbildung und Beschäftigung gezielt fördern. Mit Angeboten für das
168 Nachholen von Schulabschlüssen und im Bereich der Grundbildung und
169 Alphabetisierung etablieren wir eine Kultur der zweiten und dritten Chance, die
170 ebenfalls zur Fachkräftesicherung beiträgt.

171 Wir setzen uns für eine bessere Integration von in Deutschland lebenden Menschen
172 mit Migrationsgeschichte und für eine gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften aus
173 dem Ausland ein. Wir werden uns auch in Zukunft für die Förderung von
174 Jugendlichen mit Migrations- und Fluchtgeschichte einsetzen, indem wir
175 bedarfsorientiert Deutschkurse anbieten und die Möglichkeiten zur Einstiegs- und
176 Nachqualifizierung weiter ausbauen. Anerkennungsverfahren müssen erleichtert und
177 die Maßnahmen für Integration durch Arbeitsmöglichkeiten ausgebaut werden. Es
178 ist absurd, wenn zugewanderte Fachkräfte in unserem Land wegen mangelnder
179 Anerkennung ihrer Qualifikationen nicht in ihren Fachberufen arbeiten können.
180 Besonders für Mangelberufe, wie in der Pflege, wollen wir spezielle Programme
181 fördern.

182 Transformation sozial gestalten

183 Wir vertrauen auf die Tatkraft der Unternehmen, der Arbeitnehmer*innen und der
184 Selbständigen. Wir bekennen uns zu einer Wirtschaftspolitik, die den
185 Wirtschaftsprozessen einen ökologischen und sozialen Rahmen setzt. Beim Übergang
186 in eine ökologische Moderne wollen wir den sozialen Zusammenhalt stärken. Die
187 Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten wie der CO₂-Steuer müssen an die
188 Bürger*innen zurückfließen, um Klima- und Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit
189 miteinander zu verbinden. Wir gestalten einen sozialverträglichen Wandel
190 gemeinsam mit Unternehmen und Arbeitnehmer*innen sowie Selbständigen und deren
191 Vertretungen. Auch zur Beteiligung der Arbeitnehmer*innen in der anstehenden
192 wirtschaftlichen Transformation wollen wir die Betriebs- und
193 Unternehmensmitbestimmung stärken. Die Förderung der Unternehmensbeteiligung in
194 Arbeitnehmerhand, die in Rheinland-Pfalz eine Tradition hat, wollen wir
195 reaktivieren.

196 Nachhaltige Innovation durch Forschung und Entwicklung

197 Den Anteil der staatlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung wollen wir
198 in den kommenden Jahren durch den neuen EFRE-Förderrahmen (Europäische Fonds für
199 regionale Entwicklung) gemessen am Bruttoinlandsprodukt verdreifachen. Damit
200 bringen wir die Ausgaben über das Bundesdurchschnittsniveau. Die EFRE-Förderung
201 wollen wir stärker an den Kriterien Effizienz und Nachhaltigkeit ausrichten.

202 Mit einem landeseigenen Förderprogramm für Forschung und Entwicklung, das
203 speziell auf kleine und mittlere Unternehmen aus den Branchen digitale Zukunfts-
204 und Schlüsseltechnologien, erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz und
205 innovative Mobilität zugeschnitten wird, wollen wir sicherstellen, dass unser
206 Mittelstand Wachstums- und Innovationsmotor im nachhaltigen Wirtschaften bleibt.

207 Bislang sind ökologische Kosten, wenn überhaupt, nur ansatzweise in den Preisen
208 abgebildet. Deshalb kann das Potenzial der Technologien der Zukunft noch nicht
209 voll ausgeschöpft werden. Noch haben wir keinen CO₂-Preis auf wirksamen Niveau
210 und fördern klimaschädliche Subventionen wie zum Beispiel das Verbrennen von
211 Dieselkraftstoff. Deshalb kommt es darauf an, Wettbewerbsnachteile sauberer
212 Technologien auszugleichen und ihren Markthochlauf gezielt zu unterstützen.

213 Grüner Wasserstoff und dessen Folgeprodukte (Power-to-X) bieten über viele
214 Sektoren hinweg Möglichkeiten, Treibhausgase einzusparen. Wir wollen daher eine
215 Landeswasserstoffstrategie entwickeln, die nicht nur die Eigenerzeugung von
216 Grünem Wasserstoff voranbringt, sondern auch die Versorgungssicherheit bei
217 Erneuerbaren Energien steigert.

218 Innovationskraft stärken – Gründungen & Startups unterstützen

219 Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz hängt sehr stark von der Innovationskraft des
220 Landes ab. Wir GRÜNE wollen deshalb die Innovations- und Gründerzentren weiter
221 fördern und die Einrichtung von Coworking-Spaces (gemeinsame Arbeitsorte für
222 Freiberufler*innen, kleinere Startups oder digitale Nomaden) voranbringen.

223 Wir werden die Beratungen für Unternehmen ausbauen und die Mittelstandslotsen
224 personell verstärken. Eine Gründungsleitstelle Rheinland-Pfalz soll darüber
225 hinaus die Bereitschaft zur Unternehmensgründung stärken. Gründungsstipendien
226 und Gründungsdarlehen können helfen, um Gründerinnen und Gründern mit CO₂- und
227 ressourcensparenden Geschäftsmodellen den Einstieg in die Selbstständigkeit zu

228 erleichtern. Beratungsprogramme, Förderangebote und vor allem auch
229 Finanzierungsinstrumente sollen so ausgestaltet werden, dass sie Frauen als
230 Gründerinnen gezielt unterstützen.

231 Die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen, Initiativen, Plattformen, Netzwerken
232 und Clustern hat sich bewährt, um insbesondere Größennachteile von kleineren und
233 mittelständischen Unternehmen auszugleichen. Darauf wollen wir aufbauen,
234 insbesondere mit Blick auf erfolgreiche Projekte in der chemischen Industrie und
235 dem Nutzfahrzeugsektor. Gründungen mit nachhaltigen Geschäftsmodellen
236 (Sustainable Entrepreneurship) wollen wir durch passende Förderinstrumente und
237 Beratung unterstützen.

238 Nachhaltiges Wirtschaften für Rheinland-Pfalz und die Welt

239 Wohlstand definiert sich nicht allein durch materiellen Reichtum. Es geht auch
240 um Grundlagen der Lebensqualität wie soziale Sicherheit, Freiheit,
241 Zeitsouveränität, gesunde Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, kulturelle
242 Teilhabe und ein friedliches Zusammenleben. Mit einem umfassenden regionalen
243 Wohlstandsindikator sollen ökologische, soziale und qualitative Merkmale der
244 Lebensqualität erfasst werden.

245 Nachhaltiger Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Vorsorge und Gerechtigkeit
246 ist Kern eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems, das die planetaren Grenzen
247 einhält und mehr Lebensqualität für alle Menschen erreicht. Dazu ist es
248 notwendig, grundlegend anders zu wirtschaften: chancen-, ressourcen- und
249 geschlechtergerecht.

250 Mit dem Konzept der Wirtschaftsförderung 4.0 wollen wir kooperative
251 Wirtschaftsformen ausweiten und die Regionalwirtschaft stärken. Mit regionalen
252 Wertschöpfungsketten, Gemeinwohlwirtschaft und zukunftsfähigen Unternehmen
253 entstehen ökonomische Strukturen, die dem Leitbild der Nachhaltigkeit
254 entsprechen und die Widerstandsfähigkeit bei Wirtschaftskrisen erhöhen.

255 Wirtschaftliche Tätigkeit darf nicht im Widerspruch zu Klima- und Umweltzielen
256 stehen und sie soll sich am Gemeinwohl orientieren. Wir unterstützen Ansätze der
257 Gemeinwohlökonomie, der solidarischen Ökonomie und die Erstellung von
258 Gemeinwohlbilanzen durch öffentliche und private Unternehmen, die die
259 ökologischen und sozialen Folgen wirtschaftlicher Tätigkeit beleuchten. Die
260 Zertifizierung werden wir finanziell fördern und eine eigene Anlauf- und
261 Informationsstelle für Betriebe in Rheinland-Pfalz schaffen. Das Land muss hier
262 Vorbild sein. Wir werden daher die Gemeinwohlzertifizierung von mindestens einem
263 landeseigenen Unternehmen angehen. Die Erkenntnisse hieraus werden wir
264 öffentlich machen und streben die Zertifizierung weiterer Unternehmen an.

265 Der Außenhandel ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für Wohlstand und Beschäftigung
266 in Rheinland-Pfalz. Technologien in den Bereichen Klimaschutz und
267 Ressourceneffizienz können auch zukünftig ihren Beitrag leisten, den
268 Spitzenplatz zu sichern. Die Erschließung internationaler Märkte in diesen
269 Bereichen wollen wir auch zukünftig unterstützen, immer unter der Voraussetzung,
270 dass Umwelt- und Arbeitsschutzkriterien auch in den Partnerländern eingehalten
271 werden.

272 Neben der Außenhandelsförderung spielt die Anwerbung von Investor*innen für die
273 rheinland-pfälzische Wirtschaft weiter eine wichtige Rolle. Diese Aufgaben
274 wollen wir in Kooperation mit den Außenhandelskammern und mit der Entwicklung

275 einer nachhaltigkeitsorientierten, wertebasierten Außenwirtschaftsstrategie
276 intensivieren.

277 **Tourismus: Barrierefrei, naturnah, weltoffen**

278 Mit seinen Landschaften und Städten zeichnet sich Rheinland-Pfalz durch
279 vielseitige touristische Möglichkeiten aus. Durch die Corona-Krise wurde die
280 Branche so hart getroffen wie kaum eine andere Branche. Um die Folgen
281 abzumildern, haben wir Geld in die Hand genommen für die Digitalisierung in
282 allen touristischen Bereichen sowie das Standortmarketing der Regionen. Außerdem
283 wurden Investitionen in einzelne Betriebe oder in die öffentliche Tourismus-
284 Infrastruktur aufgestockt. Urlaub in Deutschland hat durch die Corona-Pandemie
285 an Attraktivität gewonnen, deshalb ist es uns GRÜNEN wichtig, den sanften
286 Tourismus in Rheinland-Pfalz auszubauen. Im naturnahen Tourismus wollen wir den
287 Fokus vor allem auf unseren Nationalpark Hunsrück-Hochwald, das einzigartige
288 UNESCO-Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen und die Naturparke und
289 Naturschutzgebiete im Land legen.

290 Tourismus muss für alle Menschen zugänglich und erfahrbar sein. Deswegen ist es
291 nicht nur wichtig, barrierefreie und familienfreundliche Unterkünfte und
292 Gaststätten anzubieten, sondern auch in den Kommunen eine starke Struktur zu
293 schaffen, in der sich Menschen mit verschiedenen Bedürfnissen wohlfühlen können.
294 In Regionen, die noch nicht über ein ausreichendes barrierefreies Angebot an
295 Unterkünften verfügen, wollen wir barrierefreie Infrastruktur und insbesondere
296 landwirtschaftliche Betriebe beim Aufbau eines touristischen Standbeins durch
297 barrierefreie Ferienwohnungen fördern.

298 Rheinland-Pfalz ist bei der Zertifizierung „Reisen für Alle“, die
299 Urlaubsangebote mit geprüfter Barrierefreiheit auszeichnet, mit führend. Wir
300 wollen die Zertifizierungen ausbauen und erweitern. Mit einer weitergeführten
301 Förderung soll die Anzahl der zertifizierten Betriebe und Einrichtungen um
302 mindestens 50 Prozent erhöht werden.

303 Mit der erarbeiteten Tourismusstrategie 2025 soll garantiert werden, dass der
304 Tourismus in Rheinland-Pfalz als einer der stärksten Wirtschaftsfaktoren gute
305 Weiterentwicklungschancen hat. Unser Schwerpunkt liegt dabei auf Regionalität
306 und Umweltverträglichkeit. Um Rheinland-Pfalz zur erfolgreichen Tourismusmarke
307 zu machen, setzen wir auf den intensiven Austausch aller Akteur*innen und auf
308 eine zukunftsweisende, interkommunale Struktur der Tourismusförderung. Eine
309 besondere Rolle sollen hierbei die Landes- und Bundesgartenschauen spielen.

310 Wir GRÜNE wollen die Gastgeber*innen fördern und unterstützen, beispielsweise
311 bei der Digitalisierung. Wir wollen erreichen, dass Unterkünfte in Rheinland-
312 Pfalz im Netz auffindbar sind und die online-Buchung von Übernachtungen
313 ermöglichen. Und unsere Gäste sollen sich mit einer Gäste-Mobil-Card sicher und
314 verlässlich in unserem Land bewegen können. Gemeinsam mit den Gastgeber*innen
315 wollen wir eine ambitionierte Zertifizierung für umwelt- und familienfreundliche
316 Beherbergung entwickeln und umsetzen.

317 **Grüne Digitalisierungsinitiative**

318 Ob zu Hause, beim Wandern im Pfälzerwald oder in der Bahn von Trier nach Koblenz
319 – Telefonieren und schnelles Surfen müssen möglich sein. Wir GRÜNE wollen eine
320 nachhaltige und ökologische Digitalisierung. Künstliche Intelligenz (KI),
321 Automatisierung und digitale Technologien können uns bei einer erfolgreichen

322 Transformation helfen. Dabei setzen wir von Anfang an auf Energie- und
323 Ressourcenschonung, denn nur dann ist Digitalisierung langlebig und effizient.
324 Besonders wichtig ist uns, dass das Recht über die Verwendung der eigenen Daten
325 bei den Bürger*innen bleibt. Deshalb wollen wir die digitale Unversehrtheit der
326 Rheinland-Pfälzer*innen stärken, indem wir die Befugnisse der Behörden kritisch
327 überprüfen und klare Grenzen bei der Nutzung und Speicherung personenbezogener
328 Daten ziehen. Staat und Wirtschaft müssen ihre Nutzung von algorithmischen
329 Entscheidungssystemen und Daten den Bürger*innen transparent machen und
330 offenlegen, während gleichzeitig Privatsphäre und Daten der Bürger*innen
331 bestmöglich geschützt werden müssen: Gläserner Staat statt gläserner Bürger.

332 Der digitale Wandel braucht eine starke Infrastruktur. Wir GRÜNE wollen den
333 flächendeckenden Glasfaserausbau in Rheinland-Pfalz weiter vorantreiben, und
334 zwar bis ans Haus. Alle Bürger*innen sollen Zugang zu Gigabitbandbreiten haben.
335 Bereits heute kann mehr als jeder dritte Haushalt auf Bandbreiten von mindestens
336 1 Gbit/s zugreifen. In der Fläche liegt die Verfügbarkeit von 50 Mbit/s aber
337 teilweise unter 70 Prozent. Das reicht für eine Gigabitgesellschaft nicht aus.
338 Zu einer modernen und freien digitalen Infrastruktur gehören sichere und
339 leistungsfähige Rechen- und Speicherkapazitäten. Für die Forschung und
340 Wirtschaft in Rheinland-Pfalz wollen wir High Capacity Computing den Weg
341 bereiten, damit auch in unserem Bundesland Hochleistungsrechnen bei komplexen
342 Aufgaben möglich wird.

343 Wir GRÜNE wollen digitale Teilhabe für alle Bürger*innen. Ebenso eine
344 flächendeckende Mobilfunkversorgung. Hierfür ist allerdings der Bund zuständig
345 und muss endlich dafür sorgen, dass die Netzbetreiber ihre Auflagen erfüllen,
346 damit Funklöcher Geschichte sind. Bei zukünftigen Vergaben von Frequenzen muss
347 die Bundesnetzagentur ehrgeizige Ziele für eine moderne digitale Infrastruktur
348 verbindlich durchsetzen.

349 Wir GRÜNE wollen freie und datensichere, öffentlich zugängliche Internetzugänge
350 fördern. Deswegen unterstützen wir weiter den Ausbau offener Netzwerke durch die
351 Freifunk-Initiativen im Land. Ein wichtiges Anliegen ist uns die Unabhängigkeit
352 von großen Softwareherstellern. Deswegen wollen wir in der Verwaltung auf Open
353 Source Software (Software mit frei zugänglichem Quellcode) umsatteln. Software,
354 die von der öffentlichen Hand finanziert wird, muss der Öffentlichkeit mit
355 freien Softwarelizenzen zur Weiternutzung oder Veränderung zugänglich gemacht
356 werden (Prinzip "Public Money, Public Code"). Darüber hinaus setzen wir uns für
357 die Nutzung von öffentlich gesammelten Daten im Rahmen einer Open Data-Strategie
358 ein.

359 Künstliche Intelligenz, sichere dezentrale Speicherung (Blockchain Technologie)
360 und das Internet der Dinge bestimmen heute schon die Entwicklungen von BioTech,
361 GreenTech oder Mobilitätsanwendungen. In diesem Bereich verfügt Rheinland-Pfalz
362 über einzigartige Forschungseinrichtungen. Diese Potenziale wollen wir für
363 Mensch und Natur nutzen und setzen deswegen auf Green KI made in Rheinland-
364 Pfalz. Dafür brauchen wir eine landeseigene Green KI Strategie und eine KI-
365 Zukunftskommission, die die wesentlichen Akteur*innen im Land vernetzt. Um eine
366 Vorreiterrolle einzunehmen, wollen wir einen Lehrstuhl für nachhaltige KI
367 einrichten und den Bereich Sozio-Informatik ausweiten.

368 Die nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung ist eine wichtige
369 Zukunftsaufgabe. Angesichts des hohen und weiter wachsenden Anteils am

370 weltweiten Energieverbrauch müssen im IT-Bereich Potenziale zur
371 Energieeinsparung und für die Verbesserung der Energieeffizienz ausgeschöpft
372 werden. In der Landesverwaltung wollen wir eine nachhaltige und ökologische
373 Digitalisierung konsequent umsetzen und beispielsweise die „Blauer Engel“-
374 Zertifizierung für Software bei der Vergabe berücksichtigen.

375 Digitalisierung muss Hand in Hand gehen mit Datenschutz und ethischen Aspekten.
376 Digitale Produkte und Dienstleistungen sollen barrierefrei sein. Besonders
377 wichtig ist uns, dass das Recht über die Verwendung der eigenen Daten bei den
378 Bürger*innen bleibt. Risiken digitaler Technologien wie beispielsweise die
379 Diskriminierungspotenziale des Einsatzes algorithmischer Systeme müssen
380 erforscht und reguliert werden.

381 Verbraucher*innen schützen

382 Wir alle verbrauchen und konsumieren täglich. Aber was wir konsumieren, woher
383 ein Produkt kommt, was es enthält und wie es produziert wurde, bleibt viel zu
384 oft im Dunkeln. Das wollen wir ändern. Ein Kernanliegen grüner Politik ist, die
385 Rechte der Verbraucher*innen zu stärken und schützen, analog wie digital. Denn
386 wir Verbraucher*innen haben ein Recht auf verlässliche, glaubwürdige und
387 verständliche Informationen, die uns eine Orientierungshilfe und echte
388 Wahlfreiheit bieten. Dazu gehört auch, dass die Menschen erkennen können, unter
389 welchen sozialen und ökologischen Bedingungen Waren produziert wurden und eine
390 transparente Angabe von Inhaltsstoffen erfolgt.

391 In der Corona-Krise wurde der hohe Stellenwert des Verbraucherschutzes verstärkt
392 deutlich: Die Pandemie hat in das Leben von vielen Verbraucher*innen massiv
393 eingegriffen. Geplante Reisen konnten nicht stattfinden, die Frage nach
394 kostenfreiem Stornieren oder die Verpflichtung, weiterhin für private, nicht
395 nutzbare Dienstleistungen zu bezahlen haben Verbraucher*innen verunsichert. Wir
396 haben schon vor der Krise die Unterstützung der Verbraucher*innen in Rheinland-
397 Pfalz ausgebaut, verbessert und die Verbraucherzentrale in der Krise gezielt
398 unterstützt, eine kostenfreie Beratungshotline einzurichten. Gerade in
399 Krisenzeiten setzen wir uns für hohe Verbraucherschutzstandards und gegen die
400 Verlagerung von Problemen auf die Endkunden ein. Wir wollen die Wirtschaft
401 stärker in die Verantwortung nehmen und uns im Bundesrat für verbesserte
402 Verbraucherschutzregelungen und einen klaren Rechtsrahmen für mehr Wettbewerb
403 einsetzen.

404 Verbraucher*innenrechte gelten offline wie online

405 Ob in sozialen Medien, in Bewerbungsverfahren oder bei der Beurteilung der
406 Kreditwürdigkeit – Algorithmen begegnen uns heute in fast jedem Lebensbereich.
407 Fast nie erfahren wir, nach welchen Prinzipien Algorithmen uns beurteilen oder
408 nach welchen Kriterien uns Produkte oder Nachrichten empfohlen werden. Wir
409 setzen uns ein für einen wirksamen Verbraucherschutz in der digitalen Welt,
410 insbesondere bei Entscheidungen, die auf Algorithmen basieren. Ihr Einsatz darf
411 niemals dazu führen, dass Verbraucher*innen aus bestimmten Lebensbereichen
412 ausgeschlossen oder diskriminiert werden. Der Einfluss von KI auf die Auswahl
413 von Nachrichten und Information hat zentrale Auswirkungen auf Gesellschaft,
414 Demokratie und Meinungsbildung. Für den Einsatz von Algorithmen brauchen wir
415 Transparenz, einen verbrauchergerechten Rechtsrahmen und effektive
416 Schutzmechanismen. Die Unternehmen sollen beispielsweise darüber informieren,

417 welche Methoden sie bei der personalisierten Preisbildung einsetzen und welche
418 Daten sie verwenden.

419 Wenn Kinder Online-Angebote nutzen, brauchen sie zuverlässigen Schutz vor
420 gefährdenden Inhalten. Auch in vermeintlich kindgerechten Apps und Diensten
421 kommen Kinder immer wieder mit verstörenden Inhalten wie Herabwürdigungen,
422 Hassbotschaften, Gewalt, Pornografie und Glücksspiel in Berührung. Auf
423 Bundesebene werden wir uns für einen Gesetzesrahmen einsetzen, der einen
424 wirksamen Schutz von Kinderrechten im digitalen Umfeld gewährleistet.

425 Der Staat muss Online-Glücksspiele konsequent und umfassend regulieren. Wir
426 wollen den Ausbau zugelassener Online-Glücksspielarten verhindern und illegale
427 Webseiten-Klone identifizieren. Anbieter von Glücksspielen sollten sich in ihrer
428 Werbung auf das Gebiet beschränken, für das sie eine Lizenz haben.

429 Die Verbraucherzentrale: eine starke Lobby

430 Die Corona-Pandemie hat noch einmal gezeigt, wie richtig unsere Initiative war,
431 die Landesförderung für die Verbraucherzentrale zu erhöhen und das digitale
432 Beratungsangebot in den vergangenen Jahren auszubauen. Die Anlaufstelle für
433 Verbraucher*innen-Anliegen hat sich in der aktuellen Krisensituation einmal mehr
434 als wichtige und verlässliche Partnerin zum Schutz der rheinland-pfälzischen
435 Bürger*innen bewährt. Die Verbraucher*innen können sich mit der
436 Verbraucherzentrale auf eine starke Lobby verlassen, die ihre Interessen
437 vertritt und sie vor Irreführung, Betrug und nicht erbrachten Leistungen
438 schützt. Wir GRÜNE werden uns für eine gesicherte Finanzierung einsetzen, die
439 der laufenden Arbeit und den neuen Herausforderungen der Verbraucherzentrale
440 gerecht wird. Ihre Beratungsstellen müssen erhalten bleiben und die digitale
441 Beratung und Verbraucherbildung weiterentwickelt und umgesetzt werden.

442 Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht auch einzufordern.
443 Wir wollen endlich echte Sammelklagen – nicht nur Musterfeststellungsklagen –
444 ermöglichen, die das Prozessrisiko auf viele Schultern verteilen. Nachdem sich
445 die EU auf die Einführung solcher Sammelklagen verständigt hat, werden wir im
446 Bundesrat für eine Umsetzung eintreten, von der möglichst viele
447 Verbraucher*innen profitieren können.

448 Verantwortlicher Konsum – Reparieren statt wegwerfen

449 Immer mehr Menschen achten bei den täglichen und nicht alltäglichen
450 Anschaffungen auf Nachhaltigkeit und soziale Aspekte. So trägt beispielsweise
451 die Entscheidung für fair gehandelte, ökologisch erzeugte Produkte zu einem
452 verantwortlichen Wirtschaften im globalen Zusammenhang bei. Unverpackt-Läden
453 leisten einen Beitrag, dass Wegwerf-Plastikverpackungen gar nicht erst
454 produziert werden. Wir GRÜNE unterstützen das Wachstum des nachhaltigen und
455 sozial verantwortlichen Wirtschaftens. Dazu gehört die Share Economy, mit der
456 teilen statt besitzen und weiterverwenden statt wegwerfen an Bedeutung gewinnt.
457 Rund um die Idee des Teilens entstehen neue nachhaltige Geschäftsideen, die zur
458 Senkung des Verbrauchs von Rohstoffen, Materialien und Energie beitragen.

459 Zum nachhaltigen Konsum gehört auch der Einsatz langlebiger Produkte, die
460 einfach repariert werden und bei denen Verschleißteile leicht ausgetauscht
461 werden können. Das Gegenteil sind beispielsweise Geräte, die komplett als
462 Elektroschrott entsorgt werden, wenn der fest verbaute Akku nicht mehr
463 ausreichend Energie speichert.

464 Wir wollen deshalb das Prinzip Reparieren statt Wegwerfen in Rheinland-Pfalz
465 stark machen, indem wir zum Beispiel Repair-Cafes und Fahrradwerkstätten
466 fördern. Dazu brauchen wir auch ein europaweit geltendes Recht auf Reparatur.
467 Mit öffentlichen Informationen und Kampagnen wollen wir auf die Notwendigkeit
468 von nachhaltigem und fairem Konsum aufmerksam machen. Verantwortlicher Konsum
469 soll im Rahmen einer zeitgemäßen Verbraucherbildung stärker vermittelt werden.

Beschluss (vorläufig) 3. Intakte Umwelt – Gesicherte Lebensgrundlagen

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum: 06.12.2020
Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 3 Umwelt – Wald – Landwirtschaft – Ernährung – Tiere

Text

1 Wir Menschen sind mit unserer Umwelt untrennbar verbunden. Das Überleben
2 zukünftiger Generationen hängt davon ab, ob wir heute Rücksicht auf die
3 Regenerierbarkeit unserer natürlichen Ressourcen nehmen und im Einklang mit der
4 Tragfähigkeit der Erde leben und wirtschaften. Wir ernähren uns von den
5 Produkten der Natur, haben individuelle Vorlieben, was Wetter und Klima angeht,
6 fahren in den Urlaub in die Berge, gehen Spazieren an Flüssen oder in den Wald
7 und genießen Natur, um uns zu erholen. Natur ist ein Rückzugsort – für uns und
8 für die zahlreichen Tiere, die sie bewohnen. Auch mit Tieren sind wir Menschen
9 eng verbunden. Wir erfreuen uns an ihnen und bauen emotionale Beziehungen zu
10 ihnen auf. Unabhängig davon haben Tiere ihre eigene Existenzberechtigung. Wo der
11 Mensch Tiere vermehrt und züchtet, trägt er eine besondere Verantwortung für ihr
12 Wohlergehen.

13 Natur- und Umweltschutz sowie Tierschutz sind Kernthemen für uns GRÜNE. Nie
14 zuvor waren diese Themen so existentiell wichtig wie heute. Deswegen setzen wir
15 uns für einen flächendeckenden Biotopverbund und die Ausweitung der bestehenden
16 Naturschutzgebiete ein. Wir wollen das ökologische Gleichgewicht bewahren und
17 dem Artensterben entgegenwirken. Auch die Stadt soll als Lebensraum grüner
18 werden: Vorgärten oder Fassaden bieten dazu bisher ungenutzte Möglichkeiten. Zum
19 Erhalt der Arten benötigen wir einen durchdachten Gewässerschutz in unserem
20 wasserreichen Bundesland.

21 Um unseren Lebensraum weniger zu belasten, entwickeln wir tragfähige Konzepte
22 der Müllvermeidung, von der ressourcenschonenden Produktion bis zur
23 fortschrittlichen regionalen Recyclinginfrastruktur.

24 Den Wald, wie wir ihn kennen, wird es nicht mehr lange geben. Um unsere
25 Landschaft zu bewahren, müssen wir nun den Umbau unserer Wälder angehen. Das
26 Ziel ist ein klimaangepasster, naturnaher Mischwald mit ausgewiesenen
27 Wildnisflächen als Hort der Biodiversität.

28 Natur- und Umweltschutz gelingt mit dem grundlegenden Umbau der Landwirtschaft
29 nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit, mit sinnvollen Anreizen für die
30 Landwirt*innen und transparenten Orientierungshilfen für Verbraucher*innen. In
31 Einrichtungen, wie zum Beispiel Kita, Schule und betreuten Wohnformen setzen wir
32 auf nachhaltige Ernährung sowie gesunde und regional produzierte Lebensmittel.

33 Wir wollen einen ethisch verantwortungsvollen Umgang mit Tieren in allen
34 Bereichen: Wir setzen uns für eine tiergerechte und flächengebundene
35 Nutztierhaltung sowie für eine artgerechte Haltung von Haustieren ein. Wir
36 wollen, dass Tierversuche durch die Weiterentwicklung von alternativen Methoden
37 so weit wie möglich überflüssig werden.

38 Natur und Umwelt schützen

39 Während der Klimakrise mit ihren Hitze- und Dürrephasen wird deutlich, dass auch
40 wir Rheinland-Pfälzer*innen in besonderen Maßen von einem funktionierenden
41 globalen Ökosystem mit vielfältigen Pflanzen- und Tierarten abhängig sind. Ein
42 intaktes Ökosystem bietet Schutz vor Krankheiten und Schädlingen. Es stellt
43 zahlreiche überlebenswichtige Leistungen zur Verfügung wie zum Beispiel die
44 Bestäubung von Obst und Gemüse durch Insekten.

45 Doch das ökologische Gleichgewicht ist aus dem Lot geraten. Bislang unberührte
46 Naturparadiese werden weltweit massiv bedrängt, Lebensräume vernichtet, die
47 Bewirtschaftung zunehmend intensiviert und auf diese Weise zahlreiche Tier-
48 sowie Pflanzenarten gefährdet. Auch die Roten Listen in Deutschland und in
49 Rheinland-Pfalz zeigen: Rund ein Drittel der bekannten 72.000 Tier-, Pflanzen-
50 und Pilzarten sind in ihrem Bestand bedroht. Darunter befinden sich viele
51 typische Arten unserer Äcker, Wiesen und Dörfer, wie zum Beispiel die Feldlerche
52 oder der Haussperling. Das schleichende Sterben hat längst eingesetzt, auch bei
53 uns in Rheinland-Pfalz.

54 Artensterben stoppen

55 Wir wollen blühende Wiesen, Gärten und Äcker für eine summende Vielfalt im
56 ganzen Land. Die erfolgreichen Programme des Natur- und Gewässerschutzes Aktion
57 Grün und Aktion Blau Plus wollen wir ausweiten zu einem flächendeckenden
58 Biotopverbund. Der Westwall wird als „Grünes Band im Westen“ mit der Stiftung
59 Westwall zum Biotopverbund-System weiterentwickelt – verbunden mit einem Konzept
60 zur politischen Bildung und als Mahnmal gegen Nazis und Krieg. Wir möchten
61 flächendeckend Kommunen zur Aktion-Grün-Kommune machen. Gemeinsam mit den vielen
62 ehren- und hauptamtlichen Insektenretter*innen werden wir sogenannte Eh-Da-
63 Flächen, also vorhandene Weg- und Ackerränder, Verkehrsinseln und
64 Entwässerungsgräben in blühende Lebensräume für Biene und Co. verwandeln.
65 Gehölz- und Grünstreifen entlang von Straßen und Wegen wollen wir naturnah
66 gestalten. Unsere vielfältigen Artenschutzprojekte für gefährdete Leitarten wie
67 Kiebitz, Braunkehlchen, Segelfalter und Feldhamster fördern wir nicht nur
68 weiter, sondern sorgen auch dafür, dass sie langfristig weiterentwickelt werden.
69 Schutzgebiete und wertvolle Biotope wie Streuobstwiesen und Gewässerränder
70 vernetzen wir gemeinsam mit allen Akteur*innen quer durch unsere vielfältige
71 Kulturlandschaft. Dazu werden wir die Agrarumweltprogramme des Landes ausweiten
72 und langjährige Pflegeverträge mit regionalen Streuobsinitiativen und Kommunen
73 für den Erhalt und die Nutzung abschließen.

74 Wir werden mit der engagierten Zivilgesellschaft, betroffenen Akteur*innen und
75 Verbänden einen verbindlichen Austausch starten, um die bestehende
76 Biodiversitätsstrategie des Landes weiterzuentwickeln. Gemeinsam wollen wir das
77 Ziel erreichen, das Artensterben noch konsequenter zu bekämpfen. Moore sind
78 wichtige Lebensräume für viele bedrohte Tier und Pflanzenarten. Darüber hinaus
79 binden sie auch riesige mengen an Kohlenstoff und sind für unser Klima von
80 besonderer Bedeutung. Wir werden uns deshalb weiter für die umfangreiche
81 Renaturierung unserer Moorflächen einsetzen.

82 Die konsequente Weiterentwicklung der Natura 2000-Schutzgebiete wie Pfälzerwald,
83 Bienwald oder Soonwald werden wir als Beitrag zur nationalen und europäischen
84 Biodiversitätsstrategie vorantreiben. Die Managementpläne für die
85 Naturschutzgebiete müssen mit auskömmlicher Finanzierung und Monitoring-
86 Kriterien unterlegt werden, um die Wirksamkeit der Maßnahmen genauer überprüfen

87 zu können. Hierfür machen wir für eine Kofinanzierung auf Bundes- und
88 Europaebene Druck. Auch unsere zahlreichen Naturschutzgebiete werden wir weiter
89 aufwerten, indem wir eine flächendeckende, ökologische Landbewirtschaftung in
90 diesen Gebieten anstreben und unterstützen. Gemeinsam mit allen Akteur*innen
91 werden wir den Nationalpark Hunsrück-Hochwald, das Biosphärenreservat
92 Pfälzerwald und unsere Naturparks im Land stärken. Die Naturparks sollen dabei
93 unter einem gemeinsamen Dach stärker sichtbar und bei der Regionalentwicklung,
94 dem Klimaschutz, der regionalen Erzeugung und dem schonenden Tourismus stärker
95 eingebunden werden.

96 Naturschutzmaßnahmen sind dann besonders wirkungsvoll, wenn sie gut vernetzt
97 werden. Deswegen wollen wir die öffentliche Steuerung stärken, weitere
98 Naturschutzprojekte planen und umsetzen, die Landwirtschaft enger mit
99 einbeziehen sowie mit Hilfe eines Monitorings die Erfolge besser nachvollziehen.
100 Wir werden prüfen, inwieweit die bestehenden Verwaltungsstrukturen gestärkt oder
101 neue Strukturen, beispielsweise in Form von biologischen Stationen, aufgebaut
102 werden sollten.

103 Ebenso möchten wir den Wissenstransfer zwischen der Umweltverwaltung und unseren
104 hervorragenden Hochschulen weiter verbessern. Dank neuester Algorithmen und
105 Künstlicher Intelligenz können viele Umweltprobleme effizient erkannt und
106 bekämpft werden.

107 Lernen von Umwelt und Natur für die Zukunft

108 Wir möchten formale wie nonformale Angebote einer Bildung für Nachhaltige
109 Entwicklung (BNE) und des Globales Lernen (GL) verstetigen und ausbauen und
110 weiterentwickeln. Umwelt-, Klima- und Naturschutz, klimaneutrale Mobilität,
111 nachhaltiges Wirtschaften, insbesondere in der Forst-, Landwirtschaft sowie
112 Weinbau werden wir noch mehr an Kindertagesstätten und Schulen altersgerecht
113 vermitteln. Besonders in den Bereichen Klimaschutz und Ernährung werden wir die
114 erfolgreiche Arbeit der Stiftung Natur und Umwelt und der Landeszentrale für
115 Umweltaufklärung (LZU) weiter fördern. Die Auswirkungen von Tierhaltung und
116 Ernährungsweise sollen altersgerecht an Kinder und Jugendliche vermittelt
117 werden, um ein bewusstes und aufgeklärtes Konsumverhalten zu fördern. Die gute
118 Zusammenarbeit mit den Landfrauen in Projekten zu Wildkräuter und Streuobst soll
119 auf das ganze Land ausgeweitet werden. Aber auch an weiterführenden Schulen,
120 Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen brauchen wir verstärkt an
121 Nachhaltigkeit orientierte Bildungsinhalte.

122 Oasen in unseren Städten

123 Wir möchten lebenswerte Innenstädte und Dorfkerne gestalten, indem wir die
124 vorhandenen grünen und blauen Oasen aufwerten und um viele weitere naturnahe
125 Begrünungen von Vorgärten, Fassaden und Dachflächen oder naturnahe Wasserflächen
126 erweitern. Zusätzlich werden wir die Installation von Nisthilfen für unsere
127 Vögel und Insekten sowie Fassaden- und Dachbegrünung an allen öffentlichen
128 Gebäuden prüfen. So bieten wir vielfältigen Tieren und Pflanzen Lebensraum in
129 unseren Dörfern und Städten.

130 Bei Neubauten wollen wir naturfeindliche Schottergärten untersagen und die
131 Entsiegelung ungenutzter Parkplätze unterstützen. Dach- und Fassadenbegrünungen
132 sollen überall dort installiert werden, wo es technisch möglich ist. Wir möchten
133 den Kühleffekt von innerörtlichen Gewässern und öffentlichen Brunnen besser

134 nutzen und diese zu naturnahen Wohlfühlorten weiterentwickeln. In den neu
135 geschaffenen Wasser- und Grünflächen werden neue Lebensräume für Pflanzen und
136 Tiere entstehen, die gleichzeitig die Innenstädte kühlen und das Stadtbild
137 positiv verändern. Wir wollen unsere Städte und Dörfer zu Schwammstädten machen,
138 damit sie Niederschläge besser zurückhalten für die Bewässerung von Stadt- und
139 Dorfgrün. Deshalb wollen wir Kommunen bei der Erarbeitung von
140 Entsiegelungskatastern unterstützen.

141 Künstliches Dauerlicht durch Straßenlaternen oder Gartenbeleuchtung kann
142 Pflanzen und nachtaktive Insekten schädigen. Um sie vor dieser
143 Lichtverschmutzung zu schützen, werden wir die Verwendung von Beleuchtung mit
144 niedrigen Farbtemperaturen im Außenbereich unterstützen. Die Kommunen brauchen
145 weiter finanzielle Hilfe, damit sie ihre Straßenbeleuchtung auf LED umstellen
146 können.

147 Saubere Luft

148 Für uns Menschen und die Umwelt ist saubere Luft überlebenswichtig. Garant für
149 saubere Luft ist die Verkehrswende hin zu einer klimaneutralen Mobilität. Auch
150 deshalb werden wir GRÜNE die Energie-, Verkehrs- und Wärmewende weiter
151 voranbringen, um Luftschadstoffe, die durch die Industrie, den Straßenverkehr
152 und den Betrieb von Gebäudeheizungen verursacht werden, zu reduzieren. Die
153 Luftreinhaltestandards müssen bundesweit verbessert und kontrolliert werden, um
154 die Einhaltung der EU-Luftqualitätsrichtlinie zu gewährleisten. Wir setzen uns
155 für Maßnahmen ein, die zu einer Emissionsminderung beitragen, zum Beispiel
156 bessere Rahmenbedingungen und die gezielte Förderung sauberer Antriebssysteme,
157 Tempo-30-Zonen, effiziente Nahwärmenetze sowie modernste Filtertechnologien und
158 die ökologische Aufwertung öffentlicher Grünflächen als städtische Lunge.
159 Weiterhin behalten wir die Feinstaubbelastung durch den Verkehr in unseren
160 Städten im Blick. Insbesondere die Forschung zur Gefährlichkeit von
161 Ultrafeinstäuben wollen wir unterstützen und setzen uns beim Bund und der EU für
162 die Etablierung validierter Messverfahren und Grenzwerte zum der Menschen ein.

163 Sauberes Wasser

164 Flüsse und Bäche durchziehen unser Land wie Lebensadern. Sie sind wertvolle
165 Biotope, beliebte Erholungsgebiete und wichtige Wirtschaftsfaktoren. Die
166 Klimakrise wirkt sich auch auf unser Wasser aus. Der geringe Niederschlag und
167 die Trockenheit führen allen vor Augen: Wasser ist kostbar und erfordert einen
168 schonenden Umgang, da auch die Neubildung unseres Grundwassers bereits
169 rückläufig ist. Mit einem „Zukunftsplan für unser Wasser in Rheinland-Pfalz“
170 wollen wir im Dialog mit allen Beteiligten ein neues Fundament für das
171 Wassermanagement mit klarer Priorisierung von Nutzungsansprüchen einführen.
172 Durch unsere Anstrengungen werden wir dafür sorgen, dass die Wasserversorgung
173 auch in Zukunft noch sicher ist und durch Wasserrückhaltung ein gesundes und
174 gutes Leben weiter möglich sein wird.

175 Rheinland-Pfalz ist Spitzenreiter im Gewässerschutz. An diesen Erfolg wollen wir
176 anknüpfen, indem wir die Aktion Blau Plus weiter ausbauen, Renaturierungen von
177 Gewässern vorantreiben und den Schutz von Auen und Gewässerrändern stärken. Wir
178 werden die EU-Wasser-Rahmen-Richtlinie mit Nachdruck umsetzen und damit alle
179 unsere Gewässer bis 2027 in einen guten ökologischen Zustand bringen - das
180 beinhaltet auch ein besonderes Augenmerk auf ein nachhaltiges

181 Grundwassermanagement. Durch zurückgehende Regenmengen und Dürren darf die
182 Entnahme von Grundwasser dessen Neubildung nicht überschreiten.

183 Die Durchgängigkeit der Gewässer für die Tiere, die in ihnen leben, muss dabei
184 deutlicher besser werden.

185 Wir stärken das Vorsorge- und Verursacherprinzip. In Kooperation mit allen
186 Beteiligten betreiben wir auch aktiven Gewässerschutz, wie die bereits
187 erfolgreich eingeführte Gewässerschutzberatung in der Landwirtschaft
188 verdeutlicht. Wir werden die Landwirtschaft weiter dabei unterstützen, die
189 Belastung unseres Grundwassers mit Nitrat zu reduzieren. Um die
190 Stickstoffbelastung besser zu erfassen, setzen wir uns für das Instrument der
191 Hoftorbilanz ein. Die Reinheit unserer Flüsse, Bäche und unseres Grundwassers
192 wollen wir sichern, indem wir die bestehende Abwasserinfrastruktur modernisieren
193 und damit Einträge von Schad- und Nährstoffen in unsere Umwelt verringern. Dort
194 wo Grund- und Oberflächengewässer hohe Belastungen aufweisen, sollen
195 Wasserunternehmen und Gewässierzweckverbände Vereinbarungen mit den
196 Landwirt*innen im Rahmen des Projektes gewässerschonende Landwirtschaft
197 abschließen.

198 Schutz vor Hochwasser und Starkregen

199 Wir werden die Hochwasservorsorge als Teil der Krisenprävention stärken und die
200 Zusammenarbeit mit unseren Kommunen bei Vorsorgekonzepten ausweiten. Wir werden
201 sie kombinieren mit neuen oder aktualisierten Klimaschutzkonzepten und
202 flächendeckendem, digitalen Energie-Management, auch im Sinne der
203 Kosteneinsparung. Insbesondere der von der Klimaerhitzung verursachte Starkregen
204 macht es notwendig, dass die Kommunen Konzepte entwickeln und die Maßnahmen
205 darin umsetzen. Als Beitrag zum Schutz vor Erosion werden wir bodenschützende
206 Landbewirtschaftung unterstützen, die eine ganzjährige Bodenbedeckung sowie
207 Gewässerrandstreifen und Heckenstrukturen erhält.

208 Beim Hochwasserschutz setzen wir in erster Linie auf die Ausweitung natürlicher
209 Überflutungsräume, zum Beispiel durch Deichrückverlagerungen. Auenwälder als
210 natürliche Überschwemmungsgebiete wollen wir schützen und Auengebiete
211 renaturieren. Künstliche Hochwasserrückhaltebecken (Polder oder Reserveräume für
212 Extremhochwasser) unterstützen wir, wenn sie naturverträglich erstellt werden
213 können. Den geplanten Polder Waldsee/Altrip/Neuhofen lehnen wir aufgrund der
214 starken Eingriffe in schützenswerte Natur und dem ungeklärten Katastrophenschutz
215 für die Bevölkerung weiter ab.

216 Müll vermeiden, Wiederverwenden und Reparieren

217 Für uns ist Nachhaltigkeit der Leitgedanke allen Handelns. Die Vermeidung von
218 Abfall ist der effektivste Weg, um wertvolle Ressourcen und Energie in
219 Rheinland-Pfalz zu schonen. Wie das gelingen kann, soll unter anderem in Schulen
220 mit konkreten Tipps und Tricks vermittelt werden. Wir werden die
221 Ausschreibungskriterien in unserer öffentlichen Verwaltung so gestalten, dass
222 klima- und ressourcenschonende Produkte und regionale Dienstleistungsangebote
223 bevorzugt werden.

224 Wir wollen uns aktiv gegen die massive Lebensmittelverschwendung einsetzen,
225 indem wir Aufklärungskampagnen initiieren, uns auf Bundesebene für die
226 Entkriminalisierung des Containers einsetzen und Beratungsangebote für
227 Einzelhandel und Gastronomie schaffen.

228 Um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden, werden wir uns auf Bundesebene
229 außerdem dafür einsetzen, dass Supermärkte ihre abgelaufenen, aber noch
230 genießbaren Lebensmittel nicht wegwerfen dürfen, sondern sie an
231 Hilfsorganisationen und/oder Initiativen wie z.B. foodsharing weitergeben
232 müssen. Wir wollen außerdem die Wirtschaft darin bestärken, ressourcenschonende
233 Verfahren und Verpackungen zu entwickeln, um Abfälle signifikant reduzieren zu
234 können.

235 Wo Müllvermeidung nicht möglich ist, setzen wir auf Wiederverwendung und
236 Reparatur. Durch eine ausgebaute Reparatur- und fortschrittliche
237 Recyclinginfrastruktur erschließen wir bislang ungenutzte Potenziale und
238 Ressourcen. Wir ermutigen alle Unternehmen, eventuelle Reparaturmaßnahmen mit
239 frei zugänglichen Datenblättern, Schaltplänen und Informationen zu unterstützen.

240 Ein transparentes Mehrweg-System und gekennzeichnete, sortenreine
241 Recyclingverpackungen sind Bestandteile einer zukunftsorientierten
242 Kreislaufwirtschaft. Die Abfallwirtschaftspläne werden wir gemeinsam mit den
243 Kommunen aktualisieren und flächendeckende Sortieranalysen an den einzelnen
244 Verwertungsstandorten durchführen lassen. Auf dieser Grundlage werden regionale
245 Konzepte erstellen. So erhöhen wir die Recyclingquote von Kunststoffen und
246 Verpackungen und dämmen die Plastikvermüllung in unseren Gewässern und Böden
247 ein. Außerdem verbessern wir die regionale Verwertung biologischer Abfälle in
248 Kompostier- oder Biogasanlagen. Weiterhin setzen wir uns für eine Verringerung
249 der Mikroplastikeinträge über Klärschlamm, Folien, Gummis und Bindemittel ein.
250 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Reform des Dualen Systems mit dem Ziel
251 einer verbesserten Recyclingquote und klimaschonenden Wiederverwertung ein. Die
252 thermische Verwertung von Kunststoffen sollte aufgrund des zusätzlichen
253 Ausstoßes von CO² nur die letzte Wahl in der Müllverwertung sein.

254 Heute an den Wald von morgen denken

255 Unser Wald ist Lebens- und Schutzraum sowie Naherholungsgebiet. Er ist Raum für
256 Erfahrung, Gesundheit, Sport und Bildung. Außerdem ist er Wirtschaftsfaktor mit
257 rund 50.000 Mitarbeiter*innen. Ihm kommt in Rheinland-Pfalz eine zentrale
258 Bedeutung zu. 42 Prozent der Landesfläche in unserem Bundesland sind von Wald
259 bedeckt. Rheinland-Pfalz ist damit eines der walddreichsten Bundesländer. Doch
260 unsere Wälder leiden massiv unter der anhaltenden Klimakrise. Dürre, Hitze und
261 der Borkenkäfer bringen unsere stark geschwächten Wälder und damit die
262 Forstbetriebe enorm in Bedrängnis.

263 Diese Krise ist umso gefährlicher, als unser Wald ein wichtiger Verbündeter im
264 Kampf gegen die Klimakrise ist. In jedem Kubikmeter Holz sind rund 1000
265 Kilogramm CO₂ gespeichert. Der nachwachsende Rohstoff Holz ersetzt außerdem
266 viele andere energieintensivere Rohstoffe, wie beispielsweise Zement als
267 Baumaterial. Wir sind also in mehrfacher Hinsicht dafür verantwortlich, unsere
268 Wälder für künftige Generationen zu erhalten und klimaresistent umzugestalten.

269 Nachhaltiger Waldumbau

270 Wir werden den nachhaltigen Waldumbau hin zu einem klimaangepassten, naturnahen
271 Mischwald konsequent weiterverfolgen. Dazu stärken wir die Naturverjüngung in
272 unseren Wäldern weiter, immer mit Blick auf das ökologische Gleichgewicht. Vor
273 allem heimische, belastbare Baumarten werden den naturnahen Waldumbau ergänzen
274 und die Artenvielfalt im Wald bereichern. Wir müssen heute in den dringend

275 notwendigen Umbau unserer Wälder zu widerstandsfähigen Mischwäldern investieren,
276 wenn morgen noch Einnahmen aus der Holznutzung erzielt werden sollen.

277 Wir verbinden Naturschutz, Erholung und Waldnutzung mit sanften Naturtourismus,
278 Waldpädagogik und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. So werden beispielsweise
279 im Nationalpark Hunsrück-Hochwald wie auch im Biosphärenreservat Pfälzerwald
280 Kinder und Jugendliche als Junior Ranger qualifiziert, die als Botschafter*innen
281 wie Multiplikator*innen für die Region, für den Schutz der Natur und den Erhalt
282 der biologischen Vielfalt wirken.

283 Um die Herausforderungen der Waldwirtschaft zu meistern, brauchen wir
284 insbesondere den Landesbetrieb Landesforsten. Unsere Forstleute tragen dazu bei,
285 die ökologischen Systemleistungen des Waldes zu erhalten. Dabei wollen wir sie
286 unterstützen. Auch die Vorreiterrolle des Landesbetriebs – beispielsweise beim
287 Ausbau von Erneuerbaren Energien und beim Umstieg auf die Elektromobilität –
288 wollen wir stärken und als Vorbild in die gesamte Landesverwaltung tragen.

289 Wir werden die Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft ausbauen
290 und gleichzeitig in der Forschung mit unseren Nachbarländern kooperieren. Das
291 dort angesiedelte Klimakompetenzzentrum, das die Folgen der Klimaerhitzung
292 erkundet, soll um Aufgaben des Klimaschutzes erweitert werden. Die Kooperation
293 zwischen dem Nationalpark Hunsrück-Hochwald und dem Umwelt-Campus Birkenfeld
294 wollen wir stärken.

295 Erfolgsgeschichte Nationalpark Hunsrück-Hochwald

296 Der Nationalpark Hunsrück-Hochwald ist für unsere Natur, den naturnahen
297 Tourismus und für zahlreiche Betriebe in der Region eine echte
298 Erfolgsgeschichte. Hier kann sich die Natur frei entfalten und wir schaffen
299 regionale Wertschöpfung. Damit noch mehr Natur davon profitiert, wollen wir mit
300 den umliegenden Kommunen über eine noch engere Kooperation und eine Erweiterung
301 des Nationalparks ins Gespräch kommen. Außerdem wollen wir die benachbarten
302 Schutzgebiete miteinander verbinden und damit einen Beitrag zur überregionalen
303 Biotopvernetzung leisten. Wir streben eine noch engere Vernetzung und Kooperation
304 beispielsweise mit den Naturparks Soonwald-Nahe und Hunsrück-Saar an.

305 Naturschutz im Wald

306 Unser Ziel ist es, alle Wälder in Rheinland-Pfalz nach dem Forest-Stewardship-
307 Council (FSC) Siegel als besonders naturnah und nachhaltig zertifizieren zu
308 lassen. Damit wir das schaffen, werden wir die kommunalen und privaten
309 Forstbetriebe besonders unterstützen. Um darüber hinaus weitere Lebensräume für
310 gefährdete Arten wie Luchs oder Wildkatze zu erschaffen, werden wir dafür
311 werben, dass das Biotop-Altbaum-Totholz-Konzept in unseren kommunalen und
312 privaten Wäldern flächendeckend umgesetzt wird.

313 Auf unseren landeseigenen Flächen haben wir - auch dank der Gründung des
314 Nationalparks - beinahe zehn Prozent unserer Wälder zu Wildnisflächen erklärt.
315 Nun wollen wir das nationale Wildnisziel von fünf Prozent der Gesamtwaldfläche
316 von Rheinland-Pfalz deutlich übertreffen. Neben Landesforsten brauchen wir vor
317 allem die Kommunen als Partner für den großen Bereich der kommunalen Wälder.
318 Durch Klimaschäden im Wald und fallende Holzpreisen sind waldbesitzende Kommunen
319 erheblich finanziell belastet. Durch die flächendeckende Übernahme des Biotop-
320 Altbaum-Totholz-Konzepts und einer weiteren Extensivierung können diese Kommunen
321 entlastet werden. Dadurch und durch weitere Gebiete im Landeswald wollen wir

322 mittelfristig zehn Prozent der Gesamtwaldfläche dauerhaft in Wildnisfläche
323 überführen.

324 Klimawald 2100

325 Die dramatische Klimaerhitzung verdeutlicht, wie nötig Klimaschutz ist und dass
326 sich auch die bisherige Bewirtschaftungsweise des Waldes verändern muss. Wir
327 brauchen einen Paradigmenwechsel weg von reinen Holzplantagen und hin zu Klima-
328 und Zukunftswäldern. Unsere Wälder und das bisherige Forstsystem sind aufgrund
329 der anhaltenden Klimaerhitzung an die Leistungsgrenze gekommen. Wir wollen
330 deshalb unsere Wälder und unsere Forstreviere vom ökonomischen Druck entlasten
331 und die umfangreichen gesellschaftlichen Leistungen der Wälder honorieren. Wir
332 etablieren deshalb den Klimawald 2100 – wissenschaftlich begleitet von der
333 Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft, dem Landesamt für Umwelt
334 und unseren Hochschulen –, um Zukunftswälder zu erforschen und natur- und
335 klimaangepasste Arten der Bewirtschaftung wissenschaftlich zu erproben. Dadurch
336 können extensive Bewirtschaftungsformen erprobt und sich unsere Wälder naturnah
337 sowie klimaresistent weiterentwickeln. Nur so entfalten Wälder die beste
338 Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel. Für diese zentrale Herausforderung
339 spielt der Landesbetrieb Landesforsten eine entscheidende Rolle.

340 Wir stärken das Bauen mit Holz und insbesondere die Nutzung von Laubholz, indem
341 wir unser Holzcluster ausweiten. Die Umstellung darauf und auf innovative
342 Methoden der Verarbeitung werden wir unterstützen – sowohl in den Sägereien als
343 auch in der Produktion und im Handwerk. Der nachhaltige Rohstoff Holz soll
344 zukünftig noch stärker eingesetzt und in öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt
345 werden, besonders bei langlebigen Produkten und Projekten wie beispielsweise dem
346 seriellen Bauen oder beim Aufstocken von Gebäuden. Wir werden uns auf
347 Bundesebene durch eine aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung gespeiste
348 Waldklimaprämie für eine nachhaltige Finanzierung der ökologischen Leistung des
349 Waldes einsetzen und entsprechende Initiativen im Bund voranbringen.

350 Jagd: Ökologisches Gleichgewicht wahren

351 Auch die Jagd steht unter dem Eindruck der Klimakrise und muss sich ändern.
352 Unser Ziel ist eine ökologische und waldfreundliche Jagd, welche die Aspekte des
353 Tierwohls verstärkt berücksichtigt. Dies gilt auch für die notwendige Anpassung
354 der Reh- und Rotwildbestände an die ökologische Tragfähigkeit der bereits
355 geschädigten Wälder. Es braucht hierzu obligatorische, wiederkehrende
356 Vegetations und Populationsgutachten für Reviere, um die Vorgaben und
357 Abschussregelungen an die tatsächliche Situation anzupassen. Außerdem wollen wir
358 die Anlage von Wildäusungsflächen, Wildruhezonen sowie Verbisschutz im Forst
359 verstärkt fördern. Nur so kann naturnahe Waldbewirtschaftung durch
360 Naturverjüngung und das Erreichen einer gesunden Wildpopulation gelingen. Wir
361 wollen im Dialog mit den Jagd-, Wald-, Umwelt- und Tierschutzverbänden das
362 Jagdrecht überarbeiten. Totschlagfallen und der Abschuss von Haustieren gehören
363 nicht in ein modernes Jagdrecht. Wir setzen auf eine Aus- und Weiterbildung in
364 der Jagd, die insbesondere den Tierschutz im Blick hat. Wir wollen ein Verbot
365 bleihaltiger Munition, weil ihre Toxizität für Tier und Mensch nachgewiesen ist.
366 Tiere müssen auch bei der Jagd schnell und ohne unnötiges Leid getötet werden,
367 deswegen fordern wir die Einführung von verpflichtenden qualitativen
368 Schießnachweisen für alle Jäger*innen die an Bewegungsjagden in Rheinland- Pfalz
369 teilnehmen.

370 Landwirtschaft & Weinbau von morgen

371 Weltweit nehmen fruchtbare Böden, Ackerflächen und die Wasserversorgung
372 dramatisch ab. Die Auswirkungen der Klimakrise spüren wir alle und die
373 Weltbevölkerung wächst. Damit wird die Frage nach einer verantwortungsvollen,
374 nachhaltigen und fairen Erzeugung von Lebensmitteln immer wichtiger. Unsere
375 Landwirtschaft spielt dabei eine besondere Rolle.

376 Gemeinsam mit den Landwirt*innen wollen wir eine auf Vielfalt und regionalen
377 Wirtschaftskreisläufen fußende moderne, nachhaltige und ökologisch orientierte
378 bäuerliche Landwirtschaft stärker unterstützen. Wir orientieren uns dabei am
379 Leitbild der ökologischen Landwirtschaft. Insbesondere der schonende Umgang mit
380 unseren Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft und die flächenbezogene Tierhaltung
381 sind das Leitbild einer zukunftsfähigen klimafreundlichen Landwirtschaft. Dazu
382 gehören für uns auch die Förderung des Anbau von Leguminosen und pflanzliche
383 Proteinquellen. Die Landwirtschaft der Zukunft soll ohne den Einsatz von Agro-
384 Gentechnik, ohne Antibiotika-Missbrauch und ohne den Einsatz von umwelt-, klima-
385 und gesundheitsbelastenden Mitteln und Methoden auskommen. Sowohl
386 Arbeitnehmer*innen wie auch landwirtschaftliche Unternehmen sollen ein faires
387 Einkommen erhalten. Dafür müssen Lebensmittel faire Preise haben und dürfen
388 nicht billiger verkauft werden, als deren Erzeugung die Landwirt*innen kostet.

389 Unser Ziel ist: öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen. Wir setzen uns
390 dafür ein, dass alle Möglichkeiten innerhalb der Europäischen Agrarpolitik
391 (GAP), genutzt werden, um Biodiversität, Gewässerschutz und klimaschonende
392 Landwirtschaft zu unterstützen. Wir kämpfen auch für eine entsprechende
393 nationale Agrarpolitik (GAK). Dazu müssen im Nationalen Strategieplan zur
394 Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) die Vorgaben des
395 Green Deals mit der „Vom Hof auf den Teller“ und der Biodiversitätsstrategie
396 konsequent umgesetzt werden. Die Auszahlung der Mittel aus der Ersten Säule
397 (Direktzahlungen) sind dabei an Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen zu koppeln, die
398 ersten Hektare deutlich besser zu fördern, die Zahlungen sollen einer Kappung
399 unterliegen und an die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gekoppelt
400 werden. Damit das Ziel von 30 Prozent ökologischen Land- und Weinbau umgesetzt
401 werden kann, müssen die notwendigen finanziellen Mittel durch eine ausreichende
402 Umschichtung von der Ersten Säule in die Zweite Säule und Rahmenbedingungen wie
403 Ausbildung und Beratung verbindlich bereitgestellt werden. Dazu gehören für uns
404 auch eine ambitionierte Weiterentwicklung der „guten landwirtschaftlichen
405 Praxis“ in der Landwirtschaft. Wir möchten landwirtschaftliche Betriebe aktiv
406 darin unterstützen, ihre Wirtschaftsdünger aus Tierhaltung in entsprechenden
407 Biogasanlagen zu verwerten, dadurch das Klimagas Methan bedarfsgerecht zu Strom
408 und Wärme zu veredeln sowie einen Beitrag zum Grundwasserschutz zu leisten und
409 auf dieser Basis ein von Marktschwankungen unabhängiges Zusatzeinkommen zu
410 erzielen.

411 Spekulationen mit landwirtschaftlichen Nutzflächen treten wir klar entgegen. Die
412 Position bäuerlicher Betriebe, die unter der Konkurrenz von Investoren leiden,
413 wollen wir stärken. Dazu werden wir gemeinsam mit den Landwirt*innen Maßnahmen
414 wie ein starkes Vorkaufsrecht von öffentlichen Landgesellschaften erarbeiten und
415 über eine mögliche Pachtpreisbremse diskutieren mit dem Ziel einen
416 unangemessenen Anstieg von Pachtpreisen zu verhindern.

417 Wir werden den Bezirksverband Pfalz weiter bei seiner Aufgabe für die
418 Landwirtschaft und die Verbraucher*innen mit der Landwirtschaftlichen
419 Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA) Speyer unterstützen. Den Lern- und
420 Erlebnisort Neumühle mit seiner praxisrelevanten Forschung wollen wir gemeinsam
421 mit dem Bezirksverband im Bereich der ökologischen Landwirtschaft und
422 Tierhaltung weiterentwickeln.

423 Die ganzheitliche Weiterverwertung von Abfällen in der Landwirtschaft und im
424 Weinbau, beispielsweise zur Erzeugung von Biogas oder von Pellets, wollen wir
425 insbesondere in Gebieten mit erhöhten Nährstoffwerten prüfen und
426 weiterentwickeln.

427 Ökolandbau ausweiten

428 Wir haben erreicht, dass in den vergangenen zehn Jahren der Anteil an ökologisch
429 bewirtschafteter Land- und Weinbaufläche auf 11 Prozent mehr als verdoppelt
430 werden konnte. Immer mehr Menschen legen Wert auf biologisch erzeugte
431 Lebensmittel und Produkte aus der Region. Denn die Verbraucher*innen wissen,
432 Ökolandbau ist der richtige Weg. Er bewahrt die natürlichen Lebensgrundlagen,
433 geht tiergerecht mit den Tieren um und trägt dazu bei die Landwirt*innen gerecht
434 und fair zu bezahlen. Ökologische Land- und Weinwirtschaft schützen unsere
435 Flüsse und Seen, Böden, das Grundwasser, Insekten und das Klima. Deshalb wollen
436 wir die ökologisch bewirtschaftete Fläche deutlich weiter ausweiten. Unser Ziel
437 lautet: Bis zum Jahr 2030 sollen 30 Prozent der Fläche ökologisch bewirtschaftet
438 werden. In Gegenden mit einer hohen Belastung des Grundwassers mit Nitrat werden
439 wir die Förderung für den Ökolandbau für bestimmte Kulturen ausbauen, um die
440 Vorteile dieser Anbauform dort verstärkt nutzen zu können.

441 Dabei werden wir auch innovative Modellprojekte und Formen der Landwirtschaft
442 wie regenerative Landwirtschaft (ReLaWi), Agroforst und Permakultur
443 unterstützen.

444 Unser landesweiter Öko-Aktionsplan stärkt nachhaltige und regionale
445 Wertschöpfungskreisläufe und stützt die Landwirtschaft Rheinland-Pfalz, damit
446 sie ihre Produkte verarbeiten und vermarkten kann. Diesen Öko-Aktionsplan werden
447 wir konsequent umsetzen und ausbauen und den Dialog mit Landwirtschaft,
448 Gewerkschaften, Verbänden, Gesellschaft, Handel, Produzent*innen und
449 Verbraucher*innen weiterführen. Auf dieser Grundlage engagieren wir uns für
450 faire Handelsbeziehungen und werden die Strukturen für die Vermarktung und
451 Verarbeitung von Bio- und regionalen Produkten deutlich verbessern.

452 Digitale Innovation für die Landwirtschaft

453 Von dem gezielten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, der smarten Aussaat bis hin
454 zu der Verknüpfung von Wetterdaten mit Informationen über die
455 Bodenbeschaffenheit: Digitale Technologien in der Landwirtschaft können helfen,
456 Ressourcen effizient einzusetzen. Dabei wird nicht nur die Umwelt geschont,
457 Landwirt*innen können ihre Erzeugung auch optimieren und ihre Arbeit noch besser
458 planen. Diese Technologien wollen wir für alle Landwirt*innen nutzbar machen.

459 Die GeoBox des Landes, die Landwirt*innen viele verschiedene Daten zur Verfügung
460 stellt und die wir GRÜNE unterstützen, soll weiterentwickelt werden. Gemeinsam
461 mit den überbetrieblichen Maschinenringen wollen wir die Digitalisierung auch in
462 Zukunft so vorantreiben, dass alle Landwirt*innen profitieren.

463 Neben den digitalen Chancen wollen wir auch innovative Ansätze für eine
464 zukunftsfähige Landwirtschaft nutzen. Dazu zählen Strategien wie eine
465 standortoptimierte Sortenauswahl, die der Klimakrise nachhaltig begegnen. Dazu
466 gehört für uns auch, die praxisorientierte Aus- und Weiterbildung von
467 Landwirt*innen auszubauen. Ebenso sollen Forschungsanstalten digitale
468 Technologie, innovative Ansätze sowie digitale Angebote für den Vertrieb
469 regionaler Produkte für die Landwirtschaft erproben und praxistauglich
470 ausgestalten können.

471 Wasser und Böden schützen

472 Mit Blick auf die anhaltende Klimaerwärmung und das schleichende Artensterben wird
473 es immer dringlicher, den weiteren Flächenverbrauch zu begrenzen und
474 mittelfristig zu stoppen. Das hat gravierende Folgen nicht nur auf die
475 Artenvielfalt, sondern auch auf wichtige Bodenfunktionen wie Wasseraufnahme und
476 Speicherfähigkeit.

477 Ein nachhaltiger Humusaufbau fördert die Fruchtbarkeit des Bodens. Deshalb
478 werden wir Maßnahmen und Projekte dazu fördern.

479 Wir wollen die Landwirtschaft dabei unterstützen, die Einträge von Nährstoffen
480 ins Grundwasser und Gewässer zu reduzieren und gemeinsam mit ihr das
481 Landesprogramm Gewässerschonende Landwirtschaft weiterentwickeln.

482 Denn das Ziel GRÜNER Agrarpolitik ist es, die Belastung durch die
483 Nutztierhaltung und durch schädliche Pflanzenschutzmittel deutlich zu
484 reduzieren. Dafür werden wir die Forschung und Entwicklung von umweltschonenden
485 Verfahren an rheinland-pfälzischen Forschungs- und Lehreinrichtungen ankurbeln
486 und ein Landesprogramm zur Reduktion starten.

487 Wir wollen das Plastikaufkommen in der Landwirtschaft minimieren und weitere
488 Flächenversiegelung verhindern. Dazu werden wir beispielsweise in
489 Gemüseanbauregionen mit Foliengewächshäusern gezielt Gespräche führen. Die
490 Auswirkungen von Folientunneln oder Kulturschutzeinrichtungen auf Umwelt- und
491 Naturschutz untersuchen wir weiter. Schrittweise sollen alle chemisch-
492 synthetischen Pflanzenschutzmittel durch wirksame biologisch, naturverträgliche
493 Verfahren ersetzt werden. Dazu wollen wir die von der EU in der "farm to fork"-
494 Strategie angestrebte Pestizidreduktion bis 2030 in Rheinland-Pfalz sukzessive
495 umsetzen. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Berichtspflicht bezüglich
496 Pestizideinsatz stark machen. Wir wollen in unseren Schutzgebieten damit
497 beginnen die Pflanzenschutz- und Düngemittel auf die im Ökoland zugelassenen zu
498 beschränken.

499 Wir fordern von der Bundesregierung deutlich mehr Mittel, um auch Alternativen
500 zu erforschen. Insbesondere der biologische Pflanzenschutz, aber auch die
501 Tiergesundheit – unter Beachtung der wachsenden Probleme mit neuen
502 Pflanzenschädlingen und Tierkrankheiten durch die Klimakrise – müssen besser
503 untersucht werden. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Pestizidabgabe
504 einsetze, deren Erträge für die Erforschung der Wirkungen von Pestiziden auf
505 Mensch und Umwelt und für Alternativen eingesetzt werden soll. Den
506 Grundwasserschutz treiben wir auch dadurch voran, dass wir Landwirt*innen bei
507 der Nutzung von Wirtschaftsdünger aus Tierhaltung in entsprechenden
508 Biogasanlagen unterstützen.

509 Heimische Landwirtschaft & regionale Produkte stärken

510 Unsere heimische, regionale Landwirtschaft, die vielen Hofläden,
511 Erzeugergemeinschaften, die Bauernmärkte, aber auch die vielen Initiativen der
512 Solidarischen Landwirtschaft sind ein wahrer Schatz. Eine regionale
513 Landwirtschaft stärkt nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern schafft eine
514 direkte Verbindung zwischen Landwirt*innen und Verbraucher*innen. Kurze
515 Lieferwege machen die regionale Landwirtschaft klimafreundlich und schaffen
516 Wertschöpfung vor Ort. Hersteller, regionale Handelsunternehmen und
517 Verbraucher*innen profitieren davon, wenn in der Region produzierte Lebensmittel
518 als solche gekennzeichnet sind.

519 Wir werden die strukturellen Bedingungen für den Ausbau dieser Landwirtschaft
520 deutlich verbessern. Dabei ist uns wichtig, dass Verbraucher*innen regionale
521 Produkte auf kurzem und einfachem Weg kaufen können. Deshalb wollen wir
522 Vermarktungsorganisationen und Genossenschaften sowie Regionalmarken weiter bei
523 ihrer Arbeit unterstützen. Eine Zusammenarbeit der regionalen Landwirtschaft mit
524 dem lokalen Tourismus, beispielsweise durch kulinarische Angebote im Hotel- und
525 Gaststättengewerbe, begrüßen wir als eine weitere Möglichkeit, regionale
526 Lebensmittel bekannter zu machen, Absatzmärkte für die heimischen Landwirt*innen
527 zu schaffen und gleichzeitig für die Region zu werben.

528 Eine dezentrale, regionale Lebensmittelversorgung gewinnt auch mit Blick auf die
529 Klimaerhitzung zunehmend an Bedeutung. Wir wollen landes- und städteplanerisch
530 die Weichen dafür stellen und Nahversorgungskonzepte für Alternativen für
531 Supermärkte und Discounter öffnen.

532 Weinbauland Rheinland-Pfalz

533 Weinbau, Straußwirtschaften und Weinfeste prägen unsere Landschaft, Kultur und
534 Tourismus. Wir GRÜNE wollen diese Traditionen bewahren und den Weinbau bei
535 seiner erfolgreichen Entwicklung zu mehr Nachhaltigkeit, Qualität und regionaler
536 Wertschöpfung unterstützen. Wir begrüßen, dass immer mehr junge, innovative
537 Winzer und auch in zunehmender Zahl Winzerinnen den Weinbau in unserem Land
538 prägen. Immer mehr Winzer*innen stellen auf die biologische Bewirtschaftung
539 ihrer Rebflächen um und schaffen damit Angebote, die den Verbraucher*innen
540 Qualität bieten und neue Absatzmöglichkeiten eröffnen.

541 Den erfolgreichen Einsatz von Pheromonen zur Vermeidung von Insektiziden,
542 modernste Landtechnik und den ökologischen Weinbau werden wir weiter fördern.
543 Bei kulturträchtigen und ökologisch wertvollen Steil- und Steilstlagen werden
544 wir moderne Methoden der Bearbeitung fördern wie beispielsweise den
545 Drohneneinsatz. Um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auch im Weinbau zu
546 reduzieren, muss die Forschung in der Züchtung vorangetrieben werden. Denn
547 pilzwiderstandsfähige Sorten (PIWI) sparen Pflanzenschutzmittel und sind eine
548 Antwort auf die Klimakrise.

549 Das Lehr- und Versuchsweingut Bad Kreuznach ist von großer Bedeutung für die
550 Weiterentwicklung des ökologischen Weinbaus. Den Versuchsstandort werden wir
551 weiter unterstützen und streben eine Öko-Zertifizierung dafür an.

552 Agrarverwaltung: Gut ausgebildet und gut beraten

553 Wir wollen junge Menschen für die Grünen Berufe begeistern. Dafür bedarf es
554 einer effizienten und modernen staatlichen Landes-Agrarverwaltung. Diese muss
555 eine gute wissenschaftliche Grundlage schaffen, um neutral Wissen an die Branche
556 zu vermitteln, zu beraten und um Ausbildung auf höchstem Niveau in allen Fragen

557 und Herausforderungen anbieten und begleiten zu können. Dazu zählen neben einer
558 kompetenten Beratung, auch in ökonomischen Fragen, der Erhalt der biologischen
559 Vielfalt, der Schutz des Wassers, des Bodens und des Klimas sowie das Tierwohl,
560 die Digitalisierung, Hauswirtschaft und Ernährung. Wir werden den Dreiklang
561 Forschung, Lehre und Beratung bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum
562 (DLR) so stärken, dass die aktuelle Forschung direkt in die Lehre, Ausbildung
563 und Beratung einfließt. Gemeinsam mit den Hochschulen im Land wollen wir
564 Forschungsstandort Nummer Eins bei einer umwelt-, klima- und tiergerechten
565 Landwirtschaft werden.

566 Für eine offene Lehre über den Anbau müssen die Methoden der ökologischen
567 Landwirtschaft und des ökologischen Weinbaus in den Unterricht einfließen. Ziel
568 ist es, dass jede*r Landwirt*in die jeweiligen Besonderheiten von ökologischer
569 und konventioneller Wirtschaftsweise gleichermaßen kennt und die entsprechenden
570 Kompetenzen erwirbt.

571 Grünland erhalten

572 Schäferinnen und Schäfer stehen finanziell mit dem Rücken an der Wand, obwohl
573 sie aktiven Landschafts- und Naturschutz betreiben. Wir haben die
574 Weidetierprämie für eine nachhaltige Beweidung von Heiden, Wiesen und Weiden auf
575 den Weg gebracht, um den gesellschaftlichen Beitrag zur Landschaftspflege und
576 Naturschutz unserer Weidetierhalter*innen zu honorieren. Wir setzen uns für eine
577 bundesweite Prämie gekoppelt an ökologische Kriterien ein, um das Beweiden
578 wirtschaftlich auskömmlich zu machen. Artenreiches Grünland werden wir schützen
579 und Maßnahmen zum Erhalt ausbauen. Gemeinsam mit den Weidetierhalter*innen
580 werden wir die bestehenden Wolfsmanagement-Konzepte zum Herdenschutz
581 weiterentwickeln.

582 Gutes Essen für Alle von Anfang an

583 Wie wir uns ernähren, wie unsere Lebensmittel erzeugt werden und wo sie angebaut
584 werden: Das ist für immer mehr Menschen eine zentrale Frage. Ernährung ist mehr
585 als nur das Essen auf dem Teller – es ist auch ein Stück Kultur, Gesundheit,
586 eine soziale Frage und insbesondere eine der Umwelt, des Tierschutzes und des
587 Klimas. Unsere Ernährung wirkt im globalen Kontext. Wir stellen uns dieser
588 Verantwortung.

589 In Rheinland-Pfalz isst man besser

590 Mit dem Ziel einer Ernährungswende wollen wir den Anteil an ökologischen,
591 nachhaltigen, regionalen und fair erzeugten Lebensmitteln in der Außer-Haus-
592 Verpflegung deutlich erhöhen und fordern weiter, dass die Lebensmittel-Ampel auf
593 Bundesebene eingeführt wird.

594 Mit dem erfolgreichen Programm Rheinland-Pfalz is(s)t besser beraten wir
595 Institutionen und Verbraucher*innen zum Thema Ernährung. Wir schaffen
596 Bewusstsein für gesunde und nachhaltige Ernährung mit regional produzierten
597 Lebensmitteln und unterstützen Kitas und Schulen ebenso wie Alten-/Pflege- und
598 andere Betreuungseinrichtungen, dies im Alltag auch umzusetzen. Das Programm
599 werden wir fortführen und die wichtige Arbeit der Verbraucherzentrale bei der
600 Ernährungsberatung weiter unterstützen.

601 Mit einem Iss-besser-Kantinen-Programm werden wir schrittweise die Außer-Haus-
602 Verpflegung in unseren Universitäten, Krankenhäusern, Verwaltungen und

603 Unternehmen auf saisonale, regionale und ökologisch produzierte Produkte
604 umstellen. Um das Ziel 30 Prozent Öko-Landbau zu erreichen, setzen wir uns dafür
605 ein, dass zukünftig verstärkt ökologisch erzeugte Lebensmittel in der
606 Gemeinschaftsverpflegung der Kantinen der Landesverwaltung verwendet werden. Wir
607 setzen dabei besonders auf die frische Zubereitung, vollwertige vegetarische und
608 vegane Angebote, die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und
609 Verpackungsmüll.

610 Eine grundlegende Voraussetzung für eine bessere Außer-Haus-Verpflegung ist eine
611 Anpassung der Ausbildung von Köch*innen an die sich verändernden
612 gesellschaftlichen Bedürfnisse. Der Rahmenlehrplan soll neue Erkenntnisse über
613 gesunde und nachhaltige Ernährung beinhalten, sodass die Zubereitung
614 ressourcenschonender Lebensmittel einen höheren Stellenwert erhält. Bei der
615 Köch*innenausbildung sollen auch vegan/vegetarische Zusatzmodule möglich sein.

616 Die Ergebnisse dieses Programms werden wir nutzen, um die Verpflegung in allen
617 Kantinen im Land zu verbessern. Wir wollen die Standards der Deutschen
618 Gesellschaft für Ernährung (DGE) in allen öffentlichen Einrichtungen vorbildhaft
619 zur Bedingung machen.

620 Zu einer gesunden Ernährung gehört auch, dass man sich auf einwandfreie
621 Lebensmittel verlassen kann. Gemeinsam mit den Kontrollbehörden ist es unser
622 Ziel, Lebensmittelkontrollen in vollem Umfang zu leisten. Dies heißt auch die
623 Standorte der Landesuntersuchungsamtes personell und instrumentell angemessen
624 auszustatten, um so eine einwandfreie Analytik gewährleisten zu können.

625 Gut informiert für gute Ernährung

626 Wenn es um unsere Ernährung geht, darf es kein Kleingedrucktes mehr geben.
627 Verbraucher*innen sollen mithilfe eines verpflichtenden, einheitlichen und
628 transparenten Kennzeichnungssystems auf einen Blick schon im Laden erkennen
629 können, wie gesund oder ungesund ein Lebensmittelprodukt ist. Nachdem die
630 Bundesregierung eine Kennzeichnung mit Ampelfarben nach dem Modell mehrerer
631 europäischer Länder jahrelang blockiert hat, gibt es nun endlich grünes Licht
632 für den Nutri-Score – allerdings nur auf freiwilliger Basis. Das bringt uns
633 nicht wirklich weiter, wie bereits das von der Bundesregierung erzeugte Chaos um
634 das freiwillige Tierwohllabel zeigte. Es droht ein Flickenteppich
635 unterschiedlicher Kennzeichnungen und Standards, die Verbraucher*innen kaum alle
636 durchschauen können.

637 Damit die Verbraucher*innen auch wirklich wissen, was in ihren Lebensmitteln
638 ist, setzen wir uns für eine klare, verständliche Kennzeichnung von
639 Lebensmitteln und eine verpflichtende Herkunfts- und Haltungskennzeichnung ein.
640 Wir werden die Bundesregierung im Bundesrat auch künftig dazu auffordern, ein
641 einheitliches und verpflichtendes Nährwertkennzeichnungssystem auf
642 wissenschaftlicher Basis einzuführen. Auch auf EU-Ebene werden wir weiter dafür
643 kämpfen, dass die Ampel bei unserem Einkauf endlich Alltag wird.

644 Gesunde Ernährung beginnt vor Ort

645 Im ganzen Land engagieren sich viele Menschen in Initiativen gegen
646 Lebensmittelverschwendung, beim Food-Sharing und Fair-teilen oder schaffen sich
647 eine „Essbare Stadt“. Diese Initiativen verdienen Unterstützung. In Essbaren
648 Städten engagieren sich Bürger*innen dafür, ihre Städte bunter, ökologischer und
649 essbar zu machen, indem sie beispielsweise Grünflächen mit Tomaten und Fassaden

650 mit Bohnen bepflanzen. Sie veranstalten Börsen, auf denen altes Saatgut
651 getauscht wird oder bieten digitale Karten zum Entdecken der essbaren Stadt an.
652 Solche wichtigen Impulse für unsere Städte werden wir zukünftig fördern. Den
653 Beitritt von Kommunen zum Netzwerk deutscher Biostädte und die Bildung von
654 Ernährungsräten, wie sie in anderen Bundesländern bereits bestehen, unterstützen
655 wir.

656 Eine digitale Plattform wird Hofläden, Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi),
657 Unverpackt-Läden, Food-Sharing-Initiativen und andere nachhaltige Angebote
658 bekannter machen.

659 Tierschutz

660 Es ist an der Zeit, das Verhältnis von Mensch und Tier neu zu denken. Wichtig
661 ist neben der Erhaltung der Lebensräume und der Arten auch der Schutz der Tiere
662 als Lebewesen um ihrer selbst willen.

663 Wir GRÜNE treten seit Jahrzehnten nachdrücklich und erfolgreich für den
664 Tierschutz ein und engagieren uns in allen Bereichen für einen respektvollen und
665 verantwortungsvollen Umgang. Unwürdige Behandlung und tierquälerische Haltung
666 von Nutztieren lehnen wir ab und fordern bundesweit ein Verbot solcher
667 Praktiken.

668 Tierschutz ist ein Querschnittsthema. Daher bedarf es einer zentralen Stelle,
669 die sich um verschiedene Aspekte eines respektvollen Umgangs mit Tieren kümmert.
670 Wir wollen deshalb die Stelle einer*s unabhängigen Landestierschutzbeauftragten
671 schaffen. Diese Person soll den Tierschutz stärken, auf Missstände aufmerksam
672 machen und auf deren Behebung hinwirken. Mit dieser Aufsicht unterstützt die
673 neue Stelle die Behörden vor Ort.

674 Aussagefähige und praxistaugliche Herkunfts- und Haltungskennzeichnung wie auch
675 die Kennzeichnungspflicht für tierische Bestandteile in Lebensmitteln müssen den
676 Verbraucher*innen die Möglichkeit geben, sich beim Einkauf für mehr Tierschutz
677 entscheiden zu können. Unser Ziel ist das Ende der industriellen
678 Massentierhaltung.

679 Nutztierhaltung

680 Trotz vieler Verbesserungen, die wir GRÜNE vorangetrieben haben, liegt noch viel
681 Arbeit vor uns. Industrielle Massentierhaltung und Dumpingpreise, unfaire
682 Handelsabkommen, Futtermittelimporte mit gentechnisch verändertem Soja,
683 Güllebelastung und hoher Konsum tierischer Produkte haben negative Folgen für
684 Tier, Mensch und Umwelt. Wir bezahlen das Billigfleisch mit schlechten
685 Arbeitsbedingungen und Einkommen, erheblichem Tierleid, Nitratbelastung des
686 Wassers, negativen Folgen für die notwendige Ernährung der Weltbevölkerung und
687 erheblicher Schädigung des Klimas.

688 Den kostenintensiven Umbau der Nutztierhaltung wollen wir auf Bundesebene über
689 eine Tierwohlabgabe finanzieren. Im Land werden wir die Beratung und
690 Investitionsförderprogramme so ausrichten, dass die Gelder gezielt in Betriebe
691 fließen, die sich auf den Weg hin zu einer tiergerechten und flächengebundenen
692 Tierhaltung machen. Dafür wird es mit uns das Programm Partnerbetrieb Tierschutz
693 geben. Um die Tiere am Ende ihres Lebens möglichst wenig zu belasten,
694 unterstützen wir die hofnahe Schlachtung, zum Beispiel durch mobile
695 Schlachtstätten. Wo Tiertransporte dennoch notwendig sind, dürfen sie nicht

696 länger als vier Stunden dauern. Tierquälerische Transporte in Drittländer wollen
697 wir bundes- und europaweit verbieten und die Kontrollen stärken.

698 Wir wollen eine Fortentwicklung einer bundeseinheitlichen
699 Tiergesundheitsdatenbank im Sinne des Tierwohls und der Seuchenprävention. Dazu
700 sollen bereits ohnehin erfasste Daten und vorhandene Datenbanken zu Nutztieren
701 aus amtlichen Kontrollen, Transportkontrollen, Schlachtbefunden sowie Daten zur
702 Arzneimittelanwendung zusammengeführt werden. Sie soll als Frühwarnsystem zur
703 Verbesserung des Tierwohls sowie der Tiergesundheit und zur Unterstützung der
704 Kontrollbehörden dienen.

705 Kein Einsatz von Reserve-Antibiotika

706 Der Einsatz von Reserveantibiotika in der Nutztierhaltung muss ein Ende haben,
707 denn bestimmte Antibiotika müssen dem Menschen bei kritischen Infektionen auch
708 weiterhin als letzte Behandlungsmöglichkeit zur Verfügung stehen. Auch hier
709 gilt: Eine flächengebundene, tiergerechte und möglichst ökologische Haltung ist
710 der einzige Weg, um Krankheiten vorzubeugen und den Einsatz von Antibiotika zu
711 reduzieren.

712 Tierschutz in der Gesellschaft

713 Wir möchten eine kindgerechte Tierschutzpädagogik im Unterricht etablieren und
714 die Arbeit der Landeszentrale für Umweltaufklärung zu diesem Thema ausbauen.
715 Dazu gehört auch das Wissen, dass Wildtiere nicht in den Zirkus gehören. Wir
716 setzen uns bundesweit weiter dafür ein, dass Wildtiere im Zirkus und in
717 Fahrgeschäften verboten werden. Ehrenamtliches Engagement im Tierschutz möchten
718 wir weiter unterstützen.

719 Tierschutz in Forschung und Lehre

720 Die Nutzung von empfindungsfähigen Tieren in der wissenschaftlichen Forschung
721 und Lehre stellt ein ethisches Dilemma dar, das wir mit modernen, alternativen
722 Methoden überwinden möchten. Die Möglichkeit des Studiums ohne Beteiligung an
723 Tierversuchen und Tierverbrauch haben wir im Hochschulgesetz verankert.

724 Wir haben erreicht, dass das Hochschulgesetz vorsieht, in Forschung und Lehre
725 auf Tierversuche und auf die Verwendung von Tieren so weit wie möglich zu
726 verzichten. Um Tierversuche durch Computermodelle, Lehrvideos und Dummys zu
727 ersetzen, unterstützen wir die Entwicklung von tierversuchsfreien Methoden.
728 Bisherige Fördermittel für die Tierversuchsforschung sollen künftig der
729 Erkundung von alternativen Methoden dienen und auch mit Mitteln der
730 Bundesforschung aufgestockt werden. Grundsätzlich fordern wir, dass Versuche der
731 Kategorie „schwer“, mit denen erhebliches Tierleid verbunden ist, in Rheinland-
732 Pfalz nicht mehr genehmigt werden.

Beschluss (vorläufig) 4. Vernetzte Verkehrsangebote – Nachhaltige Mobilität

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum: 06.12.2020
Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 4 Mobilitätsgarantie – Mobilitätswende

Text

1 Ältere Menschen auf dem Dorf, Kinder in der Stadt, mehrköpfige Familien,
2 Jugendliche zu später Stunde, Berufstätige in der Rush Hour: Jeder Mensch hat
3 das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und ist Teil der
4 öffentlichen Daseinsvorsorge. Mobil sein heißt, am gesellschaftlichen und
5 kulturellen Leben teilzunehmen, ins Theater, zu einem Konzert, zu einem
6 Sportereignis gehen zu können oder auch Erholungsausflüge in die Natur zu
7 unternehmen.

8 Für uns GRÜNE ist selbstverständlich: Jede*r muss für den Weg zur Arbeit, zum
9 Einkaufen und für Freizeitaktivitäten ein gutes Angebot des Nahverkehrs vor Ort
10 haben – auch und gerade im ländlichen Raum. Dabei haben wir GRÜNE die
11 unterschiedlichen Herausforderungen des ländlichen Raums und der städtischen
12 Mobilität fest im Blick. Wir wollen deshalb das Angebot im Nahverkehr und auf
13 der Schiene erheblich steigern, alternative Konzepte wie E-Dorfautos und
14 Carsharing unterstützen und sichere Wege für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen
15 schaffen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Barrierefreiheit des
16 öffentlichen Raums und des Nahverkehrs.

17 Doch eine bessere Infrastruktur allein genügt uns nicht. Unsere Mobilität muss
18 auch klimaneutral werden und die Menschen vor Luftschadstoffen schützen. Noch
19 immer ist der Verkehr für ein Fünftel des CO₂-Ausstoßes in Deutschland
20 verantwortlich. CO₂ in der Atmosphäre verstärkt den Treibhauseffekt und treibt
21 damit die Klimakrise weiter voran. Deshalb wollen wir im Verkehr umsteuern und
22 alternative Antriebsformen wie die E-Mobilität ausbauen. Unser Ziel ist es, dass
23 der Strom für die E-Mobilität dabei zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energien
24 stammen. Auch bei Busflotten setzen wir auf alternative Antriebstechnologien.
25 Der Wirtschaft geben wir damit neue Impulse für die Mobilität von morgen und
26 ebnen gleichzeitig den Weg in unsere klimaneutrale Zukunft.

27 Attraktiver und bezahlbarer Nahverkehr

28 1.000-mal um den Globus: So viele Zugkilometer kommen jährlich in Rheinland-
29 Pfalz zusammen. Gelungen ist dies durch den weiteren Ausbau des Rheinland-Pfalz-
30 Taktes mit uns GRÜNEN. Wir haben den Busverkehr zunächst im Norden des Landes
31 mit ÖPNV-Konzepten erweitert, schrittweise werden sie nun auch in den anderen
32 Verbänden eingeführt. Das heißt: Taktverkehr im Bussystem, Bedienung an allen
33 Wochentagen, Anbindung kleinerer Orte, verknüpfte Reiseketten und eine bessere
34 Anbindung an die Schiene.

35 Angebot schafft Nachfrage. Wir wollen den Nahverkehr soweit stärken, dass sein
36 Modal-Split-Anteil (der Anteil des jeweiligen Verkehrsmittels) in Rheinland-
37 Pfalz an allen zurückgelegten Kilometern von aktuell acht Prozent auf deutlich
38 über 20 Prozent im Jahr 2030 steigt. Das bedeutet: Mehr investieren, mehr
39 Planungskapazitäten schaffen.

40 Das Ziel zukünftiger Klimaneutralität des Verkehrs stellt Anforderungen an den
41 Ausbau von Infrastruktur und Betrieb des Öffentlichen Nahverkehrs, die weit über
42 die finanziellen Möglichkeiten der Länder hinausgehen. Wir setzen uns deshalb
43 auf Landes- und Bundesebene dafür ein, die Mittel für Investition und Betrieb
44 des Nahverkehrs deutlich zu steigern. Dazu gehören auch Interregio-Linien
45 zwischen Mittelzentren. Dafür müssen Mittel im Bundeshaushalt vom Straßenbau zum
46 öffentlichen Nahverkehr umgewidmet werden.

47 Gerade um Projekte wie neue Straßenbahnlinien und Schienenverkehr zu
48 realisieren, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die positiven
49 Auswirkungen auf Klima und Umwelt bei Nutzen-Kosten Untersuchungen deutlich
50 umfangreicher berücksichtigt werden.

51 Bis zum Jahr 2025 sollen 70 Prozent aller genutzten Schienenwege elektrifiziert
52 sein. Wo dies nicht gelingt, wollen wir batterie- oder mit grünem Wasserstoff
53 betriebene Züge einsetzen. Auf Bundesebene werden wir dafür eintreten, dass das
54 Elektrifizierungsprogramm endlich Form annimmt. Wir wollen den Nahverkehr mit
55 unseren Nachbarländern Frankreich, Luxemburg und Belgien ausbauen und dafür die
56 noch fehlende Verbindungen aufbauen. Bereits bestehende Projekte sollen hierfür
57 fortgesetzt werden.

58 Wir wollen dafür sorgen, dass WLAN auch in Bussen, Zügen und Bahnhöfen zunehmend
59 zur Verfügung steht, wie es bei allen SÜWEX-Zügen im Land schon Standard ist.

60 Garantiert von A nach B

61 Wir führen die Mobilitätsgarantie für Rheinland-Pfalz ein. Das bedeutet für uns,
62 dass wir mit einer klaren Definition eines Mindestangebots für den Nahverkehr
63 auch am Wochenende und nachts am Wochenende (parallel zur Entwicklung des
64 Rheinland-Pfalz-Taktes 2030) dafür sorgen, dass dem im Grundgesetz verankerten
65 Anspruch der Daseinsvorsorge auch im ländlichen Raum Rechnung getragen wird. Wir
66 begrüßen es, dass der ÖPNV auf Bestreben der GRÜNEN zur kommunalen
67 Pflichtaufgabe erklärt wurde. Vieles steht und fällt nach wie vor mit den
68 finanziellen Mitteln. Daher ist entscheidend, dass im Landeshaushalt die Mittel
69 für den ÖPNV konsequent und stetig verstärkt werden. Dieses Mindestangebot kann
70 sowohl über Linienverkehre als auch über Shuttle erfolgen, die je nach Bedarf
71 eingesetzt werden. Bei der Ausgestaltung der Mobilitätsgarantie werden wir
72 Fahrgastverbände und Initiativen einbinden. Wir werden einen Zugang und ein
73 Ticket für alle Angebote im Nahverkehr im ganzen Land schaffen. Mit einem
74 Rheinland-Pfalz-Tarif wollen wir ein einfaches, digitales Ticketsystem für alle
75 öffentlichen Verkehrsmittel, ob Bahn, Bus, Leihrad oder Mietauto, das per Handy
76 oder Mobilitätskarte genutzt werden kann. Wir werden die Kommunen unterstützen,
77 regionale Nahverkehrskonzepte zu entwickeln, um die Verkehrssituation zu
78 verbessern. Mit dem neuen Nahverkehrsgesetz haben wir erreicht, dass in Zukunft
79 auch Seilbahnen, Fähren und Sharing-Dienste unter den ÖPNV-Begriff fallen und
80 damit von mehr Zuschüssen profitieren können.

81 Die jeweiligen Nahverkehrspläne sollen die Umsetzung eines flächendeckend
82 barrierefreien Nahverkehrs verbindlich und mit Fristen zur Umsetzung der
83 Barrierefreiheit unter Beteiligung der Beiräte, Beauftragten und Verbände der
84 Menschen mit Behinderungen regeln.

85 Job-, Sozial- und 365-Euro-Ticket

86 Im Rahmen des neuen Landestarifs wollen wir die Ticketvielfalt im Nahverkehr
87 vereinfachen. Wir möchten die Möglichkeiten zum Erwerb von Jobtickets
88 erleichtern, sodass landesweit jede*r Beschäftigte leichter in Busse und Bahnen
89 umsteigen kann. Für Schüler*innen, Auszubildende, alle im
90 Bundesfreiwilligendienst bzw. Absolvent*innen eines FSJ wollen wir mit einem
91 günstigen 365-Euro-Ticket ein einfaches Angebot zur landesweiten Nutzung des
92 Nahverkehrs schaffen. Als nächsten Schritt wollen wir auch über diesen
93 Personenkreis hinaus für alle ein landesweites Ticket anbieten. Bei der
94 Einführung eines Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen oder mit
95 Anspruch auf SGB II-Leistungen werden wir die Landkreise und kreisfreien Städte
96 als Aufgabenträger des ÖPNV unterstützen. Wir wollen zudem die Barrierefreiheit
97 an allen Haltestellen und in allen Verkehrsmitteln garantieren. Haltestellen
98 sollen möglichst überdacht und mit Fahrgastinformationssystemen (Echtzeit)
99 ausgestattet werden.

100 Regionale Mobilitätspunkte

101 Bessere Mobilitätsangebote sind auch ohne den Bau neuer Verkehrswege möglich.
102 Unser Ziel ist, dass im ganzen Land Mobilitätspunkte entstehen, an denen
103 Radverkehr, E-Car-Sharing und Nahverkehr mit Park+Ride gebündelt werden und
104 Menschen so leichter auf klimafreundliche Verkehrsmittel umsteigen können.
105 Kurzzeitstellplätze, aber auch Mobilitätsberatung, Lademöglichkeiten für
106 Elektroautos oder Pedelecs sowie Serviceangebote für Wartung und Reparatur
107 sollen die Angebote abrunden. Für Mobilitätspunkte und Fahrradparkhäuser werden
108 wir einen landesweiten Ausbau planen und diesen gemeinsam mit den Kommunen
109 umsetzen. Beides soll landesweit einheitlich mit einer Karte oder einer App
110 nutzbar sein.

111 Neue Mobilitätsformen – für eine flexible Zukunft

112 Flexibel, On-Demand und in Zukunft autonom: So sieht für uns die Mobilität von
113 morgen aus. Wir wollen in den Kommunen E-Car-Sharing Angebote unterstützen und
114 fördern und so eine elektrische und umweltfreundliche Mobilität jenseits des
115 eigenen Autos aufbauen. Wir wollen in den Kommunen E-Car-Sharing Angebote
116 fördern und so eine klimafreundliche Mobilität jenseits des eigenen Autos
117 aufbauen. Langfristig soll es regional jeweils ein Mindestangebot an E-Car-
118 Sharing geben. Dabei nutzen wir vor allem auch die Erfahrungen aus bereits heute
119 erfolgreich im Flächenland Rheinland-Pfalz umgesetzten Pilotprojekten, wie dem
120 Dorfauto im Rhein-Hunsrück-Kreis.

121 Anrufbusse und -taxen ergänzen bereits jetzt den Nahverkehr. Bürgerbuskonzepte
122 werden dort gefördert, wo sie von den Kommunen gewünscht sind. Dazu bietet On-
123 Demand mit Shuttlevkehrungen ungeahnte Möglichkeiten für die bedarfsgerechte
124 Anbindung des ländlichen Raums an die Städte, auch in Randzeiten. Wir werden sie
125 nutzen, um alle Orte in Rheinland-Pfalz zuverlässig anzubinden.

126 Mit einem neuen Fördertopf für innovative Verkehrsprojekte haben wir uns dafür
127 eingesetzt, dass in Mainz ein Kompetenzzentrum für autonomes Fahren im
128 Nahverkehr aufgebaut wurde, von dem wir weitere Formen der vernetzten Mobilität
129 erwarten können. Komplette autonome Mobilität wird wohl frühestens ab 2040
130 möglich sein. Dennoch müssen schon jetzt die Weichen gestellt werden. Auf
131 Bundesebene fordern wir die Anpassungen des Personenbeförderungsgesetzes und der
132 Straßenverkehrsordnung, um digitale und On-Demand-Konzepte als Teil des
133 Nahverkehrs zu etablieren. Im Land wollen wir auf die Erfahrungen mit On-Demand,

134 Sharing-Modellen und Datenmanagement aufbauen, neue Technologien fördern und
135 überall verfügbar machen.

136 Umstieg auf neue alternative Antriebe

137 Immer mehr Ladepunkte für E-Bikes und E-Autos sind in Rheinland-Pfalz in den
138 vergangenen Jahren hinzugekommen. Eine wichtige Voraussetzung, um die E-
139 Mobilität an allen Orten zu ermöglichen. Mit einem Sicherheitsladenetz wollen
140 wir einen zügigen Ausbau der Ladeinfrastruktur erreichen, der den steigenden
141 Bedarf an Ladestationen deckt. Überall im Land sollen sie im Radius von zehn
142 Kilometern erreichbar und alle P&R-Plätze und Liegenschaften des Landes sowie
143 Schulen im Land mit ihnen ausgestattet sein. Dabei setzen wir auf erneuerbaren
144 Strom aus Solarmodulen, auch an allen P+R-Plätzen.

145 Wir wollen die Förderung ausweiten, um Städte und Kommunen dabei zu
146 unterstützen, mehr Ladepunkte an Straßenlaternen in Wohngebieten anzubringen.
147 Die Landesbauordnung passen wir mit Blick auf die verpflichtende Bereitstellung
148 von E-Lademöglichkeiten bei der Wohnbebauung an. Insbesondere kleine und
149 mittlere Unternehmen wollen wir dabei unterstützen, ihren Angestellten
150 Lademöglichkeiten zu bieten. Um vollelektrische Pkw und Leichtkrafträder für
151 Taxiunternehmen, Fahrschulen, Mietwagenunternehmen, Carsharing-Angebote und
152 Unternehmen zu unterstützen, werden wir künftig die Beratung mit E-Gutscheinen
153 ausbauen. Für E-Lastenräder werden wir eine Förderung einführen. Gerade in
154 ländlichen Räumen wollen wir die Zweiradelektromobilität für junge Menschen
155 unterstützen. Dafür soll es finanzielle Anreize für 15- bis 21-Jährige für die
156 Anschaffung von Pedelecs und E-Roller geben.

157 Mit uns soll die Dienstwagenflotte des Landes auch für die untergeordneten
158 Behörden bis 2025 komplett auf E-Mobilität umgestellt werden.

159 Wir wollen Rheinland-Pfalz zum Kompetenzzentrum für Antriebstechnologien auf
160 Basis von Erneuerbaren Energien machen. Es ist unser Ziel, Unternehmen für einen
161 Standort in Rheinland-Pfalz zu gewinnen, die batterieelektrische und
162 Wasserstoffantriebe für Lasttransporte auf der Straße, der Schiene, dem Wasser
163 oder in der Luft weiterentwickeln und produzieren. Auch der Schwerlastverkehr
164 braucht einen neuen nachhaltigen Standard. Hierzu gehören die Verlagerung von
165 Gütertransporten auf elektrifizierte Bahnstrecken, auf die Flüsse sowie die
166 batterieelektrische oder wasserstoffbasierte Elektrifizierung des
167 Straßengüterverkehrs.

168 Die Herstellung innovativer Batterien für die Elektromobilität und Speicherung
169 von Erneuerbarem Strom soll Wertschöpfungsketten stärken und Arbeitsplätze in
170 unserem Land schaffen.

171 Rückenwind fürs Rad

172 Um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen, setzen wir bei der Mobilitätswende
173 auch aufs Rad. Deshalb wollen wir den Radverkehr für alltägliche Zwecke durch
174 ein verknüpftes Radwegenetz grundlegend verbessern. Im Zuge der Corona-Krise
175 treten die Menschen immer mehr in die Pedale. Diese Entwicklung muss genutzt und
176 der Radverkehr weiter gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel
177 für den Radwegebau entsprechend erhöht werden. Wir wollen daher das Ausbautempo
178 beim Um- Aus- und Neubau von Radwegen mindestens verdoppeln und darüber hinaus
179 die Geldmittel deutlich erhöhen. Wir setzen uns für den Aufbau eines
180 überregional verknüpften Radwegenetzes in der Planungs-, Bau- und

181 Unterhaltungsverantwortung des Landes ein, in das Pendlerradrouten integriert
182 werden und mit den kommunalen Planungen abgestimmt werden. Ziel ist, alle Städte
183 und deren Umland mit Pendlerradrouten anzubinden. Auf Landesebene werden wir
184 einen Plan für den Ausbau erstellen. Im Rahmen des Landesstraßenbudgets soll
185 der Anteil deutlich erhöht werden. Die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen, die
186 ERA, sollen hier verpflichtend werden, um die Qualität im Radwegebau zu
187 steigern. Dazu gehört für uns auch, das Radfahren sicherer zu machen und den
188 Winterdienst deutlich zu verbessern. Auch im ländlichen Raum wollen wir die
189 Attraktivität des Radverkehrs durch neue Radwege verbessern, mit dem Ziel,
190 gleichwertige Verhältnisse für das Fahrrad in Stadt und Land herzustellen.

191 Attraktiven Radverkehr innerorts wie außerorts zu ermöglichen und seine
192 Sicherheit zu gewährleisten, muss vorrangiges Kriterium von Verkehrsplanung und
193 -führung sein. Wo regelmäßiger Radverkehr stattfindet und keine Radwege
194 vorhanden sind, wollen wir per Geschwindigkeitsbeschränkungen und geeigneten
195 Markierungen dafür Sorge tragen, dass gleichwohl sicheres Radfahren stattfinden
196 kann. Wir wollen, dass sich Rheinland-Pfalz auf Bundesebene dafür einsetzt, dass
197 die StVO so angepasst wird, dass sie die entsprechenden Maßnahmen fordert statt
198 hemmt. Wir wollen zudem die Beschilderung der Radwege verbessern und den Bau von
199 Anlagen für Fahrräder voranbringen, beispielsweise Parkhäuser für Fahrräder in
200 angemessener Größe planen und errichten. Mängel an Radwegen sollen schneller
201 behoben werden. Daher werden wir einen digitalen Mängelmelder für Radwege
202 einführen.

203 Auch wenn wir in erster Linie auf getrennte Radwege setzen, werden wir in
204 Rheinland-Pfalz ein Modellprojekt für Schutzstreifen außerorts initiieren.
205 Schutzstreifen sind ein geeignetes Mittel, um für Radfahrende einen klar
206 erkennbaren Verkehrsraum zu schaffen und damit das Radfahren sicherer zu machen.

207 Auf Landesebene wollen wir die Stelle einer*s Radverkehrsbeauftragten zur
208 Beratung der Kommunen zu Fördermöglichkeiten schaffen, eine landesweite
209 Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGF) ins Leben rufen sowie
210 Radverkehrskonzepte beratend und finanziell fördern. Beim Landesbetrieb für
211 Mobilität wollen wir das Personal für Planung und Bau von Radwegen deutlich
212 stärken.

213 Um Verkehrsmittel besser kombinieren zu können, werden wir anstreben, dass die
214 Mitnahme von Fahrrädern im öffentlichen Nahverkehr durchgehend und kostenfrei
215 möglich ist. An Umstiegs-Stationen wollen wir ausreichend komfortable und
216 sichere Abstell- und Lademöglichkeiten zur Verfügung stellen. Wir werden die
217 jetzt schon bestehenden Möglichkeiten der Förderung verbessern und gerade
218 Fahrradparkhäuser an stark frequentierten Umstiegs-Stationen gezielt
219 unterstützen. Wir werden einen landesweiten Ausbauplan für Fahrradparkhäuser
220 erstellen und gemeinsam mit den Kommunen umsetzen. Dabei werden wir uns an
221 Mindestsicherheits- und Qualitätsstandards orientieren. Wir streben dafür eine
222 regionale Verteilung an, sodass in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt
223 ein Fahrradparkhaus an einem oder mehreren stark frequentierten Umstiegspunkten
224 zur Verfügung stehen wird.

225 Um Fahrräder als klimaneutrales Alltagsverkehrsmittel voranzubringen, wollen wir
226 das JobRad-Modell für Beamt*innen des Landes ermöglichen sowie darauf hinwirken,
227 dass das Tarifrecht für die Angestellten des Landes für die Möglichkeit der
228 Entgeltumwandlung zur privaten Nutzung eines Dienstfahrrads geöffnet wird.

229 Mehr Investitionen in die Schiene

230 Die Nichtbundeseigene Eisenbahnen (NE-Bahnen) im Nahverkehr sind wichtig für die
231 Erschließung des ländlichen Raums und zur Stärkung des Tourismus. Durch den
232 Fördertopf zur Sanierung und Reaktivierung von Nichtbundeseigenen Eisenbahnen
233 werden unter anderem die Zellertalbahn, die Brohltalbahn und die Wieslauterbahn
234 saniert. Nach dem Vorbild von Mainz, wo nun die erfolgreiche Mainzelbahn die
235 Stadt vom Autoverkehr entlastet, wollen wir kommunale und regionale
236 Schienenprojekte für einen besseren Nahverkehr massiv unterstützen.

237 Die Reaktivierungen für Personennah- und Güterverkehr werden wir mit gewohnter
238 Hartnäckigkeit weiterverfolgen. Hierzu muss der Bund die Rahmenbedingungen für
239 die notwendigen Nutzen-Kosten-Untersuchungen so anpassen, dass Klimaaspekte
240 deutlich stärker berücksichtigt werden. Ebenso wollen wir stillgelegte Bahnhöfe
241 reaktivieren oder völlig neue Haltepunkte dort schaffen, wo sich neue
242 Siedlungsschwerpunkte ergeben haben. Wir unterstützen beispielsweise die Stadt
243 Mainz bei der Realisierung des neuen Umsteigebahnhofs am Schottwerk, um die S-
244 Bahn- und Regionalbahn-Anbindung im Rhein-Main-Gebiet zu verbessern. Die
245 Aartalbahn hat in Kooperation mit Hessen für uns hohe Priorität. Auch im
246 Hunsrück, in der Eifel und im nordpfälzischen Glantal wollen wir den Zug wieder
247 aufs Gleis setzen: Wir setzen auf eine effektive regionale Erschließung und
248 werden Planung von Schienen-Projekte priorisieren.

249 Der Zug ist das klimafreundlichste und komfortabelste Fortbewegungsmittel und
250 erhöht zudem die Attraktivität des Lebens auf dem Land. Vom Bund werden wir
251 weiterhin vehement die Verantwortung für die Fernverkehrsankündigung aller
252 Regionen einfordern, so dass im Rahmen des Deutschland-Taktes die Region Trier
253 eine verbesserte Anbindung an den Fernverkehr erhält. Ebenso müssen die Bahnhöfe
254 Bingen und Worms stärker mit Fernverkehrszügen bedient werden. Bei den Kommunen
255 und bei der Deutschen Bahn wollen wir darauf hinwirken, dass Bahnhöfe eine
256 freundliche und sichere Atmosphäre ausstrahlen sowie barrierefrei sind.

257 Auf Bundesebene drängen wir darauf, dass die chronisch überlastete
258 Schieneninfrastruktur in Rheinland-Pfalz endlich verbessert wird. Wichtige
259 Strecken haben nur ein einziges Gleis pro Fahrtrichtung und kommen damit
260 regelmäßig an ihre Belastungsgrenzen. Schon kleinste Verzögerungen können große
261 Verspätungen oder Zugausfällen verursachen. Daher setzen wir uns für eine
262 Kapazitätserhöhung durch weitere Gleise oder Neubaustrecken wie eine
263 Alternativstrecke zum Mittelrhein ein. Auch wollen wir durch den Ausbau und die
264 Elektrifizierung von Nebenbahnstrecken Ausweichstrecken vorhalten.

265 Straßeninfrastruktur: Erhalt vor Neubau

266 Erhalt vor Neubau – dieser Grundsatz muss auch weiterhin gelten. Der Neu- und
267 Ausbau von Landesstraßen darf nur unter strengsten Auflagen mit vollständigem
268 Ausgleich erfolgen. Vom Bund fordern wir eine grundlegende Überprüfung und
269 Neubewertung bei allen Straßenneu- und Straßenausbauprojekten im
270 Bundesverkehrswegeplan. Der Bundesverkehrswegeplan ist aus unserer Sicht nicht
271 zeitgemäß, er muss unter Klimaaspekten dringend überarbeitet werden. Explizit
272 lehnen wir die Ausbauprojekte des Bundes in Rheinland-Pfalz wie bei der A 1, A
273 60, A 643, B 10 und den Moselaufstieg bei Trier ab. Darüber hinaus setzen wir
274 uns für ein Transitverbot für Lkw auf der B10 ein.

275 Weitere Rheinbrücken werden nicht benötigt. Stattdessen werden wir emissionsarme
276 Fährangebote ausbauen, Seilbahnprojekte prüfen sowie bauen und beides - wo
277 sinnvoll - in den Nahverkehr integrieren. Dabei sollen Seilbahnen aber nicht auf
278 die Flussquerung beschränkt werden, sondern als weitere ÖPNV-Variante innerhalb
279 der Städte ausgebaut werden können. Mit Blick auf den rechtskräftigen
280 Planfeststellungsbeschluss zur zweiten Rheinbrücke bei Wörth muss der ÖPNV-
281 Ausbau in der Südpfalz gleichwertig forciert werden: Die Schieneninfrastruktur
282 muss modernisiert und leistungsfähiger werden, damit der überfällige Ausbau des
283 Zugangebotes realisiert werden kann.

284 Weniger Verkehrslärm und sichere Straßen

285 Wir wollen die Menschen von Verkehrslärm entlasten, denn Lärm schadet Mensch und
286 Natur. Für das Straßennetz setzen wir auf Sicherheit, Umweltverträglichkeit und
287 Lärmschutz. Gegenüber dem Bund setzen wir uns für eine Novellierung der
288 Straßenverkehrsordnung ein, um strengere Vorgaben für mehr Lärmschutz zu
289 erwirken. Für uns gilt das Konzept Vision Zero mit dem Ziel eines sicheren
290 Straßenverkehrs, bei dem kein Mensch mehr sein Leben verliert. Wir unterstützen
291 die Kommunen bei der Einrichtung Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen.
292 Modellprojekte für autofreie Innenstädte werden wir unterstützen und durch die
293 Verkehrsberuhigung der Dorfzentren die Mittelpunkte der Ortschaften
294 wiederbeleben. Damit wird der Straßenraum zugunsten des ÖPNV, des Fuß- und
295 Radverkehrs neu aufgeteilt und deutlich weniger Autos belasten unsere
296 Innenstädte.

297 Für weniger Schienenverkehrslärm muss der Bund Schiene und Lärmschutz
298 zusammenbringen und das Maßnahmenpaket des Beirats Leiseres Mittelrheintal gegen
299 den Bahnlärm am Mittelrhein umsetzen. Das vom Bundestag beschlossene Verbot von
300 lauten Güterwagen gilt ab Ende 2020 auf dem deutschen Schienennetz. Auf dieser
301 Grundlage setzen wir uns gegenüber dem Bund dafür ein, dass Verstöße
302 sanktioniert und alle Möglichkeiten zur Lärminderung (u.a. die Flüsterbremse)
303 ausgeschöpft werden. Als langfristige Maßnahme unterstützen wir die Forderung
304 nach einer alternativen Güterverkehrsstrecke zwischen Troisdorf und
305 Bischofsheim.

306 Um Motorradlärm zu mindern, haben wir bereits als Bundesratsinitiative neue
307 Regeln für die Drosselung von Motorrädern auf den Weg gebracht und setzen uns
308 auch für strengere EU-Vorgaben ein.

309 Wir wollen auch weniger Fluglärm. Deswegen werden wir an dem Ziel festhalten,
310 mit einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr die Anwohner*innen zu entlasten. Das
311 Luftverkehrsgesetz muss auf Bundesebene entsprechend geändert werden. Zudem
312 setzen wir uns für ein bundesweites Luftverkehrskonzept ein, das den Schutz der
313 Anwohner*innen vor Fluglärm bei allen Fragen des Luftverkehrs berücksichtigt.
314 Wiederholte Verstöße gegen das Nachtflugverbot sind konsequent zu ahnden.

315 Flugverkehr den Tatsachen anpassen

316 Regionalflughäfen waren schon vor der Corona-Pandemie mehr oder minder
317 wirtschaftlich nicht mehr zu betreiben. Mit dem Verkauf des Regionalflughafens
318 Hahn ist es gelungen, der Dauersubvention des Flughafens mit Steuergeldern ein
319 Ende zu setzen. Subventionen des Flugverkehrs sind ab 2024 europaweit untersagt
320 und zudem klimaschädlich. Für uns bleibt es dabei: Der Betrieb eines Flughafens
321 gehört nicht zu den Aufgaben eines Landes. Auf Bundesebene treten wir für ein

- 322 integriertes Flughafenkonzept ein, um die unwirtschaftlichen Regionalflughäfen
323 stillzulegen und trotzdem die erforderliche Mobilität zu sichern.

Beschluss (vorläufig) 5. Starke Familien – Beteiligte Jugend

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum: 06.12.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Kapitel 5 Familie – Kinder - Jugend

Text

1 Familie ist, wo Menschen füreinander da sind. Sie kümmern sich umeinander,
2 übernehmen Verantwortung füreinander und stärken so den Zusammenhalt in unserer
3 Gesellschaft. Es gibt viele Entwürfe, wie Familien leben wollen und glücklich
4 sind. Unabhängig ob Patchwork- oder Regenbogen-Familien, gemeinsam- oder
5 alleinerziehende Elternteile – wir GRÜNE möchten Familien in all ihrer Vielfalt,
6 ihren Bedürfnissen und verschiedenen Lebensentwürfen unter die Arme greifen.
7 Familien haben in der Krise einen großen Teil der Belastungen getragen. Jetzt
8 kommt es darauf an, Familien besser zu unterstützen. Dafür brauchen wir eine
9 moderne Familienpolitik, die es zum Beispiel ermöglicht, Familie und Beruf gut
10 miteinander zu vereinbaren. Damit jede*r selbst entscheiden kann, wo und wie das
11 am besten gelingt, setzen wir uns für die bessere Vereinbarkeit von Familie und
12 Beruf ein und machen uns unter anderem für ein Recht auf Homeoffice stark.

13 Für uns ist jedes Kind ein Geschenk. Alle Kinder sollen fern von Armut und
14 Gewalt gut aufwachsen können, deswegen wollen wir starke Kinderrechte in der
15 Verfassung verankern. Familien in Not wollen wir schnell und einfach helfen.
16 Dazu braucht es ein noch besseres Netz von Anlaufstellen, das Familien in einer
17 schwierigen Zeit auffängt.

18 Jugendliche zeigen uns derzeit, wie sie aktiv ihre Zukunft in die Hand nehmen
19 und auch bereit sind, Verantwortung zu tragen. Sie übernehmen
20 überdurchschnittlich häufig Ehrenämter und kämpfen gegen die Klimakrise – und
21 damit für unsere und die Zukunft kommender Generationen. Die Absenkung des
22 Wahlalters auf 16 ist eine überfällige Antwort auf dieses großartige Engagement.

23 Vereinbarkeit in allen Lebenssituationen

24 Gute Bildungs- und Betreuungsangebote sind eine zentrale Voraussetzung für die
25 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das hat sich gerade in der Krise sehr
26 deutlich gezeigt, als Kitas und Schulen geschlossen waren. Gleichzeitig muss
27 eine familien- und zeitgerechte Politik die Bedingungen dafür schaffen, dass die
28 Vereinbarkeit auch in den sich wandelnden Lebensphasen der Familienmitglieder
29 verwirklicht werden kann. Dazu zählt das Recht auf familienbedingte Teilzeit
30 ebenso wie der Rechtsanspruch auf Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung. Wir
31 setzen uns für flexible Vollzeitmodelle ein, die Beschäftigten ermöglicht, ihre
32 wöchentliche Arbeitszeit innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden zu
33 variieren.

34 Bei der Weiterentwicklung der Regelungen zum Elterngeld wollen wir die
35 partnerschaftliche Aufteilung der Sorge für Kinder zur Norm machen. Mit der
36 KinderZeit Plus wollen wir bundesweit den Anspruch auf Elterngeld von derzeit 14
37 auf 24 Monate erhöhen, wovon jedem Elternteil jeweils acht Monate zustehen. Die
38 weiteren acht Monate können sich die Eltern untereinander aufteilen. Die Eltern
39 können die Monatsbeträge abwechselnd oder gleichzeitig beziehen.
40 Alleinerziehende haben Anspruch auf die vollen 24 Monate KinderZeit Plus.

41 Familie bedeutet füreinander auch in schwierigen Lebenslagen da zu sein. Deshalb
42 wollen wir bei Pflegebedürftigkeit eines Familienmitglieds das Recht stärken,
43 die Arbeitszeit reduzieren zu können.

44 Es soll selbstverständlich sein, auch von zu Hause arbeiten zu können, um Arbeit
45 und Familie besser unter einen Hut zu bekommen. Wenn keine wichtigen Gründe
46 dagegensprechen sollen Arbeitnehmer*innen ein Recht auf Homeoffice und mobiles
47 Arbeiten haben. Um die Umsetzung des Rechts auf Homeoffice und mobiles Arbeiten
48 sicherzustellen, wollen wir Unternehmen bei der Digitalisierung der
49 Arbeitsabläufe einschließlich Datensicherheit und Arbeitsschutz unterstützen.

50 Zeitkonflikte in Familien entstehen häufig, weil die zeitliche Taktung vor Ort
51 beispielsweise von Kitas, Schulen und dem Nahverkehr nicht aufeinander
52 abgestimmt ist. Deshalb werden wir die Zeitbüros und Zeitlotsen in den Kommunen
53 auch künftig fördern.

54 Familien unterstützen

55 Familien sollen die ihnen zustehenden finanziellen Leistungen bei einer einzigen
56 Stelle beantragen können – „alle Leistungen aus einer Hand“. Wir setzen uns
57 daher für ein Modellprojekt in Rheinland-Pfalz ein, das diese Art der
58 Leistungsgewährung vor Ort in mehreren Kommunen erprobt.

59 Mit einem landesweiten Konzept wollen wir dafür sorgen, dass Familien günstiger
60 Dienstleistungen und Einrichtungen aus den Bereichen Soziales, Kultur und
61 Bildung in Anspruch nehmen oder besuchen können.

62 Alleinerziehende leisten enorm viel und tragen an sieben Tagen der Woche 24
63 Stunden die Verantwortung. Das Armutsrisiko ist nach wie vor extrem hoch. Wir
64 setzen uns dafür ein, dass Alleinerziehende mit einer Kindergrundsicherung und
65 mit wirksamen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr
66 Unterstützung erfahren.

67 Guter Start ins Kinderleben – Kinderarmut bekämpfen

68 Um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen, benötigen wir dringend eine bundesweite
69 Kindergrundsicherung, die den Mindestbedarf der Kinder deckt. Dadurch werden
70 bürokratische Hürden abgebaut und auch Kinder, die in armen Familien aufwachsen,
71 können ein selbstbestimmtes Leben führen. Kinder werden dann nicht mehr aufgrund
72 der finanziellen Not der Eltern davon abgehalten sich frei zu verwirklichen und
73 zu beteiligen, beispielsweise dem Sportverein beizutreten oder Musikunterricht
74 zu nehmen. Kernpunkte in der Landespolitik bei der Bekämpfung von Kinderarmut
75 sind eine gute soziale Infrastruktur, kostenfreie Bildung, Ausbildungs- und
76 Arbeitsmarktprogramme sowie die gezielte Unterstützung von Kindern und
77 Jugendlichen in Armut.

78 Mit den Programmen Guter Start ins Kinderleben und Frühe Hilfen erreichen wir
79 vor allem Frauen, Familien und Kinder, die bei der Geburt eines Kindes bei den
80 vielen kleinen und großen Herausforderungen eine besondere Unterstützung
81 benötigen. Es wird zum Beispiel ermöglicht, dass Familienhebammen Müttern und
82 Vätern eng zur Seite stehen und individuelle Beratung leisten können.

83 Ein flächendeckendes Netz kostenfreier landesgeförderter Beratungsstellen in
84 Rheinland-Pfalz hilft Familien in besonderen Problemlagen. Wir wollen diese
85 Beratungsangebote fördern und weiterentwickeln, um den Zugang zu erleichtern.

86 Das gilt auch für Häuser der Familien, Familienbildungsstätten und
87 Familienzentren.

88 Kitas und Grundschulen wollen wir als Kinder- und Familienzentren
89 weiterentwickeln. Hier können Eltern wohnortnah und niedrigschwellig vielfältig
90 vernetzte Dienstleistungen für Kinder und Familien entweder direkt in Anspruch
91 nehmen oder sich vermitteln lassen. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir ein
92 Landesprogramm Kommunale Präventionsketten entwickeln und helfen, es umzusetzen.

93 Kinderrechte stärken

94 Das Recht jedes Kindes auf Förderung seiner Entwicklung und Entfaltung der
95 Persönlichkeit, auf den Schutz vor Gewalt, vor Vernachlässigung und Ausbeutung
96 sowie das Recht auf Beteiligung muss ins Grundgesetz aufgenommen werden. In
97 Rheinland-Pfalz werden wir vorangehen und diese Rechte für Kinder in die
98 Landesverfassung aufnehmen.

99 Bei Kindschaftsverfahren muss der Grundsatz „Vom Kind her denken“ gelten. Das
100 heißt vor allem, dass die Rechte der Kinder und Jugendlichen im Verfahren weiter
101 gestärkt werden. Bisher schon gilt, dass die besonderen emotionalen und
102 psychischen Bedürfnisse von Kindern entsprechend ihrem jeweiligen Alter der
103 Maßstab für das Handeln aller Beteiligten sind. Damit das auch tatsächlich so
104 umgesetzt wird, wollen wir die rechtlichen und organisatorischen Bedingungen
105 dafür verbessern.

106 Kinder vor Gewalt schützen

107 Wir werden den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und
108 Gewalt weiter ausbauen. Wir wollen einen Pakt gegen sexualisierte Gewalt gegen
109 Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz, um eine wirksame Prävention und eine
110 flächendeckende kindgerechte Intervention und Nachsorge in Fällen sexueller
111 Missbrauchs zu gewährleisten. Dabei müssen Kinder, Eltern, Schulen, Polizei,
112 Jugendämter, Vereine, Staatsanwaltschaften und spezialisierte
113 Fachberatungsstellen gleichermaßen einbezogen werden.

114 Ziel dieses Paktes ist, die Handlungskompetenz aller Beteiligten im Bereich der
115 Prävention und der Intervention so zu stärken, dass sie den Schutz von Kindern
116 und Jugendlichen koordiniert und übergreifend leisten können. Schulen und Kitas
117 haben bei der Prävention eine Schlüsselrolle. Bereits bestehende Programme
118 wollen wir ausbauen und künftig auch für typische Täterstrategien
119 sensibilisieren.

120 Die gesetzlich vorgeschriebene Stärkung von Opferrechten wollen wir konsequent
121 umsetzen. Das erfordert entsprechende personelle und technische Voraussetzungen,
122 um die Belastungen kindlicher Opferzeugen so gering wie möglich zu halten. Ein
123 möglichst flächendeckender Ausbau von Beratungsstellen soll sicherstellen, dass
124 die Betroffenen begleitet werden können. Die Strafverfolgungsbehörden, die
125 digitale Missbrauchsdarstellungen aufdecken, werden wir aufstocken. Kein Täter
126 darf sich sicher fühlen. Der Druck, entdeckt und verfolgt werden zu können, muss
127 massiv erhöht werden.

128 Erfahrungen mit Missbrauchsfällen haben gezeigt, wie wichtig es ist, auch in der
129 Justiz die Kompetenzen zu bündeln. Deshalb richten wir
130 Schwerpunktstaatsanwaltschaften und -gerichte an, die mit vereinter Kraft die
131 Strafverfolgung von sexualisierter Gewalt übernehmen Kindgerechte Verfahren

132 erreichen wir über die Stärkung der Aus- und Weiterbildung von
133 Verfahrensbeteiligten sowie die gezielte Evaluation von Verfahren. Wir werden
134 die Kinderschutzdienste flächendeckend ausbauen und dafür sorgen, dass
135 Traumaambulanzen im Falle sexualisierter Gewalt auch Kindern und Jugendlichen
136 schnell Hilfe leisten.

137 Inklusive Kinder- und Jugendhilfe

138 Kinder und ihre Familien in Not benötigen professionelle individuelle Angebote,
139 um sozial und emotional gestärkt zu werden. Unser Ziel ist es, die Schulen,
140 Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und weitere Angebote im Sozialraum so zu
141 stärken, dass die dort Verantwortlichen eventuell entstehende Probleme bei der
142 Entwicklung von Jugendlichen und Familien schnell wahrnehmen und rechtzeitig
143 helfen können.

144 Die Kinder- und Jugendhilfe muss inklusiv umgesetzt werden. Dazu braucht es eine
145 Rechtsnorm unter der die gesamte Kinder- und Jugendhilfe vereint ist. Wir wollen
146 die Kommunen fördern, die Inklusive Lösung organisatorisch vorwegzunehmen.

147 Bei der auf Bundesebene überfälligen Reform des SGB-VIII muss eine inklusive
148 Lösung mit dem Ziel „alle Hilfe aus einer Hand“ zur allgemeinen Norm werden.
149 Dadurch werden wir eine optimale Verzahnung und Kombination aller Leistungen der
150 Kinder- und Jugendhilfe, anderer Sozialleistungsträger sowie der Angebote der
151 Schulen gewährleisten. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass das bisherige
152 Leistungsspektrum erhalten bleibt und die unterschiedlichen Ansätze der Hilfen
153 zur Erziehung einerseits und der Leistungen zur Teilhabe andererseits weiterhin
154 zur Anwendung kommen.

155 Menschen mit Behinderungen fehlt häufig die notwendige Unterstützung für ein
156 Leben mit Kindern. Wir werden Angebote für Elternassistenz ausbauen und fördern.

157 Platz für Kinder

158 Während der Corona-Krise haben wir feststellen können, wie wichtig Spielplätze
159 für die Kinder sind. Bewegung, frische Luft, kreatives Spiel und Sicherheit –
160 Kinder brauchen viel Raum für ihre Entwicklung. Wir möchten deshalb die Spiel-,
161 Aufenthalts- und Bewegungsflächen in den Kommunen erhalten und neue schaffen.
162 Dafür werden wir erneut ein Förderprogramm für naturnah und barrierefrei
163 gestaltete Spielflächen auflegen. Wir wollen, dass öffentliche Einrichtungen
164 familiengerecht organisiert und ausgestattet sind und zum Beispiel Wickeltische
165 und Eltern-Kind-Räume verbindlich vorgeschrieben werden.

166 Die Jugend hat das Wort

167 In Rheinland-Pfalz haben wir viele junge Menschen, die eine tragende Rolle im
168 Ehrenamt übernehmen, die politisch interessiert sind und klar und deutlich
169 sagen, was sie wollen: mitbestimmen. Seit vielen Monaten demonstrieren
170 zahlreiche junge Menschen beispielsweise gegen die Klimapolitik der
171 Bundesregierung, weil sie nicht länger hinnehmen wollen, dass untätige
172 Politiker*innen ihre Zukunft verspielen. Das verdient nicht nur unseren Respekt,
173 sondern ist Aufforderung, zu handeln.

174 Mitbestimmung und Freiräume

175 In vielen Bundesländern dürfen junge Menschen schon mit 16 wählen und so am
176 politischen Leben teilhaben – das soll endlich auch bei den Landtags- und

177 Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz möglich sein. Damit die Anliegen junger
178 Menschen auf Landesebene noch mehr Gehör finden, werden wir die Einrichtung
179 eines Jugendbeirats im Land unterstützen. Außerdem möchten wir die
180 Jugendstrategie JES! Jung. Eigenständig. Stark ausbauen, damit die Belange
181 Jugendlicher in allen Politikbereichen wahrgenommen und mitgedacht werden.
182 Jugendzentren und dezentrale, zunehmend auch mobile Angebote der Jugendarbeit
183 bieten jungen Menschen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten. Im Rahmen der
184 Jugendstrategie soll die Jugendarbeit vor Ort weiter ausgebaut werden und gerade
185 auf dem Land müssen flächendeckend Jugendräume zur Verfügung stehen. Junge
186 Menschen brauchen auch vor Ort Räume und Angebote – dafür muss das Land die
187 finanziellen Mittel weiter bereitstellen.

188 Jugendbeteiligung in den Kommunen

189 Wir GRÜNE wollen, dass Kinder und Jugendliche das Leben auf kommunaler Ebene
190 mitgestalten können. In fast 75 Prozent der Kommunen in Rheinland-Pfalz haben
191 sie dazu keine Möglichkeit. Das muss sich ändern. Wir werden Jugendliche dabei
192 unterstützen, ein Jugendparlament zu beantragen. Kommunale Jugendvertretungen
193 sollen ein Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht in den kommunalen Räten und ein
194 eigenes Budget bekommen. Kommunen müssen bei Planungen und Vorhaben, die die
195 Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise
196 beteiligen. Das soll in der Gemeindeordnung festgeschrieben werden.

197 Jugendliches Engagement

198 Jugendliche übernehmen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung
199 überdurchschnittlich häufig ein Ehrenamt. Sie bringen sich in ihren Städten und
200 Gemeinden ein, in Sportvereinen, in der Schule, in Jugendgruppen, bei der
201 Jugendfeuerwehr oder in politischen Jugendorganisationen. Wir GRÜNE werden
202 dieses Engagement besser unterstützen. Dafür wollen wir mit einer umfangreichen
203 Änderung des Landesgesetzes zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit die
204 Erstattung des Verdienstausfalls weiter anheben.

Beschluss (vorläufig) 6. Gerechte Bildung – Innovative Wissenschaft

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein

Beschlussdatum: 06.12.2020

Tagesordnungspunkt:

Text

1 Die richtigen Töne treffen, komplizierte Rechnungen lösen oder besonders schnell
2 rennen können: Jeder Mensch hat individuelle Begabungen, aber auch Bedürfnisse.
3 Deshalb bedeutet gute Bildung für uns GRÜNE, den Menschen mit seinen Stärken und
4 Schwächen gleichermaßen zu fördern, und zwar unabhängig vom Einkommen und
5 sozialer Herkunft. Unser Motto ist Lernen ein Leben lang – von der Kita über die
6 Schule, die Ausbildung und das Studium bis hin zu Angeboten für Erwachsene.

7 Durch Ganztagschulen, bessere Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte und
8 Förderung von Weiterbildung möchten wir Lernorte schaffen, die individuelle
9 Bedürfnisse erkennen, fördern und auch das Miteinander stärken. Wir wollen faire
10 Bildungschancen, die niemanden zurücklassen. Schüler*innen müssen beispielsweise
11 Laptops und Tablets in der Schule ausleihen können, ohne etwas dafür zu
12 bezahlen. Grüne Bildungspolitik steht für Verlässlichkeit, Vielfalt, Offenheit
13 und Gerechtigkeit. Alle Menschen sollen das lernen können, was sie zur Teilhabe
14 befähigt und ihnen ein erfülltes Leben ermöglicht.

15 Eine inklusive Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der wir miteinander
16 solidarisch sind und uns füreinander einsetzen – unabhängig von Geschlecht,
17 Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit oder Behinderungen. Daher brauchen wir
18 ein inklusives Bildungssystem, das Vielfalt als Chance erkennt und eine
19 Bildungspolitik, die eine inklusive Gesellschaft fördert. Bildungsangebote und -
20 einrichtungen müssen barrierefrei zugänglich sein. Gute Bildungschancen in allen
21 Bereichen dürfen nicht vom finanziellen Rahmen oder der Herkunft der Eltern
22 abhängen. Von der Kita bis zum Master ist Bildung in Rheinland-Pfalz kostenfrei
23 - das muss in Zukunft auch für die Meisterausbildung gelten.

24 Bildung soll zu verantwortungsvollem Denken und Handeln befähigen. Deshalb
25 setzen wir uns dafür ein, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den
26 Schulen, der außerschulischen Bildung, in Kitas, Hochschulen, der Beruflichen
27 Bildung und Weiterbildung zu stärken.

28 Kita: Kinder fördern – Eltern entlasten – Erzieher*innen wertschätzen

29 Neben Zeit mit ihren Kindern wünschen sich Eltern in erster Linie Entlastung.
30 Entlastung bedeutet das gute Gefühl, dass Kinder in den Kindertagesstätten
31 bestens umsorgt werden. Entlastung bedeutet, dass Eltern ihr Familienleben nah
32 am Kind und an den eigenen Bedürfnissen gestalten können. Dafür sind gute
33 frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote eine zentrale Voraussetzung.
34 Rheinland-Pfalz nimmt hier unter den westdeutschen Ländern einen Spitzenplatz
35 ein. Damit das so bleibt, wollen wir GRÜNE unsere Angebote weiter verbessern.
36 Denn wir wollen Eltern entlasten, Kinder individuell fördern und Erzieher*innen
37 wertschätzen. Der Kitabesuch soll weiterhin gebührenfrei sein.

38 Gute Kitas

39 Mit dem neuen Kita-Gesetz ist es uns gelungen, eine zukunftsweisende Grundlage
40 für die frühkindliche Bildung und Betreuung zu legen. Mit dem neuen Gesetz haben
41 alle Eltern einen Rechtsanspruch auf eine 7-Stunden Betreuung ihrer Kinder, wozu
42 ein gesundes Mittagessen gehört. Wir GRÜNE setzen uns weiter für den
43 bedarfsgerechten Ausbau des Ganztagsangebots in den Kitas als einen wichtigen
44 Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein und unterstützen
45 eine bedarfsgerechte Betreuung, die auch Modelle für Schichtarbeitende
46 berücksichtigt, wie beispielsweise 24-Stunden-Kitas. Wir unterstützen den
47 Aufbau der Kita-Sozialarbeit.

48 Die Entlastung der Fachkräfte kommt den Familien zugute: Die Arbeit der
49 Erzieher*innen haben wir durch einen verbesserten Betreuungsschlüssel
50 erleichtert und den Kindern somit wertvolle Zeit mit ihren Erzieher*innen
51 geschenkt. Den Betreuungsschlüssel für unsere Kleinsten wollen wir weiter
52 verbessern, damit kleinere Gruppen realisiert werden können.

53 Die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung soll überall zur
54 Regel werden. Dazu haben wir vor, die Kitas mit dem entsprechenden Personal und
55 der nötigen Infrastruktur auszustatten. Multiprofessionelle Teams sind hier ein
56 wichtiges Instrument, das wir fördern wollen.

57 Erzieher*innen und Sozialassistent*innen verdienen mehr

58 Wie wichtig Erzieher*innen und Sozialassistent*innen für Kinder, Eltern und
59 Arbeitgeber*innen sind, ist im Zuge der Kita-Schließungen aufgrund der Corona-
60 Pandemie mehr als deutlich geworden. Einfach nur „Danke“ sagen, reicht nicht. Es
61 ist an der Zeit, die Fachkräfte finanziell besserzustellen, denn Erzieher*innen
62 und Sozialassistent*innen haben mehr verdient. Wir werden uns nachdrücklich für
63 eine bessere Bezahlung einsetzen und zwar von Beginn der Ausbildung an.

64 In Rheinland-Pfalz haben wir bereits mit dem Ausbau der berufsbegleitenden
65 Ausbildung zur Erzieher*in begonnen. Das reicht uns jedoch nicht. Wir wollen
66 eine flächendeckende, vergütete Ausbildung zur Erzieher*in und
67 Sozialassistent*in. Nur so können wir das Personal gewinnen, um das Niveau
68 unserer bisherigen Angebote halten und erweitern zu können.

69 Vom Kita- zum Schulkind: Übergänge besser gestalten

70 Gute Übergänge sind entscheidend für die Bildungschancen jedes Kindes. Dies gilt
71 insbesondere für den Übergang zwischen Kita und Grundschule.

72 Die Intensivierung der Bildungspartnerschaft zwischen Kitas und Grundschulen,
73 wie wir sie im neuen Kita-Gesetz festgelegt haben, war bereits ein wichtiger
74 Schritt in diese Richtung. Auch bei der Schuleingangsuntersuchung sollte ein
75 größeres Augenmerk auf die individuellen Bedürfnisse des Kindes gelegt werden.
76 Wir streben an, dass auch jahrgangsübergreifend Lerngruppen gebildet werden
77 können, um noch besser auf die individuellen Phasen in der Entwicklung der
78 Kinder eingehen zu können.

79 Bildung für Nachhaltige Entwicklung

80 Mit der Fridays for Future-Bewegung haben insbesondere Schüler*innen erreicht,
81 dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit wieder stärker beachtet werden. Es ist in
82 unserer Verantwortung, unsere Zukunft zu sichern und deshalb dem Klima-, Umwelt-
83 und Naturschutz bereits bei der Bildung einen wichtigen Stellenwert einzuräumen.

84 Mit der Schulgesetznovelle ist es uns gelungen, die Förderung des
85 Verantwortungsbewusstseins für Natur, Umwelt und die globalen
86 Nachhaltigkeitsziele zum festen Auftrag der Schulen zu machen. Wir werden
87 sicherstellen, dass die Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Lehrplänen
88 aller Schulen sowie in allen Phasen der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften
89 verankert wird.

90 Gutes Essen in Kitas und Schulen

91 Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in Kita und Schule und essen auch
92 dort. Mit dem Ausbau von Ganztageseinrichtungen wird ein gesundes Mittagessen
93 immer wichtiger. Wir wollen vollwertiges und altersgerechtes Essen in allen
94 Schulen und Kitas im Land anbieten und garantieren können, dass alle Kinder und
95 Jugendlichen eine warme Mahlzeit erhalten. Unser Ziel ist ein gesundes,
96 nachhaltiges und genussvolles Mittagessen, bei dem mindestens 30 Prozent der
97 Produkte aus ökologischer und 50 Prozent aus regionaler Herkunft stammen.
98 Selbstverständlich sollen Fair-Trade Produkte eingesetzt und die Standards der
99 Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) eingehalten und auch vegetarische
100 Auswahlmöglichkeiten angeboten werden.

101 Die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung des Landes, die Kitas und
102 Schulen, aber auch andere Einrichtungen über gesunde und nachhaltige Ernährung
103 informiert und berät, werden wir stärken.

104 Gemeinsam mit den Schulträgern werden wir eine Offensive für eine Qualifizierung
105 als Ernährungs-Kitas und -Schulen starten. Diese Qualifizierung garantiert eine
106 gesunde, nachhaltige und genussreiche Ernährung, Eltern und Kinder werden über
107 Ernährungsbeiräte an der Essenauswahl beteiligt.

108 Ernährungsbildung und die Förderung von Ernährungskompetenz wollen wir
109 verbindlicher in Kitas und Schulen verankern. Eine nachhaltige Ernährungsbildung
110 muss auch die Kenntnis über den ökologischen Fußabdruck von Lebensmitteln
111 vermitteln und über die Klimabilanz, den Ressourcenverbrauch, regionale und
112 globale Folgen unserer Nahrungsbeschaffung aufklären. Wir wollen, dass unsere
113 Kinder auch in Zukunft wissen, wie und wo Lebensmittel angebaut und hergestellt
114 werden. Deswegen werden wir Programme unterstützen und ausbauen, in denen Kinder
115 und Jugendliche spielerisch Lebensmittel kennenlernen und erfahren, wie sie
116 angebaut werden.

117 Schule als Lebensort: Bei uns macht Ganztags Schule

118 Die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf endet nicht mit dem
119 Beginn der Schulzeit. Gerade beim Übergang von der Kita in die Schule sind
120 Eltern auf die Förderung ihrer Kinder in Ganztagschulen und auf verlässliche
121 Betreuungszeiten angewiesen. Deshalb werden wir in Rheinland-Pfalz die
122 Ganztagsangebote der Schulen weiter ausbauen. Ganztagschulen schaffen den Raum
123 und die Zeit für mehr individuelle Förderung. Nach den Belastungen durch die
124 Schul- und Kitaschließungen in der Corona-Krise wollen wir durch den Ausbau des
125 Ganztagsangebots Familien besser unterstützen.

126 Wir wollen, dass die Schulen wohnortnah und flächendeckend Ganztagsangebote
127 machen. Dadurch wollen wir den Kindern bessere Lernbedingungen ermöglichen und
128 den Übergang von der Kita in die Schule für Familien verträglich gestalten.
129 Deshalb hat für uns der flächendeckende Ausbau an den Grundschulen Vorrang.

130 Dabei wollen wir eine gute Versorgung auch in ländlichen Regionen gewährleisten
131 und die Sicherung und Entwicklung kleiner Schulstandorte unterstützen.

132 Eine Abwechslung im Tagesverlauf verbessert die Bedingungen für das Lernen und
133 die Entwicklung der Kinder. Überall, wo die Anmeldezahlen das möglich machen,
134 wollen wir Ganztagsklassen einrichten, in denen Schulunterricht, freie
135 Arbeitsphasen, Bewegung und freie Zeiten über den ganzen Tag verteilt sind.

136 Wir legen Wert auf gute pädagogische Konzepte, qualifiziertes Personal und die
137 Gestaltung der Lern- und Erholungsräume. Gute Bildung und Betreuung steht und
138 fällt nicht zuletzt mit dem Schulgebäude. Daher muss das Land den Schulträgern
139 Mittel für den Bau und die Modernisierung der Schulgebäude prioritär
140 bereitstellen. Der Wechsel zwischen Unterricht und Freizeit entlang der
141 Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen braucht Platz und entsprechende Räume.
142 Deshalb ist neben der Schulentwicklungsplanung eine Entwicklungsplanung für die
143 Schulbauten erforderlich. Dabei müssen auch die künftigen Nutzer*innen, das
144 Schulpersonal, die Schüler*innen und deren Eltern einbezogen werden.

145 Im Sinne einer gesunden Lernumgebung setzen wir uns daher für nachhaltige
146 Schulbauten nach ökologischen Standards ein sowie für barrierefreie und an
147 inklusivem Unterricht ausgerichtete Schulgebäude. Dort gibt es Arbeits- und
148 Aufenthaltsräume, Bewegungs-, Rückzugs- und Begegnungsflächen, in denen sich
149 Lehrer*innen und Schüler*innen gleichermaßen wohl fühlen. Schulgebäude müssen
150 frei von schadstoffbelasteten Baustoffen sein, die die Gesundheit
151 beeinträchtigen können. Neubauten sowie Sanierungen bestehender Schulbauten
152 müssen nachhaltig geplant und gebaut werden. Wir wollen ein Programm auflegen,
153 um die Schulträger bei der naturnahen Gestaltung und Entsiegelung von Schulhöfen
154 zu unterstützen. Dazu wollen wir das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen BNB für
155 Schulbauten sämtlicher Träger verpflichtend einführen.

156 Perspektivisch sollen sich Schulgebäude zu Bildungs- und Teilhabezentren
157 entwickeln, die auch an den Wochenenden und in den Ferien genutzt werden können.

158 Mit uns weiter ins digitale Zeitalter

159 Wir wollen, dass Schüler*innen auch mit Blick auf die fortschreitende
160 Digitalisierung auf der Höhe der Zeit ausgebildet werden. In den vergangenen
161 Wochen und Monaten erfuhr die digitale Bildung einen enormen Schub: Die
162 Pandemiekrise hat uns sehr deutlich vor Augen geführt, wo wir bei der
163 Digitalisierung im Bildungsbereich stehen und in welcher Richtung wir mit großen
164 Schritten vorankommen müssen. Die Digitalisierung ist eine Chance für die
165 Weiterentwicklung und für eine sinnvolle Ergänzung des Präsenzunterrichts, aber
166 sie kann diesen nicht ersetzen. Deshalb treten wir für die Aufrechterhaltung des
167 Präsenzunterrichts ein, wenn nicht zwingende Gründe Einschränkungen als letztes
168 Mittel erforderlich machen. Wir werden dafür sorgen, dass Schulen mit der
169 entsprechenden Infrastruktur und dem entsprechenden Know-how die Digitalisierung
170 der Bildung dynamisch weiter voranbringen und die Schüler*innen entsprechend
171 profitieren können.

172 Im Rahmen der Schulgesetz-Novelle haben wir wichtige Grundlagen für digitale
173 Lehr- und Lernsysteme als Bestandteil des regulären Unterrichts geschaffen.
174 Unser Ziel ist, Schüler*innen kritisch-reflexiv an die neuen Technologien
175 heranzuführen sowie Lerninhalte interaktiv entlang ihrer Lebenswelt zu
176 vermitteln. Hierfür brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur, technischen

177 Support und fitte Lehrkräfte. Wir werden für eine verpflichtende fortwährende
178 Weiterbildung von Schulleitungen und Lehrkräften im digitalen Bereich sorgen und
179 machen uns stark dafür, dass die Finanzierung einer besseren digitalen
180 Ausstattung der Schulen mit Bundesmitteln fortgeführt wird.

181 Mit der kostenfreien Schulbuchausleihe für Familien mit geringem Einkommen
182 leisten wir einen Beitrag zu einem gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem.
183 Dieses Angebot wollen wir auf Laptops und Tablets einschließlich des
184 erforderlichen Supports erweitern, damit auch bei der digitalen Bildung kein
185 Kind zurückbleibt. Ergänzend zur Schulbuchausleihe muss das Land die Lizenzen
186 für digitale Lernmedien erwerben und zur Verfügung stellen. Auch die verstärkte
187 Nutzung von Open Educational Resources wollen wir vorantreiben.

188 Länger miteinander und voneinander lernen

189 Die Anmeldezahlen der vergangenen Jahre beweisen es: Die Integrierten
190 Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz sind sehr beliebt. Es mangelt ihnen jedoch an
191 genügend Plätzen, um alle interessierten Schüler*innen aufzunehmen. Wir wollen
192 das ändern und die Integrierten Gesamtschulen ausbauen.

193 Wir wollen die 5. und 6. Klassen zu echten Orientierungsstufen mit maximal 25
194 Schüler*innen pro Klasse umbauen. Auf diese Weise gewinnen Eltern und Kinder
195 Zeit, sich zu orientieren und zu entwickeln und sind in der Lage, eine wirklich
196 gute Entscheidung über die weitere Schullaufbahn zu treffen. Daher unterstützen
197 wir Gymnasien und Realschulen Plus beim Aufbau von gemeinsamen
198 Orientierungsstufen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schulwechsel nur noch
199 auf freiwilliger Basis erfolgen. Schulen werden künftig für alle ihnen
200 anvertrauten Schüler*innen die Verantwortung übernehmen und sie individuell und
201 ihrer Begabung entsprechend bis zum Schulabschluss fördern.

202 Bildung für eine inklusive Gesellschaft

203 Unser Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen einen Abschluss bekommen und
204 so ausgebildet werden, dass sie am sozialen und kulturellen Leben in Rheinland-
205 Pfalz teilhaben können. Grundsätzlich sollen alle Schulen inklusiv arbeiten. Wir
206 wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass möglichst alle Kinder zunehmend
207 gemeinsam in Regeleinrichtungen lernen.

208 Individuelle Förderung bedeutet auch, die Leistungen von Kindern mit
209 Benachteiligungen – wie beispielsweise eine Lese- und Rechtschreibschwäche –
210 angemessen zu honorieren. Um allen betroffenen Kindern gerecht zu werden,
211 braucht es einheitliche, transparente Regelungen zum Nachteilsausgleich. Sprach-
212 und Förderprogramme wollen wir ausbauen und dafür sorgen, dass Förder- und
213 Integrationskräfte zielgerichtet eingesetzt werden.

214 Damit alle Kinder bestmöglich individuell gefördert werden und lange gemeinsam
215 lernen können, brauchen wir Ressourcen, die diesem Anspruch Rechnung tragen. Im
216 Rahmen eines sozialindikatorgestützten Finanzierungssystems wollen wir vor allem
217 dort zusätzlich investieren, wo die Bedarfe besonders hoch sind. Inklusive
218 Schulen brauchen mehr Personal, mehr Räume und mehr Beratung. Gerade sie sollen
219 mehr und mehr die Möglichkeit haben, Lerngruppen zu verkleinern,
220 Doppelbesetzungen zu realisieren und eigenverantwortlich multiprofessionelle
221 Teams aus Lehrer*innen, Schulsozialarbeit*innen und Förderlehrkräften zu bilden.

222 Lehrkräfte entlasten – Schulleitungen stärken

223 Erziehungarbeit ist Beziehungsarbeit. Schüler*innen aller Altersstufen und
224 Lehrkräfte profitieren von einem Schulalltag, in dem alle am Schulleben
225 Beteiligten Zeit füreinander haben. Wir werden unseren Lehrkräften die
226 Möglichkeit geben, sich ihren Schüler*innen intensiv widmen zu können. So wollen
227 wir mehr Lehrkräfte einstellen, Schulen zunehmend die Möglichkeit geben, in
228 Eigenverantwortung Lerngruppen zu verkleinern und Doppelbesetzungen zu
229 realisieren sowie Möglichkeiten prüfen, Lehrdeputate schrittweise zu senken. Die
230 Förderung der Schulsozialarbeit werden wir auf alle Schulformen ausweiten.

231 Die Arbeit der Schulleitungen wird immer vielschichtiger. Im Rahmen einer
232 Qualifizierungsoffensive für Schulleitungen wollen wir sie insbesondere in den
233 Bereichen Personal- und Organisationsmanagement unterstützen und durch die
234 Einstellung von Verwaltungsfachkräften entlasten.

235 Demokratie lernen und leben

236 Wir wollen die schulische Demokratiebildung stärken, damit Schulen nicht nur
237 Wissen über Demokratie im Fachunterricht vermitteln, sondern auch Orte der
238 Demokratieerfahrung sind, an denen Kinder und Jugendliche demokratische
239 Handlungskompetenzen entwickeln. Deshalb haben wir das Mitspracherecht der
240 Schüler*innen im Rahmen der Schulgesetznovelle deutlich ausgebaut. Wir streben
241 neben der regelmäßigen Beteiligung im Klassenrat auch die Mitgestaltung des
242 gesamten Schullebens durch die Schüler*innen in einem drittelparitätisch
243 besetzten Schulparlament (Eltern, Lehrkräfte, Schüler*innen) an. Die Erfahrung,
244 dass es sich lohnt, sich einzubringen, soll zur Beteiligung und zum Engagement
245 im kommunalen und gesellschaftlichen Umfeld motivieren. Demokratiebildung hat
246 auch eine präventive Wirkung gegen Gewalt und Demokratiefeindlichkeit. Wir
247 unterstützen und bestärken Schulen darin, sich noch stärker gegen
248 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu engagieren. Hierzu verstärken wir die
249 Förderung von Demokratie-Bildungsprojekten an Schulen. Gegen die Ausbreitung von
250 Verschwörungstheorien und Wissenschaftsfeindlichkeit setzen wir auf
251 medienpädagogische politische Bildung.

252 Eigenverantwortung der Schulen ausbauen

253 Darüber hinaus wollen wir, dass die Schulen mehr Eigenverantwortung bekommen und
254 die Personalautonomie gestärkt wird. Schulen sollten künftig Gelder zur
255 Verfügung gestellt bekommen, beispielsweise um Vertretungslehrkräfte oder
256 Schulsozialarbeiter*innen einzustellen. Auf diese Weise werden Schulen flexibler
257 und können schneller auf aktuelle Bedarfe und Engpässe reagieren. Wir wollen,
258 dass die Schulen mehr Freiheiten bei der Gestaltung ihrer Unterrichtsangebote
259 haben, um beispielsweise bei den Fremdsprachen, Philosophie oder mathematisch-
260 technischen Fächern eigene Schwerpunkte zu setzen. Auch die Schüler*innen sollen
261 die Möglichkeit bekommen, ihren Stundenplan stärker entlang ihrer Interessen zu
262 gestalten.

263 Wir Grüne unterstützen das Konzept der selbstständigen Schule und damit das
264 Verständnis von Schule als innovations- und experimentierfreudige lernende
265 Organisation. Den Schulen wollen wir zunehmend ermöglichen, beginnend mit den
266 unteren Klassenstufen auf Ziffernoten zu verzichten.

267 Lehramtsstudium modernisieren

268 Wir wollen die Ausbildung für das Lehramt den aktuellen Anforderungen im
269 Schulalltag anpassen. Unterrichten nach differenzierten Zielen und eine

270 inklusive Pädagogik ist für alle Schulen relevant. Daher streben wir ein
271 Stufenlehramt an, in dem nicht mehr nach Schulformen unterschieden wird, sondern
272 allein nach dem Alter der Schüler*innen. Dadurch stärken wir das
273 Grundschullehramt und die Grundlagen für eine bessere individuelle Förderung.
274 Diese Reform des Lehramtsstudiums ist auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu
275 einem einheitlichen Einstiegsgehalt für Lehrkräfte aller Schulformen.

276 Damit die Schulen der Bedeutung der musischen Bildung gerecht werden können,
277 muss das Land dafür sorgen, dass die benötigten Musiklehrer*innen ausgebildet
278 werden mit dem Ziel, dass jedes Kind ab der Grundschule ein Instrument erlernen
279 kann. Auch die Musikalische Grundbildung für alle Grundschullehrer*innen wollen
280 wir stärken.

281 Berufliche Bildung: Wir geben Chancen und Orientierung

282 Wir GRÜNE bekennen uns zur Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen
283 Bildung. Die duale Berufsausbildung und die Meisterqualifikation sind tragende
284 Säulen für die Ausbildung von Fachkräften. Zentraler Beitrag des Landes zu
285 unserem auch im internationalen Maßstab vorbildlichen System der dualen
286 Berufsausbildung sind die Bildungsangebote der Berufsbildenden Schulen. Außerdem
287 unterstützt die Duale Hochschule Rheinland-Pfalz (DHR) die Koordination eines
288 berufsbegleitenden Studiums, so dass Dual Studierende Praxis und Theorie
289 verzahnen können. Nicht nur die Energiewende und die Digitalisierung erfordern
290 Know-how. Deshalb wollen wir uns weiterhin nicht nur für den Erhalt des
291 Meisterbriefs einsetzen, sondern die Meisterausbildung analog zum Erststudium
292 flächendeckend kostenfrei anbieten.

293 Unsere Berufsbildenden Schulen sind wichtige Knotenpunkte. Hier werden nicht nur
294 junge Menschen auf dem neuesten Stand der Technik ausgebildet, sondern auch die
295 jeweiligen Ausbildungsgänge in Kooperation mit Unternehmen und Hochschulen
296 zukunftsweisend fortentwickelt. Wir wollen unsere Berufsschulen zu
297 Weiterbildungszentren ausbauen. Damit können auch Arbeitnehmer*innen von der
298 Infrastruktur vor Ort profitieren können und fit für den Arbeitsmarkt bleiben.
299 Für die Chancen junger Menschen sind die Übergänge von der Schule ins
300 Berufsleben entscheidend. Daher wollen wir die Berufsorientierung an Schulen
301 insgesamt, aber insbesondere an den Gymnasien deutlich ausbauen, um allen
302 Jugendlichen eine klare Perspektive auf eine Berufsausbildung zu eröffnen.

303 Das Land und die Kommunen haben die gesellschaftliche Aufgabe, im Landesdienst
304 und in den Landesbetrieben, in der kommunalen Verwaltung, in den kommunalen
305 Gesellschaften und Betrieben ausreichend Ausbildungsplätze anzubieten. Des
306 Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass die Ausbildungsleistung von Betrieben
307 bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt wird.

308 Die Offenheit und Durchlässigkeit der Bildungswege in Rheinland-Pfalz wird nicht
309 zuletzt durch die berufsbildenden Schulen gewährleistet. Sie ermöglichen alle
310 schulischen Qualifikationen, von Angeboten für Jugendliche ohne Abschluss bis
311 hin zur beruflichen Oberstufe. Diesen erfolgreichen Weg werden wir weitergehen,
312 dabei besonders Jugendliche ohne Abschluss begleiten und die Angebote in der
313 Ausbildungsvorbereitung ausbauen und stärken. Dazu gehört für uns auch eine
314 anrechnungsfähige Qualifizierung von Jugendlichen, die im Arbeitsmarkt
315 benachteiligt sind. Eine Reform des Übergangssystems soll alle Beteiligten
316 einbeziehen und einheitliche Anlaufstellen mit sozialpädagogischer

317 Unterstützungsstruktur anbieten. Zusätzliche Jugendberufsagenturen sollen
318 sicherstellen, dass Anlaufstellen flächendeckend aufgesucht werden können.

319 Erfolgreiche Hochschulen: offen, unabhängig, innovativ

320 Tiefgreifende Veränderungen werden das kommende Jahrzehnt prägen, wenn wir die
321 Erderwärmung aufhalten und gleichzeitig unsere Gesellschaft für alle lebenswert
322 gestalten möchten. Um diese Transformation zu meistern, brauchen wir eine starke
323 Forschungslandschaft und akademisch gut qualifizierte Fachkräfte.

324 Forschung in Rheinland-Pfalz: transparent und divers

325 In Zukunft möchten wir den Ausbau einer nachhaltigen und breiten
326 Grundlagenforschung an allen rheinland-pfälzischen Landesuniversitäten
327 unterstützen. Gleichzeitig müssen wir als Antwort auf die großen
328 gesellschaftlichen Herausforderungen wie beispielsweise Klimaschutz, den
329 digitalen Wandel und die demokratische Gesellschaftsentwicklung zukunftsweisende
330 Felder für Forschung und Entwicklung stärken und diese finanziell entsprechend
331 ausstatten.

332 Damit Forschungsergebnisse in Zukunft stärker in Wirtschaft, Gesellschaft und
333 Politik hineinwirken können, werden wir die Arbeitsweisen der Offenen
334 Wissenschaft stärken. Wir wollen Wissenschaftler*innen und Hochschulen dabei
335 unterstützen, Forschungsdaten, Laborberichte und andere Forschungsprozesse frei
336 zugänglich zu machen. Gleichzeitig möchten wir die Kooperation und Kommunikation
337 mit der interessierten Öffentlichkeit intensivieren. Wir unterstützen daher
338 bürgerwissenschaftliche Ansätze und möchten auch die Wissenschaftskommunikation
339 stärken.

340 Die Basis jedes Forschungsvorhabens muss Humanität, Transparenz und die Freiheit
341 der Wissenschaft sein. Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer
342 Zivilklausel für die Forschung und die Offenlegung von Informationen über
343 Drittmittel an den rheinland-pfälzischen Hochschulen ein. In Verträgen mit
344 Drittmittelgebern müssen die Freiheit der Wissenschaft, die Unabhängigkeit der
345 Hochschulen und die Entscheidungsrechte der gewählten Gremien gesichert werden.
346 Für uns ist wichtig, dass nicht nur dort geforscht wird, wo ein wirtschaftlicher
347 Nutzen erwartet wird. Die freie Entfaltung der Wissenschaft soll auch unabhängig
348 von der Förderung durch Drittmittel möglich sein. Drittmittelforschung darf eine
349 solide Grundfinanzierung für Forschung und Lehre deshalb nicht ersetzen.

350 Mit der Hochschulgesetznovelle haben wir einen Rahmen gesteckt, der es
351 ermöglicht, Forschung und Lehre weitgehend ohne Tierversuche zu gestalten. Wir
352 werden die Hochschulen dabei unterstützen, das auch umzusetzen.

353 Auf dem Weg zur digitalen Hochschule

354 Eine Lehre aus der Corona-Pandemie ist, dass die Hochschulen weitere Mittel
355 benötigen, um den Anforderungen der digitalen Forschung und Lehre gerecht zu
356 werden. Wir wollen sie unterstützen, Konzepte zu entwickeln, damit E- und
357 Blended-Learning-Angebote das Präsenzstudium zunehmend ergänzen können. Durch
358 Investitionen in die technische Infrastruktur und die Einführung eines
359 landesweiten Organisationssystems wollen wir die Voraussetzungen für einen
360 echten Digitalisierungsschub schaffen. Landeslizenzen für die
361 Hochschulbibliotheken, um das Angebot an digitalen Beständen zu vergrößern, sind
362 ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Bei der Gestaltung der Räume müssen

363 digitale Anforderungen mitgedacht und in den Bibliotheken zusätzliche
364 Computerarbeitsplätze eingerichtet werden.

365 Strategische Hochschulentwicklung

366 Mit der Hochschulstrukturreform haben wir eine tiefgreifende Veränderung der
367 rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft angestoßen. Um diesen Prozess
368 erfolgreich zum Ziel zu führen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die
369 Empfehlungen der Expert*innen-Kommission realisiert und mit ausreichenden
370 finanziellen Mitteln unterstützt werden. Wir wollen, dass die neu formierten
371 Universitäten die Chance haben, sich als Innovationszentren in ihren Regionen
372 weiterzuentwickeln und sich durch ihr Profil einen Rang innerhalb der
373 bundesweiten Hochschullandschaft zu erarbeiten. Eine derart weitreichende
374 Neuordnung gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb setzen uns dafür ein, dass die
375 für diesen Prozess veranschlagten Mittel deutlich aufgestockt werden und auch
376 für die beteiligten Hochschulstandorte eine auskömmliche Grundfinanzierung
377 dauerhaft gewährleistet wird.

378 Über die Strukturreform hinaus müssen wir die finanzielle Ausstattung der
379 Hochschulen stärker priorisieren. Wenn das rheinland-pfälzische Hochschulsystem
380 leistungsfähig bleiben soll, müssen wir die Finanzierung schrittweise auf den
381 Bundesdurchschnitt anheben. Die Verteilung der Mittel muss transparent und nach
382 objektiven Kriterien erfolgen, die Anreize setzen und erbrachte Leistungen
383 honorieren. In diesen Prozess muss neben den Hochschulleitungen auch der Landtag
384 eingebunden werden. Die Entwicklungsplanung soll langfristig angelegt sein und
385 es ermöglichen ein starkes, differenziertes und regional vernetztes
386 Hochschulsystem für unser Bundesland zu entwickeln. Neben der finanziellen
387 Ausstattung wollen wir auch die Hochschulbauten in den Blick nehmen. Für Neu-
388 und Umbauten müssen in Zukunft neben Kriterien der Aufenthaltsqualität und der
389 technischen Ausstattung auch hohe ökologischen Standards gelten. Wir wollen
390 Hochschulen zunehmend ermöglichen, Bauprojekte in eigener Verantwortung
391 umzusetzen.

392 Studieren in Rheinland-Pfalz: selbstbestimmt und kostenfrei

393 Unser Leitbild ist das selbstbestimmte Studium. Deshalb haben wir uns
394 erfolgreich für eine Abschaffung der generellen Anwesenheitspflicht eingesetzt.
395 Damit zum Beispiel auch Berufstätige und Menschen mit Kindern vom Studienangebot
396 profitieren können, haben wir die Möglichkeit des Teilzeitstudiums im
397 Hochschulgesetz verankert. Damit dieses Modell zum Erfolg wird, wollen wir die
398 nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Parallel möchten wir die Entwicklung
399 von attraktiven Studienmodellen zur berufsbegleitenden Weiterqualifikation
400 unterstützen, um bessere Möglichkeiten für das lebenslange Lernen zu eröffnen.

401 Auch in Zukunft wollen wir die Vielstimmigkeit des wissenschaftlichen Diskurses
402 fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein breites Fächerspektrum
403 unabdingbar. Neben dem Erhalt kleiner Fächer setzen wir uns für eine stärkere
404 Integration des Studiums Generale insbesondere in der Studieneingangsphase ein,
405 um allen Studierenden des Landes Einblicke in fachfremde Studiengebiete zu
406 ermöglichen. In den Curricula der Studienangebote wollen wir die Bildung für
407 nachhaltige Entwicklung stärker verankern. Green Offices sollen die Ansätze zur
408 Stärkung der Wissenschaft für Nachhaltigkeit an den Hochschulen koordinieren,
409 unterstützen, und Nachhaltigkeitsstrategien erarbeiten.

410 Studierende tragen häufig eine enorme finanzielle Belastung. Deshalb setzen wir
411 uns für die Einführung einer Grundsicherung ein, die für Studierende als eltern-
412 , alters- und leistungsunabhängiger Vollzuschuss die Lebenshaltungskosten, die
413 Kosten des Studiums und die gesellschaftliche Teilhabe sichert.
414 Zweitstudiengebühren wollen wir abschaffen und den Hochschulen die
415 entsprechenden Ausfälle kompensieren. Gerade in den Universitätsstädten steigen
416 die Mieten stark. Deshalb setzen wir uns weiter für bezahlbare Wohnheimplätze
417 und den Ausbau des Angebots ein. Für Studierende mit Kindern möchten wir das
418 Angebot an Kita-Plätzen erhöhen. Unser Ziel ist, mindestens eine Kita pro Campus
419 anzubieten und studierende Eltern bei der Platzvergabe vorrangig zu behandeln.

420 Hin zum partizipativen Modell

421 Unsere Vision ist eine Hochschule, in der alle Gruppen gleichberechtigt im
422 Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten mitwirken können. Wir wollen den
423 Senat als demokratisch gewähltes Gremium stärken, das künftig auch die Aufgabe
424 haben soll, über den Haushalt der jeweiligen Hochschule zu beschließen. Die
425 Hochschulen sollen autonom darüber entscheiden, ob sie einen Hochschulrat
426 bilden. In den Gremien der Hochschulen wollen wir die Mitwirkungsmöglichkeiten
427 der nicht professoralen Statusgruppen ausbauen und hochschulweite,
428 gruppenübergreifende Abstimmungen ermöglichen.

429 Wissenschaftskarrieren sichern

430 Wir setzen alles daran, die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft zu
431 verbessern. Die unsägliche Praxis der Kettenbefristung wollen wir beenden.
432 Daueraufgaben müssen durch festangestelltes Personal erfüllt werden. Deshalb
433 setzen wir uns für eine Ausweitung von unbefristeten Stellen ein und machen uns
434 auf Bundesebene für eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes stark.

435 Damit Wissenschaftskarrieren sicherer und planbarer werden, wollen wir Tenure-
436 Track-Stellen für den Mittelbau mit Schwerpunkten entweder in der Lehre
437 (Lecturer) oder in der Forschung (Researcher) nach dem Bremer Vorbild
438 einrichten. Auch die Situation der Doktorand*innen wollen wir verbessern. Mit
439 der neu geschaffenen Doktorand*innenvertretung haben wir ihre Stellung gestärkt.
440 Wir unterstützen außerdem die Einrichtung von Promotionskollegs, die
441 Doktorand*innen unterstützen und Möglichkeiten zum Austausch bieten.
442 Grundsätzlich brauchen wir mehr Qualifikationsstellen für Doktorand*innen.

443 Auch im Wissenschaftssystem wollen wir strukturelle Benachteiligungen abbauen.
444 Mit der Novelle des Hochschulgesetzes haben wir die Gleichstellung an den
445 Hochschulen gestärkt. Ein großer Erfolg ist die gesetzliche Verankerung des
446 Kaskadenmodells. Dabei wird das Ziel des Frauenanteils einer wissenschaftlichen
447 Karrierestufe fachspezifisch durch den Frauenanteil auf der direkt
448 darunterliegenden Qualifizierungsstufe festgelegt. Um die Erhöhung des
449 Frauenanteils weiter voranzutreiben wollen wir ein Landesprofessorinnenprogramm
450 auflegen. Auch für die Erhöhung des Frauenanteils im wissenschaftlichen Betrieb
451 werden verbindliche Quoten gebraucht, um die Gleichstellung tatsächlich
452 durchzusetzen. Deshalb wollen wir auf der Grundlage des Kaskadenmodells
453 verbindliche fachbezogene Zielquoten etablieren.

454 Neben einer Stärkung der Forschung wollen wir die Profilierung der rheinland-
455 pfälzischen Hochschulen durch eine herausragende Lehre unterstützen. Deshalb
456 soll bei der Besetzung von Professuren die Lehrqualifikation neben Leistungen in

457 Forschung und Entwicklung gleichrangiges Kriterium sein. Alle neu in der Lehre
458 tätig werdenden Wissenschaftler*innen sollen vor Beginn der Lehrtätigkeit und
459 begleitend zu den ersten Veranstaltungen ein Fortbildungsprogramm durchlaufen,
460 das ihnen das nötige hochschuldidaktische Werkzeug mit an die Hand gibt.

461 Grenzenlose Wissenschaft in Europa und der Welt

462 Eine attraktive Hochschullandschaft ist nicht nur regional, sondern auch
463 international vernetzt. Mit einer gemeinsamen Internationalisierungsstrategie
464 wollen wir die Hochschulen nicht nur in der Gewinnung ausländischer
465 Student*innen unterstützen, sondern auch bei Berufungsverfahren und dem
466 Austausch des akademischen Mittelbaus. Die europäischen Initiativen rheinland-
467 pfälzischer Hochschulen wollen wir unterstützen und ausbauen. Gerade in einer
468 immer komplexer werdenden Welt - in einer Welt, in der die Freiheit der
469 Wissenschaft immer weiter bedroht wird - ist dieser Austausch dringend
470 notwendig. Es soll außerdem ein Stipendienprogramm für bedrohte und verfolgte
471 Wissenschaftler*innen geben.

472 Weiterbildung: Neue Perspektiven – Neue Horizonte

473 Grüne Weiterbildungspolitik steht für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe.
474 Ob aus privatem Interesse oder zur beruflichen Qualifizierung – die rheinland-
475 pfälzischen Weiterbildungseinrichtungen eröffnen neue Perspektiven und neue
476 Horizonte. Deshalb haben wir die Förderung der Volkshochschulen und der
477 anerkannten Weiterbildungsorganisationen ausgebaut und erhöht.

478 Zur Bewältigung des digitalen Wandels im Berufsleben brauchen wir weiterhin eine
479 starke Erwachsenenbildung, damit auch die Arbeitnehmer*innen mit den
480 Veränderungen Schritt halten können. Daher wollen wir QualiScheck als breit
481 angelegtes Programm zur Förderung beruflicher Weiterbildung fortführen. Auch die
482 Möglichkeiten der Freistellung wollen wir bekannter machen, damit mehr
483 Berufstätige bezahlten Bildungsurlaub in Anspruch nehmen können.

484 Wir werden die Weiterbildungseinrichtungen dabei unterstützen, mit digitalen
485 Formaten zu experimentieren und das digitale Angebot auszubauen. Auch die sich
486 schnell entwickelnde Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt muss zunehmend
487 Gegenstand der Weiterbildungsangebote in unserem Land sein.

488 Gemeinsam mit den Volkshochschulen und Weiterbildungsorganisationen haben wir
489 Grundbildung und Alphabetisierung zu einem Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen
490 Weiterbildungspolitik gemacht. Diese Angebote wollen wir weiter ausbauen, weil
491 sie die Grundvoraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe stärken.

492 Auch Menschen ohne Schulabschluss verdienen im Rahmen der Weiterbildung eine
493 zweite Chance. Wir wollen die Weiterbildungszentren gezielt unterstützen, damit
494 Schulabschlüsse nachgeholt werden können. Diese Bildungsabschlüsse sollen
495 kostenfrei sein, damit alle dieses Angebot auch nutzen können. Um jungen
496 Erwachsenen ohne Schulabschluss oder Auszubildenden Zugänge zu Ausbildung
497 und qualifizierter Beschäftigung zu eröffnen wollen wir ihnen das Recht auf
498 Beschulung bis zum 25. Lebensjahr einräumen.

499 Auch bei der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe der zugewanderten
500 Menschen leisten die rheinland-pfälzischen Weiterbildungsträger einen
501 unverzichtbaren Beitrag.

502 Alle diese wichtigen Aufgaben lasten auf den Schultern der zumeist prekär
503 beschäftigten Dozent*innen. Von den Folgen der Corona-Krise wurden viele
504 Honorarkräfte in der Weiterbildung besonders hart getroffen und die Defizite bei
505 der Beschäftigungssituation und der sozialen Absicherung sind deutlich sichtbar
506 geworden. Wir GRÜNE wollen anregen, auf Landesebene ein Leitbild für gute
507 Beschäftigung in der Weiterbildung zu entwickeln, um die Bedingungen für
508 Weiterbildner*innen zu verbessern.

Beschluss (vorläufig) 7. Starke Gesundheitsversorgung – Verlässliche Pflege

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein

Beschlussdatum: 06.12.2020

Tagesordnungspunkt: 2. Kapitel 7 Gesundheit – Suchtprävention – Pflege – Älter werden

Text

1 Wie weit muss ich fahren, um zur nächsten Hausarztpraxis oder zum nächsten
2 Krankenhaus zu kommen? Wie und wo kann ich mein Kind sicher und geborgen auf die
3 Welt bringen? Können die, die mich medizinisch und pflegerisch versorgen sollen,
4 das unter den Arbeitsbedingungen überhaupt zuverlässig leisten? Diese Fragen,
5 die durch die Corona-Krise noch aktueller und dringlicher geworden sind, wollen
6 wir mit unserer grünen Gesundheitspolitik beantworten.

7 Wir wollen, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, ihre körperliche und
8 seelische Gesundheit zu erhalten und im Krankheitsfall wieder gesund zu werden.
9 GRÜNE Gesundheitspolitik orientiert sich an der Situation und den Bedürfnissen
10 der Menschen, die Hilfe brauchen. Alle Rheinland-Pfälzer*innen sollen von einer
11 qualitativ hochwertigen, bedarfsgerechten und erreichbaren Gesundheitsversorgung
12 profitieren können. Dazu gehört auch, dass Gesundheitsversorgung ohne Hürden und
13 unabhängig von Alter, sozialem Status, Herkunft oder Geschlecht für alle
14 zugänglich ist – auf dem Land ebenso wie in der Stadt. Es muss gewährleistet
15 sein, dass in ganz Rheinland-Pfalz ein flächendeckendes Netz an Rettungsdiensten
16 und Notärzt*innen besteht. Wir wollen deshalb nicht nur für eine hochwertige
17 Ausbildung, sondern auch für attraktive Arbeitsbedingungen sorgen und setzen uns
18 unter anderem für einen höheren Mindestlohn und einen allgemeinverbindlichen
19 Tarifvertrag für alle Pflegekräfte ein.

20 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Aufgabe. Das bedeutet, sie muss dem
21 Menschen und der Allgemeinheit zugutekommen. Öffentliches und
22 beitragsfinanziertes Geld muss im Gesundheitssystem bleiben. Wir sind gegen den
23 Trend zur Privatisierung im Krankenhausbereich. Denn für uns stehen nicht die
24 hohen Renditen, sondern die Menschen – als Patient*innen und als Gesunde, die
25 Krankheiten vermeiden wollen – im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik. Wir
26 wollen das aktuelle Krankenhausfinanzierungssystem (DRG-System) grundlegend
27 reformieren.

28 Wer krank ist, soll sich nicht dem System anpassen müssen. Sondern das System
29 muss sich von Anfang an nach den Bedürfnissen der Patient*innen richten.

30 Lernen aus der Corona-Krise

31 Wir müssen die Corona-Krise nutzen, um für unser Gesundheitssystem dauerhafte
32 Lehren aus der Pandemie zu ziehen. In der Krise hat sich gezeigt, wie wichtig
33 die Zusammenarbeit von Krankenhäusern in Regionen und die sektorenübergreifende
34 Kooperation mit niedergelassenen Ärzt*innen und dem Öffentlichen
35 Gesundheitsdienst (ÖGD) sind. Uns allen wurde deutlich, welche bedeutende Rolle
36 die Gesundheitsämter haben. Wir GRÜNE wollen deswegen starke und personell sowie
37 technisch gut ausgestattete Gesundheitsämter.

38 Wir benötigen eine ausreichende Versorgung mit Schutzausrüstung. Dafür müssen
39 überall entsprechende Lagerbestände vorgehalten werden. Informationen über die

40 Bestände in Krankenhäusern, den Kassenärztlichen Vereinigungen und
41 Pflegeeinrichtungen sollen beim Gesundheitsministerium zusammengeführt werden.
42 Wir wollen jetzt für alle Zukunft vorsorgen: Rheinland-Pfalz muss sich dafür
43 einsetzen, dass ein erheblicher Teil der Schutzausrüstung und der wichtigen
44 Medikamente wieder in Deutschland und in anderen Ländern der EU produziert
45 werden.

46 Finanzierung des Gesundheitssystems

47 Die finanziellen Lasten für die Gesundheitsversorgung müssen gerecht verteilt
48 werden. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene für die grüne Bürgerversicherung
49 einsetzen, in der alle Bürger*innen – ohne Unterscheidung zwischen gesetzlicher
50 und privater Versicherung – in einer Versicherung eingebunden sind. Damit wollen
51 wir die Beiträge und Versorgungskosten sozial gerecht und familienfreundlich
52 auch auf die starken Schultern verteilen und allen Bürger*innen eine gute
53 Versorgung und einen raschen Zugang zu gesundheitlichen Leistungen ermöglichen.
54 So lange dieser Systemwechsel bundesweit nicht erreicht ist, wollen wir den
55 Beamt*innen und Richter*innen, die sich bisher privat versichern müssen,
56 landesgesetzlich ein Wahlrecht für den Zugang zur Gesetzlichen
57 Krankenversicherung eröffnen.

58 Ambulante Versorgung: Wohnortnah und menschlich

59 Wir GRÜNE wollen eine wohnortnahe Versorgung der Menschen mit Haus- und
60 Fachärzten in allen Landesteilen erhalten und ausbauen. Die zunehmende Zahl
61 hochbetagter Menschen wird zusätzliche Anforderungen an das Gesundheitssystem
62 stellen. Die Versorgung muss stärker vernetzt, barrierefrei und oft auch
63 aufsuchend zu Hause bei den Patient*innen stattfinden.

64 Nicht zuletzt die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass medizinisches
65 und pflegerisches Fachpersonal dringend gebraucht wird. Wir wollen mehr
66 Studienangebote für die Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals und mehr
67 Medizinstudienplätze schaffen. Ein erster Schritt zum Ausbau des Medizinstudiums
68 ist die Regionalisierung des klinischen Studiums. In Trier wird sie bereits
69 umgesetzt und wir wollen eine Ausweitung auf weitere Standorte erreichen. Auf
70 lange Sicht möchten wir eine zweite Universitätsmedizin aufbauen. Dabei muss
71 gewährleistet sein, dass den Kliniken die nötigen finanziellen Mittel zur
72 Verfügung stehen, um eine erfolgreiche Lehre ermöglichen zu können.

73 Mehr Absolvent*innen der Medizin sollen eine Beschäftigung im behandelnden
74 medizinischen Bereich aufnehmen. Die Förderprogramme zur Versorgung durch den
75 Hausarzt müssen weiter ausgebaut, finanziell gestärkt und auf Bereiche
76 ausgedehnt werden, für die Fachärzte fehlen. Die Kommunen, in denen ein
77 Ärztemangel droht, müssen besser beraten werden. Wir brauchen auch stärkere
78 Anreize, um eine Niederlassung im ländlichen Raum und in städtischen
79 Problemgebieten zu fördern. Gut ausgebildete Medizinische Fachangestellte und
80 Pflegekräfte können die Ärzt*innen im Alltag wirkungsvoll unterstützen und die
81 Versorgung der Patient*innen verbessern. Sie können Hausbesuche machen, Aufgaben
82 wie die Wundversorgung übernehmen und mit Pflegestützpunkten zusammenarbeiten.
83 Wir wollen die Aus- und Weiterbildung dieser Berufsgruppen unterstützen und
84 fördern. Das erhöht die Attraktivität der Pflegeberufe und entlastet Ärzt*innen.

85 Häufig müssen Patient*innen zu weite Wege zu medizinischen Einrichtungen in Kauf
86 nehmen. Deshalb wollen wir Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste (z.B.

87 Therapietaxis) und mobile ärztliche Praxen mit Sprechstunden vor Ort fördern.
88 Telemedizinische Angebote können spezialisierte Angebote auch in abgelegene
89 Regionen bringen, sie sollen den menschlichen Kontakt aber nicht ersetzen. Daher
90 wollen wir telemedizinische Angebote dort unterstützen, wo sie sinnvoll sind und
91 Versorgungsdefizite ausgleichen können. In Regionen mit ärztlicher
92 Unterversorgung müssen die Kliniken auch die ambulante Versorgung mitübernehmen
93 und niedergelassene Ärzt*innen, Krankenhäuser und Pflegeheime besonders eng
94 zusammenarbeiten. Wir wollen die Beratung für Kommunen verbessern, die
95 Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen wollen, Modellprojekte
96 unterstützen und Gründungen von vertragsärztlichen Praxiskliniken fördern.

97 Stationäre Versorgung: Regional und finanziell gut ausgestattet

98 Kleine ländliche Krankenhäuser leisten einen wichtigen Beitrag für die
99 wohnortnahe Versorgung. Zum Teil können sie jedoch nicht mehr ausschließlich als
100 Krankenhaus betrieben werden. Wir unterstützen es, diese Krankenhäuser zu
101 lokalen Gesundheitszentren weiterzuentwickeln. Diese integrierten Pflege- und
102 Beratungsbereiche können sich mit niedergelassenen Ärzt*innen vernetzen, um ein
103 bedarfsgerechtes Angebot für die Menschen vor Ort aufrecht zu erhalten.

104 Wir sprechen uns für mehr Kooperationen und Spezialisierung der Krankenhäuser
105 zum Nutzen der Patient*innen aus. Doppelvorhaltungen innerhalb der näheren
106 Umgebung sollen abgebaut und die Zusammenarbeit der Krankenhäuser gefördert
107 werden. Wir wollen das aktuelle Krankenhausfinanzierungssystem (DRG-System)
108 grundlegend reformieren. Die aktuelle Vergütung von Einzelleistungen wollen wir
109 in ein Budgetbemessungssystem überführen, in dem regionale und soziale Faktoren
110 stärker berücksichtigt werden. Damit wird Fehlanreizen entgegengewirkt. Dafür
111 soll sich das Land bei der Selbstverwaltung und auf Bundesebene stark machen.

112 Wir GRÜNE haben die Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser bereits
113 verbessert, wollen diese schrittweise weiter erhöhen und für eine ausreichende
114 Ausstattung der Häuser sorgen. Ebenso wollen wir die Digitalisierung in den
115 Kliniken mit zusätzlichen Mitteln fördern, insbesondere dort, wo das die
116 Arbeitsabläufe vereinfachen kann und die IT-Sicherheit erhöht.

117 Unser Ziel ist die bestmögliche Versorgung von Patient*innen mit akuten und
118 lebensbedrohlichen Erkrankungen und Verletzungen und eine dafür angemessene
119 Finanzierung der versorgenden Krankenhäuser. Die Notfall- und Intensivmedizin
120 ist für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und das Retten von Leben
121 unverzichtbar. Maximalversorger wie z.B. die Universitätsmedizin in Mainz halten
122 rund um die Uhr ihre hochspezialisierten medizinischen Leistungen für akute
123 Notfälle vor. Die Notfall- und Intensivmedizin darf nicht länger unter dem
124 Damoklesschwert rein betriebswirtschaftlicher Kostenbetrachtung stehen, sondern
125 muss als öffentliche Daseinsvorsorge anerkannt und ausreichend, auch aus
126 Steuermitteln, finanziert werden.

127 Pflege in den Krankenhäusern muss wieder attraktiver werden. Nur in
128 Zusammenarbeit mit der Landespflegekammer und den Berufsverbänden kann uns das
129 gelingen. Bei ein- und zweijährigen Ausbildungsgängen wollen wir für
130 Durchlässigkeit sorgen und Höherqualifizierungen attraktiver machen. Neue
131 Ausbildungsmodelle, wie Teilzeitausbildung und duale Ausbildung sowie eine
132 modulare, gut geförderte Weiterbildung, wollen wir stärken. Wir unterstützen
133 eine zielgerichtete Akademisierung der Pflegeberufe. Damit Menschen aus
134 verwandten Berufen einfacher in eine Arbeit in der Pflege wechseln können,

135 schaffen wir durchlässigere Wege. Wir setzen uns für eine bessere Vergütung der
136 Pflegeberufe ein. Wir wollen ein Personalbemessungsinstrument, das es erlaubt,
137 in jeder Klinik genauso viele Pflegekräfte einzusetzen, wie es die Zahl und die
138 Bedürfnisse der Patient*innen erfordern. Das Land muss in seinen Krankenhäusern
139 beispielhaft vorangehen und darf Pflegekräfte nicht überlasten. Auch für
140 Ärzt*innen, Therapeut*innen und Sozialarbeiter*innen wollen wir
141 Personalbedarfsinstrumente entwickeln, damit alle Patient*innen gut versorgt und
142 die Beschäftigten nicht überlastet werden.

143 Notfallversorgung verbessern

144 Auch in dünn besiedelten Gebieten muss jederzeit und schnell ein geeignetes
145 Rettungsmittel zur Verfügung stehen. Hierzu wollen wir insbesondere das First-
146 Responder-System, besonders qualifizierte Ersthelfer*innen vor Ort, ausbauen.
147 Ergänzend kann dazu auch die Einrichtung eines 24 Stunden einsatzbereiten
148 Rettungshubschraubers mit Nachtflugtauglichkeit an einem geeigneten Standort
149 beitragen.

150 Darüber hinaus muss jeder Mensch in die Lage versetzt werden, einer
151 hilfebedürftigen Person die notwendige Erste Hilfe zukommen zu lassen. Dazu
152 wollen wir ein landesweites Konzept entwickeln mit dem Ziel, dass jede*r
153 Schüler*in in der Mittelstufe einen Erste-Hilfe-Kurs absolviert. Das Projekt
154 "Retten macht Schule" soll dazu auf alle weiterführenden Schulen im Land
155 ausgeweitet werden.

156 Damit Rettungswagen jederzeit zu Notfällen ausrücken können, wollen wir die
157 Praxis beenden, dass diese für nicht lebensbedrohliche Notfälle wie z.B
158 ambulante Behandlungen oder Verlegungsfahrten eingesetzt werden.

159 Medizinischer Zugang für alle

160 Gute medizinische Versorgung muss für alle und jeden immer erreichbar sein, ohne
161 Hürden und ohne Diskriminierung. Die unterschiedlichen Risiken und Belastungen
162 der Geschlechter werden noch zu wenig berücksichtigt, deshalb wollen wir eine
163 geschlechtersensible Gesundheitsversorgung. Wohnungslose Menschen haben es oft
164 schwer, Zugang zu medizinischer Versorgung zu finden. Für sie soll ein
165 niedrigschwelliges, allgemeinmedizinisches Angebot entwickelt werden, das auch
166 die fachärztliche Weiterversorgung einbezieht.

167 Wir haben dafür gesorgt, dass das Land die Einrichtung einer Beratungsstelle für
168 Menschen unterstützt, die ohne Krankenversicherung dastehen. Für diese
169 Clearingstelle wollen wir ausreichend Fördermittel zur Verfügung stellen und
170 weitere solche Stellen im Land schaffen. Für nicht versicherte
171 Krankenbehandlungen braucht es einen Notfallfonds. Solange dafür keine
172 bundesweite Lösung gefunden wird, wollen wir mit einem entsprechenden Fonds auf
173 Landesebene vorangehen. Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsberechtigte haben
174 einen Anspruch auf die Gesundheitskarte einer Krankenkasse ihrer Wahl. Wir
175 setzen uns dafür ein, dass alle Kreise und kreisfreien Städte diesen Anspruch
176 („Wie-Mitgliedschaft“) endlich auch umsetzen.

177 Es gibt viele therapeutische und ärztliche Praxen, die nicht für alle Menschen
178 barrierefrei zugänglich sind. Das wollen wir mit einem Förderprogramm zum
179 barrierefreien Umbau und zur barrierefreien Ausstattung von Praxen ändern. Wir
180 werden die Medizinischen Zentren für erwachsene Menschen mit Behinderungen
181 (MZEB) ausbauen und mit Angeboten vor Ort vernetzen. So wollen wir ein

182 Kriseninterventionszentrum für erwachsene Menschen mit psychischen und
183 geistigen Beeinträchtigungen schaffen, angedockt an ein MZEB oder als
184 eigenständige Einrichtung.

185 Viele Menschen haben aus Kostengründen keinen Zugang zu Hygieneartikeln. Wir
186 setzen uns deshalb dafür ein, dass Binden und Tampons in Schulen, Jugendzentren,
187 Jobcentern, Sozialämtern und an anderen geeigneten öffentlichen Stellen
188 kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

189 Unser Ziel ist es, dass es 2030 keine Neuansteckungen mit AIDS in Rheinland-
190 Pfalz geben wird. Dabei orientieren wir uns an den Zielen des UN-HIV/AIDS-
191 Programms UNAIDS. Durch eine Sensibilisierung der Ärzt*innen wollen wir auch die
192 Zugänge zur Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) zum Schutz vor HIV und Aids
193 erleichtern.

194 Regionale Gesundheitsplanung

195 Gesundheitsplanung muss sich an den Versorgungspfaden der Patient*innen
196 ausrichten, die nicht an den Sektorengrenzen Halt machen dürfen. Auf regionaler
197 Ebene wollen wir daher Gesundheits- oder Versorgungskonferenzen in öffentlich-
198 rechtlicher Trägerschaft einführen. Wir möchten, dass diese von einem oder
199 mehreren Landkreisen und kreisfreien Städten getragen werden. An diesen
200 Konferenzen sollen unter Leitung des Gesundheitsamtes je nach Tagesordnung
201 Vertreter*innen der niedergelassenen Ärzt*innen, Krankenhäuser, Therapeut*innen,
202 Psychotherapeut*innen, Hebammen, Sozialarbeiter*innen und Pflegedienste,
203 Mitglieder des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Krankenkassen,
204 bürgerschaftlich organisierte Nachbarschaftshilfen und Selbsthilfegruppen sowie
205 Patient*innenvertretungen teilnehmen. Sie sollen gemeinsam die besten Lösungen
206 für die optimale Versorgung spezieller Patientengruppen, wie zum Beispiel
207 Demenzkranke, entwerfen. Ergänzend soll eine Landesgesundheitskonferenz auf
208 Landesebene koordinierende Aufgaben übernehmen. So können jährlich besondere
209 Entwicklungen in der Gesundheit und in der medizinischen Versorgung in unserem
210 Land, in seinen Kreisen und Städten besprochen und geeignete Maßnahmen
211 abgeleitet werden. Das gemeinsame Landesgremium nach § 90a SGB V wollen wir
212 stärken. Wir GRÜNE wollen regionale Modellprojekte zur sektorenübergreifenden
213 Versorgung anstoßen – zunächst insbesondere in unterversorgten Regionen.

214 Landesgesundheitsgesetz

215 Wir wollen unsere Anliegen für eine bessere Gesundheitsversorgung deshalb in
216 einem neuen Landes-Gesundheitsgesetz bündeln. Damit orientieren wir uns stärker
217 an dem Nutzen für die Patient*innen, beziehen die Bürger*innen besser mit ein
218 und stärken die regionale Versorgung. Langfristig sollen die bisher voneinander
219 getrennte Landeskrankenhausplanung und die Planung der Kassenärztlichen
220 Vereinigung durch eine gemeinsame Gesundheitsplanung abgelöst werden. Regionale
221 Gesundheitsbudgets sollen dann die aktuellen sektoralen Budgets für
222 Krankenhäuser und niedergelassene Ärzt*innen ersetzen.

223 Gesundheitsprävention: Ein Modellprojekt in Pirmasens starten

224 Gesundheitsförderung und Vorbeugung gehen vor Heilung. Prävention körperlicher
225 und seelischer Leiden ist ein sehr wichtiges Element in der Gesundheitspolitik
226 und soll bereits in Kitas und Schulen beginnen.

227 Präventionsmaßnahmen dürfen nicht einfach mit der Gießkanne verteilt werden. Sie
228 müssen schwerpunktmäßig dort ansetzen, wo die Menschen besonderen Risiken
229 ausgesetzt sind. In Pirmasens ist die Lebenserwartung eine der niedrigsten in
230 Deutschland und die Raten häufiger Krankheiten sind besonders hoch. Daher werden
231 wir dort als Modellvorhaben ein langfristig angelegtes Gesundheitsprojekt
232 umsetzen. Eingehend müssen zunächst die gesundheitliche Situation und Versorgung
233 in den Stadtteilen und Quartieren wissenschaftlich untersucht und darauf
234 aufbauend zielgenau Maßnahmen entwickelt werden. Das wollen wir gemeinsam mit
235 den Bürger*innen und nicht über ihre Köpfe hinweg planen. Stadt und Land,
236 Ärzt*innen, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Therapeut*innen,
237 Pflegekräfte, Wohlfahrtsverbände, Sportvereine, Selbsthilfegruppen und andere
238 sollen in dem Projekt zusammenarbeiten.

239 Psychische Gesundheit fördern

240 Wir GRÜNE setzen uns für Versorgungsstrukturen ein, in denen psychisch erkrankte
241 Menschen schneller psychiatrische oder psychotherapeutische Behandlung bekommen.
242 Dafür ist es erforderlich, die bisherige Versorgungsstruktur für Jugendliche und
243 junge Erwachsene zu verbessern. Wir brauchen niederschwellige und
244 unbürokratische Kontakt-, Beratungs- und Behandlungsinitiativen für junge
245 Menschen in Krisen. Wir setzen uns auch für eine bedarfsgerechte Anzahl von
246 Psychotherapeut*innen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ein. Wir wollen,
247 durch gezielte Aufklärungsarbeit und bessere Integration von chronisch psychisch
248 Erkrankten, die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen durchbrechen.

249 Faire Arbeitsbedingungen für Heilmittelerbringer*innen

250 Auch den Heilmittelerbringer*innen wollen wir mehr Wert beimessen, da sie mit
251 Ihrer Arbeit sicherstellen, dass erkrankte Menschen länger selbständig bleiben
252 und Pflegebedürftigkeit aufgeschoben oder verhindert wird. Dazu zählt eine
253 kostenfreie flächendeckende Ausbildung mit deutlich mehr Kapazität als derzeit -
254 wo sinnvoll, soll diese an Hochschulen erfolgen. Auch ist eine faire Bezahlung
255 wichtig. Eine bessere Koordination zwischen Pflegekräften, Therapeut*innen und
256 Ärzt*innen unter Einbeziehung der Patient*innen und ihrer Angehörigen ist
257 dringend erforderlich. Wir prüfen, wie ein Direktzugang zu
258 Heilmittelerbringer*innen zu Lasten der Sozialversicherungen eröffnet werden
259 kann, so dass es bei bestimmten Indikationen und Wiederholungsbehandlungen
260 keines Rezepts bedarf. Wir wollen, dass auch die Ausbildung der pharmazeutisch-
261 technischen Assistent*innen schulgeldfrei ist.

262 Geburtshilfe stärken

263 Die Geburt eines Kindes ist ein prägendes Ereignis. Schwangere und Familien
264 müssen besonders in einer so sensiblen Zeit die bestmögliche Begleitung und
265 Versorgung erhalten. Für die Frauen und ihre Familien ist es unverzichtbar, dass
266 Hebammen sie bereits früh in der Schwangerschaft und rund um die Geburt
267 unterstützen. Familienhebammen sind dabei besonders wichtig. Wir GRÜNE wollen
268 eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe und eine qualitativ
269 hochwertige Geburtshilfe. Die Akademisierung des Hebammenberufs nach EU-Recht
270 wollen wir zügig umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Umstellung der
271 Hebammen-Ausbildung auf ein Studium die Kapazitäten bei der Ausbildung erhalten
272 bleiben. Für jeden Ausbildungsplatz, der wegfällt, soll ein Studienplatz
273 entstehen. Nach der Umstellungsphase wollen wir prüfen, ob ein Aufbau weiterer
274 Studienplätze notwendig ist.

275 Für eine starke Geburtshilfe wollen wir ein Geburtshilfestärkungsgesetz
276 beschließen. Die Geburtsstationen im Land sollen erhalten bleiben und ein
277 flächendeckendes Netz von Hebammenzentralen entstehen. Wir wollen Geburtshäuser
278 und die Niederlassung von Hebammen fördern. Außerdem treten wir für eine bessere
279 Personalbemessung in den Kreißsälen ein, um die Arbeitsbedingungen zu
280 verbessern. Wir wollen mehr hebammengeleitete Kreißsäle in Rheinland-Pfalz
281 etablieren. Die Arbeit der Hebammen verdient mehr Wertschätzung, die sich auch
282 im Geldbeutel zeigt. Auf Landesebene wollen wir ein Konzept erarbeiten, um den
283 Kliniken ein Überleben der Geburtshilfe an den verbliebenen Standorten zu
284 ermöglichen. Mit individuellen, regionalen Konzepten wollen wir sicherstellen,
285 dass Standorte für Schwangere gut erreichbar bleiben.

286 Verantwortungsvolle Drogenpolitik

287 Ein grundlegendes Umdenken in der Drogenpolitik ist aus unserer Sicht längst
288 überfällig. Prävention, Hilfe, Jugendschutz und Entkriminalisierung sind für uns
289 dabei entscheidend. Es gilt, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten
290 und gesundheitliche Risiken zu minimieren.

291 Regulieren statt kriminalisieren

292 Im Bund setzen wir uns für eine Freigabe von Cannabis unter strengem
293 Jugendschutz und staatlicher Kontrolle ein. Wir wollen erwachsene
294 Konsument*innen nicht länger kriminalisieren und dafür sorgen, dass der
295 Schwarzmarkt austrocknet. Damit werden die Strafverfolgungsbehörden von
296 zeitraubenden und kostspieligen Verfahren entlastet. Mittelfristig wollen wir
297 ein staatlich reguliertes System für Anbau, Handel und Abgabe von Cannabis
298 schaffen, bei dem Verbraucher- und Jugendschutz sowie Suchtprävention greifen.
299 Dazu setzen wir uns für Modellprojekte ein. Wir wollen die Ermittlungen der
300 Fahrerlaubnisbehörden gegen THC-Konsument*innen den Regeln für Alkoholkonsum
301 angleichen: Sie sollen nur ab einer gewissen Grenze möglich sein, und nur, wenn
302 Konsument*innen am Straßenverkehr teilgenommen haben.

303 Mehr Prävention und Aufklärung

304 Wer abhängig ist, braucht Hilfe – und keine Strafverfolgung. Daher muss das
305 Hilfs- und Beratungssystem auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet sein,
306 um gesundheitliche Risiken zu verringern. Wir wollen die niederschweligen
307 Angebote in der Drogen- und Suchthilfe weiter ausbauen. Die Bedingungen des
308 Schwarzmarktes bergen Gefahren, denen wir mit Spritzentauschprogrammen,
309 Drogenkonsumräumen und Informationsmöglichkeiten entgegentreten wollen.
310 Ergänzend sollen Substanzanalysen (Drugchecking) ermöglicht werden, um Menschen
311 vor gestreckten und gefährlichen beigemischten Drogen zu schützen. Insbesondere
312 bei großen Festivals wie Rock am Ring oder der NatureOne fordern wir eine Drug-
313 Checking Offensive des Landes. Aufklärung und Prävention über die Risiken aller
314 Drogen und Abhängigkeiten wollen wir stärken, insbesondere an Schulen und in der
315 Jugendarbeit. Einem übermäßigen Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen
316 wollen wir durch Programme begegnen, die einen bewussten Konsum zum Ziel haben.
317 Auch über Spielsucht, Sucht im Alter, Medikamenten- und Medienabhängigkeit muss
318 aufgeklärt werden. Tabakwerbung wollen wir beenden, Alkoholwerbung stärker
319 einschränken.

320 Selbstbestimmt leben: Bis ins hohe Alter und in der Pflege

321 Bei der Gesundheitsversorgung als auch in der Pflege steht der Mensch für uns im
322 Mittelpunkt. Menschen mit Pflegebedarf sollen ein selbstbestimmtes Leben führen
323 und selbst entscheiden können, wo und mit welcher Unterstützung sie leben
324 wollen. Ziel unserer GRÜNEN Pflegepolitik ist es, allen Pflegebedürftigen ein
325 würdevolles Leben zu ermöglichen und sie und ihre Angehörigen zu stärken. Dabei
326 wollen wir sie in ihrem bisherigen Wohnumfeld bestmöglich unterstützen, so lange
327 das möglich und gewollt ist. Für uns gilt: Pflegebedürftigkeit darf weder bei
328 den Betroffenen selbst noch in ihren Familien ein Armutsrisiko darstellen.

329 Die Suche nach einem freien Platz für Pflegebedürftige wollen wir durch eine
330 landesweite internetbasierte Vernetzung der Angebote zukünftig erheblich
331 erleichtern.

332 Gute Pflege ist für uns GRÜNE ein aktives Recht, an dem sich unsere Politik
333 orientiert: Die UN-Behindertenrechtskonvention und die Pflege-Charta haben
334 wichtige Grundrechte für Pflegebedürftige verankert. Dazu zählen
335 Selbstbestimmung, Schutz der Privatsphäre, körperliche Unversehrtheit und
336 gesellschaftliche Teilhabe. Die geschlechtliche Orientierung, die religiöse
337 Überzeugung und biografische Besonderheiten, wie zum Beispiel eine
338 Migrationsgeschichte, müssen berücksichtigt werden. Wir treten ein für
339 geschlechtersensible Angebote und Einrichtungen, die der kulturellen Vielfalt
340 der älter werdenden Bevölkerung und Gesellschaft entsprechen. Für mehr
341 Menschlichkeit und eine hohe Qualität in der Pflege benötigen wir gut
342 ausgebildetes Pflegepersonal in ausreichender Zahl und gute Arbeitsbedingungen.
343 Deshalb wollen wir die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Pflegekräfte
344 ausbauen.

345 Kommunale Pflegestrukturplanung

346 Wir wollen eine größere Vielfalt ambulanter Pflegeangebote wie
347 Pflegewohngemeinschaften oder generationenübergreifende Wohnprojekte mit
348 Pflegeleistungen im Bedarfsfall. Auch Angebote für pflegebedürftige Kinder und
349 Jugendliche müssen geschaffen und Eltern so entlastet werden. Für uns spielen
350 die Kommunen bei der Daseinsvorsorge in der Pflege eine Schlüsselrolle. Um eine
351 gute Pflege vor Ort zu gewährleisten, sollen die Kommunen künftig mehr
352 Kompetenzen und mehr Geld erhalten. Nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens wollen
353 wir den Kreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit zur verbindlichen
354 Pflegestrukturplanung geben, um in wichtigen Fragen selbst das Ruder in der Hand
355 zu haben. Dazu wollen wir das Landesgesetz zur Sicherstellung und
356 Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur reformieren. Beispielsweise
357 müssen Baugebiete auf die Belange der Menschen ausgerichtet sein, die Pflege und
358 Unterstützung brauchen. Daher müssen Regional- und Flächennutzungsplanung mit
359 der Pflegestrukturplanung abgestimmt sein.

360 Wir wollen, dass kommunale Pflegekonferenzen, an denen sich Bürger*innen,
361 Verbände und Pflegekasse beteiligen, verpflichtend und regelmäßig abgehalten
362 werden. Wir wollen auch Themenfelder wie körperliche Aktivität, Ernährung,
363 Mobilität, Teilhabe am Leben oder barrierearmes Wohnen in den Fokus der
364 kommunalen Pflegestrukturplanung rücken. Um Pflegebedürftigkeit vorzubeugen,
365 setzen wir uns dafür ein, dass ambulante, präventive geriatrische Angebote und
366 das Programm Gemeindegewerkschaft plus gestärkt werden. Die 135 Pflegestützpunkte
367 des Landes können künftig ebenfalls dazu beraten, wie Pflegebedürftigkeit
368 vermieden werden kann.

369 Über die Pflegestrukturplanung schaffen wir ein Netz an Einrichtungen, das den
370 Bedarfen entspricht. Wir GRÜNE wollen die Träger unterstützen, bestehende
371 Einrichtungen, wo erforderlich, umzugestalten und zu modernisieren. Gleichzeitig
372 wollen wir sie für eine Neuorientierung hin zu mehr ambulanten Wohn- und
373 Pflegeformen gewinnen. Perspektivisch wollen wir ein Altenhilfestrukturegesetz
374 zur Stärkung einer kommunalen Politik für und mit älteren Menschen: ein
375 Rahmengesetz, das die Kommunen zu einer Altenplanung und -förderung
376 verpflichtet.

377 Attraktive Arbeit in der Pflege

378 Die Probleme des Fachkräftemangels in der Pflege können nur durch attraktivere
379 Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung gelöst werden. Wichtig ist es, ein
380 Signal für eine verbesserte Arbeitssituation durch zusätzliche Pflegestellen zu
381 setzen. Wir GRÜNE haben im Bund den Vorschlag gemacht, mit einem Sofortprogramm
382 Stellen für 25.000 zusätzliche Krankenpfleger*innen und für 25.000 zusätzliche
383 Altenpfleger*innen zu schaffen.

384 Wir setzen auf eine verstärkte Aus- und Fortbildung von Pflegekräften. Die
385 generalistische Pflegeausbildung wird in Zukunft Kranken-, Alten- und
386 Kinderkrankenpflege umfassen. Das Programm Fachkräfte- und
387 Qualifizierungsinitiative Pflege 2.0 wollen wir deshalb weiterentwickeln. Wir
388 treten ein für verbindliche Personalbemessungsinstrumente, die sich sowohl im
389 Krankenhaus als auch in der Altenpflege am individuellen Pflegebedarf der
390 Menschen orientieren. So können Pfleger*innen allen Patient*innen die Zeit
391 widmen, die sie benötigen. Um die wertvolle Arbeit der Pflegekräfte endlich
392 angemessen zu honorieren, setzen wir uns für einen höheren Mindestlohn und einen
393 allgemeinverbindlichen Tarifvertrag ein.

394 Auch in privaten Haushalten muss der vereinbarte Mindestlohn in der Pflege
395 gelten. In diesem Zusammenhang wollen wir die Stellung der 24-Stunden-
396 Pflegekräfte, die oft aus den östlichen EU-Ländern kommen, rechtlich klären.
397 Parallel zu den steigenden Gehältern müssen auch die Vergütungen für die
398 Pflegedienste angehoben werden. Akademisch gebildete Pflegekräfte sind wichtig,
399 unter anderem für Führungsaufgaben in Kliniken und Altenpflege, damit Pflege auf
400 Augenhöhe mit Ärzt*innen, Geschäftsführungen und anderen Berufen stattfinden
401 kann. Daher unterstützen wir den Ausbau von Pflegestudiengängen.

402 Pflegekräfte sollen wieder größere Aufgabenfelder verantworten und in der
403 Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen aufgewertet werden. Hier leisten
404 Pflegehelfer*innen zur Unterstützung und Entlastung der Fachkräfte einen
405 wichtigen Beitrag. Die Helferberufe wollen wir auch aufwerten: das heißt, eine
406 modulare Ausbildung und eine Weiterqualifizierung anbieten, die auf die
407 Helferausbildung aufbaut mit dem Ziel, höhere Abschlüsse zu erreichen.

408 Kurz- und mittelfristig werden wir den Pflegebedarf nicht ohne Zuwanderung von
409 Fachkräften decken können. Für eine erleichterte Zuwanderung bedarf es
410 vereinfachter Anerkennungsverfahren und ausreichender Sprachqualifizierung.
411 Ausländische Fachkräfte dürfen jedoch nicht aus Ländern angeworben werden, in
412 denen selbst ein Fachkräftemangel besteht und eine Abwanderung dort Lücken in
413 die Versorgung reißen würde. Wir wollen Anreize schaffen, um männliche
414 Jugendliche zu ermutigen, eine Ausbildung in der Pflege zu machen. Die
415 Initiative für Pflegekräfte wollen wir auf den Bereich der Menschen mit
416 Behinderungen erweitern (Assistenz und Dienste).

417 Die ambulante Pflege wollen wir stärken und für einen ausreichenden Anteil an
418 Fachkräften sorgen. In neuen Versorgungsformen können Pflegefachkräfte an der
419 Schnittstelle zwischen Ärzt*innen und Patient*innen wichtige Aufgaben in der
420 medizinischen und pflegerischen Grundversorgung übernehmen. Wir wollen
421 Modellprojekte zu digitalen Assistenzsystemen fördern, mit dem Ziel die
422 selbstbestimmte Assistenz zu erweitern und hierbei Fragen der Ethik sowie des
423 Datenschutzes zu klären.

424 Pflege solidarisch finanzieren

425 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine gerechtere Finanzierung der Pflege ein.
426 Dazu wollen wir das bisherige Finanzierungssystem umkehren. Bisher ist die
427 Unterstützung durch die Pflegeversicherung gedeckelt, und die Betroffenen
428 bezahlen den Rest. Mit unserer Idee der Doppelten Pflegegarantie erreichen wir,
429 dass die Kosten für die Pflegebedürftigen auf einen Sockelbetrag beschränkt
430 werden, der deutlich unter den aktuell durchschnittlichen 680 Euro liegen soll.
431 Alle darüberhinausgehenden pflegerischen Kosten werden von der Pflegekasse
432 getragen. Mit unserem Konzept einer grünen Bürger-Pflegeversicherung wollen wir
433 die Finanzierung der Pflege auf mehr Schultern und damit gerechter verteilen.

Beschluss (vorläufig) 8. Solidarische Gesellschaft – Gerechte Teilhabe

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein

Beschlussdatum: 06.12.2020

Tagesordnungspunkt: 2. Kapitel 8 Arbeit – Soziales – Teilhabe – Inklusion und Barrierefreiheit

Text

- 1 Die Corona-Krise hat zwar alle Menschen getroffen, aber nicht alle gleich hart.
2 Die Krise hat soziale Gräben noch vertieft: Einkommensschwache Menschen,
3 Alleinerziehende, Beschäftigte in Branchen und Betrieben ohne Tarifvertrag und
4 ohne Mitbestimmung, Frauen, Honorarkräfte und Solo-Selbstständige waren stärker
5 betroffen als andere. Viele mussten und müssen immer noch um ihre Existenz
6 bangen, ganzen Lebensentwürfen wurden die Grundlagen entzogen. Wenn soziale
7 Gegensätze größer werden, dann kommt es umso mehr auf eine inklusive Politik an,
8 die alle Menschen im Blick hat und sozialen Ausgleich schafft. Eine
9 Gesellschaft, die Menschen in Unsicherheit zurücklässt und große Ungleichheit
10 zulässt, verliert den Zusammenhalt. Dagegen setzen wir unser inklusives Leitbild
11 einer solidarischen Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt, die unterstützt und
12 in der „Zusammenhalt“ groß geschrieben wird.
- 13 Alle Menschen sollen in Würde und selbstbestimmt leben können. Dazu zählt für
14 uns auch eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Soziale
15 Sicherungssysteme müssen tatsächliche Bedarfe abbilden, um den Menschen in
16 schwierigen Zeiten Sicherheit und Bewegungsfreiheit geben zu können. Hartz IV
17 gehört deshalb durch die Konzepte einer grünen Kindergrundsicherung und einer
18 grünen Garantiesicherung ersetzt. Zu gerechter Teilhabe gehört auch, dass alle
19 öffentlichen Gebäude barrierefrei zugänglich sind, damit Betroffene persönlich
20 Informationen einholen und für ihre Rechte kämpfen können.
- 21 Wohnen ist ein Menschenrecht, und es muss bezahlbar sein. Das bestehende Angebot
22 an Wohnraum wollen wir deshalb mit einem Wohnraumschutzgesetz erhalten und
23 wuchernde Mieten mit Hilfe von Mietpreisbremsen stoppen. Mit unserer grünen
24 Politik wollen wir die Ungleichheiten und Barrieren in unserer Gesellschaft
25 beseitigen.
- 26 Wir sagen Armut den Kampf an
- 27 Alle Menschen sollten die Möglichkeit haben, nicht nur ihren Lebensunterhalt zu
28 bestreiten, sondern auch eine gute Schulbildung abzuschließen, sich im
29 Sportverein zu betätigen oder ein Musikinstrument zu erlernen. Das ist oft nur
30 möglich, wenn man das nötige Geld dafür in der Tasche hat. Wir wollen mit
31 unseren grünen Ideen das verfassungsmäßige Grundrecht auf ein menschenwürdiges
32 Existenzminimum so ausgestalten, dass Menschen nicht nur überleben, sondern in
33 Würde leben können. In Deutschland lebt jedes fünfte Kind dauerhaft oder häufig
34 wiederkehrend in Armut. Noch immer hängen die Chancen von Kindern stark von der
35 wirtschaftlichen Situation der Eltern ab. Wir wollen daher auf Bundesebene eine
36 grüne Kindergrundsicherung einführen. Hartz IV soll durch die grüne
37 Garantiesicherung, ersetzt werden. Unser Modell der Garantiesicherung
38 unterstützt die Menschen auf Augenhöhe, garantiert ihre gesellschaftliche
39 Teilhabe und gibt in schwierigen Zeiten Sicherheit. Die Regelsätze sollen neu
40 berechnet werden, sodass alle täglichen Bedarfe tatsächlich abgedeckt werden.

41 Sanktionen werden wir abschaffen. Wer ein Leben lang arbeitet, darf in seinem
42 Lebensabend nicht auf Grundsicherungsniveau fallen. Unsere Lösung ist das
43 Konzept der grünen Garantierente, die oberhalb der Grundsicherung liegt,
44 steuerfinanziert ist und geringere Eingangshürden als die Grundrente der Großen
45 Koalition hat. Wir wollen, dass SGB-II-Leistungsbezieher*innen als
46 Erstausrüstung Haushaltsgeräte der höchsten Energieeffizienzklasse erhalten.
47 Wir werden die Beratung der Verbraucherzentrale und Landesförderprogramme mit
48 den Jobcentern vernetzen.

49 Wir wollen die Kommunen stärken und streben eine bessere Sozialberatung vor Ort
50 an. Obdachlose sollen ein Dach über dem Kopf haben und Mieten bezahlbar sein.
51 Wir wollen die Plätze für Obdachlose bedarfsgerecht ausbauen und dabei die
52 Plätze für obdachlose Frauen massiv aufstocken. Um unsere Ziele zu erreichen,
53 wollen wir den Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Armut konsequent umsetzen
54 und fortschreiben. Dabei sollen Kommunen darin bestärkt werden, aktiv gegen
55 Armut zu kämpfen und die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben zu
56 verbessern.

57 Wir wollen die Menschen mit ihren Stärken und in ihrem gesamten
58 Lebenszusammenhang fördern. Deshalb setzen wir uns insbesondere für den Ausbau
59 der Gemeinwesen- und Sozialarbeit vor Ort, im Quartier oder im Dorf ein. Dazu
60 zählen direkte Anlaufstellen: Wir wollen Modellversuche für
61 Grundsicherungsservicebüros in den Kreisen und kreisfreien Städten unterstützen,
62 die alle Grundsicherungsleistungen der Kommune bündeln und die Jobcenter zur
63 Mitwirkung einladen. Zusätzlich sollen auch die Clearingstelle für Menschen ohne
64 Krankenversicherung und die flächendeckende Schuldnerberatung weiter ausgebaut
65 werden. Jeder Kreis und jede Stadt sollte für Menschen, die Grundsicherung
66 beziehen, einen kommunalen Sozialpass einführen, der von Institutionen und
67 Verwaltungen ohne weitere bürokratische Prüfung anerkannt wird. Das wollen wir
68 als Land unterstützen.

69 Sozialtickets landesweit fördern

70 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kann der tägliche Einkauf, der Arztbesuch,
71 der Besuch von Museen und Konzerten oder ein Besuch bei Verwandten sein. Für
72 Teilhabe an der Gesellschaft ist Mobilität eine wesentliche Voraussetzung. Das
73 Land soll die Kommunen und Verkehrsverbünde landesweit mit einem Förderprogramm
74 unterstützen und ein Sozialticket für Grundsicherungsempfänger*innen einführen.
75 Dieses Sozialticket darf nicht mehr kosten als im Regelbedarf für Mobilität
76 vorgesehen ist.

77 Ein zukunftsfähiger Arbeitsmarkt und faire Beschäftigung

78 Die Digitalisierung, die ökologische Transformation der Wirtschaft und die
79 Folgen der Corona-Krise führen zu starken Veränderungen des Arbeitsmarktes. Für
80 uns ist klar, dass alle diese Veränderungen nur im Dialog mit den Gewerkschaften
81 und Betriebsräten in einer starken Sozialpartnerschaft angegangen werden dürfen.
82 Die Vertretung von Arbeitnehmer*innen-Interessen muss in allen Unternehmen und
83 Branchen gelten.

84 Arbeit soll sich stärker am Leben der Menschen ausrichten und nicht das Leben an
85 der Arbeit. Dafür ist mehr Mitsprache von Beschäftigten bei Umfang, Art und
86 zeitlicher wie örtlicher Lage der Arbeit nötig. Wir wollen innovative
87 Arbeitszeitmodelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen: mit

88 einer flexiblen Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu
89 entscheiden, wie innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden ihre
90 persönliche Vollzeit aussieht; mit einem Rückkehrrecht auf die ursprüngliche
91 Stundenzahl nach einer Phase der Teilzeit sowie mit einer Pflegezeit, die hilft,
92 die Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren.
93 Dafür wollen wir uns auf Bundesebene einsetzen.

94 Das Kurzarbeitergeld hat sich in der Krise bewährt. Wir wollen es zu einem
95 KurzarbeitergeldPlus weiterentwickeln und mit Qualifizierung für die ökologische
96 und digitale Transformation verknüpfen.

97 Digitalisierung der Arbeitswelt

98 Wir sehen in der Digitalisierung der Arbeitswelt Risiken, wie etwa eine mögliche
99 Überwachung, Ausbeutung und ständige Erreichbarkeit von Mitarbeitenden. Aber wir
100 sehen auch enorme Chancen: für mehr Freiheit und Selbstbestimmung, Souveränität
101 und Flexibilität. Im Vordergrund steht hierbei die Verwendung neuer Technologien
102 zur Unterstützung der Menschen im Arbeitsalltag, beispielsweise können durch
103 Vernetzung und Automatisierung vielerlei Prozesse erleichtert und abgenommen
104 werden.

105 Die Zeit des Corona-Lockdowns hat gezeigt, wie viele Bereiche der Büroarbeit
106 durch Homeoffice oder mobiles Arbeiten auch von zuhause erledigt werden können.
107 Dies war von vielen positiven Effekten begleitet, zum Beispiel einer besseren
108 Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Vermeidung von unnötigen
109 Wegstrecken, was wiederum unserer Umwelt zugute kommt und Stress vermeidet.
110 Daran wollen wir anknüpfen und uns auf Bundesebene für ein Recht auf
111 alternierendes Homeoffice oder mobiles Arbeiten für einen Anteil der Arbeitszeit
112 einsetzen, wo dies möglich ist und zwingende Gründe nicht dagegen sprechen. Im
113 Landesdienst sollen alle ein Recht auf alternierendes Home Office oder Mobiles
114 Arbeiten bekommen, bei denen es arbeitsorganisatorisch grundsätzlich möglich
115 ist. Im öffentlichen Dienst soll es, unter Berücksichtigung der jeweiligen
116 dienstlichen Belange, deutlich ausgebaut werden. Dabei muss klar sein, dass
117 Homeoffice oder mobiles Arbeiten einen festen Arbeitsplatz nur ergänzen kann und
118 keine Entgrenzung der Arbeitszeit stattfinden darf. Betriebsräte und
119 Interessenvertretungen sollen an den Entscheidungen über Homeoffice und Mobiles
120 Arbeiten sowie über die Digitalisierung von Arbeitsprozessen stets beteiligt
121 werden.

122 Gute Arbeit

123 Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen kümmern,
124 sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es fehlt ihnen oft an
125 gesellschaftlicher Anerkennung und guten Arbeitsbedingungen. Das betrifft vor
126 allem Frauen. Ihre Leistung für das Gemeinwesen muss aufgewertet und besser
127 bezahlt werden. Wer arbeitet, soll von der Arbeit gut leben können. Deshalb muss
128 der Mindestlohn deutlich steigen. Eine Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro
129 wollen wir auf Bundesebene erreichen. Rheinland-Pfalz muss hier mit gutem
130 Beispiel vorangehen und das Mindestentgelt im Landestariftreuegesetz (LTTG)
131 analog zu dem von uns geforderten Mindestlohn auf 12 Euro setzen.

132 Menschen haben ein Recht auf Feierabend: Wir schützen Arbeitnehmer*innen vor
133 unbeschränkten Ladenöffnungszeiten und stehen zum Sonn- und Feiertagsschutz.

134 Wir wollen auch Solo-Selbstständige stärker unterstützen und in das Sozialsystem
135 einbinden, um prekäre Lebensverhältnisse zu verhindern. Dafür sollen neue
136 Sicherungsmodelle entwickelt werden, die den Eintritt in die Gesundheits- und
137 Rentenversicherung erleichtern und Solo-Selbständigen die Möglichkeit geben,
138 sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern.

139 Inklusion: Miteinander mehr erreichen

140 Wir GRÜNE haben mit dem Landesinklusionsgesetz die Inklusionspolitik umfassend
141 modernisiert und auf neue Füße gestellt. Aber Menschen mit Behinderungen erleben
142 in ihrem Alltag noch viel zu häufig Benachteiligungen – sei es an der
143 Bushaltestelle, bei der Suche nach einem Job oder beim Zugang zu Informationen.
144 Für uns bleibt Inklusion als Menschenrecht deshalb eine Daueraufgabe. Denn wir
145 brauchen Strukturen, die die selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen und gleiche
146 Lebenschancen von Anfang an ermöglichen. Wir wollen die Lebensqualität unserer
147 offenen Gesellschaft erhalten und uns für ein starkes gesellschaftliches
148 Miteinander einsetzen. Dazu brauchen wir den aktiven Austausch verschiedener
149 gesellschaftlicher Gruppen, um Vorurteile abzubauen und gemeinsame Interessen zu
150 fördern.

151 Inklusiv Arbeiten

152 Für uns gehören Menschen mit und ohne Behinderungen zum Alltag einer inklusiven
153 Arbeitswelt. Alle Menschen sollen entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert und
154 beschäftigt werden. Ausgrenzung aufgrund von Merkmalen und Orientierung an
155 Defiziten hemmt die Wirtschaft. Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen
156 im Landesdienst wollen wir durch ein zusätzliches Budget für Arbeitsstellen im
157 Landesdienst und eine verbindliche Zielplanung der Ressorts mit Maßnahmen und
158 zentralem Controlling besser steuern und fördern, um damit eine
159 Beschäftigungsquote von 6 % zu erreichen. Das Land soll verbindliche
160 Zielvereinbarung mit den Werkstätten für behinderte Menschen zum Übergang von
161 der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt machen und diese Maßnahmen durch
162 Fördermittel des Europäischen Sozialfonds absichern.

163 Die Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen soll die Ausnahme
164 darstellen. Deshalb wollen wir Beschäftigung im regulären Arbeitsmarkt
165 erleichtern. Dafür soll ein Budget für Inklusion (zeitlich begrenzter
166 Mindestlohn für Werkstattbeschäftigte) modellhaft erprobt werden. Mit einem
167 Budget für Mobilität wollen wir erreichen, dass Werkstattbetriebe ihren
168 Mitarbeiter*innen mit Behinderungen eben diese Mobilität bieten können.

169 Wir streben an, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in die
170 Fachkräftestrategie aufzunehmen. Wir unterstützen den Ansatz der
171 Personenzentrierung. Denn dabei steht der Mensch mit seinen individuellen
172 Stärken, Fähigkeiten und Möglichkeiten immer im Mittelpunkt und wird
173 ganzheitlich beachtet. Alternativen zur Tagesförderstätte befürworten wir. Diese
174 Alternativen wollen wir weiterentwickeln, indem wir Best-Practice-Beispiele
175 ableiten, die überall einsetzbar sind.

176 Inklusionsbetriebe hatten es in der Corona-Krise besonders schwer. Daher stellen
177 wir sie auf festes Fundament und bauen sie aus: Wir wollen 2000 reguläre
178 Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Inklusionsbetrieben erreichen.
179 Außerdem gehört für uns dazu, Inklusionsbetriebe und -abteilungen des Landes zu
180 schaffen. Aufträge und Vergaben des Landes sollen stärker als bisher an die

181 Einhaltung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen geknüpft werden.
182 Damit langzeitarbeitslose Menschen mit Behinderungen besser wieder Arbeit finden
183 können, brauchen wir passende Beratung mit ausreichend Personal. Das wollen wir
184 gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern bewirken.

185 Barrierefreiheit

186 Bis 2029 wollen wir erreichen, dass alle öffentlichen Gebäude im Landes- und
187 kommunalen Besitz barrierefrei sind – nicht nur für gehbehinderte, sondern auch
188 für hör- und sehbehinderte Menschen. Dafür wollen wir eine Landesfachstelle
189 Barrierefreiheit einrichten und finanziell ausstatten. Auch Kommunikation soll
190 barrierefrei sein. Deshalb wollen wir ein Kompetenzzentrum und -netzwerk für
191 digitale Barrierefreiheit aufbauen, das Bestandteil eines
192 Landeskompetenzzentrums Barrierefreiheit sein soll. Die Barrierefreiheit des
193 öffentlichen-rechtlichen Rundfunks – insbesondere des SWR – wollen wir
194 voranbringen: Unsere Ziele sind 100 Prozent Untertitel, mehr Audiodeskription
195 und mehr Deutsche Gebärdensprache.

196 Mitspracherechte und Teilhabe stärken

197 Wir streben eine kraftvolle Selbstvertretung der Menschen mit Behinderungen an,
198 die überall und für alle Behinderungen gelten soll. Durch professionelle
199 Strukturen sollen die Menschen mit Behinderungen mehr Einfluss und Mitbestimmung
200 haben. Der Leitsatz „Nichts über uns, ohne uns“ muss Grundlage für unser
201 solidarisches Handeln sein.

202 Die Funktion des Landesbehindertenbeauftragten als Beratungs- und Anlaufstelle
203 für ehren- und hauptamtliche Behindertenbeauftragte in den Kommunen wollen wir
204 stärken. Die kommunalen Behindertenbeauftragten wollen wir besser unterstützen,
205 indem das Land Kommunen bezuschusst, die ihre*n Behindertenbeauftragte*n ganz
206 oder teilweise vom Ehrenamt ins Hauptamt bringen wollen.

207 Wir setzen uns dafür ein, die maßgebliche Interessenvertretung der Menschen mit
208 Behinderungen zu stärken. Daneben wollen wir die Selbstvertretung der Menschen
209 mit Lernschwierigkeiten mit einer Aufbau-Förderung weiterentwickeln. Die
210 Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung wollen wir weiter vernetzen und sie
211 durch landesweite Werbeaktionen bekannter machen.

212 Mehr Inklusion in Kita, Schule, Beruf und Freizeit steigern den Respekt und
213 gegenseitige Wertschätzung von Menschen mit und ohne Behinderungen. Deshalb
214 müssen wir auch hier ansetzen. Barrieren und Ausgrenzung sollen als
215 Diskriminierung wahrgenommen werden, als das, was sie sind. In unserer
216 Gesellschaft und auch in unseren Köpfen darf Diskriminierung keinen Platz haben.
217 Den Landesaktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention schreiben wir fort.
218 Nach einem breiten Beteiligungsprozess wird er bereits zur Mitte der Wahlperiode
219 vorliegen. Das bestehende und neue Landesrecht soll konsequent auf die
220 Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft und angepasst
221 werden.

222 Wir unterstützen das Vorhaben, die Kinder- und Jugendhilfe umfassend zu
223 reformieren. Dabei sollen alle Leistungen der Kinder und Jugendhilfe im
224 Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gebündelt werden.

225 Teilhabe umsetzen

226 Wir wollen Inklusion vor Ort gestalten und das Bundesteilhabegesetz mit den
227 Maßstäben der UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen. Dazu wollen wir
228 Modellversuche ohne Beitragsanrechnungen der Eingliederungshilfe für die
229 leistungsberechtigten Menschen mit Behinderungen durchführen. Die Rahmenverträge
230 in der Eingliederungshilfe sollen zeitnah abgeschlossen werden oder
231 entsprechende Verordnungen erlassen werden, um personenzentrierte Leistungen für
232 die Menschen mit Behinderungen zu sichern. Mit den Regelungen soll die
233 Finanzierung auf inklusive und am Sozialraum orientierte Leistungen ausgerichtet
234 werden. Mit einer Initiative Zukunftskonferenzen selbstbestimmt Wohnen und Leben
235 2.0 soll dem Dezentralisierungsprozess von Wohneinrichtungen für Menschen mit
236 Behinderungen neuen Schwung geben.

237 Selbstbestimmt und bezahlbar wohnen

238 Wohnen ist ein Menschenrecht und gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen
239 eines jeden Menschen. Jede*r hat das Recht angemessen zu wohnen. Daher ist es
240 eine unserer zentralen politischen Aufgaben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen
241 und zu erhalten. Das geht nur mit sozial gefördertem Wohnungsbau bei
242 gleichzeitiger Eindämmung der Mietpreisexplosion in unseren Städten und
243 Eingrenzung der Immobilienspekulationen. Wenn Kommunen einen rechtsicheren
244 Mietendeckel einführen wollen, werden wir sie als Land darin unterstützen, um
245 stark wachsenden Mieten wie in den Ballungszentren in Rheinland-Pfalz entgegen
246 zu wirken. Wir setzen uns für Mietpreisbremsen und Kappungsgrenzen ein, wie sie
247 bereits in Mainz, Trier, Landau und Speyer realisiert wurden. Damit werden die
248 Menschen nicht aus ihrer Stadt verdrängt. Mit dem Wohnraumschutzgesetz bekommen
249 Kommunen, die mit Wohnraumknappheit und mit Leerständen konfrontiert sind,
250 wieder Handlungsspielraum.

251 Wir wollen die Wohnraumförderung des Landes ausbauen, indem wir insbesondere die
252 sozialen Bindungen verlängern und den Erwerb von Belegungsrechten fördern. Neben
253 Haushalten mit geringem Einkommen und Familien werden wir auch weiterhin die
254 Belange von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung bei der sozialen
255 Wohnraumförderung berücksichtigen. Grundsätzlich soll die soziale
256 Wohnraumförderung an Barrierefreiheit gebunden sein. Besonders an den
257 Hochschulstandorten besteht starker Druck im Wohnungsmarkt. Wir möchten daher
258 studentisches Wohnen besonders unterstützen. Wir fördern auch speziell
259 genossenschaftliches Bauen und Wohnen, weil häufig durch gemeinsame Initiative
260 späterer Bewohner*innen zukunftsfähige Projekte im Quartier entstehen.

261 Für Menschen, die das Dach über dem Kopf verloren haben, werden wir besondere
262 Verantwortung übernehmen. Aus einer Notlage darf keine aussichtslose Situation
263 werden. Auf Basis der Wohnungslosenstatistik als Teil einer integrierten
264 Armutsberichterstattung ist es möglich, passgenaue und bedarfsorientierte
265 Lösungen für die vielfältigen Bedarfe zu entwickeln bzw. vorhandene Angebote auf
266 ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Insbesondere das Thema (verdeckte)
267 Obdachlosigkeit von Frauen wollen wir vordringlich angehen. Wir wollen Projekte,
268 wie Trainingswohnen unterstützen. Daneben braucht es einen Härtefonds für
269 Maßnahmen bei lebensbedrohlichen Situationen gerade im Winter.

270 Kommunale Wohnraumversorgung stärken

271 Wir wollen Wohnungsbaugesellschaften nicht nur in den Städten, sondern auch auf
272 Kreisebene. Diese können überörtlich den Bedarf an Wohnungen in den Blick
273 nehmen. Kommunen und ihre Wohnungsbaugesellschaften brauchen Beratung beim

274 sozialen Wohnungsbau: Von der ökologisch und ökonomisch sinnvollen Aufstockung
275 und Erweiterung bestehender Bauten bis hin zu den rechtlichen Möglichkeiten bei
276 der Quartiergestaltung, zum Einsatz von Sozialquoten oder zu den neuen
277 Aufgabenfeldern bei der Schaffung von Stadtteil- und Quartierszentren und
278 Mehrgenerationenhäusern. Das Land soll durch eine zentrale Beratungsstelle
279 Kommunen verstärkt die Informationen zu möglichen Instrumenten liefern.

280 Mit einem Bodenfonds Rheinland-Pfalz kann Kommunen der Erwerb von zum Verkauf
281 stehender Flächen und Immobilien erleichtert werden. Auch Landesflächen und -
282 immobilien sollen über den Fonds den jeweiligen Kommunen vorrangig zugänglich
283 gemacht werden. So können mehr Kommunen aktive Bodenbevorratung betreiben, um
284 ihre sozialpolitischen, städtebaulichen und ökologischen Ziele umzusetzen. Die
285 Weichen für eine grundlegende Veränderung des sozialen Wohnungsbaus werden auf
286 Bundesebene gestellt. Mit einer neuen Wohngemeinnützigkeit und einem verstärkten
287 Vorkaufsrecht für Kommunen setzen wir uns dafür ein, dass mehr bezahlbarer
288 Wohnraum geschaffen und dieser auch dauerhaft diesem Zweck gewidmet wird.

Beschluss (vorläufig) 9. Tatsächliche Gleichstellung – Gerechte Geschlechterpolitik

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein

Beschlussdatum: 06.12.2020

Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 9 Geschlechtergerechtigkeit – Gleichstellung – Regenbogen

Text

1 Eine freie Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle gleichermaßen verwirklichen
2 und teilhaben können. Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, Lohngerechtigkeit,
3 gleiche Berufschancen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle
4 Geschlechter sind Werte, die unseren Weg bestimmen und Ziele, die wir erreichen
5 wollen.

6 Die Coronakrise hat bestehende Ungleichheiten deutlich sichtbar gemacht und
7 vielfach weiter verstärkt. Oft waren es die Frauen, die ihre Stelle reduziert
8 haben oder zu Hause geblieben sind und mit dem Spagat zwischen Homeschooling,
9 Homebetreuung und Homeoffice belastet waren. Gerade jetzt kommt es darauf an,
10 dass wir Fortschritte machen auf dem Weg hin zu einer fairen Verteilung der
11 Einkommen, der Sorgearbeit und der Einflussmöglichkeiten zwischen Frauen und
12 Männern, statt tiefer in alte Rollenmuster zurückzufallen.

13 Wir müssen endlich die tradierten Rollenvorstellungen und auch strukturelle
14 Benachteiligungen überwinden. Niemand darf ausgegrenzt oder benachteiligt werden
15 oder gar Gewalt erfahren müssen. Jede*r muss jederzeit und überall ohne Angst
16 ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir werden entschieden gegen jede Form
17 der Diskriminierung und auch der sexualisierten Gewalt vorgehen. Unser Ziel ist
18 die vollständige Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von LSBT*IQ (Lesben,
19 Schwule, Bisexuelle, Trans-*, Inter und queere Menschen) auf allen Ebenen.

20 Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen

21 Feminismus ist ein Kernanliegen unserer Politik. Unser Ziel ist es, die
22 Gleichstellung von Frauen in unserer Gesellschaft auf allen Ebenen tatsächlich
23 durchzusetzen. Neben dem Einsatz für Frauenrechte und Frauenförderung kommt es
24 auch darauf an, dass wir die ungleiche Verteilung von Macht in unserer
25 Gesellschaft und strukturelle Benachteiligungen von Frauen auflösen.

26 Frauen arbeiten durchschnittlich für deutlich geringere Bezahlung, übernehmen
27 die meiste Haus- und Familienarbeit und sind in gehobenen Leitungspositionen
28 durchgängig stark unterrepräsentiert. Frauen haben auch in Rheinland-Pfalz rund
29 20 Prozent weniger Einkommen als Männer. Durch die Folgen der Corona-Krise sind
30 Frauen bei der Teilhabe am Erwerbsleben weiter zurückgefallen. Wir GRÜNE wollen
31 die Lohnlücke endlich schließen. Deswegen werden wir uns über den Bundesrat für
32 ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz einsetzen. In Rheinland-Pfalz erstellen
33 wir einen Lohnatlas, um mehr Transparenz zu erreichen.

34 Der Großteil der Haus- und Sorgearbeit wird immer noch von den Frauen erledigt.
35 Flexiblere Arbeitszeitmodelle können Frauen und Männer dabei unterstützen, sich
36 die Sorge für ihre Familie und eine Erwerbstätigkeit partnerschaftlich zu
37 teilen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Eltern familiengerechte
38 Arbeitszeiten wählen können. Dazu brauchen wir ein Recht auf Teilzeit, ein Recht
39 zur Rückkehr in Vollzeit und mehr Möglichkeiten des Studiums in Teilzeit. Auf

40 Bundesebene muss das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von
41 Familien mit Kindern ersetzt werden, um Fehlanreize für eine ungleiche
42 Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zu verhindern. Zuverlässige und
43 bedarfsgerechte Ganztagsbetreuungsangebote auch für Schulkinder und auch in den
44 Ferien sind die Grundlage dafür, Barrieren für eine gleiche Teilhabe von Frauen
45 am Erwerbsleben abzubauen.

46 Für die Überwindung von Geschlechterstereotypen und Geschlechterdiskriminierung
47 spielen Medien, Kunst und Kultur eine relevante Rolle. So muss es Aufgabe der
48 Rundfunkrät*innen im Öffentlich Rechtlichen Rundfunk sein, auf
49 Geschlechtergerechtigkeit im Programm, aber auch in der Personalstruktur -
50 insbesondere in Führungspositionen - hinzuwirken. Wir unterstützen deshalb
51 ausdrücklich die Bewerbung von Künstlerinnen und weiblichen Kulturschaffenden
52 bei der Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur. Projekte zur Sichtbarmachung und
53 Förderung von Frauen in den Künsten, wie beispielsweise das „Mentoring für
54 Bildende Künstlerinnen“ wollen wir weiter ausbauen.

55 Die Hälfte der Macht den Frauen

56 Weniger als 30 Prozent der abhängig Erwerbstätigen in Führungspositionen in
57 Rheinland-Pfalz sind weiblich – obwohl die Frauen im Durchschnitt höhere
58 Bildungsabschlüsse als Männer erreichen. Oft hilft die freiwillige
59 Selbstverpflichtung nicht, deswegen sind Quoten ein wichtiges Instrument für
60 mehr Parität. Wir GRÜNE kennen aus eigener Erfahrung mit der Quote die positiven
61 Effekte. Eine Quote verändert auch die Führungskultur, den Kommunikationsstil,
62 führt zu Vielfalt und nachweislich zu mehr wirtschaftlichen Erfolg. Zusätzlich
63 wollen wir mehr Sensibilität für die Option „Führen in Teilzeit“ schaffen.

64 Wir haben ein klares Ziel: 50 Prozent Frauen in Parlamenten, Aufsichtsräten,
65 Regierungen und Chefetagen. Der derzeitige Frauenanteil im Landtag liegt bei
66 rund 33 Prozent. Wir GRÜNE wollen die Rahmenbedingungen für mehr Frauen in der
67 (Kommunal-)Politik verbessern, beispielsweise durch einen rechtlichen Rahmen für
68 familienfreundliche Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und die Durchführung
69 digitaler Sitzungen. Im Vorfeld der Kommunalwahl 2024 wollen wir Frauen auf dem
70 Weg zu einer Kandidatur mit einem Mentoringprogramm ermutigen und unterstützen.
71 Weiterhin setzen wir uns für ein wirksames, verfassungskonformes Paritätsgesetz
72 mit verbindlichen Vorgaben ein.

73 Gleichstellung darf kein politisches Nischenfeld sein, es muss das gesamte
74 politische Handeln durchziehen. Nur so kann Gender Budgeting gelingen. Das
75 bedeutet die Bewertung der finanziellen Mittel danach, welchen Geschlechtern sie
76 zugutekommen und ob sie zur tatsächlichen Gleichstellung beitragen. Die
77 gesetzlichen Rahmenbedingungen für Frauenbüros und Gleichstellungsstellen wollen
78 wir verbessern.

79 Stereotypen entgegenwirken

80 Frauen und Männer haben gleiche Rechte, aber die Verwirklichung ihrer
81 Möglichkeiten wird noch immer stark von unterschiedlichen Rollenbildern geprägt.
82 Wir wollen eine bewusste Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen
83 Stereotypen erreichen. Beispielsweise in Medien, Werbung und Schulbüchern soll
84 die Darstellung vielfältiger Rollenbilder zur Norm werden. Bei der Berufswahl
85 junger Menschen ist die klassische Rollenverteilung häufig noch ausschlaggebend.
86 Wir möchten deswegen die Förderung einer Berufswahl nach Interessen und

87 Fähigkeiten unabhängig von hergebrachten Rollenklischees fortführen – unter
88 anderem durch gendersensible Berufsberatung, Sensibilisierung der Fachkräfte in
89 der Berufsberatung und Berufsorientierung. Dies wollen wir mit einer
90 landesweiten Kampagne unterstützen. Das Ada-Lovelace-Projekt, das mehr Mädchen
91 zu einem Studium in den MINT-Fächern führen soll, werden wir fortsetzen.

92 In sozialen Berufen, zum Beispiel in der Pflege oder Erziehung, liegt der
93 Frauenanteil in Deutschland bei bis zu 80 Prozent. Diese Arbeit geht oft einher
94 mit prekären Beschäftigungsverhältnissen und schlechter Bezahlung. Wir
95 unterstützen deshalb die Gewerkschaften in ihrer Forderung, die Tarifbindung zu
96 stärken sowie die Einkommen und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

97 Da Frauen als Gründerinnen deutlich unterrepräsentiert sind, wollen wir ein
98 Gründerinnenzentrum einrichten und einen Gründerinnenpreis ins Leben rufen.
99 Regionale Zentren für Existenzgründer*innen sollen frauenspezifische Angebote
100 mehr als bisher berücksichtigen.

101 Sexismus die rote Karte zeigen

102 Sexismus ist immer noch allgegenwärtig: Sexistische Kommentare, verbale
103 Belästigung, physische Übergriffe bis zur sexuellen Gewalt erleben Frauen im
104 Alltag, beim Arbeitsplatz, im privaten Umfeld, in der Freizeit. Wir GRÜNE werden
105 auch künftig gegen sexistische Strukturen in unserer Gesellschaft kämpfen. Dazu
106 muss die Kampagne Laut♀Stark ausgeweitet werden. Die #metoo-Bewegung hat viele
107 Betroffene dazu ermutigt, offen zu sprechen. Wir wollen ein gesellschaftliches
108 Klima, in dem sich Männer und Frauen im Kampf gegen Sexismus solidarisieren und
109 die Täter keine Rückendeckung mehr erhalten. Betroffene sexistischer Übergriffe
110 sollen schnell und einfach Unterstützung erhalten. Mit einer Bunderatsinitiative
111 wollen wir ein Verbot sexistischer Werbung erreichen.

112 Gewalt gegen Frauen stoppen

113 Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles Problem, sondern Ergebnis ungleicher
114 Machtverhältnisse. Wir GRÜNE treten konsequent für den Schutz von Frauen und
115 Mädchen vor jeglicher Gewalt ein. Deshalb wollen wir präventive Konzepte
116 stärken. Unser Ziel ist es Frauenhäuser, Frauennotrufe, Interventionsstellen
117 sowie Frauenhausberatungsstellen weiter auszubauen. Das Interventionsprojekt
118 gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) weiten wir aus und richten
119 weitere Interventionsstellen ein. Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention
120 (Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
121 und häuslicher Gewalt) erarbeiten wir gemeinsam mit der von uns eingesetzten
122 Koordinierungsstelle und den gegen Gewalt tätigen staatlichen und
123 nichtstaatlichen Institutionen einen Landesaktionsplan.

124 Jedes Mädchen und jede Frau, die Schutz braucht, soll ihn bekommen. Wir wollen
125 eine Clearingstelle für betroffene Frauen einrichten. Diese soll in akuten
126 Situationen eine Schutzunterkunft bieten, Hilfebedarfe individuell abklären und
127 alternative sowie ergänzende Unterstützungsangebote zur Unterbringung in
128 Frauenhäusern vermitteln. Wir GRÜNE haben die Frauenhausplätze bereits ausgebaut
129 und wollen weitere Plätze schaffen. Nach dem Aufenthalt in Frauenhäusern wollen
130 wir Angebote für das zweite Wohnen (Second-Stage) machen. Diese sollen die
131 Möglichkeit bieten, in einer kleinen Wohngemeinschaft mit Betreuung zu leben,
132 bevor die Frauen in eine eigene Wohnung ziehen. So werden die Frauenhäuser

133 entlastet und die Frauen haben einen weichen Übergang in ein eigenständiges
134 Wohnen.

135 Frauen mit Behinderungen sind besonders häufig von sexualisierter Gewalt
136 betroffen. Daher wollen wir den barrierefreien Aus- und Umbau von Frauenhäusern
137 weiter fördern und ein barrierefreies und kompetentes Schutz- und
138 Beratungsangebot etablieren.

139 Das Modellprojekt Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung werden wir
140 landesweit ausbauen, um Betroffene wohnortnah Unterstützung, Beratung wie auch
141 die Möglichkeit einer vertraulichen Spurensicherung zu gewährleisten. Darüber
142 hinaus wollen wir ein Netzwerk gegen weibliche Genitalverstümmelung aufbauen.

143 Wohnungslose Frauen sind besonders schutzbedürftig. Wir werden sie mit einem
144 breiteren frauenspezifischen Angebot an Unterkunft, Verpflegung und Beratung
145 unterstützen.

146 Schutz für Prostituierte

147 Wir setzen uns entschieden gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution ein.
148 Gleichzeitig ist uns das Recht auf Selbstbestimmung im Umgang mit Prostitution
149 ein wichtiges Anliegen. Deshalb lehnen wir es ab, Menschen in der Prostitution
150 zu kriminalisieren und zu stigmatisieren. Vielmehr müssen Menschen in der
151 Prostitution, insbesondere in der Armutprostitution, gezielt vor Ausbeutung
152 geschützt und ihre rechtliche und soziale Situation verbessert werden. Das
153 gelingt nur, wenn wir die Unterstützung, Beratung und Ausstiegsbetreuung für
154 Frauen in der Prostitution landesweit ausbauen.

155 Sexuelle Selbstbestimmung

156 Die ärztliche Versorgung in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche soll in Rheinland-
157 Pfalz verbessert werden. Die Schwangerschaftskonflikt- und Sexualberatung wollen
158 wir stärken. Aufklärung und Sensibilisierung tragen ganz zentral dazu bei,
159 Missbrauch zu verhindern und selbstbestimmte Sexualität und Familienplanung zu
160 unterstützen. Ungewollt schwangere Frauen brauchen umfassenden und schnellen
161 Zugang zu Informationen.

162 Es muss gewährleistet bleiben, dass Ärzt*innen betroffene Frauen landesweit nach
163 medizinischen Standards versorgen können. Wir setzen uns bundesweit für eine
164 Streichung des Paragraphen 219a StGB ein, der Werbung für den Abbruch von
165 Schwangerschaften unter Strafe stellt. Damit wollen wir die Informationslage
166 ungewollt Schwangerer und die Rechtssicherheit für Ärzt*innen endlich
167 verbessern.

168 Mit einer Bundesratsinitiative wollen wir erreichen, dass Verhütungsmittel für
169 Grundsicherungsempfänger*innen kostenfrei bereitgestellt werden.

170 Liebe, wen du willst: für Selbstbestimmung und gleiche Rechte

171 Noch immer werden LSBT*IQ angefeindet, verlieren wegen ihrer sexuellen Identität
172 ihren Job oder trauen sich erst gar nicht, sich zu outen. Wir wollen, dass
173 Menschen jeder geschlechtlichen und sexuellen Identität ohne Angst leben und
174 sich überall frei bewegen können. Damit das gelingt, müssen wir an unseren
175 eigenen Vorurteilen und Vorbehalten arbeiten. Wir wollen gemeinsam mit den Kitas
176 und Schulen dafür sorgen, dass unsere Kinder unterschiedliche Lebens- und
177 Familienformen kennenlernen. Denn bei uns hat die Ausgrenzung von Lesben,

178 Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter-Personen sowie von queeren und non-
179 binären Menschen (LSBT*IQ) keinen Platz. Unser Ziel ist die vollständige
180 Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von LSBT*IQ auf allen Ebenen.

181 Vorurteile abbauen – Akzeptanz stärken

182 Wir wollen mit dem Landesaktionsplan Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen die
183 Sichtbarkeit und Akzeptanz von LSBT*IQ weiter stärken. Dafür ist die enge
184 Zusammenarbeit mit den landesweiten, lokalen Vereinen und Initiativen für uns
185 grundlegend. Die finanzielle Förderung wollen wir deutlich steigern, um in den
186 jeweiligen Regionen die Strukturen zu festigen und neue entstehen zu lassen. Die
187 bewährte Arbeit unserer Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche
188 Lebensweisen und Geschlechtsidentität wollen wir in ganz Rheinland-Pfalz
189 voranbringen, indem sie zukünftig auf ein Netz an kommunalen Queerbeauftragten
190 zurückgreifen kann. Damit sich alle Menschen ihrer Identität gemäß angesprochen
191 fühlen und nicht schon von vornherein von staatlicher Seite sprachlich
192 ausgegrenzt und diskriminiert werden, wollen wir eine konsequent gendergerechte
193 Sprache in allen Behörden, Gesetzen und auf allen Formularen als Teil unserer
194 Antidiskriminierungsstrategie umsetzen. Außerdem möchten wir erreichen, dass
195 gendergerechte Sprache als Thema in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen
196 fest verankert wird.

197 Die Vorgaben zum Sexualkundeunterricht stammen von 2009 und lassen Themen wie
198 Trans*- und Intersexualität außen vor. Wir streben daher eine Überarbeitung des
199 Sexualkundeunterrichts an, damit Kinder und Jugendliche über die geschlechtliche
200 Vielfalt aufgeklärt werden. Innerhalb des Sexualkundeunterrichts soll es möglich
201 sein, ohne die Anwesenheit von Autoritätspersonen wie Lehrkräften, in
202 geschützten Räumen Fragen stellen und diskutieren zu können. Diese wollen wir
203 Jugendlichen bieten, zum Beispiel durch altersgerechte Angebote durch (sexual-
204)pädagogische Fachkräfte. Die Aufklärung zu sexueller und geschlechtlicher
205 Identität an Schulen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem landesweiten Netzwerk
206 SCHLAU stärken. Gender Studies an den rheinland-pfälzischen Hochschulen sind uns
207 wichtig, da sie Erkenntnisse zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt aus
208 einer wissenschaftlichen Perspektive vorantreiben.

209 Sexuell und geschlechtlich selbstbestimmt leben

210 Intersexuellen Personen wird noch immer ihr Recht auf Selbstbestimmung
211 aberkannt. Nach wie vor werden intersexuelle Kinder nach der Geburt operiert, um
212 sie eindeutig dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuzuordnen. Hierbei
213 handelt es sich um eine massive Grenzverletzung über die Köpfe der betroffenen
214 Kinder hinweg. Die Folgen für Psyche und Körper sind unvorhersehbar. Wir wollen
215 ein Verbot dieser Operationen. Die Bundesregierung darf dieses Unrecht nicht
216 länger zulassen. Intersexuelle Kinder dürfen nicht zwangsoperiert werden,
217 sondern selbst über ihren Körper bestimmen. Die Beratung und Aufklärung der
218 Eltern intersexueller Kinder muss deshalb verbessert werden.

219 Trans*-Personen müssen zur Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität unerträgliche
220 Hürden überwinden, beispielsweise müssen sie immer noch der Pflicht zur
221 Begutachtung nachkommen. Eine Reform des Transsexuellengesetzes ist
222 unerlässlich. Zusätzlich wollen wir für Unternehmen und Behörden eine
223 Handreichung erarbeiten, damit auch Arbeitgeber*innen ihre trans*-Mitarbeitenden
224 unterstützen können. Änderungen der Vornamen an Schulen und Hochschulen wollen

225 wir deutlich erleichtern und die gesundheitliche Versorgung für trans* und
226 inter-Personen verbessern.

227 Wir werden gleiche Rechte und Selbstbestimmung für alle immer wieder öffentlich
228 fordern und so LSBT*IQ sichtbarer machen. Wir wollen LSBT*IQ Sicherheit geben,
229 um sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der LSBT*IQ-Szene mit allen Facetten
230 ihrer Persönlichkeit zeigen zu können, ohne Angst haben zu müssen, angefeindet
231 oder diskriminiert zu werden. Immer noch werden schwule Männer und Trans*-
232 Personen von der Blutspende ausgeschlossen. Wir setzen uns deshalb für einen
233 diskriminierungsfreien Zugang zur Blutspende ein.

234 Damit Gewalttaten häufiger zur Anzeige gebracht werden und sich Opfer
235 queerfeindlicher Gewalt besser betreut fühlen, werden wir die Anlaufstelle für
236 LSBT*IQ bei der Polizei ausbauen und die Staatsanwaltschaften für
237 queerfeindliche Gewalt sensibilisieren.

238 Unsere Vergangenheit ist eine Mahnung. Im Rahmen diverser Forschungsprojekte
239 haben wir viel für die Aufarbeitung der rheinland-pfälzischen
240 Diskriminierungsgeschichte getan und bundesweit Pionierarbeit geleistet. Nur so
241 konnten wir aufdecken, dass noch bis in die 1990er Jahre hinein lesbischen
242 Müttern ihre Kinder entzogen wurden. Dieses Engagement wollen wir fortführen und
243 unterstützen Bestrebungen zur Errichtung eines Gedenkortes.

Beschluss (vorläufig) 10. Gelebte Vielfalt – Gelingende Integration

Gremium:	Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum:	06.12.2020
Tagesordnungspunkt:	2. Kapitel 10 Vielfalt, Akzeptanz und Antidiskriminierung – Integration – Religion und Weltanschauung

Text

1 Der größte Reichtum unseres Landes sind die vielen unterschiedlichen Menschen,
2 die bei uns leben. Wir GRÜNE verstehen Vielfalt als einen Wert: Die Menschen,
3 die zu uns kommen, bereichern unsere Gesellschaft.

4 Für uns GRÜNE steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit im Mittelpunkt.
5 Egal, wo jemand herkommt oder hinwill – alle gehören dazu, verdienen Respekt,
6 Teilhabe und Unterstützung. Von Anfang an sollen alle Menschen bei uns Fuß
7 fassen können und ein sicheres Zuhause finden. Ein friedliches Zusammenleben
8 aller braucht gegenseitige Anerkennung, Gleichberechtigung und
9 Chancengleichheit. Dafür ist die Sprache ein wichtiger Schlüssel. Deshalb haben
10 wir bereits das Deutschkurs-System neu konzipiert und werden es mit einem
11 Zentrum für Sprachmittlung weiter stärken und aufbauen.

12 Aktiv gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit

13 Leider werden auch bei uns immer noch viele Menschen abgewertet und ausgegrenzt.
14 Diskriminierung hat viele Gesichter, darunter Rassismus, Antisemitismus,
15 Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Sexismus, aber auch Abwertung aufgrund der
16 sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität. Auch werden Menschen
17 aufgrund ihres Alters, ihrer Religion, Behinderungen, chronischen Erkrankungen
18 oder sozialem Status abgewertet, ausgegrenzt, benachteiligt oder gedemütigt.

19 Diskriminierung ist eine gesellschaftliche Realität und schließt keinen
20 Lebensbereich aus. Ideologien der Ungleichwertigkeit, Hass und Hetze werden
21 bewusst zur Legitimierung von Gewalt genutzt und können letztlich zu
22 rassistischen und rechts motivierten Gewalttaten führen. Deshalb ist es unsere
23 gemeinsame Aufgabe, dem entgegenzutreten und allen Menschen die gleichen
24 Freiheiten, Sicherheiten und Chancen zu garantieren.

25 Mit der Landesantidiskriminierungsstelle haben wir dafür gesorgt, dass von
26 Ausgrenzung betroffene Menschen Hilfe erfahren. Wir haben das Angebot einer
27 kostenlosen rechtlichen Erstberatung eingerichtet. Mit der Strategie Vielfalt
28 der Landesregierung wurde eine Vielzahl an Maßnahmen und Projekten auf den Weg
29 gebracht, um systematisch Vielfalt positiv zu gestalten und Diskriminierung zu
30 bekämpfen. Beispielsweise konnte mit einer Plakatkampagne die Vielfältigkeit von
31 Familien verdeutlicht werden.

32 Eine Politik der Vielfalt muss schnell erkennen können, wenn sich Bürger*innen
33 ausgeschlossen oder diskriminiert fühlen. Wir GRÜNE setzen uns für einen
34 merkmalsübergreifenden, institutionenübergreifenden und partizipativen Ansatz
35 ein. Wir möchten die intersektionale Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit zu
36 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausweiten und finanziell fördern, um
37 damit präventive Ansätze zu stärken. Um die Chancengleichheit nachhaltig zu
38 stärken, brauchen wir den Ausbau dauerhafter Strukturen in der Arbeit gegen

39 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und eine gute Zusammenarbeit mit der
40 Zivilgesellschaft. Auf grüne Initiative hin wurde in der laufenden Wahlperiode
41 ein Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
42 entwickelt.

43 Mit uns werden Chancengleichheit und Vielfalt Gesetz

44 Rheinland-Pfalz braucht ein starkes Landesantidiskriminierungsgesetz zum Ausbau
45 dauerhafter Strukturen. Mit einem Landesgesetz für Chancengleichheit und
46 Vielfalt wollen wir die rechtlichen Grundlagen schaffen, um Diskriminierung
47 durch Behörden und Verwaltung abzubauen und eine Kultur der Wertschätzung von
48 Vielfalt zu stärken. Dieses Antidiskriminierungsgesetz des Landes soll Lücken
49 der bisherigen gesetzlichen Regeln schließen und einzelnen Personen oder
50 Verbänden ermöglichen, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Wir wollen
51 weiter eine rechtliche Ausgestaltung durch eine Prozessbeistandshilfe, eine
52 Erleichterung bei der Beweislast wie auch eine Verfristung von Ansprüchen
53 frühestens nach einem Jahr vor. Das Gesetz soll Bereiche regeln, in denen das
54 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes bislang nicht vor
55 Diskriminierung schützt. Die Landesantidiskriminierungsstelle wollen wir
56 gesetzlich verankern und mit den zusätzlich erforderlichen finanziellen und
57 personellen Mitteln ausstatten.

58 Mit dem neuen Landesgesetz für Chancengleichheit und Vielfalt wollen wir das
59 Diversity Mainstreaming als Prinzip der Landesverwaltung verankern und Diversity
60 Management zu einer staatlichen Pflichtaufgabe machen. Rheinland-Pfalz als Land
61 der Vielfalt zu entwickeln ist eine Daueraufgabe, die viele Bereiche des
62 staatlichen Handelns betrifft. Das gilt beispielsweise für die Kitas, Schulen
63 und Hochschulen unseres Landes. Den zahlreichen zivilgesellschaftlichen
64 Initiativen, die sich gegen Rassismus und Ausgrenzung wenden, werden wir
65 weiterhin unterstützend zur Seite stehen und ihre sinnvollen Projekte fördern.

66 Integration leben: Zuflucht bieten & Zusammenhalt schaffen

67 Rheinland-Pfalz ist ein Einwanderungsland. Jede und jeder Vierte in Rheinland-
68 Pfalz hat eine Migrationsgeschichte. Wir wollen unsere Gesellschaft
69 interkulturell öffnen mit dem Ziel, allen neu zugewanderten und schon länger
70 hier lebenden Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wir stehen für
71 eine offene Gesellschaft, die Verantwortung übernimmt für die Menschen, die
72 Zuflucht suchen und unseren Schutz brauchen.

73 Menschen Schutz und Zuflucht bieten

74 Menschen fliehen aus vielen Teilen der Welt zu uns, weil sie sich in ihrer
75 Heimat nicht mehr sicher fühlen. Weil dort Krieg herrscht oder weil sie dort
76 aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung
77 verfolgt werden. Es liegt in unserer Verantwortung, diese Menschen aufzunehmen.
78 Außerdem fliehen immer mehr Menschen aufgrund der zunehmenden Auswirkungen der
79 Klimakatastrophe und der Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen.

80 Wir GRÜNE möchten auch künftig all den Initiativen, Verbänden, NGOs, Vereinen
81 und Flüchtlingshelfer*innen zur Seite stehen, die sich für eine
82 menschenrechtliche und solidarische Asylpolitik in Rheinland-Pfalz einsetzen.

83 Wir wollen ein Landesaufnahmeprogramm aufsetzen, um regelmäßig mehr
84 schutzbedürftige Menschen aufnehmen zu können – zum Beispiel aus den überfüllten

85 griechischen Flüchtlingslagern oder aus den Erstzufluchtsstaaten. Das Programm
86 soll sich in erster Linie an besonders verletzte und schutzbedürftige
87 Personen richten. Im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, die
88 Rechtsgrundlagen für die Aufnahmeprogramme der Länder zu verbessern.

89 Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Deshalb unterstützen wir
90 GRÜNE die Seenotrettungsorganisationen. Das Engagement ehrenamtlicher
91 Retter*innen darf nicht kriminalisiert werden. Die vielen rheinland-pfälzischen
92 Kommunen, die bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende (u.a. die
93 Initiative „Sichere Häfen“) aufzunehmen, wollen wir auch künftig unterstützen.
94 Wir begrüßen, dass in Rheinland-Pfalz viele Städte sowie Landkreise und
95 Gemeinden ihre Bereitschaft erklärt haben, mehr Geflüchtete aufzunehmen, als
96 ihnen regulär zugewiesen werden.

97 Eine gute und angemessene Unterbringung und Versorgung der Menschen in den
98 Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA) des Landes ist für uns GRÜNE ein
99 zentrales Anliegen. Wir verpflichten uns dazu, den guten Standard bei der
100 Unterbringung, Versorgung und Begleitung in der Erstaufnahme von Geflüchteten
101 weiterhin bestmöglich zu gewährleisten. Wir möchten aber noch weitergehen –
102 beispielsweise mit einem verbesserten Betreuungsschlüssel für die Sozialdienste
103 und mit einer unabhängigen Sozial- und Verfahrensberatung. Für uns ist eine gute
104 psychosoziale Versorgungsstruktur für die oftmals traumatisierten Menschen
105 essenziell, deswegen wollen wir drei zusätzliche psychosoziale Zentren in
106 Rheinland-Pfalz aufbauen. Besonders schutzbedürftige Personen müssen weiterhin
107 im Rahmen der Erstaufnahme gezielt in Obhut genommen werden. Wir wollen an
108 unserem Konzept zum Gewaltschutz und zur Identifikation von besonders
109 schutzbedürftigen Personen in den Einrichtungen der Erstaufnahme in Rheinland-
110 Pfalz festhalten und es weiter ausbauen. Wir möchten ein systematisches
111 Screening-Verfahren einrichten, mit dem besondere Schutzbedürftigkeit wie
112 Traumatisierungen oder psychische Belastungsstörungen bei ankommenden
113 Geflüchteten schnell und zuverlässig erkannt werden. Wir wollen ein unabhängiges
114 Beschwerdemanagement für die Bewohnerinnen und Bewohner der
115 Erstaufnahmeeinrichtungen einführen. Für Kinder und Jugendliche im
116 schulpflichtigen Alter in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes muss auch die
117 Schulpflicht gelten. Wenn die Schulpflicht aus den Aufnahmeeinrichtungen heraus
118 nicht realisiert werden kann, müssen Familien mit schulpflichtigen Kindern den
119 Kommunen zugewiesen werden. An allen Standorten müssen weiterhin Deutschkurse
120 angeboten werden.

121 Außerdem wollen wir Empfehlungen für Standards für kommunale Unterkünfte
122 erstellen. Die dezentrale Unterbringung vor Ort muss konsequent gefördert
123 werden, auch die eigenständige Wohnsitznahme durch private Anmietungen –
124 besonders bei der Familienzusammenführung. Eine allgemeine Wohnsitzauflage
125 lehnen wir ab.

126 In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung das Asylrecht massiv
127 verschärft, beispielsweise durch die Pflicht, länger in den zentralen
128 Aufnahmeeinrichtungen zu bleiben. Auch wurde es leichter, kranke Menschen
129 abzuschieben. Wir GRÜNE nehmen es nicht hin, dass humanitäre Standards immer
130 weiter heruntergefahren werden und kämpfen weiter in Rheinland-Pfalz und
131 bundesweit für eine humane Flüchtlingspolitik. Dafür werden wir weiterhin die
132 Spielräume in der Landespolitik ausschöpfen. Die mit dem Asyl-Pakt der
133 Europäischen Kommission geplanten Verschärfungen des Asylrechts lehnen wir ab.

134 Unser Schwerpunkt liegt ganz klar auf freiwilliger Rückkehr. Darüber hinaus gilt
135 für uns der Grundsatz, Abschiebehaft zu vermeiden. Für den Fall der
136 Abschiebehaft wollen wir mit einem eigenen Abschiebehaftvollzugsgesetz Standards
137 für die untergebrachten Menschen definieren. An der Härtefallkommission des
138 Landes halten wir fest.

139 Aus unserer Sicht müssen die Gründe für die Anerkennung Geflüchteter individuell
140 geprüft werden. Deshalb lehnen wir eine weitere Ausweitung des Katalogs so
141 genannter „sicherer Herkunftsstaaten“ ab. Gerade für Minderheiten wie Roma,
142 LSBTTIQ*, aber auch Frauen, Oppositionelle, Journalist*innen oder
143 Menschenrechtsaktivist*innen sind viele Länder oft nicht sicher. Für subsidiär
144 geschützte Geflüchtete darf es keine Antragspflicht für Pässe in der Botschaft
145 des Herkunftslandes geben.

146 Aus humanitären Gründen ist es nicht vertretbar, dass Familien zum Teil über
147 Jahre hinweg voneinander getrennt blieben und nicht zusammenleben durften. Auch
148 für die Integration der Geflüchteten ist es wichtig, den Familiennachzug zu
149 gewährleisten. Dafür wollen wir uns mit einer Bundesratsinitiative einsetzen.

150 Wir GRÜNE wollen ein modernes Einwanderungsgesetz mit der Möglichkeit, dass
151 geduldete, gut integrierte Asylbewerber*innen, die bereits einer Arbeit
152 nachgehen, eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten („Spurwechsel“).

153 Integration von Anfang an

154 Die große Integrationsleistung der rheinland-pfälzischen Kommunen sowie ganz
155 besonders das großartige Engagement Tausender hauptamtlicher wie ehrenamtlicher
156 Helfer*innen tragen entscheidend zur Integration der Zugewanderten bei. Diese
157 müssen in ihrer Arbeit gestärkt und unterstützt werden. Wir setzen uns dafür
158 ein, dass die in den letzten Jahren in den Kommunen aufgebaute
159 Integrationsinfrastruktur erhalten bleibt. Wir GRÜNE wollen ein kommunales
160 Entwicklungsprogramm aufsetzen und die Integrationsarbeit der Kreise und
161 Kreisfreien Städte gezielt fördern, damit sie die Integration vor Ort weiter
162 voranbringen. Das Programm Integration fördern soll insbesondere die
163 Koordinierungs-, Beratungs- und Unterstützungsleistung bei der Integration
164 stärken, das heißt, eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten von der Kita
165 über die Schule bis zum Betrieb und zum Jobcenter ermöglichen. Hierfür wollen
166 wir kommunale Integrationszentren aufbauen.

167 Grüne Integrationspolitik bedeutet eine ganzheitliche Integrationspolitik, in
168 der wir miteinander auf Augenhöhe leben. Für uns ist klar: Für eine gelingende
169 Integration braucht es zusätzlich den Ausbau dauerhafter, staatlicher
170 Strukturen. Mit einem Integrationsförderungsgesetz für Rheinland-Pfalz wollen wir
171 ein gemeinsames Verständnis von Integration verbindlich formulieren, die
172 Integration als Querschnittsaufgabe gesetzlich festschreiben und Strukturen
173 schaffen, um Integration in Feldern wie Bildung, Arbeitsmarkt, Kultur,
174 Gesundheit, Sport und politischer Partizipation voranzubringen.

175 Rheinland-Pfalz soll zum Vorzeigeland für interkulturelle Öffnung werden. Wir
176 GRÜNE wollen daher die interkulturelle Öffnung ressortübergreifend entwickeln
177 und personell mit den erforderlichen Ressourcen unterlegen.

178 Wir möchten die Ausländerbehörden zu modernen, dienstleistungsorientierten,
179 interkulturell kompetenten Zuwanderungsbehörden weiterentwickeln. Für die
180 Entwicklung einer Willkommenskultur muss es dort eine engere Kooperation mit

181 anderen Ämtern wie Jugendamt, Sozialamt, Arbeitsagentur und
182 Integrationsbeauftragten geben. Die aufenthaltsrechtliche Bearbeitung soll von
183 anderen Fragestellungen getrennt behandelt werden, um einen fairen Umgang zu
184 sichern.

185 Deutschkenntnisse sind die zentrale Voraussetzung für das Gelingen von
186 Integration. Sie ermöglichen Zugewanderten nicht nur die Teilhabe an allen
187 gesellschaftlichen Lebensbereichen, sondern sie ebnen auch den Weg in den
188 Arbeitsmarkt. Um die landesgeförderten Deutschkurse noch besser aufzustellen,
189 haben wir das Deutschkurs-System neu konzipiert. Deutschkurse werden auch für
190 Menschen gefördert, die keinen Zugang zu bundesfinanzierten
191 Integrationssprachkursen und Berufssprachkursen haben. Außerdem wurde der
192 Kursumfang deutlich erweitert. Dies wollen wir fortführen und uns auf
193 Bundesebene für eine bessere Bezahlung von Sprachlehrkräften einsetzen. Die
194 kursbegleitende Kinderbetreuung muss fortgeführt werden, sowohl bei unseren
195 landesgeförderten Deutschkursen als auch bei den vom Bund geförderten
196 Erstorientierungskursen.

197 Wir wollen ein Zentrum für Sprachmittlung aufbauen, um die bereits bestehenden
198 Dolmetscher- und Sprachmittlerdienste besser zu vernetzen und ein breites und
199 stabiles Netzwerk von Sprachmittler-Angeboten in der Daseinsvorsorge
200 (Gesundheit, psychosoziale Versorgung, Bildung und Erziehung) zu entwickeln.
201 Dieses Zentrum soll eine Kompetenzstelle zur Beratung, Information und
202 Weiterqualifizierung werden und Angebote für Online- und Video-Dolmetschen zur
203 Verfügung stellen. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Änderung des
204 Sozialgesetzbuchs stark machen, damit Dolmetschende nicht nur während des
205 Asylverfahrens bezahlt werden.

206 Politische Mitbestimmung

207 Die gleichberechtigte politische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in
208 unserem Land, unabhängig von ihrer Nationalität, ist eine Grundvoraussetzung für
209 eine funktionierende Demokratie. Menschen, die dauerhaft hier leben, sollten
210 sich an unserer Demokratie beteiligen können. Für uns gehört zu der Frage, wer
211 an unserer Demokratie mitwirkt, dass sich niemand zwischen verschiedenen
212 Staatsangehörigkeiten entscheiden muss. Wir GRÜNE wollen den Zugang zur
213 Staatsbürgerschaft deutlich erleichtern und die Mehrstaatlichkeit bei der
214 Einbürgerung grundsätzlich ermöglichen. Gleichzeitig werben wir dafür, die
215 Möglichkeiten für eine Einbürgerung zu nutzen und wollen die
216 Einbürgerungskampagne der Landesregierung fortführen.

217 Wir wollen, dass kommunale Wahlrecht für alle, die in einer Kommune wohnen,
218 unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Für EU-Bürger*innen wollen wir das
219 Wahlrecht bei Landtagswahlen. Die Beiräte für Migration und Integration tragen
220 zum gesellschaftlichen Engagement und zur politischen Teilhabe von Menschen mit
221 Migrationshintergrund bei und gehören damit zu wichtigen Akteur*innen der
222 lokalen Demokratie.

223 Arbeitsmarktintegration

224 Die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung ist
225 neben der Kenntnis der deutschen Sprache der entscheidende Schlüssel für eine
226 nachhaltige Integration in unsere Gesellschaft. Außerdem ist es eine Chance für
227 den rheinland-pfälzischen Wirtschaftsstandort – nicht zuletzt vor dem

228 Hintergrund des Fachkräftemangels und des demographischen Wandels. Bei den 2
229 Mio. Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz hat sich der Anteil der Migrant*innen in
230 den vergangenen Jahren auf 21 Prozent erhöht.

231 Wir wollen das Nachholen von Schulabschlüssen erleichtern und Personen ohne
232 Schulabschluss oder Ausbildungsverhältnis das Recht auf Beschulung bis zum 25.
233 Lebensjahr einräumen. Dadurch wollen wir insbesondere auch jungen Erwachsenen
234 mit Zuwanderungsgeschichte Zugänge zu Ausbildung und qualifizierter
235 Beschäftigung eröffnen, wenn sie aufgrund der Situation im Herkunftsland oder
236 bedingt durch die Flucht keinen Schulabschluss erworben haben.

237 Immer mehr neu zugewanderte Menschen in Rheinland-Pfalz haben einen Job. Wir
238 möchten auf den guten Ansätzen für die Integration von Flüchtlingen in den
239 Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz aufbauen. Viele Geflüchtete, die bei uns Schutz
240 und Frieden gesucht haben, möchten gerne hier arbeiten und sich eine neue
241 Existenz aufbauen. Als Land, das auf die Zuwanderung von Fachkräften angewiesen
242 ist, müssen wir diese Chance nutzen und die Bedingungen am Arbeitsmarkt für
243 Geflüchtete verbessern, indem wir bürokratische Hürden abbauen und Asylverfahren
244 erleichtern.

245 Bei der Förderung der Arbeitsmarktintegration von Frauen gilt der Leitgedanke
246 der eigenständigen Existenzsicherung. Projekte zur Förderung der
247 Arbeitsmarktintegration und individuellen Begleitung der Frauen mit
248 Migrationshintergrund wollen wir fortführen.

249 Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen

250 In Rheinland-Pfalz leben Menschen mit ganz unterschiedlichen religiösen und
251 weltanschaulichen Orientierungen. Für uns GRÜNE ist hier der Grundsatz der
252 Gleichbehandlung selbstverständlich.

253 Vor diesem Hintergrund befürworten wir neben dem christlichen und jüdischen
254 Religionsunterricht den Aufbau eines islamischen Religionsunterrichts mit den
255 richtigen Partner*innen, um die Gleichstellung muslimischer Gemeinschaften zu
256 erreichen. Zum bekenntnisgebundenen Religionsunterricht muss es zudem
257 gleichwertige Alternativen geben, damit Schüler*innen und Eltern eine Wahl
258 haben. Perspektivisch wollen wir ermöglichen, dass alle Schüler*innen im
259 gemeinsamen Unterricht sowohl religionskundliche als auch ethische Inhalte
260 lernen und diskutieren können.

261 Wir bekennen uns zur Trennung von Religion und Staat und zur Religionsfreiheit.
262 Auch in der Verfassung und in den Gesetzen des Landes wollen wir den Grundsatz
263 der religiösen und weltanschaulichen Neutralität umsetzen. Religionsfreiheit
264 bedeutet nach seinen selbstgewählten Glaubensüberzeugungen frei leben und
265 handeln zu können. Das inkludiert auch die Gleichstellung aller Religionen in
266 den Bestattungsriten.

267 Wir GRÜNE setzen uns ein für eine länderübergreifende Regelung zur finanziellen
268 Entflechtung von Staat und Kirchen. Dementsprechend stehen wir
269 bundeseinheitlichen Initiativen zur Ablösung der Staatsleistungen an Kirchen
270 offen gegenüber. Die Einspruchsmöglichkeiten der Kirche bei der Verleihung
271 akademischer Grade und bei der Besetzung nicht theologischer Professuren wollen
272 wir abschaffen. Tanzverbote an religiösen Feiertagen wollen wir aufheben und die
273 Regelungen des Feiertagsgesetzes darauf konzentrieren, religiöse Veranstaltungen
274 vor Störungen wie Lärm zu schützen. Das gilt auch für Veranstaltungen an anderen

275 anerkannten Gedenktagen mit ernstem Charakter – wie etwa das Gedenken an die
276 Opfer der NS-Verbrechen.

277 Gerade in Rheinland-Pfalz sind Kirchen und ihre Einrichtungen in vielen Regionen
278 und für viele Berufsfelder bedeutende Arbeitgeberinnen. Den Ausschluss von
279 Arbeitnehmer*innen aus diesen Berufsfeldern, weil sie etwa geschieden sind oder
280 einer anderen religiösen oder weltanschaulichen Orientierung angehören, lehnen
281 wir ab. Diese Sonderregelungen führen zu erheblichen Beschränkungen beim Zugang
282 zu Arbeit und Beschäftigung. Daher fordern wir die Änderung des kirchlichen
283 Arbeitsrechts.

Beschluss (vorläufig) 11. Aktive Beteiligung – Gefestigte Demokratie

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum: 06.12.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Kapitel 11 Demokratie und Petitionen – Gegen Rechts

Text

1 Wir freuen uns, wenn sich Menschen beteiligen, engagieren und einmischen. Nur so
2 funktioniert unsere Gesellschaft. Demokratie lebt vom Mitmachen. Und Demokratie
3 ist das Fundament, auf dem unsere Werte und Rechte eines friedlichen und
4 gleichberechtigten Miteinanders gebaut sind. Sei es mit Hilfe von Petitionen,
5 anhand eines Ehrenamtes oder durch das Wählen selbst: Wir wollen eine Demokratie
6 der Vielfalt, in der alle Menschen mitreden können und niemand ausgeschlossen
7 wird.

8 Rechtes Gedankengut und Menschenfeindlichkeit sind dabei die größten Gefahren
9 für unsere Demokratie. Wir GRÜNE stehen deshalb auf gegen Rechts und sagen Nein
10 zu Hass und Hetze. Um unsere Demokratie zu schützen, brauchen wir eine starke
11 demokratische Zivilgesellschaft und gute politische Bildungsangebote. Wir wollen
12 deshalb die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide senken, die wichtige
13 Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung und des Demokratiezentrum
14 weiter unterstützen und die Ehrenamtskarte als Dank für ehrenamtliches
15 Engagement noch mehr bewerben. So werden wir unsere Ziele umsetzen, Bürger*innen
16 aktiv zu beteiligen und die Demokratie zu festigen.

17 Politische Bildung stärken

18 Die Landeszentrale für politische Bildung ist das Herzstück der
19 Demokratiebildung in Rheinland-Pfalz. Wir GRÜNE wollen daher die Landeszentrale
20 stärken und ausbauen und die Zusammenarbeit mit dem Demokratiezentrum, mit
21 Akademien, Schulen, Hochschulen und anderen Einrichtungen intensivieren. Durch
22 einen einfachen Zugang zu diesen Einrichtungen erreichen wir, dass Menschen
23 jeden Alters dieselbe politische Bildung genießen können. Durch
24 Sensibilisierungs- und Monitoringprogramme wollen wir Vielfalt und Diversität
25 auch im Landtag fördern.

26 Eine wesentliche Säule unserer politischen Bildung ist Gedenkarbeit. Politische
27 Teilhabe in einer starken Demokratie setzt informierte Bürger*innen voraus. Zur
28 politischen Bildung gehören deshalb auch Erinnerungskultur und
29 Gedenkstättenarbeit. Die Gräueltaten des Nationalsozialismus müssen in
30 Erinnerung bleiben. Wir GRÜNE wollen eine stärkere Vernetzung zwischen
31 Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten und setzen uns dafür ein, weitere
32 Gedenkorte zu erschließen. Nicht alle Facetten der NS-Zeit sind bereits
33 wissenschaftlich aufgearbeitet, gerade in lokalen Zusammenhängen werden die
34 Ausprägungen des Nazi-Regimes immer wieder für große Teile der Bevölkerung
35 nachvollziehbar. Wir unterstützen Bemühungen den 8. Mai als Tag der Befreiung
36 vom Nationalsozialismus zum Gedenktag und Feiertag zu erklären – als dauerhaftes
37 Zeichen unseres Gedenkens. Auch das reiche demokratische Erbe in Rheinland-
38 Pfalz, wie insbesondere die Mainzer Republik und das Hambacher Fest, muss
39 gepflegt werden, auch durch Bezug auf gegenwärtige demokratiegefährdende
40 Entwicklungen.

41 Mitbestimmung für alle

42 Wir GRÜNE setzen uns für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein. Bislang
43 verhindert die Blockade der CDU eine Änderung der Verfassung und verweigert
44 somit jungen Menschen ihr Recht auf Mitbestimmung. Auch weitere Einschränkungen
45 des Wahlrechtes wollen wir abbauen: So machen wir uns stark für das Wahlrecht
46 auf Kommunal- und Landesebene für Menschen ohne deutsche beziehungsweise
47 europäische Staatsbürgerschaft.

48 Bürger*innen beteiligen

49 Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges Element gelebter Demokratie. Vor Ort oder
50 auf Landesebene sollen alle durch qualitativ hochwertige Beteiligung mitgenommen
51 werden. Um Brücken zwischen Parlament und Bürger*innen zu bauen, sind
52 Begleitkreise mit gelosten Bürger*innen für konkrete Reformprozesse eine
53 Möglichkeit. Elementen der direkten Demokratie stehen wir offen gegenüber und
54 möchten die Hürden für Volksbegehren sowie Volksentscheiden absenken. Ein
55 wichtiges und niedrigschwelliges Beteiligungsrecht ist das Petitionsrecht. Daher
56 wollen wir erreichen, dass Petent*innen schon ab 1.000 Mitzeichnungen ein
57 Rederecht vor dem Petitionsausschuss erhalten. Für mehr Transparenz soll der
58 Petitionsausschuss bei diesen Petitionen öffentlich tagen.

59 Gemeinsam ehrenamtlich aktiv

60 Das freiwillige Engagement rheinland-pfälzischer Bürger*innen ist für einen
61 sozialen Zusammenhalt und eine starke Bürgergesellschaft unentbehrlich. Viele
62 Aufgaben unserer Gesellschaft sind ohne die Stärke der Zivilgesellschaft nicht
63 zu bewältigen, die Defizite erkennt, bei Problemen anpackt und zur Lösung
64 beiträgt. Menschen engagieren sich für Dinge, die ihnen wichtig sind und tragen
65 auf diese Weise sehr viel bei zum Gemeinwohl und zur Lebensqualität aller
66 Bürgerinnen und Bürger.

67 Es ist eine wichtige Aufgabe aller Verwaltungsebenen, das bürgerschaftliche
68 Engagement in all seinen Facetten zu unterstützen. Es ist uns ein Anliegen, dass
69 ehrenamtlich tätige Menschen die dafür nötige Qualifikation erwerben können,
70 Anerkennung erfahren, durch hauptamtliche Koordinierung unterstützt werden und
71 bei der Suche nach einer passenden Aufgabe Hilfestellung bekommen können.
72 Ehrenamt braucht Hauptamt, damit zivilgesellschaftliches Engagement dauerhaft
73 gestärkt wird.

74 Wir wollen die Gewinnung von Freiwilligen, ihre Qualifizierung und
75 Koordinierung, ihre Begleitung, Anerkennung und Absicherung ihrer Tätigkeit
76 durch geeignete Förderprogramme und die Einrichtung von weiteren
77 Freiwilligenagenturen unterstützen. Für die Ehrenamtskarte als Teil der
78 Anerkennungskultur wollen wir weitere Partner gewinnen. Die Angebote für
79 Freiwilligenjahre wollen wir für alle Altersgruppen ausbauen und insbesondere
80 die Werbung für das FSJ und FÖJ weiter unterstützen.

81 Klare Kante gegen rechte Hetze

82 Das Land, in dem wir leben wollen, ist bunt, offen und tolerant. Unser Ziel ist
83 ein friedliches und demokratisches Miteinander, geprägt von vorurteilsfreien
84 Begegnungen, von Toleranz und Offenheit. Unsere Stärke liegt in der Vielfalt.
85 Aus unserem Zusammenhalt schöpfen wir als Rheinland-Pfälzer*innen Energie gegen
86 spalterische Kräfte.

87 Die größte Bedrohung dieser Werte kommt von Rechts. Die Neue Rechte verbreitet
88 europaweit Menschenhass. Sie lehnt die Gleichwertigkeit aller Menschen ab und
89 versucht, ihr rassistisch geprägtes Weltbild zu verbreiten. Wozu
90 Menschenfeindlichkeit führen kann, haben die rassistischen, antisemitischen und
91 islamfeindlichen Anschläge der vergangenen Jahre gezeigt. Leider ist auch in
92 Rheinland-Pfalz die extreme Rechte aktiv. Dazu gehören unter anderem die
93 Identitären Bewegung, die AfD und deren Jugendorganisationen.

94 Die AfD und ihre Teilorganisationen zeigen bei Mitgliedern wie Funktionären
95 Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung. Wie wir auf
96 rechte und rechtsextreme Parteien reagieren, die sich gegen eine offene
97 Gesellschaft, Demokratie und Rechtsstaat stellen oder den Nationalsozialismus
98 relativieren, ist eine zentrale Frage unserer Zeit. Das Grundgesetz ermöglicht
99 den Ausschluss von verfassungsfeindlichen Parteien von staatlichen
100 Finanzierungen und steuerlichen Begünstigungen. Wir streben die Überprüfung der
101 Anwendbarkeit dieses Mechanismus bei der AfD an.

102 Kontinuierliche Prävention

103 Die grüne Strategie gegen Rechts ist ganzheitlich und reicht von
104 Aufklärungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen bis hin zu Aussteigerprogrammen.
105 Auf Kommunal- und Landesebene gibt es bereits eine Vielzahl an Initiativen, wie
106 zum Beispiel das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz oder die mobile
107 Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
108 – m*power.

109 Menschenfeindliche und antidemokratische rechte Propaganda spielt sich heute
110 stark in den Sozialen Medien ab. Deshalb müssen insbesondere dort die Ressourcen
111 zur Verfolgung dieser Aktivitäten auf- und ausgebaut werden.

112 Wir GRÜNE wollen die Aufgaben der politischen Gewalt- und Extremismusprävention,
113 der politischen Bildung und der Antidiskriminierungsarbeit stärker bündeln. Wir
114 wollen eine gesicherte kontinuierliche Finanzierung für Projekte gegen Rechts
115 und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Auf Bundesebene muss ein
116 Demokratiefördergesetz entstehen, damit sich eine wirkungsvolle und nachhaltige
117 Struktur für die Arbeit gegen Rechts entwickeln kann. Der Einsatz gegen
118 Rechtsextreme Ideologien sollte auch durch Anerkennung der Gemeinnützigkeit
119 gestützt werden. Der Kampf gegen Rechts ist eine dauerhafte Aufgabe. Wir GRÜNE
120 wollen dazu auch unseren finanziellen Anteil als Bundesland leisten.

121 Die konsequente Entwaffnung von Nazis und Reichsbürger*innen zählt auch zur
122 Strategie gegen Rechts. Wer Menschen hasst und die Bundesrepublik und ihre
123 Gesetze ablehnt, darf keine Waffen besitzen. Wir GRÜNE fordern daher, alle
124 Genehmigungen für Waffen und sprengstoffähnliche Materialien zu widerrufen und
125 Waffen und Munition sicherzustellen, die im Besitz von Nazis und
126 Reichsbürger*innen sind. Dafür brauchen wir eine Kontrolloffensive der
127 kommunalen Waffenbehörden und ein verschärftes Waffengesetz auf Bundesebene.

128 Die neue Rechte versucht, sich durch lose Strukturen unbemerkt zu machen und
129 die Verantwortung durch den Verweis auf „Einzeltäter“ von sich zu schieben. Wir
130 GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Sicherheitsbehörden den neuen
131 Erscheinungsformen von Rechtsterrorismus stärker Rechnung tragen.

132 Wir GRÜNE wollen den Menschen helfen, die vom rechten Hass betroffen sind. Dies
133 gilt auch für Kommunalpolitiker*innen und die engagierte Zivilgesellschaft, die

134 sich ehrenamtlich für unser aller Wohl einsetzen und immer wieder attackiert
135 werden. Wir haben bereits erreicht, dass der Schutz gegen üble Nachrede und
136 Verleumdung im Strafrecht auf Kommunalpolitiker*innen ausgeweitet wird. Diesen
137 Schutz wollen wir weiter ausbauen und auf Prävention setzen. Adressen von
138 politisch aktiven Menschen müssen noch stärker geschützt werden.

139 Gerade politisch aktive Frauen werden im Netz Opfer von sexualisierter Gewalt;
140 Antifeminismus ist Teil rechter Ideologie. Wir GRÜNE werden entschieden jedwedem
141 Hass im Netz und digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen entgegentreten. Wir
142 unterstützen deshalb Initiativen zur strafrechtlichen Verfolgung von
143 Hasskommentaren. Dafür müssen Strafverfolgungsbehörden beispielsweise durch
144 Fortbildungen noch stärker für sexualisierte, digitale Gewalt sensibilisiert
145 werden.

146 Rechtes Gedankengut raus aus Behörden

147 Wir GRÜNE kämpfen nach wie vor dafür, dass keine rechte Partei im Landtag und in
148 der Kommunalpolitik vertreten ist. Zudem darf es keine Anhänger*innen mit
149 rechtem und demokratiefeindlichen Gedankengut im öffentlichen Dienst geben –
150 weder in den Gremien der Landesverwaltung noch in den Sicherheitsbehörden oder
151 der Justiz. Dazu werden wir weitere rechtliche Möglichkeiten im
152 Landesdisziplinargesetz prüfen. Darüber hinaus brauchen wir – neben einem
153 internen Prozess – eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung zu rechten
154 Einstellungen bei der Polizei. Diese Studie kann uns wichtige Hinweise für
155 zielgerichtete Prävention bei der Polizei liefern. Für Kommunen wollen wir ein
156 neues Förderprogramm Kommunen ohne Rassismus – Kommunen mit Courage starten.

157 Rassismus aktiv verlernen

158 Rassismus fängt in den Köpfen der Menschen an. Bereits in jungen Jahren werden
159 Vorurteile erlernt. Dabei hat Sprache einen entscheidenden Einfluss auf das
160 Denken der Menschen. Deswegen wollen wir erreichen, dass der Begriff „Rasse“ aus
161 der rheinland-pfälzischen Landesverfassung verschwindet. Es gibt keine Rassen,
162 sondern nur Menschen. Wir werden eine Formulierung suchen und finden, die aktiv
163 vor Diskriminierung schützt. Mit einer sprachlichen Anpassung in der Verfassung
164 ist das Problem aber nicht gelöst. Wir müssen Rassismus aktiv verlernen. Dafür
165 werden wir bestehende Programme gegen Rassismus stärken und ausbauen. Bisher
166 wurde in Rheinland-Pfalz zu wenig zu diesem Thema geforscht. Deshalb halten wir
167 einen in regelmäßigen Abständen erarbeiteten wissenschaftlichen Bericht über
168 Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Rheinland-Pfalz für
169 unbedingt erforderlich.

Beschluss (vorläufig) 12. Gesicherte Freiheit – Handlungsfähiger Rechtsstaat

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum: 06.12.2020
Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 12 Freiheit – Recht – Sicherheit

Text

1 Wir GRÜNE sind eine Partei für Menschen- und Bürgerrechte. Das Recht auf freie
2 Entfaltung der Persönlichkeit, die Versammlungsfreiheit oder die
3 Gleichberechtigung der Geschlechter sind für uns hohe Güter und Maßstab unserer
4 Politik. Parteien, vielfältige engagierte Vereine und Bürgerinitiativen, eine
5 bunte Medienlandschaft und die Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen und
6 Lebensstile prägen diese Errungenschaften in unserer Vielfaltsgesellschaft.

7 Öffentliche Sicherheit trägt dazu bei, dass wir diese Rechte durchsetzen können
8 und sich jede*r frei entfalten kann. Ohne Sorge vor Kriminalität, Anfeindung
9 oder Gewalt zu sein, ist ein großes Stück Freiheit. Deshalb wollen wir einen
10 modernen, handlungsfähigen und zugleich freiheitlichen Rechtsstaat. Dazu gehört
11 Vertrauen in die staatlichen Institutionen.

12 Wir wollen, dass alle Menschen gleich vom Staat behandelt werden, unabhängig von
13 ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung, ihres
14 Geschlechts, ihrer Religion oder ihrem Bildungsgrad. Um dies zu erreichen,
15 wollen wir die sicherheitspolitischen Strukturen in Rheinland-Pfalz und die
16 Rechte der Menschen gegenüber dem Staat stärken. Dazu zählt für uns auch eine
17 bürgernahe Polizei. Mit der Onlinewache der Polizei haben wir bereits einen
18 einfach zugänglichen Service auf den Weg gebracht, der es ermöglicht, für
19 ausgewählte Delikte, digital Strafanzeige von zuhause aus zu erstatten statt auf
20 einer Polizeidienststelle. Vertrauen kann nur gestärkt werden, wenn auch
21 Transparenz gegeben ist. Daher haben wir den Verfassungsschutz umfassend
22 reformiert, seine Aufgaben transparent und effizient geregelt sowie die
23 Kontrolle durch das Parlament massiv ausgeweitet.

24 Wir wollen das Vertrauen in die Öffentliche Sicherheit auch durch eine
25 faktenbasierte Innenpolitik steigern, zum Beispiel mit Hilfe eines periodischen
26 Sicherheitsberichts. Denn alle Maßnahmen müssen sich an wissenschaftlichen
27 Erkenntnissen orientieren und für die Bürger*innen durch relevante Informationen
28 auch nachvollziehbar sein.

29 Polizei: Bürgernah, transparent und gut ausgestattet

30 Ein elementarer Bestandteil der Sicherheitsstruktur in unserem Land ist die
31 Polizei. Sie steht vor komplexen Herausforderungen. Daher wollen wir das
32 Polizeipersonal nachhaltig aufstocken. Polizist*innen brauchen Entlastung,
33 Tarifangestellte Perspektiven. Mehr Arbeit muss auf mehr Schultern verteilt
34 werden. Deswegen fordern wir eine Mindeststärke an Polizeibeamt*innen für
35 Rheinland-Pfalz. Dafür ist eine wissenschaftlich fundierte langfristige
36 Gesamtpersonalplanung nötig. Handlungsbedarf sehen wir sowohl bei der
37 Einsatzverpflegung als auch bei der technischen Ausstattung. Nicht selten ist
38 der Erfolg der Polizeiarbeit abhängig von der Häufigkeit und Intensität der
39 Kontrollen. Anlasslose Personenkontrollen allein aufgrund eines phänotypischen
40 Erscheinungsbildes (Racial Profiling) verstoßen unter anderem gegen das

41 Grundgesetz. Wir unterstützen Betroffene dieser Form von langsamer Gewalt durch
42 rechtliche Beratung sowie die Vermittlung an psychosoziale Stellen.

43 Wir GRÜNE setzen auf eine nahbare Bürgerpolizei. Dafür wollen wir das
44 Stellenprofil der Bezirksbeamt*innen ausbauen. Ein guter Draht zur Bevölkerung
45 und vernetzte Akteur*innen im Sicherheitsbereich sind Voraussetzungen für eine
46 erfolgreiche Polizeiarbeit. Deswegen wollen wir die Kriminalpräventiven Räte
47 stärken, in denen Vertreter*innen der Kommunen, Ehrenamtliche und Polizei
48 zusammenkommen.

49 Technische Potenziale ausschöpfen

50 Um sich zügig und effizient auf die weitere Digitalisierung vorzubereiten,
51 wollen wir in der Polizei ein professionelles Projektmanagement einführen.

52 Darüber hinaus wollen wir die Onlinewache weiter ausbauen. Sowohl für die
53 Bürger*innen als auch für die Polizei soll die Online-Wache noch besser
54 handhabbar werden. Beispielsweise könnte die Online-Wache auf weitere Delikte
55 ausgeweitet werden.

56 Damit die Polizei im ländlichen Raum nachts schnell viel Personal zum Einsatz
57 bringen kann, wollen wir die Dienststellen baulich und technisch so erweitern,
58 dass sie vorübergehend abgeschlossen werden können. Das führt dazu, dass die
59 Polizei schneller vor Ort ist. Dies darf aber nicht zu einer Verringerung der
60 Dienststärken führen.

61 Soziale Kompetenzen und Transparenz

62 Rheinland-Pfalz ist das erste Bundesland mit einer demokratisch gewählten
63 unabhängigen Beauftragt*en für die Landespolizei. Wir wollen, dass die
64 Beauftragte für die Landespolizei noch bekannter wird. Bürger*innen und
65 Polizist*innen können sich an sie wenden, wenn sie Kritik oder Anregungen
66 loswerden wollen. Damit haben wir Transparenz und eine offene Fehlerkultur
67 institutionalisiert. Polizeiliches Fehlverhalten zum Beispiel durch
68 unverhältnismäßige Polizeigewalt oder falsch verstandenen Korpsgeist sollen
69 verhindert werden. Für ein gutes Miteinander soll der*die Beauftragte für die
70 Landespolizei noch stärker als Mediator*in wirken. Außerdem soll der*die
71 Beauftragte mit mehr Mitteln und Personal ausgestattet werden. Insbesondere,
72 wenn kritische Demonstrationen bevorstehen, brauchen wir proaktives Handeln, das
73 der*die Landesbeauftragte* leisten könnte. In diesem Zusammenhang wollen wir
74 GRÜNE prüfen, ob Rheinland-Pfalz ein eigenes Versammlungsgesetz braucht.

75 Die Polizei muss gut ausgebildet und motiviert sein. Bei der Aus- und
76 Fortbildung muss der Fokus neben der fachlichen Weiterentwicklung auf
77 interkulturellen Kompetenzen und Diversität liegen, ebenso auf
78 Demokratiebildung, um rechten Tendenzen bei den Sicherheitsbehörden vorzubeugen.
79 Inhaltliche Kooperationen der Polizeihochschule mit anderen Hochschulen im Land
80 sowie Akteur*innen aus dem Bereich der politischen Bildung und
81 Demokratieförderung möchten wir ausbauen. Darüber hinaus wollen wir den
82 Austausch zwischen angehenden Polizist*innen und anderen Studierenden stärken.
83 Die Kommission Innere Führung beschäftigt sich mit den internen Abläufen und der
84 Führungsverantwortung in der Polizei. Damit sie handlungssicher in allen
85 Situationen ist, wollen wir das Thema Deeskalationsstrategien stärker verankern.

86 Integrative Chancen ergreifen

87 Der Zugang zu Berufen des Staatsdienstes gilt als Schlüsselsymbol gelungener
88 Integration und trägt entscheidend zur Akzeptanz staatlichen Handelns sowie zur
89 Vertrauenssteigerung in die staatlichen Institutionen bei. Wir wollen den Anteil
90 von Menschen mit einem Migrationshintergrund in der Polizei noch weiter deutlich
91 erhöhen und für sie bestehende Bewerbungs- und Einstellungshürden abbauen.

92 Darüber hinaus wollen wir bei den Polizeipräsidien Integrationsbeauftragte
93 benennen, die Ansprechpartner*innen für Menschen mit einem Migrationshintergrund
94 sowohl innerhalb als auch von außerhalb der Polizei sein sollen. Diese sollen
95 auch zentral die Vernetzung und Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und
96 Institutionen auf interkultureller Ebene koordinieren.

97 Polizei als gute Arbeitgeberin

98 Die Frauenförderung in der Polizei hat für uns besondere Priorität. Wir brauchen
99 mehr wissenschaftliche Forschung zum Aufstieg beziehungsweise Nicht-Aufstieg von
100 Frauen in der Polizei. Auf Basis dieser Fakten wollen wir die Förderung von
101 Frauen verstärken. Dabei soll Führen in Teilzeit keine Ausnahme mehr sein,
102 sondern gelebte Realität.

103 Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Polizeiberuf deutlich stärken. Die
104 Polizeiarbeit zeichnet sich durch lange Arbeitszeiten, unvorhersehbare Einsätze,
105 die Arbeit im Wechselschichtdienst und langen Fahrtstrecken in der Aus- und
106 Fortbildung aus. Wir streben den mobilen Arbeitsplatz an, damit die Sacharbeit
107 nach einem Polizeieinsatz auch von zu Hause erledigt werden kann. Ebenso
108 unterstützen wir flexible Modelle der Kinderbetreuung für Dienststellen.

109 Wir GRÜNE kümmern uns auch um die psychische und physische Gesundheit der
110 Polizei. Dies tun wir nicht nur, um die staatliche Fürsorgepflicht zu erfüllen,
111 sondern auch, damit in hitzigen Situationen ein kühler Kopf bewahrt werden kann.
112 Zudem bringt der Polizeiberuf viel Vergeblichkeitserfahrung mit sich. Damit und
113 mit anderen schlimmen Erlebnissen wollen wir Polizist*innen nicht allein lassen
114 und bauen deshalb auf eine proaktive Supervision. Es muss in regelmäßigen
115 Abständen Gespräche geben. Auch die Polizist*innen im Wechselschichtdienst
116 sollen weiter entlastet werden und das Projekt Gesünder arbeiten in der Polizei
117 (GAP) soll weiter optimiert werden.

118 Kriminalität wissenschaftlich bei der Wurzel packen

119 Wir GRÜNE stehen für eine faktenbasierte Sicherheitspolitik. Durch gesicherte
120 Informationen zur Kriminalität wollen wir Falschbehauptungen und rechten Parolen
121 den Nährboden entziehen. Ein gesetzlich verankerter Periodischer
122 Sicherheitsbericht könnte konkrete Hinweise geben, wo genau wir hinschauen und
123 anpacken müssen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet durch ihre
124 Beschränkung auf das Anzeigeverhalten immer nur einen Trend ab, ein periodischer
125 Sicherheitsbericht könnte die Kriminalitätsslage umfassender darstellen. Verortet
126 werden könnte er bei der Hochschule der Polizei, dadurch würde diese auch als
127 Wissenschaftsstandort gestärkt.

128 Wichtig sind auch Studien zu autoritären Entwicklungen in der Gesellschaft und
129 ein zivilgesellschaftliches Lagebild. Uns ist es ein wichtiges Anliegen,
130 Kenntnisse und Daten aus dem Dunkelfeld zu gewinnen. Deshalb ist es uns ein
131 Anliegen m*power die Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und
132 antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz anhaltend zu unterstützen. Auch die
133 von uns geforderte Studie zu Rassismus in Rheinland-Pfalz begrüßen wir.

134 Bürgerrechte und Prävention

135 Die Polizei in Rheinland-Pfalz soll handlungsfähig bleiben. Dafür braucht sie
136 effektive Befugnisse. Wir GRÜNE achten stets auf Bürgerrechte und
137 Verhältnismäßigkeit bei den Eingriffsbefugnissen der Polizei. Die
138 Onlinedurchsuchung wird kaum genutzt, weil die rechtlichen Voraussetzungen nicht
139 einhaltbar sind. Wir wollen diese Regelung daher streichen. Rechtlich kritisch
140 sehen wir auch die Vorratsdatenspeicherung und den Einsatz der Bodycam in
141 Wohnungen, weil damit ein massiver Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung
142 verbunden ist. Zudem positionieren wir uns gegen die biometrische
143 Gesichtserkennung und die massive Ausweitung der Videoüberwachung.

144 Gewalt lehnen wir entschieden ab. Wir halten an unserem Grundsatz fest:
145 Prävention ist besser als Repression. Deswegen unterstützen wir präventive
146 Täterarbeit, Gewaltpräventionsprogramme, das Erlernen gewaltfreier Kommunikation
147 und die Arbeit der Leitstellen Kriminalprävention. Zudem soll ein bewusster
148 Umgang mit Opfern bei der Aufarbeitung helfen. Dabei haben wir insbesondere die
149 Opfer von Gewalt in engen sozialen Beziehungen und sexualisierter Gewalt im
150 Auge. Das rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen
151 sozialen Beziehungen (RIGG) sowie das High Risk Management bei Fällen von
152 häuslicher Gewalt bringen alle Verantwortlichen an einen Tisch. Polizei,
153 Gerichte, Jugendämter, Frauenhäuser und Täterarbeitseinrichtungen kooperieren
154 eng miteinander, um häusliche Gewalt frühzeitig zu erkennen, rechtzeitig zu
155 verhindern und Opfern zu helfen. Die bestehenden Angebote wollen wir um eine
156 Anlaufstelle für von Gewalt in engen sozialen Beziehungen betroffene Männer
157 ergänzen.

158 Ein effektiver polizeilicher Informationsaustausch mit Kolleg*innen aus anderen
159 Bundesländern ist genauso wichtig wie ein internationaler Austausch zwischen
160 Strafverfolgungsbehörden. Wir GRÜNE unterstützen die Schaffung notwendiger
161 Strukturen und setzen dabei auf Datensparsamkeit und Transparenz. Datenabfragen
162 müssen verfolgbar sein, um Missbrauch zu verhindern. Datenschutz ist kein Stein,
163 der in den Weg einer erfolgreichen Gefahrenabwehr gelegt wird, sondern eine
164 grundrechtssichernde Voraussetzung, die eine Gefahrenabwehr erst ermöglicht. Die
165 Aufbereitung, Auswertung und Analyse von Daten aus polizeilichen Systemen kann
166 den Polizist*innen wichtige und notwendige Erkenntnisse liefern, um auf
167 zielgerichtete Maßnahmen und genaue Lagebeurteilungen vorzunehmen. Wie in allen
168 polizeilichen Bereichen müssen auch hier die Prinzipien der Verhältnismäßigkeit
169 und Transparenz gelten. Grundlegende Bürger*innenrechte und der Schutz der
170 Privatsphäre müssen gewahrt werden und dürfen nicht leichtfertig eingeschränkt
171 werden. Unter dem Aspekt der digitalen Souveränität sollen Sicherheitsbehörden
172 Analysesoftware zukünftig selbst mitentwickeln und mit europäischen Anbietern
173 zusammenarbeiten.

174 Sportliche Großveranstaltungen müssen sicher sein. Das ist für uns GRÜNE klar.
175 Dafür muss die bisherige Praxis der Datenerhebung „Szenekundiger Polizeibeamter“
176 (SKB-Dateien) auf den Prüfstand, um mehr Transparenz, Datenschutz und
177 Wirksamkeit zu erreichen. Betroffene der Datenspeicherung sollen bei einer
178 Eintragung benachrichtigt werden, damit sie Rechtsschutz geltend machen können.
179 Eine Benachrichtigungspflicht entfaltet gleichzeitig präventive Wirkung für mehr
180 Sicherheit im Stadion. Die Datei „Gewalttäter-Sport“ ist hingegen unpräzise. Wir
181 wollen diese unnütze Verbunddatei abschaffen.

182 Für die Abwehr von Gefahren ist auch der Kommunale Vollzugsdienst zuständig. Wir
183 wollen den Kommunalen Vollzugsdienst reformieren. Dazu gehört eine
184 Neuaufstellung der Ausbildung und eine neue Definition des Berufsbildes.

185 Eine nachhaltigere Wissensvermittlung kann einen besseren Schutz für die
186 öffentliche Sicherheit in den Kommunen garantieren. Gleichzeitig sollen der
187 Kommunale Vollzugsdienst und die Polizei weiter eigenständige, unterscheidbare
188 Instanzen bleiben. Eine Aufrüstung des Kommunalen Vollzugsdienstes mit Distanz-
189 Elektroimpulsgeräten lehnen wir ab.

190 Verfassung schützen

191 Feinden unserer demokratischen Grundordnung sagen wir weiter den Kampf an. Dazu
192 gehört eine intensive Präventionsarbeit, beispielsweise gegen islamistischen und
193 rechten Terror. Es darf gar nicht erst zu Hinwendungsprozessen zu
194 extremistischen Ideologien kommen. Prävention von demokratie- und
195 menschenfeindlichem Extremismus ist deshalb eine wichtige pädagogische und
196 sozialpädagogische Arbeit - aber auch eine gesamtgesellschaftliche
197 Querschnittsaufgabe und Verantwortung. Sie muss schon in Kindergärten und
198 Schulen beginnen und wird ergänzt durch vielfältige, staatliche und
199 zivilgesellschaftliche Programme, Projekte und breite Bildungsarbeit. Es ist
200 hierbei wichtig, dass Projekte und Strukturen der Präventionsarbeit direkte
201 Kompetenzen und Ressourcen von jungen Menschen fördern und stärken, über
202 extremistische Einstellungen aufklären und Demokratienbildung leisten.
203 Gleichzeitig möchten wir auch die Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit
204 erhalten, die wichtige Beratung und Betreuung leistet. Präventions- und
205 Interventionsarbeit zu fördern und zu koordinieren ist ein wichtiger Beitrag zum
206 Erhalt und zum Ausbau unserer demokratischen Gesellschaft.

207 Der Verfassungsschutz ist ebenfalls Teil der Sicherheitsstruktur in Rheinland-
208 Pfalz. Als Frühwarnsystem dient er dem Schutz unserer Werte wie Freiheit,
209 Gleichheit, Vielfalt und Toleranz. Wir haben den Landesverfassungsschutz
210 umfassend reformiert und die parlamentarische Kontrolle massiv ausgeweitet. Die
211 Befugnisse des Verfassungsschutzes haben wir transparent geregelt und angepasst.
212 Wir werden die Umsetzung des neuen Landesverfassungsschutzgesetzes kritisch
213 begleiten. Die Sicherheitsbehörden in unserem Land müssen eng mit dem Bund und
214 den Ländern zusammenarbeiten.

215 Justiz zeitgemäß weiterentwickeln

216 Eine wesentliche Säule unseres freiheitlichen Rechtsstaats ist die Justiz. Wir
217 setzen uns für gut ausgestattete Gerichte und Strafverfolgungsbehörden, für die
218 Unabhängigkeit von Justiz und selbstverwalteter Anwaltschaft, für die
219 Objektivität von Staatsanwaltschaft und Polizei ein. Für uns ist zentral, dass
220 alle den gleichen Zugang zum Recht haben und dass die Justiz als dritte Gewalt
221 unabhängig vom Justizministerium ist.

222 Dazu wollen wir das Einzelfallweisungsrecht des Justizministeriums gegenüber der
223 Staatsanwaltschaft abschaffen. An den Gerichten haben wir neue Stellen
224 geschaffen und die eAkte eingeführt. Mehr Rechtspfleger*innen und
225 Justizwachtmeister*innen werden die Funktionsfähigkeit der Gerichte und die
226 Sicherheit in den Gerichtsgebäuden gewährleisten. Diesen Personalaufwuchs wollen
227 wir weiter voranbringen. Wir wollen, dass neue Aufgabenfelder, wie
228 Cyberkriminalität, bereits in der Polizei aber auch bei den Staatsanwaltschaften

229 und Gerichten mit den benötigten Ressourcen bearbeitet werden können. Damit
230 sollen Verfahren so zügig wie möglich erledigt werden. Wir setzen uns für
231 energetisch sanierte Justizgebäuden ein. Dafür wollen wir ein
232 Justizgebäudesanierungsprogramm auflegen.

233 Wir statten die Richter*innen und Staatsanwält*innen und Rechtspfleger*innen mit
234 den benötigten digitalen und analogen Arbeitsplätzen aus. Dort wo Amtsermittlung
235 herrscht, wollen wir im Rahmen eines Modellversuchs die Richter*innen durch
236 Ermittlungshilfskräfte entlasten. Die Vergabe von Gutachtenaufträgen wird
237 aktuell kritisch diskutiert. Wir wollen, Mindestanforderungen für
238 Gutachter*innen entwickeln lassen und ein gemeinsames Monitoring für
239 Gutachtenersteller*innen führen, um Auffälligkeiten justizintern untersuchen zu
240 können. Wir unterstützen die aktuelle justizinterne Fortbildung - die Teilnahme
241 hieran soll auch bei Beurteilungen förderlich sein. Dort wo überregionale
242 Spezialisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften sinnvoll ist, unterstützen
243 wir diese und fördern damit Gerichtsstandorte im ländlichen Raum. Und
244 schließlich wollen wir auch in der Justiz die Vereinbarkeit von Familie und
245 Beruf weiter fördern.

246 Für einen humanen Strafvollzug

247 Wir GRÜNE stehen für einen humanen und auf Resozialisierung ausgelegten
248 Strafvollzug, in dem Menschen befähigt werden, ein straffreies Leben in sozialer
249 Verantwortung zu leben. Hierzu gehören Ausbildungsangebote während der Haftzeit
250 und eine gute Kooperation mit den Agenturen für Arbeit. Durch eine frühzeitige
251 Unterbringung im offenen Vollzug können bei dafür geeigneten zur Freiheitsstrafe
252 Verurteilten soziale Beziehungen und der Arbeitsplatz erhalten bleiben. Damit
253 das gelingt, wollen wir GRÜNE die Kapazitäten im offenen Vollzug ausbauen. Ein
254 besonderes Augenmerk legen wir auf das Übergangsmanagement. Nach abgesessener
255 Strafe soll der Start in die Freiheit möglichst reibungslos verlaufen, um
256 Rückfälle zu vermeiden. Durch engmaschige Betreuungsangebote vor, nach und
257 während der Haftzeit kann der Übergang verbessert werden. Damit der Übergang in
258 ein Leben ohne Kriminalität oder Obdachlosigkeit gelingt, braucht es nach der
259 Haft bestmögliche Unterstützung, insbesondere bei der Wohnungssuche, bei der
260 Suche nach einer Arbeitsstelle oder beim Schuldenabbau. Wir setzen uns dafür
261 ein, dass die Angebote der unterschiedlichen Hilfesysteme besser vernetzt
262 werden. Die Bewährungshilfe und die freie Straffälligenhilfe wollen wir
263 aufwerten und die Ehrenamtlichen besser begleiten und fortbilden. Den
264 Justizvollzug wollen wir durch mehr Personal entlasten und
265 Ersatzfreiheitsstrafen vermeiden. Im Bereich der Jugendkriminalität verfolgen
266 wir einen pädagogischen Ansatz. Wir wollen die Häuser des Jugendrechts in den
267 Regionen stärken und ausbauen. Dort sitzen Polizei, Justiz und soziale Träger an
268 einem Tisch, um delinquente Jugendlichen zu unterstützen. Wir wollen zudem die
269 Diskussion über die Einrichtung zusätzlicher Jugendarrestplätze für den Norden
270 von RLP anstoßen.

271 Feuerwehr und Hilfsorganisationen stärken

272 Für die Sicherheit in unserem Land sorgt auch die haupt- und ehrenamtliche
273 Feuerwehr. Ihre Angehörigen bilden das Rückgrat des Brand- und
274 Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz. Eine sehr große Mehrheit der
275 Feuerwehrkräfte sind ehrenamtliche Aktive. Ihr Engagement wollen wir GRÜNE
276 weiterhin fördern, um eine effektive Gefahrenabwehr zu garantieren. Insbesondere

277 wollen wir Nachwuchs gewinnen und Frauen fördern, damit die Feuerwehr auch in
278 Zukunft gut aufgestellt ist. Neben der Feuerwehr sorgen der hochkompetent
279 aufgestellte Rettungsdienst und die Hilfsorganisationen für die öffentliche
280 Sicherheit in Rheinland-Pfalz. Wir müssen attraktive Rahmenbedingungen für
281 Ehrenamtliche und Nachwuchskräfte bieten. Da sie einen Teil der staatlichen
282 Daseinsfürsorge leisten, können sie auf eine Unterstützung durch uns GRÜNE
283 zählen. Maßnahmen, die dem Schutz und der kontinuierlichen Qualifizierung der
284 Rettungskräfte dienen, haben für uns eine hohe Priorität.

Beschluss (vorläufig) 13. Lebendige Kultur – Vielfältige Medienlandschaft

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein

Beschlussdatum: 06.12.2020

Tagesordnungspunkt:

Text

1 Kultur ist das Entstehen von Neuem und das Neuentdecken von Altbekanntem. Kultur
2 ist nach unserem Verständnis kein Sahnehäubchen, sondern Lebensmittel. Sie
3 stiftet Identität, weckt Erinnerung oder kann Gefühlswelten Ausdruck verleihen.
4 Grüne Kulturpolitik beruht auf dem Grundverständnis, dass Kultur elementarer
5 Bestandteil menschlichen Zusammenlebens ist. Kunst, Kultur aber auch freie
6 Medien dürfen nicht politisch instrumentalisiert werden.

7 Die Kulturförderung des Landes ist seit Jahrzehnten kaum angerührt worden: Wir
8 wollen sie aufwecken und ein neues Kulturgesetz verabschieden, das in Land und
9 Stadt Raum für kreative Ideen schafft und ein modernes Kultur- und
10 Freizeitangebot fördert. Kultur und Medien sollen frei in ihrem Schaffen sein.
11 Sie sind Sprachrohr unserer Demokratie und unserer Meinungsfreiheit, unseres
12 Lebensgefühls, unserer Wünsche, Träume und Ängste.

13 Für uns GRÜNE hat es deshalb höchste Priorität, ihre Unabhängigkeit zu erhalten.
14 Besonders werden wir uns weiter für eine bunte, moderne und barrierefreie
15 Medienlandschaft einsetzen, die es allen Menschen ermöglicht, mitzusprechen und
16 sie für die Zukunft mitzugestalten.

17 Kultur hält uns am Leben – Kultur am Leben halten

18 Kultur bereichert uns. Sie verändert unseren Blick auf die Welt und weitet den
19 Horizont. Kultur hilft uns, Neues zu verstehen und Bekanntes neu zu entdecken.
20 Weil die Auseinandersetzung mit Kunst all diese Dinge vermag, verdienen die
21 Kulturschaffenden unseres Landes unsere besondere Aufmerksamkeit und Förderung.

22 Die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie anfällig Kultur für ökonomische Krisen
23 ist. Gleichzeitig haben wir mehr denn je gespürt, dass Kultur das Leben
24 lebenswert macht. Viele von uns haben in Zeiten des Abstandhaltens mehr gelesen,
25 Filme gesehen oder Musik gehört und daraus Zuversicht und Halt geschöpft. Die
26 Auseinandersetzung mit unserem Dasein ist essenziell für unser Menschsein.

27 Kultur bringt Menschen zusammen. Die Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der
28 Coronakrise haben deshalb das kulturelle Leben besonders hart getroffen. Das
29 gilt auch für die Kulturschaffenden und alle, die durch ihre Arbeit Kultur
30 möglich machen - beispielsweise im Ticketverkauf oder beim Aufbau und Einsatz
31 der Veranstaltungstechnik. In vielen Bereichen wie der Clubkultur, der
32 Musikszene und der Eventbranche gab es auch im Zuge der Lockerungen und durch
33 angepasste Konzepte kaum Möglichkeiten, dem massiven Einbruch wirksam
34 entgegenzutreten. Deshalb setzen wir uns weiter für einen bundesweiten
35 Rettungsfonds ein, um Kulturschaffende und Soloselbstständige zu unterstützen,
36 deren Einkommen durch Veranstaltungsabsagen und ausbleibende Engagements
37 weggebrochen sind.

38 Kulturförderung neu denken

39 Seit beinahe 30 Jahren hat sich die Kulturförderlandschaft in Rheinland-Pfalz so
40 gut wie nicht verändert. Zwar haben wir es in den vergangenen Jahren geschafft,
41 einige neue Elemente wie das Programm „Jedem Kind seine Kunst“ zu integrieren,
42 doch bei der grundlegenden Verteilung der Mittel hat sich wenig getan. Um die
43 Kulturförderung des Landes transparenter und passgenauer zu gestalten, wollen
44 wir in der kommenden Wahlperiode eine Enquetekommission einsetzen. Gemeinsam mit
45 Akteur*innen aus der Praxis, Künstler*innen, Kulturschaffenden und
46 Kulturer möglicher*innen möchten wir diskutieren, wie eine gerechte und
47 krisensichere Finanzierung der Kultur hierzulande aussehen könnte. Ziel des
48 Prozesses ist die Entwicklung eines rheinland-pfälzischen Kulturgesetzes, das
49 das Land und die Kommunen gemeinsam in die Pflicht nimmt. Die Zeit, bis dieses
50 Kulturgesetz in Kraft tritt, möchten wir nutzen, um mit den Kommunen gemeinsam
51 Zielvereinbarungen über kommunale Kulturbudgets zu treffen. Gleichzeitig setzen
52 wir uns dafür ein, dass der Kulturetat des Landes jährlich um die Höhe der
53 Inflationsrate steigt und diese Mittel direkt an die geförderten Projekte und
54 Einrichtungen weitergegeben werden.

55 Stadt – Land – Kunst

56 Die Chancen und Herausforderungen für Kulturschaffende gestalten sich in Stadt
57 und Land sehr unterschiedlich. Während in den Städten steigende Mieten und
58 zunehmende Raumnot die Handlungsspielräume von Künstler*innen zusehends
59 verkleinern, sehen sich Kulturschaffende im ländlichen Raum einem alternden
60 Publikum gegenüber und haben auch selbst oft Schwierigkeiten,
61 Generationenwechsel in ihren Einrichtungen zu meistern. Die Entwicklung
62 regionaler Kulturenetzwerke ist ein Weg, Kultur vor Ort zu stärken, den wir Grüne
63 unterstützen. Daher wollen wir diese finanziell fördern.

64 Besonders in den Blick nehmen möchten wir die Freie Szene unseres Landes. In der
65 Corona-Krise hat sich weiter gezeigt, dass wir Sicherungskonzepte für diese
66 wirtschaftlich vulnerable Gruppe benötigen. Im Zuge der oben erwähnten
67 Enquetekommission sollen deshalb insbesondere auch Stimmen aus der Freien Szene
68 Gehör finden. Förderlücken wollen wir schließen, indem wir ein Förderinstrument
69 für die Finanzierung von Strukturkosten etablieren und Möglichkeiten für
70 überjährige Förderzeiträume prüfen. Wir wollen auch Standards für die freie
71 Szene festlegen, indem wir die Bezahlung nach Tarif in den Förderkriterien für
72 Landesförderungen verankern.

73 Rheinland-Pfalz hat gemessen an seiner Größe und Bevölkerungsdichte eine in
74 Deutschland einmalig hohe Zahl an Bibliotheken. Im ländlichen Raum sind sie
75 häufig die ersten und manchmal auch einzigen kulturellen Anlaufstellen. Wir
76 wollen sie dabei unterstützen, ihr Angebot breiter aufzustellen. Bibliotheken
77 sollen Orte sein, in denen sich alle Altersgruppen wohl und willkommen fühlen,
78 die Gelegenheit zum Austausch bieten und die uns mit ihren Angeboten dazu
79 einladen, Neues zu entdecken. Auch Räumlichkeiten für bürgerschaftliches
80 Engagement und weitere Kultur- oder Bildungsangebote können helfen, Bibliotheken
81 zu echten Ankerpunkten in der Region zu machen. Als Anreiz und gleichzeitig
82 Auszeichnung für besonders gelungene Konzepte möchten wir einen rheinland-
83 pfälzischen Bibliothekspreis etablieren.

84 Wir wollen auch die soziokulturellen Zentren in unserem Land unterstützen, da
85 sie die Vielfalt der Kultur im ganzen Land erlebbar machen. Bei vielen von ihnen
86 steht in den kommenden Jahren ein Generationenwechsel an. Diesen Prozess wollen

87 wir intensiv begleiten, indem wir die bestehenden Beratungsangebote überprüfen
88 und wenn nötig, weiterentwickeln.

89 Die Clubkultur ist wichtiger Bestandteil der kulturellen Vielfalt in unseren
90 Städten und ländlichen Regionen. Clubs und Livebühnen sind die Labore, in denen
91 sich neue künstlerische Richtungen und Szenen entwickeln. Wir wollen, dass Clubs
92 und Livebühnen auch baurechtlich als Kultureinrichtungen anerkannt werden und
93 nicht weiter wie beispielsweise Spielhallen als 'Vergnügungsstätten' behandelt
94 werden.

95 Chöre und Musikvereine sind wichtige Motoren für die Kultur in allen Regionen.
96 Sie wollen wir weiterhin unterstützen und ihnen im Zuge der
97 Ganztagschulentwicklung Möglichkeiten geben, ihre Zielgruppen auch künftig zu
98 erreichen. Bereits im letzten Haushalt haben die Musikschulen zusätzliche Mittel
99 vom Land erhalten. Gemeinsam mit den Kommunen möchten wir einen Zukunftspakt für
100 faire Arbeitsbedingungen in Musikschulen vereinbaren und damit sicherstellen,
101 dass Lehrkräfte an Musikschulen in Zukunft wieder häufiger fest angestellt
102 werden. Die in der Corona-Krise eingerichtete Förderung für Programmkinos
103 möchten wir verstetigen, sodass Kinos kontinuierlich in der Lage sind, nötige
104 Investitionen zu tätigen und Bundesmittel einzuwerben.

105 Kultur für alle

106 Kultur entsteht nicht im geschichtsfreien Raum. In den vergangenen Jahren haben
107 wir die Gedenkstätten, die sich mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus
108 beschäftigen, finanziell und personell besser aufgestellt. Bisher hat die
109 Aufarbeitung des kolonialen Erbes in Rheinland-Pfalz noch nicht die nötige
110 politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit erhalten. In Zukunft wollen wir
111 die Aufarbeitung der musealen und universitären Sammlungen stärker unterstützen
112 und weitere Maßnahmen zur Aufarbeitung der europäischen Kolonialvergangenheit
113 fördern. Kulturelle Initiativen und Projekte, die der Perspektive von Menschen
114 mit Migrationshintergrund und Angehörigen von Minderheiten in unserer
115 Gesellschaft Raum geben, wollen wir dabei besonders unterstützen. Die kulturelle
116 Landschaft soll die Interkulturalität unseres Landes abbilden und weiter
117 voranbringen.

118 Wir möchten sicherstellen, dass alle Menschen in unserem Land Zugang zu Kunst
119 und Kultur haben. Bei der Entwicklung von Sozialtickets in allen Regionen des
120 Landes sollen starke Vergünstigungen für kulturelle Angebote ein Weg sein, um
121 Menschen mit geringem Einkommen soziale Teilhabe zu ermöglichen. Wir
122 unterstützen auch regionale Angebote für Menschen mit geringem Einkommen wie
123 KulturLeben Rheinhessen.

124 Erfolgreiche Projekte für junge Menschen wie Jedem Kind seine Kunst werden wir
125 weiter ausbauen. Zusätzlich wollen wir dafür sorgen, dass jedes Kind an jedem
126 Ort in Rheinland-Pfalz mindestens einmal pro Kita- oder Schuljahr eine
127 kulturelle Veranstaltung besucht. Nicht zuletzt möchten wir die
128 Kulturinstitutionen weiter für Menschen mit Behinderungen öffnen. Auch
129 Kulturgenuss geht für uns selbstverständlich nicht auf Kosten des Klima- und
130 Umweltschutzes. Deshalb unterstützen wir nicht zuletzt ökologisch sinnvolle
131 Modernisierungen im Kulturbereich, beispielsweise bei der Technik, dem Fuhrpark
132 und der Gebäudemodernisierung.

133 Medienpolitik ist Demokratiepilotik

134 Demokratie lebt von Meinungsvielfalt und einem offenen Prozess der
135 Meinungsbildung. Faktenbasierte Information, Wahrhaftigkeit und wechselseitige
136 Achtung sind Grundbedingungen eines demokratischen Diskurses. Wir bekennen uns
137 zu dem Auftrag an die Politik, den Rahmen dafür zu gestalten.

138 In Zeiten von Desinformation, Verschwörungstheorien und Hass im Netz sind
139 insbesondere seriöse Medien mit hohen journalistischen Standards unerlässlich
140 für den Meinungsbildungsprozess. Nicht zuletzt die Coronakrise hat gezeigt,
141 welche Bedeutung die Angebote der öffentlich-rechtlichen Sender für eine
142 verlässliche Information der Bürgerinnen und Bürger haben. Wir wollen die
143 Erfüllung des Auftrags der öffentlich-rechtlichen Sender unter Stärkung des
144 Informations-, Bildungs- und Kulturauftrags sicherstellen, dazu gehört auch eine
145 angemessene Finanzierung. Zugleich wollen wir die in digitalen Zeiten notwendige
146 Reform des Auftrags der öffentlich-rechtlichen Sender und ihrer Struktur endlich
147 effektiv vorantreiben. Den Anstalten muss mehr Spielraum im Digitalen eröffnet
148 werden, gleichzeitig gehört die Vielzahl bisheriger Angebote auf den Prüfstand.
149 Zudem unterstützen wir GRÜNE die Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten der
150 Länder.

151 Die digitale Revolution hat die Möglichkeiten zur Meinungsverbreitung erheblich
152 erweitert, zugleich aber die nach journalistischen Standards arbeitenden Medien
153 unter Druck gebracht. Da auch diese einen wesentlichen Beitrag zum
154 demokratischen Diskurs leisten, wird zu prüfen sein, ob und inwieweit diese
155 Medien unterstützt werden sollten. Im Bereich der privaten Medien muss das
156 bislang rundfunkzentrierte System zur Kontrolle von Meinungsmacht, das den
157 Entwicklungen hinterherhinkt, dringend reformiert werden. Insbesondere im
158 Hinblick auf private Fernsehvollprogramme sind wir für die Beibehaltung der
159 regionalen Fenster, wie sie im Medienstaatsvertrag geregelt sind.

160 Auch Bürger*innen gestalten die bunte und regionale Medienlandschaft mit. Daher
161 leisten auch die Bürgermedien und offenen Kanäle einen wertvollen Beitrag zur
162 Medienvielfalt. Wir wollen das digitale Ehrenamt stärken und die Arbeit der
163 Bürgermedien auch in Zukunft sicherstellen.

164 Plattformen, die im Internet Informationen zur Verfügung stellen (Intermediäre),
165 sind bedeutende und mächtige Akteure in der digitalen Welt. Einerseits tragen
166 sie wesentlich zur Verteilung von Inhalten und Meinungen bei, andererseits
167 bieten sie den Raum für die Verbreitung von Hass, Lügen und verdeckter
168 politischer Manipulation. Die Medienpolitik muss diese Gefahren dauerhaft und
169 effektiv bekämpfen, ohne die Meinungs- und Informationsfreiheit unangemessen zu
170 beschränken. Die Aufsicht bei der effektiven Durchsetzung der Regulierung muss
171 weiter gestärkt werden.

172 Die Barrierefreiheit muss in allen Medien wie auch bei den Intermediären eine
173 Selbstverständlichkeit werden. Insbesondere der SWR muss seine Angebote allen
174 Menschen barrierefrei zugänglich machen. Unsere Ziele sind 100 Prozent
175 Untertitel im Fernsehen, mehr Audiodeskription und Gebärdensprache. Ebenso
176 wollen wir eine stärkere ökologische, nachhaltige Gestaltung der Medienangebote.

177 Ein besonderes Anliegen ist für uns GRÜNE der Jugendmedienschutz. Wir wollen
178 medienpädagogische Programme ausbauen, um die Medienkompetenz zu stärken. Den
179 Jugendschutz wollen wir für alle Medien weiterentwickeln und setzen auf einen
180 einheitlichen Kinder- und Jugendmedienschutz, der nicht entlang der Medienart

181 divergiert. Bund und Länder müssen sich bei Beachtung der Zuständigkeiten auf
182 ein einheitliches Regelwerk einigen.

Beschluss (vorläufig) 14. Leistungsfähiger Staat – Solide Infrastruktur

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum: 06.12.2020
Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 14 Haushalt und Finanzen – Verwaltung – Kommunen –
ländliche Räume - Landesplanung – Bauen und Stadtentwicklung –
Ländliche Räume – Digitale Infrastruktur – Sport

Text

1 Für uns GRÜNE steht Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen vor kurzfristigem
2 Gewinnstreben, um auch morgen unseren Kindern noch eine lebenswerte Zukunft
3 bieten zu können. Damit wir unsere Umgebung nachhaltig gestalten, müssen wir
4 gerade beim Bauen und beim Planen von Flächen den Klimaschutz stärker mitdenken.
5 Wir wollen regionales Holz als Material bei Neubauten und der Modernisierung von
6 Gebäuden besonders fördern.

7 Unser Staat muss leistungsfähig sein und bleiben. Zu einer lebenswerten Zukunft
8 zählt für uns auch ein gewissenhafter Umgang mit Steuergeldern und eine solide
9 Haushaltsplanung, die wichtigen Herausforderungen, beispielsweise der Bekämpfung
10 der Klimakrise und der Corona-Pandemie, gerecht wird – ohne dabei nachkommenden
11 Generationen eine untragbare Last aufzubürden.

12 Grüne Politik hat den Anspruch, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben in
13 ihren Kommunen teilhaben können. Dazu gehört die digitale und politische
14 Teilhabe genauso wie der Zugang zu Informationen und zu Mobilität. Wir werden
15 die entsprechende Infrastruktur fördern, so unter anderem den digitalen Service
16 in den Verwaltungen ausbauen. Damit alle eine lebenswerte Zukunft mitgestalten
17 können.

18 Nachhaltiges Haushalten

19 In den vergangenen Jahren konnte Rheinland-Pfalz nicht nur den Landeshaushalt
20 ausgleichen, sondern Schulden abbauen und Rücklagen bilden. Diese erfolgreiche,
21 nachhaltige Haushaltspolitik ist das Ergebnis grüner Regierungsbeteiligung. Seit
22 2011 stehen wir für eine solide Finanzpolitik und haben den Landeshaushalt
23 aufgeräumt. Wir konnten verfassungsgemäß die Schuldenbremse einhalten. Doch auch
24 in der Haushaltspolitik hat die Coronakrise tiefe Spuren hinterlassen.

25 Die öffentliche Hand ist gefragt, dort zu unterstützen, wo Hilfe notwendig ist.
26 Das hat zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt. Wir haben auf Landesebene unser
27 Möglichstes getan und den betroffenen Menschen, Kommunen, der Wirtschaft und dem
28 gesellschaftlichen Leben finanziell unter die Arme gegriffen. Wir tun dies in
29 einem angemessenen Rahmen, denn auch das Land hat weniger Einnahmen in bislang
30 noch unbekanntem Ausmaß. Mit den vorgesehenen Hilfsprogrammen im Jahr 2020
31 können wir die rheinland-pfälzische Volkswirtschaft stabilisieren. Diese
32 außergewöhnlichen Ausgaben, die zur Bewältigung der Krise notwendig sind, sind
33 nur aufgrund der soliden Haushaltsführung der letzten Jahre möglich.

34 An der Idee der Schuldenbremse, die in der Krise ausgesetzt wurde, halten wir
35 fest. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ein ausgeglichener Haushalt
36 möglich ist. Die mühevoll konsolidierte Haushaltsführung der vergangenen Jahre ist für
37 uns kein Selbstzweck: Es geht vielmehr um unsere Verantwortung gegenüber

38 zukünftigen Generationen und die damit verbundene Verpflichtung, nicht über
39 unsere Verhältnisse zu leben. Diese Verantwortung bedeutet aber auch: Wir dürfen
40 uns nicht auf Kosten der kommenden Generation kaputtsparen. Investitionen in den
41 Klimaschutz sind wichtig. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für die Weiterentwicklung
42 der Schuldenbremse ein, die im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien
43 zusätzliche Investitionen des Bundes – insbesondere in den Klimaschutz –
44 ermöglicht.

45 Für Rheinland-Pfalz soll in Zukunft verbindlich gelten: Keine klimaschädlichen
46 Investitionen mit Landesmitteln. Die Bekämpfung der Klimakrise ist ein
47 Querschnittsthema über alle Politikfelder. Auch in der Finanzpolitik müssen wir
48 das Thema vorantreiben. Die neu beschlossene Anlagenrichtlinie für die
49 Versorgungsrücklage des Landes legt fest: Aktienkäufe aus Landesgeldern für
50 klimaschädlichen Investitionen in Kohle, Öl- und Gas sind ausgeschlossen. Für
51 uns ist klar: Auf landes- und kommunaler Ebene müssen weitere Initiativen
52 folgen. Wir brauchen eine gesetzlich verankerte Divestment-Strategie für
53 Landesstiftungen, Landesbeteiligungen und ein Beratungssystem für unsere
54 Kommunen.

55 Faire Steuerpolitik

56 Um finanziell sicher aufgestellt zu sein, braucht das Land in und nach der Krise
57 verlässliche Einnahmen. Deshalb werden wir GRÜNE uns auf Landes- und Bundesebene
58 für ein gerechteres Steuersystem einsetzen, welches die Besteuerung von Kapital-
59 und Gewinneinkommen (u.a. Kapitalerträge, Dividenden, Pachten) an die
60 Besteuerung von Lohneinkünften anpasst und auf große Vermögen erhöht. Denn
61 gerade große Vermögen sollten konsequenter zur Finanzierung gesellschaftlicher
62 Aufgaben belastet werden, die sich insbesondere in der Krise stark ausgeweitet
63 haben.

64 Vor dem Hintergrund der extremen stark gestiegen staatlichen Ausgaben für
65 Konjunkturpakete aufgrund der Corona-Pandemie, sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt
66 keinen Spielraum für Steuersenkungen.

67 Die Folgen der Klimakrise werden unsere Gesellschaft zukünftig finanziell stark
68 belasten. Auf Bundesebene setzen wir uns daher für einen entsprechenden CO2-
69 Preis ein. Die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten wie der CO2-
70 Steuer müssen an der volkswirtschaftlichen Schadenshöhe orientiert sein und an
71 die Bürger*innen zurückfließen, um Klima- und Umweltschutz und soziale
72 Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Klimaschädliche Steuersubventionen
73 wollen wir sukzessive abschaffen.

74 Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und Sozialbetrug
75 werden wir konsequent bekämpfen. Unternehmensgewinne und digitale Umsätze müssen
76 stärker am Ort des Konsums besteuert werden. Deshalb unterstützen wir
77 Initiativen des Bundes, der EU oder auf internationaler Ebene, die zu mehr
78 Steuergerechtigkeit beitragen, Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen
79 austrocknen. Wir fordern, dass Rheinland-Pfalz die Verhandlung zu diesem Prozess
80 auf Bundesebene anstößt.

81 Steuergerechtigkeit muss im Vollzug sichergestellt werden. Die rheinland-
82 pfälzische Steuerverwaltung sichert die Einnahmen des Landes und arbeitet
83 erfolgreich gegen Steuerhinterziehung. Deshalb wollen wir die Stellen im

84 Außendienst ausbauen, da sie mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit in
85 Rheinland-Pfalz sorgen.

86 Landesbeteiligungen müssen transparent sein. Wir konnten in den letzten Jahren
87 durchsetzen, dass sich das Land aus unnötigen Beteiligungen zurückgezogen hat,
88 indem der Flughafen Hahn sowie der Nürburgring verkauft wurden. Die Kontrolle
89 der Landesbeteiligungen durch das Parlament wollen wir verbessern.

90 Digitale, zukunftsfähige Verwaltung

91 Wir GRÜNE stehen für eine digitale, bürgernahe und transparente Verwaltung. In
92 einem Klick am Ziel. So soll der Behördengang der Zukunft aussehen. Der Service
93 des digitalen Bürgeramtes muss über eine App abrufbar, datenschutzkonform und
94 für alle Bürger*innen verständlich sein. Mit der Onlinewache der Polizei haben
95 wir bereits einen solchen Service auf den Weg gebracht. Wer beispielsweise einen
96 Diebstahl melden will, hat jetzt schon die Möglichkeit, das bequem digital zu
97 erledigen. Auf dieser Grundlage werden wir weiter aufbauen und dafür sorgen,
98 dass Rheinland-Pfalz bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes eine
99 Vorreiterrolle unter den Bundesländern einnimmt.

100 Eine bürgerfreundliche Verwaltung ist eine aktiv kommunizierende Verwaltung.
101 Bürgerfreundlichkeit bedeutet, Informationen und Zugänge barrierefrei und in
102 mehreren Sprachen sowie in verständlicher und einfacher Sprache anzubieten. Dazu
103 gehören auch Informationsmaßnahmen zu speziellen Themen. Verwaltung muss immer
104 offen für Anfragen und Anliegen von Bürger*innen sein. Unser Wunsch ist ein
105 Ticketsystem bei dem jede Anfrage online über ein Ticket gestellt wird, das
106 eindeutig zuzuordnen und nachzuverfolgen ist. So gelingt ein einfacher,
107 verlässlicher und digitaler Austausch mit der Verwaltung.

108 Die Einführung der Elektronischen Akte (E-Akte) vereinfacht die Abläufe intern
109 sowie zwischen der Verwaltung und den Bürger*innen. Gleichzeitig kommen wir dem
110 Ziel der papierlosen Verwaltung näher. Die Digitalisierung in der Verwaltung
111 muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Auch in der öffentlichen Verwaltung
112 müssen Risiken digitaler Technologien beispielsweise beim Einsatz
113 algorithmischer Entscheidungssysteme identifiziert und reguliert werden.

114 Zukünftig sollen alle Landesbehörden und -ämter mit offenen WLAN-Hotspots
115 ausgestattet werden. Diese können auch von Besucher*innen und Mitarbeiter*innen
116 genutzt werden.

117 Politik einfach zugänglich machen

118 Politische Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Deshalb
119 möchten wir den Livestream der Landtagsitzungen auch auf die Ausschusssitzungen
120 ausweiten. Transparenz und Nachvollziehbarkeit gelingt nur, wenn Informationen
121 frei zugänglich sind. Ein großer GRÜNER Erfolg für eine neue Kultur der
122 Offenheit und Partizipation in den Verwaltungen ist deshalb die Umsetzung des
123 Landstransparenzgesetzes. Wir wollen dieses weiterentwickeln, um die
124 Veröffentlichungspflicht auch für Kommunen und Hochschulen geltend zu machen.

125 Öffentliche Daten sollen über das Open-Government-Data-Portal Rheinland-Pfalz
126 einfach abrufbar sein. Die Plattform muss sich sprachlich und inhaltlich
127 deutlich mehr durch Bürgernähe auszeichnen und einen barrierefreien digitalen
128 Zugang zu Informationen erlauben, kommunal- und landespolitisch.

129 Korruptionsprävention

130 Korruptionsbekämpfung muss auf allen staatlichen Ebenen verfolgt werden. Dafür
131 brauchen wir verbindliche Regeln. Deshalb wollen wir das bestehende
132 Lobbyregister ausweiten und eine Karenzzeit von drei Jahren für Mitglieder der
133 Landesregierung sowie Spitzenbeamt*innen einführen. Wir wollen zudem den Schutz
134 von Hinweisgeber*innen gewährleisten. Ein anonymisiertes Hinweisgebersystem kann
135 dabei helfen, dass Korruptionsfälle in Landes- und kommunalen Behörden gemeldet
136 werden. Die bestehende Einrichtung der Vertrauensanwält*innen als wichtige
137 unabhängige Anlaufstellen muss bekannter gemacht werden.

138 Gute Arbeit im Landesdienst

139 Unsere Landesbeamt*innen leisten hervorragende Arbeit. Ihnen gelten unser Dank
140 und unsere Wertschätzung. Ausgedrückt haben wir das in den vergangenen Jahren
141 über eine Steigerung der Beamtensoldung. Das Land als Arbeitgeberin ist überdies
142 auch für das Wohlergehen am Arbeitsplatz zuständig. Wir wollen die
143 Arbeitsbedingungen der Landesbeamt*innen modernisieren und verbessern. Dazu
144 zählt für uns ein umfassendes Gesundheitsmanagement, ein flexibles Modell für
145 Altersteilzeit, eine einfachere Möglichkeit des Wechsels aus und in das
146 Beamtenverhältnis, inklusive einer echten, auch finanziell gesicherten
147 Wahlmöglichkeit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung im
148 Beamtenverhältnis sowie die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten.

149 Lebenslanges Lernen wollen wir unseren Beschäftigten ermöglichen. Wir
150 unterstützen das bestehende breite Angebot des Landes an
151 Fortbildungsmöglichkeiten und sehen aktuell einen besonders hohen Bedarf für
152 Qualifizierungsmaßnahmen im digitalen Bereich. Die Coronakrise führte zu einem
153 riesigen Digitalisierungsschub in unserer Landesverwaltung. Bei diesem Prozess
154 wollen wir alle Landesbediensteten mitnehmen.

155 Zukunftsfähige Kommunen

156 Politik wird in unseren Kommunen greifbar. In unseren Städten, Gemeinden und
157 Kreisen wird unsere grüne klimafreundliche und sozial gerechte Idee konkret,
158 wenn es zum Beispiel um die Frage geht, ob ein Gewerbegebiet auf der grünen
159 Wiese geplant oder die Jugendarbeit ausgebaut wird. Für diese Entscheidungen
160 sind das Recht auf kommunale Selbstverwaltung und eine bedarfsgerechte
161 Finanzausstattung essenziell.

162 Kommunale Ratsentscheidungen müssen für Bürger*innen nachvollziehbarer werden,
163 beispielsweise durch Livestreaming oder informativere Protokolle der
164 Ratssitzungen. Mehr Transparenz in der Kommunalverwaltung heißt für uns aber
165 auch, dass Bürger*innen wissen müssen, welche Nebentätigkeiten von
166 Bürgermeister*innen und Landrät*innen ausgeübt werden und wie viel Geld sie
167 dafür bekommen. Dazu brauchen wir eine verbindliche gesetzliche Regelung im
168 Umgang mit und zur Veröffentlichung von Nebeneinkünften.

169 Vereinbarkeit von Familie und Beteiligung schaffen

170 Wir GRÜNE wollen die Arbeit in kommunalen Gremien familienfreundlicher gestalten
171 und die Jugendbeteiligung verpflichtend verankern. Dafür benötigen wir
172 Unterstützungsangebote für die Ausübung des Mandats für Menschen mit zu
173 betreuenden Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen. Ihnen sollen
174 Aufwendungen für die Betreuung erstattet werden.

175 Kommunalfinanzen verbessern

176 Wir wollen lebenswerte und handlungsfähige Kommunen. Deshalb müssen sie über
177 eine ausreichende Finanzausstattung verfügen. Aufgrund der Coronakrise ist die
178 finanzielle Lage der Kommunen, nach einer für eine nicht unerhebliche Zahl von
179 Städten, Kreisen und Gemeinden positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren,
180 massiv ins Wanken geraten. Bund und Land haben Hilfsprogramme aufgebaut, um die
181 Einnahmeverluste der Kommunen abzufedern. Wir GRÜNE haben die Hilfsprogramme des
182 Bundes unterstützt, aber auch kritisiert, dass es noch immer keine Lösung für
183 das Problem der Altschulden gibt. Unser Ziel ist eine stabile finanzielle Lage
184 der rheinland-pfälzischen Kommunen. Um eine Bedarfsgerechte Finanzierung der
185 Kommunen zu gewährleisten, müssen auch die Bundes- und Landeszuweisungen weiter
186 steigen. Parallel möchten wir aber auch die Einnahmesituation der Kommunen
187 nachhaltig verbessern. Die Praxiserfahrungen im Land zeigen: Die von uns
188 angestrebten finanziellen Kommunalhaushaltsausgleiche sowie die
189 Gewerbesteuererinnahmen aus dem Betrieb von PV- und Windkraftanlagen werden die
190 kommunalen Haushalte auf Jahrzehnte stabilisieren und die kommunale
191 Handlungsfähigkeit sowie das bürgerliche Eigenengagement stärken.

192 Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) muss weiterhin konjunkturunabhängig
193 anwachsen. Wir GRÜNE wollen perspektivisch die Methode der Verteilung der Mittel
194 aus dem kommunalen Finanzausgleich auf ein Verfahren umstellen, bei dem klare
195 und nachvollziehbare Kriterien die Grundlage sind. Indikatoren für den
196 Finanzbedarf können dabei beispielsweise die Anzahl der Schulstandorte, die Zahl
197 der Kinder in der Gemeinde oder Sozialleistungen sein. Die Reform des KFA im
198 Jahr 2018, bei der vor allem die hochverschuldeten Städte bedacht wurden, zeigte
199 positive Wirkung. Vor der Coronakrise konnten die rheinland-pfälzischen Kommunen
200 im Durchschnitt ihren Haushalt ausgleichen und mithilfe des Kommunalen
201 Entschuldungsfonds Schulden abbauen. Auf Landesebene wollen wir diese
202 gesetzlichen Stellschrauben im Blick behalten, damit nach der Coronakrise die
203 positive Entwicklung fortgeschrieben wird.

204 Das Konnexitäts-Prinzip ist von Land und Bund vollständig einzuhalten.

205 Von den Kommunen verlangte Leistungen wie z.B. der Betrieb von Kindergärten,
206 Schulbuchausleihe, Beförderungskosten für Schüler*innen und weitere
207 Sozialleistungen müssen vollständig von Bund und Land refinanziert werden. Auch
208 auf Bundesebene fordern wir die Einhaltung des Konnexitätsprinzips und eine
209 dynamische und dauerhafte Beteiligung des Bundes in der Sozialgesetzgebung. Die
210 bisher geleisteten Pauschalen (Integration, Eingliederungshilfe etc.) sind nicht
211 ausreichend und bilden die Kosten nicht ab.

212 Bei Gesetzgebungsprozessen muss das Land die Interessen der Kommunen auf
213 Bundesebene mit höchster Priorität vertreten, um weitere finanzielle Belastungen
214 durch Bundesgesetze zu verhindern.

215 Wir setzen uns weiterhin für einen Schuldenschnitt für hoch verschuldete
216 Kommunen ein. Ein Altschuldenfonds, der jeweils zur Hälfte vom Bund und den
217 Ländern getragen wird, kann eine Lösung sein. Als Land sind wir bereit, unseren
218 Teil zur Lösung beizutragen.

219 Auch auf kommunaler Ebene fordern wir Haushaltsdisziplin. Die Zeiten für
220 prestigeträchtige Infrastrukturprojekte wie kommunale Hochstraßen oder ein
221 Schlosshotel sind vorbei. Die Kommunalaufsicht hat bei der Einhaltung der

222 Haushaltsdisziplin eine tragende Rolle. Die Prüfung muss transparent,
223 regelkonform, einheitlich und nachvollziehbar auch für kommunale Räte sein. Wir
224 streben daher eine Reform der Kommunalaufsicht an.

225 Kommunale Verwaltung ökologisch und serviceorientiert

226 Kommunale Förderprogramme verbessern das Leben in unseren Kommunen. Deshalb
227 müssen die Vorgaben der Programme am Klimaschutz und der Lebensqualität der
228 Menschen orientiert sein. Damit die Mittel auch vor Ort ankommen, wollen wir
229 Förderlotsen und ein Beratungsangebot auf Landesebene.

230 Wir werden die begonnene Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) weiter umsetzen.
231 Das Leitbild unserer Politik für starke Kommunen ist die Absicherung und
232 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Rahmenbedingungen für kommunale
233 Strukturen wandeln sich durch den Bevölkerungsrückgang in einigen Landesteilen,
234 die Lage der kommunalen Finanzen und durch Fortschritte im Bereich der
235 Digitalisierung. Uns GRÜNEN geht es bei einer Reform nicht zentral um
236 Kosteneinsparungen, sondern um die Qualität der Verwaltung und den Service für
237 die Menschen vor Ort. Aus bisherigen Erfahrungen und Erkenntnissen wissen wir:
238 Die Verwaltungsqualität ist in größeren Verwaltungseinheiten deutlich besser.

239 Lediglich auf interkommunale Zusammenarbeit zu setzen, kann keine Gebietsreform
240 ersetzen, weswegen wir diese Reform auch mit aller Kraft anstreben. Für uns ist
241 klar: Wo immer interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll ist, wie im Bereich des
242 Nahverkehrs, der Digitalisierung oder im Kulturbereich, soll diese ausgebaut
243 werden.

244 Ländliche Räume stärken

245 Alle Menschen müssen gleichwertig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
246 Dazu zählt, dass jede*r sich einfach fortbewegen kann – egal, ob in der Stadt
247 oder auf dem Land. Mit unserem Konzept einer Mobilitätswende sorgen wir dafür,
248 dass im ländlichen Raum mit einer Mobilitätsgarantie jede*r mit dem Nahverkehr
249 von A nach B kommt. Dabei setzen wir auf eine bessere Anbindung an überregionale
250 Bus- und Bahnlinien. Aber auch Alternativkonzepte wie E-Dorfautos und On-Demand-
251 Shuttlevverkehr unterstützen das Angebot. Wir wollen Mobilfunk und Glasfaser an
252 jeder Milchkanne in Rheinland-Pfalz und setzen daher auf eine GRÜNE
253 Digitalisierungsoffensive – auch und gerade für den ländlichen Raum.

254 Um den ländlichen Raum weiter zu stärken, wollen wir Dorfbüros schaffen. Um
255 leerstehende Ortskerne wiederzubeleben, wollen wir Projekte vor Ort wie
256 Dorfläden oder Gemeinschaftskneipen mit ehrenamtlichem Personal fördern. Für
257 eine gute gesundheitliche Versorgung überall in Rheinland-Pfalz wollen wir
258 regionale Gesundheitskonferenzen einführen und uns für genossenschaftliche
259 Gemeinschaftspraxen einsetzen. Wir setzen auch im ländlichen Raum auf
260 hochwertige Arbeits- und Fortbildungsplätze sowie auf vielfältige, regional
261 angesiedelte Bildungsmöglichkeiten wie beispielsweise den sehr erfolgreichen
262 Umweltcampus Birkenfeld.

263 Nachhaltige Landesplanung

264 Das Ziel, die Flächenneuersiegelung bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu
265 begrenzen, wurde bundesweit deutlich verfehlt. Mit grüner Flächen- und
266 Bodenpolitik möchten wir hier eingreifen und durch die Verbindung ökonomischer
267 Ziele mit denen für eine nachhaltige, regional angepasste Entwicklung ein

268 starkes Potenzial für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung
269 entfalten. Dafür brauchen wir eine stärkere Ausrichtung von Landesplanung,
270 Raumordnung und Regionalplanung auf regionale Wohnraumbedarfe sowie auf eine
271 nachhaltige, ressourcenschonende Entwicklung.

272 Ökologischer Landesentwicklungsplan

273 Auf Landesebene werden wir uns für eine ökologische Weiterentwicklung des
274 Landesentwicklungsplans IV einsetzen. Dazu gehört für uns die nachhaltige am
275 Klimaschutzziel orientierte Anpassung der Kriterien zur Ausweisung von Flächen
276 für die Erzeugung Erneuerbarer Energien. Dazu gehören ebenso die Aufwertung der
277 Biotopvernetzung in der Verkehrs- und Siedlungsplanung sowie eine strenge
278 Begrenzung der Neuversiegelung von Flächen. Viele verschiedene Nutzungsformen
279 wie beispielsweise Landwirtschaft oder Straßenbau konkurrieren miteinander um
280 die knappe Ressource Fläche. Um unabwendbare Flächeninanspruchnahmen zu lenken
281 und zu begrenzen, müssen Bodenqualitäten erfasst und die besten davon geschützt
282 werden. Unser langfristiges Ziel ist eine neutrale Flächenbilanz – das heißt,
283 eine Fläche darf nur neu versiegelt werden, wenn eine andere entsiegelt wird. Wir
284 werden uns auch weiterhin für eine transparente und flächenschonende
285 Bauleitplanung auf allen Ebenen einsetzen. Bundesweite Regelungen, welche
286 Planungen ohne Umweltprüfung und Bürgerbeteiligung ermöglichen, lehnen wir
287 vehement ab. Für uns ist der Grundsatz: Innen- vor Außenentwicklung weiterhin
288 die Leitlinie jeder Planung. Dies bedeutet für uns auch vor allem den Bau in die
289 Höhe und Nachverdichtung. Hierbei sind vor allem kreative Lösungen wie etwa die
290 Aufstockung von Supermärkten oder der Umbau von ehemaligen Industriegebäuden
291 besonders zu fördern.

292 Vorrang für eine nachhaltige Dorf- und Stadtentwicklung

293 Bodenspekulationen, welche die Preise künstlich in die Höhe treiben, ohne einen
294 gesellschaftlichen Mehrwert zu generieren, heizen die bestehende
295 Flächenkonkurrenz an. Wir werden die Kommunen aktiv dabei unterstützen, diese
296 Herausforderung zu bewältigen, indem wir uns für eine bundesgesetzliche Stärkung
297 des Vorkaufsrechtes der Gemeinden einsetzen. Wir werden es den Kommunen
298 ermöglichen, Konzeptvergaben Vorrang zu gewähren, sodass sie beispielsweise ein
299 ökologisch-soziales Quartierskonzept gegenüber einer Höchstpreisvergabe
300 bevorzugen können. Dies erleichtert die Umsetzung sozialer und ökologischer
301 Kriterien in der Stadt- und Dorferneuerung. Grundstücke in öffentlicher Hand
302 sollen möglichst in öffentlicher Hand bleiben. Wir möchten, dass die Gemeinden –
303 selbst wenn hochverschuldet – einen möglichen Flächentausch oder einen
304 Erbpachtvertrag vor einer Veräußerung prüfen. Wir werden dabei gemeinwohl- und
305 ökologisch orientierte Pächter*innen von öffentlichen Flächen bevorzugen.

306 Lebenswerte Städte und Dörfer

307 Unsere Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme sind Investitionen in die
308 Zukunft. Aufgrund der sich verschärfenden Klimakrise und des Artensterbens
309 müssen wir diese Instrumente dringend an die Herausforderungen unserer Zeit
310 anpassen. Wir werden die Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme an
311 ökologischen und klimaschützenden Kriterien ausrichten und die vorhandenen
312 Potenziale im bestehenden Gebäudebestand nutzen. Die vielen Planungsebenen
313 wollen wir besser verzahnen, damit sie sinnvoll ineinandergreifen und gemeinsame
314 Wirkeffekte erzielen. So wollen wir, dass Klimaschutz-, Hochwasservorsorge-

315 Grünflächen- und Quartierkonzepte ganzheitlich und umfassend in Flächennutzungs-
316 und Bebauungsplänen integriert werden.

317 Hierfür werden wir für unsere Gemeinden und Städte nachhaltige
318 Planungsinstrumente wie beispielsweise den Folgekostenrechner oder den RaumPlus
319 Monitor weiterentwickeln und um Softwarelösungen zur Anpassung an die Folgen der
320 Klimakrise erweitern.

321 Bauen für eine klimaneutrale Zukunft

322 Der Bausektor ist unbestritten ein wichtiger Wirtschaftszweig, in dem unzählige
323 Menschen Arbeit finden. Doch leider werden viele Bautätigkeiten noch nicht an
324 den Zielen nachhaltiger Entwicklung ausgerichtet. Für unser Klima und unsere
325 Umwelt bedeutet das hohe Energiekosten und hoher CO₂-Ausstoß bei der Herstellung
326 von Baustoffen, Schadstoffe im Baumaterial, mangelnde Recyclingfähigkeit und
327 teilweise kurze Lebensdauer der Materialien. Wir wollen deshalb das Bauen hin zu
328 einer ganzheitlichen Betrachtung von Ökologie, Ökonomie und soziokultureller
329 Qualität entwickeln.

330 Priorität für Klimaschutz und Ökologie

331 Die Landesbauordnung enthält zahlreiche Regelungen für die Sicherheit und den
332 Schutz der Menschen in den Gebäuden. Sie enthält aber kaum Regelungen zum Schutz
333 unseres Klimas und unserer Natur. Wir werden dies ändern, indem wir in der
334 Landesbauordnung ökologische Kriterien etablieren, die eine naturnahe Begrünung
335 von Flachdächern, geeigneten Fassaden und Vorgärten zur Pflicht machen. Leblose
336 Schotter und Steinwüsten wollen wir abschaffen. Dafür setzen wir auf eine
337 Beratung für pflegearme und naturfreundliche Gärten, die wir gemeinsam mit
338 unseren Garten- und Landschaftsbauunternehmen planen und angehen möchten.

339 Wir werden mehr Stellplätze für Fahrräder schaffen, damit jede*r Bewohner*in
340 eines Mehrfamilienhauses eine umweltschonende Alternative zum eigenen Auto vor
341 der Tür hat. Die zukunftsfähige Elektromobilität werden wir bereits bei der
342 Bauplanung beachten und entsprechende Leitungsinstallationen in den Garagen
343 vorhalten.

344 Klimaangepasst und nachhaltig bauen

345 Wir werden in allen öffentlichen Ausschreibungen dafür sorgen, dass wichtige
346 Aspekte wie Ökobilanz, Lebenszykluskosten und Recyclingfähigkeit verpflichtend
347 beachtet werden müssen und weiterhin regionaltypische Baumaterialien, wie Holz,
348 Schiefer oder Blocksandstein, zum Einsatz kommen können. Auch Ausschreibungen
349 auf kommunaler Ebene sollen entsprechende Aspekte berücksichtigen. Mit einer
350 landesweiten Holzbaustrategie werden wir das nachhaltige Bauen mit Holz
351 weiterhin stärken und möglichst zertifizierte, regionale Holzprodukte in
352 öffentlichen Baumaßnahmen bevorzugen.

353 Wir möchten den kommunalen Verwaltungen über das Instrument der
354 Lebenszykluskostenrechnung die Möglichkeit bieten, zukünftig 'günstig statt
355 billig' zu investieren. Höhere Investitionskosten, z.B. in energiesparende
356 Gebäudesanierungen oder eMobilität, die sich nachweislich mittelfristig selbst
357 finanzieren, sollten - unter Berücksichtigung der mit der Investition
358 ausgelösten bzw. eingesparten Klimafolgeschäden - haushaltsrechtlich möglich
359 sein. Die realisierten Einspareffekte sind über die Nutzungsdauer auszuweisen.

360 Die Nachhaltigkeit soll verpflichtend für sämtliche Bautätigkeit in Rheinland-
361 Pfalz werden. Wir werden deshalb für alle öffentlichen Bauvorhaben im Land –
362 seien es kommunale Verwaltungsgebäude, Schulbauten oder KiTas – das
363 Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen anwenden. Denkmalschutz, Energieerzeugung
364 mit Erneuerbaren und Klimaschutz werden wir miteinander verbinden. Die Standards
365 der baubiologischen Qualitätssicherung in der Bauabnahme sind in allen
366 öffentlichen Bauvorhaben zu beachten. Um die Kriterien des nachhaltigen Bauens
367 landesweit einzusetzen, wollen wir eine Förderung des Landes zur Erstellung von
368 Ökobilanzen bei gewerblichen und privaten Neubaumaßnahmen prüfen. Bei Neubauten
369 und Dachsanierungen werden wir eine Solarpflicht einführen.

370 Klimaschutz im Bestand stärken

371 Mit Blick auf die fortschreitende Klimakrise werden wir in den nächsten Jahren
372 sehr viele Sanierungsprojekte angehen und möchten dabei den Denkmalschutz und
373 den Klimaschutz miteinander verbinden. Wir setzen uns daher für eine kostenlose
374 Erstberatung für energetische Sanierungen im Bestand ein. Wer sich für eine
375 Sanierung und die Verwendung von ökologischen Baustoffen sowie für den Verzicht
376 auf fossile Brennstoffe entschließt, soll dabei vom Land unterstützt werden.

377 Denkmalschutz soll die historische Bausubstanz erhalten. Dabei soll eine
378 sinnvolle und unbürokratische Bewertung des Erhaltenswerten erfolgen, in der
379 eine nachhaltige, wirtschaftliche und barrierefreie Schaffung von Wohn-oder
380 Nutzraum und Nutzung klimaschützender Technik gleichrangig mit dem Erhalt des
381 Alten berücksichtigt wird. Die Sanierung und Weiterentwicklung von innovativen
382 Quartierskonzepten, welche ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen,
383 werden wir weiterhin fördern. Um den vielen Anforderungen gerecht zu werden und
384 eine effiziente und schnelle Planung zu garantieren, werden wir die personelle
385 und konzeptionelle Stärkung der Bauverwaltungen im Land prüfen.

386 Sport verbindet und schafft Lebensqualität

387 Sport fördert die Gesundheit und schafft Begegnung, unabhängig von Alter,
388 Geschlecht, sozialer Herkunft, Bildung, Behinderung, Weltanschauung oder
389 sexueller Orientierung. Fairness und Gerechtigkeit stehen im Mittelpunkt. Sport
390 steigert die Lebensqualität und beugt gesundheitlichen Risiken vor. Weiter
391 vorantreiben wollen wir die Vereinbarkeit von Sport und Klimaschutz durch eine
392 kontinuierliche Förderung von klimafreundlichen Sportprojekten. Sport hat eine
393 Vorbildfunktion. Wir GRÜNE wollen den Kampf gegen Doping weiterführen und die
394 Aufklärungsarbeit im Kinder- und Jugendsportbereich stärken.

395 Für eine vielfältige Sportlandschaft

396 Für uns GRÜNE ist Sport mehr als Bewegung. Sport überwindet gesellschaftliche
397 Barrieren, trägt zu Integration und Inklusion in die Gesellschaft bei. Daher
398 wollen wir Inklusion im Sport besonders fördern. Unser Augenmerk liegt auf der
399 Förderung von Sportprojekten für sozial benachteiligte Gruppen. Wir unterstützen
400 Projekte der Verbände und Vereine gegen Rassismus und Gewalt und für Inklusion,
401 Integration und Antidiskriminierung. Die Inklusionslotsen des Landessportbundes
402 wollen wir weiter unterstützen. Sportvereine ziehen insbesondere Kinder und
403 Jugendliche in hohem Maße an. Sie leisten damit einen relevanten Beitrag in der
404 Jugendarbeit innerhalb des jeweiligen Sozialraums. Wir wollen deshalb
405 Jugendsozialarbeit mit der Jugendarbeit in den Sportvereinen stärker verknüpfen
406 und fördern. Einen gemeinsamen Benefit haben Schule und Verein bei einer

407 Kooperation insbesondere in der Nachmittagsbetreuung. Die Schüler*innen erhalten
408 Bewegungsangebote, die Sportvereine neue junge Mitglieder. Zudem spielen
409 Sportangebote in der Ferienbetreuung eine große Rolle. Diese wollen wir stärken.
410 Als Teil einer aktiven Jugendarbeit wollen wir Sportvereine und -verbände dabei
411 unterstützen, eine eigene Kinder- und Jugendvertretung innerhalb ihrer
412 Organisation aufzubauen, die eine gleichberechtigte Mitbestimmung insbesondere
413 bei kinder- und jugendrelevanten Themen zum Ziel hat.

414 Die weitere Entwicklung von eSport aktiv fördern

415 In der Digitalisierung liegt die Zukunft. Nicht nur in der Forschung oder der
416 öffentlichen Infrastruktur sorgt sie für ein fortschrittliches Miteinander. Auch
417 im gesellschaftlichen Zusammenleben schafft sie neue Begegnungen. Schon längst
418 passiert der sportliche Wettkampf nicht nur auf dem Sportfeld, sondern auch am
419 Computer und an der Spielkonsole. Es entstehen neue Vereine sowie eSport-
420 Abteilungen in bestehenden Sportvereinen und an der Spielkonsole. Der eSport
421 liegt im Trend und es entstehen neue Vereine sowie eSport-Abteilungen in
422 bestehenden Sportvereinen. Bislang ist eSport im deutschen Vereins- und
423 Verbandswesen nicht anerkannt, sodass er weder von steuerrechtlichen
424 Vergünstigungen noch staatlichen Förderungen profitiert. Wir GRÜNE unterstützen
425 die Bemühungen von einigen eSport-Verbänden als eigene Sportart anerkannt zu
426 werden.

427 Auch im eSport muss ehrenamtliche Arbeit gesellschaftlich anerkannt und auf
428 Bundesebene als gemeinnützig eingestuft werden. Landeswettbewerbe für eSport und
429 die Förderung regionaler Initiativen können helfen, Rheinland-Pfalz als
430 attraktiven Ausbildungs- und Veranstaltungsort für eSport zu etablieren. Darüber
431 hinaus sind gezielte Präventionsmaßnahmen und Aufklärungskampagnen zur
432 Suchtgefahr des Gamings, insbesondere bei gefährdeten Gruppen (z.B.
433 Minderjährigen) notwendig.

434 Sportveranstaltungen transparent planen und nachhaltig organisieren

435 Die integrative Kraft von Sport zeigt sich bei Großveranstaltungen. Diese
436 stellen für das Land einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Der Erfolg solcher
437 Veranstaltungen muss sich an sozialen und ökologischen Maßstäben messen lassen.
438 Wir setzen darauf, dass die Vergabe und Organisation von Großveranstaltungen
439 transparent verläuft und sich an nachhaltigen Zielen orientiert. Durch ein
440 Mitspracherecht sollen die Bürger*innen beteiligt werden.

441 Zugang zu modernen Sportstätten fördern

442 Damit Sport überall in Rheinland-Pfalz möglich ist, setzen wir uns für den
443 Erhalt und den Ausbau von Sportstätten im Land ein. Wir GRÜNE wollen
444 Sportstätten bedarfsorientiert fördern, sie erhalten und sinnvoll nutzen.

445 Der Sportbetrieb muss sicher und umweltfreundlich stattfinden können.
446 Mikroplastik gefährdet die Gesundheit von Menschen und ist schädlich für die
447 Umwelt. Wir GRÜNE wollen Neu- und Umbaumaßnahmen bei Kunstrasenplätzen fördern,
448 damit der Sportbetrieb sicher, umweltfreundlich und ohne lange Unterbrechung
449 weiterläuft. Daher ist Einstreugranulat aus Mikroplastik für uns genauso tabu,
450 wie eine Kunstrasenfläche die aus nachwachsenden Rohstoffen aus Monokulturen
451 besteht. Insbesondere legen wir Wert darauf, dass Kunstrasen recycled oder
452 umweltfreundlich entsorgt wird.

453 Den Ausbau von Freizeitanlagen im öffentlichen Raum wollen wir fördern, durch
454 das Einbinden von Sportvereinen in die Planung generationenübergreifend Vereins-
455 und Freizeitsport miteinander verbinden.

456 Gut und sicher Schwimmen in Rheinland-Pfalz

457 Wir wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz sicher schwimmen können. Um
458 das zu erreichen, wollen wir Strukturen aufbauen, die Wassergewöhnung und
459 Schwimmen lernen für alle Kinder schon ab Kindergartenalter ermöglichen. Jedes
460 Kind sollte nach der Grundschule schwimmen können. Deswegen brauchen wir
461 Seepferdchen für alle. Auch die Schwimmfähigkeit von Erwachsenen muss
462 unterstützt werden.

463 Wir wollen einen verpflichtenden Schwimmunterricht in den Grundschulen, lokale
464 Bündnisse für die maroden Schwimmbäder im Land, die Förderung von Schwimmkursen
465 sowie flächendeckend ein ausreichendes Angebot an Schwimmbädern. Daher wollen
466 wir eine regionale Schwimmbadplanung gesetzlich verankern und im Rahmen eines
467 Sonderförderprogramms die maroden Schwimmbäder im Land sanieren oder neu bauen.

Beschluss (vorläufig) 15. Verbundenes Europa – Globale Verantwortung

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum: 06.12.2020
Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 15 Europa – Frieden – Eine Welt – Globale Verantwortung

Text

1 Staatsgrenzen sind von Menschen gemacht. In Europa genießen wir es, sie kaum zu
2 spüren, wenn wir reisen, arbeiten, studieren und miteinander in Austausch
3 treten. Aber auch viele drängenden Herausforderungen unserer Zeit wie die
4 Klimakrise, die Aufnahme geflüchteter Menschen oder Umgang mit Gesundheitskrisen
5 machen an den Grenzen nicht Halt. Lösen lassen sie sich nur über alle Grenzen
6 hinweg und gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn. Wir GRÜNE wollen unserer
7 globalen Verantwortung gerecht werden und verstehen die Europäische Union als
8 das starke Fundament, auf dem wir eine multilaterale Zusammenarbeit aufbauen und
9 stärken wollen.

10 Mit dem Green Deal hat die EU den Rahmen geschaffen, um nicht nur in Rheinland-
11 Pfalz klimaneutral werden zu können, sondern in der gesamten EU. Wir können also
12 innovative Verfahren wie die Herstellung von Grünem Wasserstoff voranbringen und
13 gemeinsam mit unseren Nachbarn weiterentwickeln. Über die EU hinaus verstehen
14 wir uns als Eine Welt, die wir mit ihren natürlichen Lebensgrundlagen bewahren
15 wollen. Wir können uns auch gemeinsam für gerechte, soziale und ökologische
16 Regeln in der ganzen Welt einsetzen. Wenn das Land Rheinland-Pfalz Geld ausgibt,
17 setzen wir auf klare Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung wie
18 beispielsweise die Einhaltung der Menschenrechte sowie soziale und ökologische
19 Standards.

20 Als Partei, deren Wurzeln in der Friedensbewegung liegen, kämpfen wir für ein
21 atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz und wenden uns gegen jede Art von Militarismus.
22 Wir sehen Konversion als Chance, die wir nutzen wollen, um strukturschwache
23 Regionen zu stärken. Beispielsweise können militärische Liegenschaften
24 bezahlbarem Wohnen zugutekommen oder für den Ausbau der Erneuerbaren Energien
25 genutzt werden.

26 Europäischer Zusammenhalt als Zukunftsperspektive

27 Rheinland-Pfalz liegt im Herzen von Europa. Wie stark wir mit unseren
28 Nachbarländern verflochten sind, wurde während des Corona-Lockdowns deutlich.
29 Rund 45.000 Menschen pendeln täglich zwischen Rheinland-Pfalz und Frankreich,
30 Luxemburg und Belgien. Unsere Unternehmen haben 2018 Waren im Wert von 38,6
31 Milliarden Euro in die 27 EU-Staaten exportiert. In unsere Nachbarländer betrug
32 der Export 8,8 Milliarden Euro. Die Frage der Zukunft der Europäischen Union ist
33 eng mit der Zukunft von Rheinland-Pfalz verbunden.

34 Wir brauchen eine gestärkte Europäische Union für ein solidarisches Miteinander.
35 Wir wollen die EU gemeinsam mit den europäischen Bürger*innen perspektivisch zur
36 Föderalen Europäischen Republik weiterentwickeln. Damit wollen wir dem stärker
37 werdenden Trend des Nationalismus und der Abschottung entgegentreten. Wir GRÜNE
38 sind für ein offenes, demokratisches und rechtsstaatliches Europa. Die EU soll
39 einen Rahmen schaffen, in dem das Allgemeinwohl im Fokus steht. Dabei soll das
40 Prinzip der Subsidiarität gelten. Aufgaben und Zuständigkeiten sollen auf der

41 jeweils untersten möglichen Ebene – Kommune, Land, Bund, EU – behandelt werden.
42 Dafür wird sich Rheinland-Pfalz auf europäischer Ebene einsetzen. Umgekehrt
43 werden wir uns auf Bundesebene für die stringente Einhaltung von Europarecht
44 einsetzen. Es ist unerträglich, dass immer noch 144 Vertragsverletzungsverfahren
45 anhängig sind, davon fast 40 im Bereich Umwelt und Gesundheit.

46 Rheinland-Pfalz im Herzen Europas

47 Es gibt eine immer stärkere Zusammenarbeit in den verschiedenen Regionen
48 Europas. Das betrifft insbesondere grenzüberschreitende Regionen und strukturell
49 ähnliche Regionen wie zum Beispiel Metropolregionen oder ländliche Räume. Dabei
50 muss keine Region ihre kulturelle Identität verlieren.

51 Europa ist Querschnittsaufgabe in allen landespolitischen Themenfeldern. Dies
52 macht die Europastrategie des Landes Rheinland-Pfalz deutlich. Wir werden sie
53 weiterentwickeln mit den grünen Schwerpunkten Klimaschutz, europäischer Green
54 Deal, ökologische Landwirtschaft, soziales Europa, Migration, Bürgerrechte und
55 Parität.

56 Die EU wurde als Friedensprojekt gegründet und hat uns seit 75 Jahren innerhalb
57 ihrer Grenzen auch Frieden garantiert. Diese Aufgabe wollen wir stärken. Der
58 europäische Binnenmarkt ist mit seinen vier Grundfreiheiten eine große
59 Errungenschaft, die durch die Folgen des Brexit nicht geschwächt werden darf.

60 Wir wollen Rheinland-Pfalz mit seinen Grenzräumen (Großregion, Oberrhein)
61 positiv vernetzen und dabei die Themen Arbeit, Tourismus, nachhaltige
62 Entwicklung, Verkehr, Wissenschaft/Forschung, Landesplanung, Umwelt,
63 Energiewende, Gesundheit und Berufliche Bildung gemeinsam bearbeiten.
64 Insbesondere die Vernetzung im öffentlichen Verkehr gilt es zu stärken. Die
65 bestehenden Programme in Grenzregionen mit Belgien, Luxemburg und Frankreich
66 wollen wir verlängern und neue Partnerschaften aufbauen. Zudem wollen wir das
67 Vierernetzwerk zwischen Rheinland-Pfalz und den Regionen Burgund (Frankreich),
68 Opoln (Polen) und Mittelböhmen (Tschechien) weiter ausbauen und fördern.

69 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit, mit Notärzt*innen
70 und in der Krankenversorgung, wollen wir ausbauen und abgestimmte Katastrophen-
71 und Epidemiepläne aufstellen. Grenzschießungen halten wir für unsolidarisch und
72 uneuropäisch. Daher lehnen wir sie zur Bekämpfung etwa von Pandemien ab.
73 Sinnvoll ist hier eine enge, grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der
74 Grenzregionen. Auch die Zusammenarbeit und Übungen sowie Unterstützungs- und
75 Trainings-Einsätze – von rheinland-pfälzischen Einsatzkräften aus Polizei,
76 Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz bei Notlagen – werden wir mit
77 anderen europäischen Staaten intensivieren. Einen stärkeren Austausch wollen wir
78 auch durch Hospitationen von Mitarbeiter*innen äquivalenter Landes- und
79 Kommunalbehörden in den Nachbarstaaten fördern. Der Wert, den wir der
80 europäischen Gemeinschaft beimessen, muss sich auch in der Investition in
81 europäische Bildung zeigen. Deshalb möchten wir Partnerschaften und
82 Austauschprogramme zwischen Schulen und Hochschulen sowie bi- und multinationale
83 KITAS, Schulen und Hochschulend fördern.

84 Mit dem neuen EU-Haushalt für 2021-2027 wollen wir uns weiter für eine starke
85 Strukturpolitik der EU mit den europäischen Strukturfonds einsetzen. Für die
86 Entwicklung der strukturschwachen Landesteile in Rheinland-Pfalz sind die Mittel
87 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen

88 Sozialfonds (ESF) sowie des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die
89 Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) von großer Relevanz. Diese wollen wir im
90 Sinne des europäischen Green Deal sozial und ökologisch ausrichten.

91 Unsere Eine Welt

92 Die Sustainable Development Goals (SDGs) der UN-Agenda 2030 sind der globale
93 Orientierungsrahmen und Handlungsmaßstab für eine gemeinwohlorientierte
94 Entwicklung und gelten universal für alle gleichermaßen. Auch Rheinland-Pfalz
95 verpflichtet sich dazu, die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele umzusetzen.

96 In Deutschland und Rheinland-Pfalz tragen wir eine Verantwortung für die
97 Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen in anderen Ländern der Welt. Wenn es
98 den Menschen dort gut geht, wo sie leben, müssen sie nicht vor Krieg, Hunger
99 oder Klimaveränderung zu uns nach Rheinland-Pfalz flüchten.

100 Solidarität über Grenzen hinweg ist im Angesicht von globalen Krisen besonders
101 wichtig. Für uns ist es ein wichtiges Zeichen, dass Rheinland-Pfalz diese
102 Solidarität gezeigt hat, als es in unseren Nachbarstaaten besonders dramatisch
103 wurde. Wir haben darauf hingewirkt, dass Hilfe geleistet wurde an Schwerkranke
104 Corona-Patienten aus Italien und Frankreich und diese in rheinland-pfälzischen
105 Kliniken aufgenommen und versorgt wurden. Diesen Geist an praktischer
106 Solidarität möchten wir weiter fördern, nur so können wir gemeinsam
107 Herausforderungen überwinden.

108 Auftragsvergabe sozial und ökologisch

109 Um dem Anspruch „global denken – lokal handeln“ gerecht zu werden, muss die
110 öffentliche Beschaffung von Land und Kommunen auf soziale, ökologische Kriterien
111 umstellen. Als große Auftraggeberin hat das Land Rheinland-Pfalz eine enorme
112 Marktmacht und Vorbildrolle bei der Auftragsvergabe. Wir setzen uns deshalb für
113 eine gesetzliche Regelung ein, die alle öffentlichen Beschaffungsstellen in
114 Rheinland-Pfalz verpflichtet, ökologische und soziale Kriterien und die
115 Menschenrechte zu berücksichtigen. Verstöße sollen sanktioniert werden. Die
116 öffentlichen Beschaffungsstellen haben dafür zu stehen, dass Arbeits- und
117 Menschenrechte eingehalten werden. Tariftreue, gute Arbeit, ökologische
118 Standards und soziale Standards müssen bei allen öffentlichen Ausschreibungen
119 und Beschaffungen obligatorisch sein. Um dies zu gewährleisten, wollen wir das
120 Landestariftreuegesetz und die Vergabeordnung reformieren und die
121 Mitarbeiter*innen in den Beschaffungsstellen des Landes und der Kommunen
122 angemessen fachlich schulen. In der Landesverwaltung wollen wir eine
123 Koordinationsstelle öko-soziale Beschaffung für Beratung und Überwachung
124 einsetzen.

125 Partnerschaften nachhaltig und sozial gestalten

126 Der Austausch mit Partnerschaften des Landes basiert auf Augenhöhe, dabei lassen
127 wir uns von friedenspolitischen und Eine Welt-Prinzipien leiten. Wir möchten
128 unsere Partnerschaften und Kooperationen ausbauen und zusätzlich mehr
129 nachhaltige, soziale und friedliche Projekte fördern. Mittelständische,
130 ökologische oder soziale Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen
131 beziehen wir mit ein, genauso wie das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk
132 (ELAN e.V.).

133 Technologie, Forschungs- und Wissenskapazitäten sollen in internationalen
134 partnerschaftlichen Kooperationen genutzt werden. Die Dienstleistungszentren
135 Ländlicher Raum können für entwicklungspolitische Beratung eingesetzt werden.

136 Mit Sorge beobachten wir die institutionell zunehmende LSBT*IQ-Feindlichkeit in
137 Polen und Ruanda.

138 Fonds für politisch Verfolgte

139 Durch die Gründung eines rheinland-pfälzischen Fonds für politisch Verfolgte
140 wollen wir in Rheinland-Pfalz einen konkreten Beitrag leisten, um
141 Menschenrechtsverteidiger*innen zu schützen. Wir wollen ihnen einen temporären
142 sicheren Hafen in Deutschland ermöglichen und sie bei der Vernetzungsarbeit
143 unterstützen. Es muss ein internationales Netzwerk geben, das sie schützt, wenn
144 sie zurückkehren und ihre Menschenrechtsarbeit zu Hause fortsetzen. Wir wünschen
145 uns, dass die*der Ministerpräsident*in des Landes Rheinland-Pfalz die
146 Schirmherrschaft über diesen Fonds übernimmt.

147 Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda

148 Seit fast 40 Jahren besteht eine intensive Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit
149 Ruanda. Die Graswurzelpartnerschaft mit dem afrikanischen Partnerland Ruanda ist
150 für uns ein zentraler Bestandteil unserer Außenbeziehungen. Wir wollen diese
151 Partnerschaft mit ihren zahlreichen Initiativen weiter ausbauen und stärken. Es
152 sollen mehr junge Menschen Lust bekommen, sich für dieses lohnende Projekt zu
153 engagieren.

154 Die Partnerschaft findet auf Augenhöhe statt. Wichtige Schwerpunkte sind die
155 Themen Klimaschutz, Agrarökologie, Wirtschaftsaustausch, Erneuerbare Energien,
156 Nationalparkpartnerschaft, touristische Ausrichtung, Bildung und Projekte im
157 Bereich Barrierefreiheit/Inklusion.

158 Wir GRÜNE haben immer den Dialog gesucht und eine Grundsatzvereinbarung mit der
159 einzigen anerkannten Oppositionspartei, der Demokratischen Grünen Partei
160 Ruandas, abgeschlossen. Aus unserer Sicht müssen sich Demokratie und
161 Rechtsstaatlichkeit in Ruanda weiterentwickeln. Wir werden uns weiter für die
162 Unterstützung ruandischer Menschenrechtsinitiativen und einen
163 Menschenrechtsdialog mit der ruandischen Regierung einsetzen.

164 Frieden erhalten – Konversion als Chance

165 Seit 75 Jahren leben wir in Rheinland-Pfalz in Frieden. Im Kalten Krieg wurde
166 das Land stark militärisch geprägt und bekannt als „Flugzeugträger der NATO“.
167 Noch heute sind zahlreiche Militärstützpunkte der USA, der Bundeswehr und der
168 NATO in rheinland-pfälzischen Kommunen angesiedelt. Dies ist neben einigen
169 Vorteilen auch mit vielen Belastungen verbunden. Wir GRÜNE stehen für Abrüstung,
170 Rüstungskontrolle und eine aktive Friedenspolitik. Wir wollen, dass von
171 rheinland-pfälzischem Boden kein Krieg, sondern Frieden ausgeht.

172 Deshalb haben wir die Gründung der Friedensakademie Rheinland-Pfalz unterstützt.
173 Wir setzen uns für breite Angebote und Kooperationen mit unseren europäischen
174 Nachbarn ein. Inzwischen ist sie anerkannt als Denkfabrik,
175 Schnittstelleninstitution und Leuchtturm in der Wissenschaftslandschaft. Wir
176 wollen sie durch eine Erhöhung der finanziellen Mittel stärken und ihre eigene
177 Fortbildungsstätte fördern. Zusätzlich setzen wir uns für eine Plattform ein,

178 die alle friedenspolitischen Aktivitäten und Maßnahmen in Rheinland-Pfalz und
179 Deutschland sammelt und vernetzt.

180 Für uns GRÜNE ist nach wie vor die aktive Friedenspolitik maßgeblicher Antrieb
181 unseres politischen und gesellschaftlichen Handelns. Wir haben uns immer für
182 Abrüstung und Frieden eingesetzt – und das wird auch so bleiben. Gerade deshalb
183 können wir Konversion als Chance begreifen, für bezahlbares Wohnen, die
184 Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten sowie die Ansiedlung von
185 Erneuerbaren Energien und damit Alternativen zu militärischen Nutzungen zu
186 entwickeln.

187 Eine kritische Haltung zur Präsenz von US-Truppen hat uns GRÜNE in Rheinland-
188 Pfalz geprägt. Die nun angekündigte Verlagerung militärischer Einheiten
189 innerhalb Europas und der Abzug von Truppenteilen sind jedoch kein Beitrag zu
190 einer verantwortungsvollen Friedens- und Sicherheitspolitik. Mit der
191 angekündigten Verlegung von Soldaten nach Polen stellen die USA die NATO-
192 Russland-Grundakte in Frage, die substanzielle und dauerhafte Stationierungen
193 ausschließt. Europa wird weder friedlicher noch sicherer, wenn US-Truppen
194 dauerhaft östlich von Deutschland stationiert werden oder wenn eine
195 Kampffjetstaffel an einen neuen Standort in Italien verlegt würde.

196 Eine mit vielen Ungewissheiten verbundene Umsetzung der angekündigten
197 Verlagerung von US-Truppen würde für Rheinland-Pfalz wirtschafts- und
198 arbeitsmarktpolitische Herausforderungen mit sich bringen. Zur Bewältigung
199 braucht es die Beteiligung aller betroffenen Akteur*innen und kluge Konzepte für
200 die Umnutzung möglicherweise freiwerdender Militärareale.

201 Gerade in spannungsgeladenen Zeiten sind internationaler Austausch und
202 kulturelle Verständigung unter demokratischen Kräften essenziell. Die
203 transatlantische Freundschaft und den einhergehenden Dialog wollen wir weiter
204 pflegen und Bildungsangebote dazu ausbauen.

205 Immer wieder gibt es offenkundige Hinweise, wonach die USA mit Hilfe der Airbase
206 Ramstein bewaffnete Drohneneinsätze im Jemen und in anderen Regionen vornehmen,
207 die gegen das Völkerrecht und deutsches Recht verstoßen. Wir fordern, dass die
208 Bundesregierung diesen Hinweisen nachgeht und im Rahmen ihrer Möglichkeiten das
209 deutsche und internationale Recht durchsetzt. Die Landesregierung und
210 Mittelbehörden müssen bei anstehenden Genehmigungsverfahren der Frage nach der
211 Rechtskonformität Gewicht zumessen.

212 Die Nutzung der TRA Lauter (Temporary Reserved Airspace), Übungsluftraum über
213 dem Saarland und großen Teilen von Rheinland-Pfalz - insbesondere Teile der
214 Eifel, Hunsrück, Rheinhessen und Pfalz ist im Vergleich zu den anderen
215 Übungsräumen in Deutschland weit überdurchschnittlich. Durch den militärischen
216 Flugbetrieb sind viele Menschen in Rheinland-Pfalz über die Gebühr von
217 militärischem Fluglärm belastet. Wir fordern, dass der Übungsflugbetrieb durch
218 eine strikte Begrenzung der Betriebszeiten und Nutzungsstunden im Sinne der dort
219 lebenden Bevölkerung reguliert und limitiert wird, wobei zusätzlich eine
220 Gleichverteilung der akkumulierten Flugstunden aller einzelnen Kampffjets auf
221 alle Übungslufträume in ganz Deutschland anzustreben ist.

222 Atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz

223 Nach wie vor lagern auf dem Fliegerhorst Büchel völkerrechtswidrig US-
224 amerikanische Atomwaffen, die nicht nur für uns in Rheinland-Pfalz eine ständige

225 Gefahr darstellen. Wir fordern den unverzüglichen Abzug und die Vernichtung
226 dieser Atomwaffen. Wir setzen uns für die weltweite Ächtung aller Atomwaffen ein
227 und rufen die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag zu
228 unterzeichnen. Als ersten Schritt kämpfen wir für die Vernichtung aller
229 taktischen Nuklearwaffen in Europa und wollen in diesem Rahmen die Nukleare
230 Teilhabe beenden.

231 Friedensbildung

232 Schule darf kein Ort für militärische Rekrutierung oder einseitigen
233 Beeinflussung sein. Wir wollen sicherstellen, dass Friedens- und
234 sicherheitspolitische Themen im Unterricht ausgewogen und nicht ausschließlich
235 mit Angehörigen der Bundeswehr, sondern immer auch mit Akteuren der
236 Friedensbildung behandelt werden. Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem
237 Bildungsministerium und der Bundeswehr wollen wir daher kündigen. Im Rahmen der
238 Lehramtsstudiengänge soll die Friedensakademie Angebote an zukünftige
239 Lehrer*innen machen, wie Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik im
240 Unterricht ausgewogen behandelt werden können. Die Schulen können mit anderen
241 Akteuren kooperieren, die explizit zivile und gewaltfreie Ansätze vertreten, wir
242 möchten diese unterstützen. Wir wollen die Menschenrechtsbildung und die
243 kolonialismuskritische Bildung fördern und dazu Modellprojekte für die
244 Konzeption und die pädagogische Arbeit in Schule vergeben.